Heft 10 Oktober 1999 8,- DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

8 Extraseiten Feierabend!

Das Märchen vom Billiglohn-Kapitalismus

Reich-Ranicki unter Deutschen

Der Koenigs vom Kosovo: Dem Volkstum dienen

DDR? Es war die Wirtschaft, Dummkopf!

Linke Intelligenz: Sag mir, wo die Ratten sind

in konkret Oktober 1999

hier konkret von Tony Benn

von konkret

an konkret

Mensch unter Herrenmenschen von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Aus alt mach neu von Otto Köhler

50 Jahre Deutschland: Schröders Mann für die Sklavenabspeisung, Otto G. Lambsdorff, nennt den Vorwurf des Internationalen Auschwitz-Komitees, er sei in den 50er Jahren ein Helfershelfer von NS-Kriegsverbrechern gewesen, »eine Mischung von Dichtung und Wahrheit«. Der Anteil der Dichtung ist freilich nicht meßbar

filmtheater von Dietrich Kuhlbrodt

Der Vulkan

KONKRET-Gespräch»Die DDR war nicht bankrott« von Siegfried Wenzel, Hermann Jacobs, Jürgen Elsässer

Zur Mythologie der Wiedervereinigung gehört unverzichtbar die Behauptung, es sei die DDR schon aus ökonomischen Gründen zu ihrer Selbstabschaffung gezwungen gewesen. Siegfried Wenzel, bis 1989 zweithöchster Plankommissar der DDR, widerlegt die Legende

Jetztzeit von Peter Hacks

Denkmal für ein Denkmal (2)

Plan erfüllt von Georg Fülberth

Was war der verordnete Antifaschismus der DDR wert, welche Spuren hat er hinterlassen? 50 Jahre nach ihrer Gründung und 10 Jahre nach ihrem Untergang wird man ja mal fragen dürfen

Rechts herum von Oliver Tolmein

Hätte man die DDR-Juristen nicht unbedingt verurteilen wollen, wäre die Aufarbeitung des NS-Unrechts ein unerledigter Fall geblieben. So gibt es nun wenigstens ein paar selbstkritische Anmerkungen der BGH. Verurteilt werden trotzdem nur Realsozialisten

Grüne Raumritter von Heiner Möller

Joschka Fischer läßt seine alten Kumpane nicht verkommen: Mit Tom Koenigs ist ein exponierter Vertreter des »neuen« grünen Revanchismus zum Uno-Verwalter des Kosovo ernannt worden

Zu Protokoll

Gangster werden Polizisten und Verbündete der Nato: Über die engen Beziehungen der UCK, aber auch Ibrahim Rugovas, zum internationalen Drogen- und Waffenhandel berichtete Vlado Konstantinovic für das »Kritische Tagebuch« von WDR 3. Der Beitrag wurde am 5.8.99 gesendet

1 Kurpfuscher von Bernhard Schmid

Die UN lassen sich im Kosovo mit Bernard Kouchner von einem Mann vertreten, der zeitlebens den Segen »humanitärer Interventionen« gepredigt hat

Dagestan ist überall von Ralf Schröder
Talibanisierung statt Wirtschaftswunder: In der kaspischen Region regiert das Elend – mit oder ohne Ölboom

Es rettet euch kein Billiglohn! von Norbert Trenkle
Die »Arbeitsgesellschaft« löst sich schneller auf, als ihre Fans von links und rechts wahrhaben wollen, und kein Hilfsprogramm wird dagegen etwas ausrichten können. Die »Dienstleistungsgesellschaft« bleibt eine Fiktion, ABM-Programme ebenso wie der Ausbau des »informellen Sektors« schieben den Kollaps des kapitalistischen Verwertungssystems nur auf – und verschärfen seine katastrophalen Folgen

In diesem Sinne - Noch eine Intervention? von Horst Pankow

In diesem Sinne - Schröders Siege von Michael Schilling

In diesem Sinne - Staatsschutzherbst von Oliver Tolmein

Klappe zu von Joachim Rohloff
Manche Nachrufe auf Ignatz Bubis waren von übler Nachrede nicht zu unterscheiden, fast alle machten ihre Verfasser als bigotte Heuchler kenntlich

Wir helfen Naumann aufs Pferd V von Karl-Heinz Hansen
Schröders Kulturbeauftragter hat geschworen, die 35 nach Hitleroffizieren benannten Kasernen umzutaufen. KONKRET hilft nach

Buch des Monats: Flüssige Grenzen von Otto Köhler

Kunst & Gewerbe

Mehr guten Sport? von Rayk Wieland

Die Salzstreuer sind vom Tisch von Peter O. Chotjewitz
»Linksintellektuelle« waren einst aus keinem Medium wegzudenken; heute sind sie entweder tot oder gleich bei der CDU. Ein nicht besonders wehmütiger Rückblick auf eine Begleiterscheinung der bundesdeutschen Erfolgsgeschichte

Der Amselleibgardist von F. W. Bernstein
Horst Tomayer und der Freilauf der Poesie

Das Herrenhirn von Jürgen Roth
Der Heideggerapostel Peter Sloterdijk hat sich für den »züchterischen« Einsatz der Humangenetik ausgesprochen. Die darauf folgende Empörung des Feuilletons schreibt er einer Verschwörung »zwischen Hamburg und Jerusalem« zu

Immer das Selbe von Gerhard Scheit
Hannah Arendt und Martin Heidegger: Szenen einer Nähe

Jenseits von Eden von Layla Dawson
Der neue Roman der amerikanischen Schriftstellerin Toni Morrison beschreibt, wie die historische Katastrophe der Sklaverei bis in die Gegenwart des schwarzen Amerika fortwirkt

Groovin' Volksmusik von Hartwig Vens
Wie die arisierte Schlagerkultur der Nazis und der »verjudete«Swing zu gleichwertigen Objekten der neuesten deutschen Pop-Nostalgie geworden sind

Melodie & Rhythmus von Hartwig Vens
Public Enemy:There's A Poison Going On. Pias

Deconstructing Kaddish von Georg Seeßlen

oder: Der Beginn einer langen Suche nach neuen Bildern und Bewertungen gegen die ikonographische Form des Vergessens

filmtheater von Marit Hofmann

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/99, S. 3

Tony Benn

hier konkret

Tony Benn, Galionsfigur der Labour-Linken und seit fünfzig Jahren Mitglied des britischen Parlaments, hat sein Mandat niedergelegt. KONKRET fragte ihn nach der Misere der Sozialdemokratie, nach Blair und Schröder. Benn antwortete mit Lafontaine

konkret: Gerhard Schröder stellt sich gerne als ein deutscher Tony Blair dar. Mit diesem Anspruch trat er an, mit ihm wurde er Kanzler. Jetzt, zehn Monate nach ihrem großen Sieg, sind er und seine Partei am Boden. Hat Sie das überrascht oder hatten Sie es eher erwartet?

Benn: Nun, ich denke der Ausgang der Landtagswahlen und der Verfall von Schröders Popularität sind sehr bezeichnend – nicht nur für Deutschland, sondern auch für Großbritannien. Der Bundeskanzler ist dem Konzept des »Dritten Wegs« gefolgt, das in Wahrheit nichts ist als ein Bekenntnis zu einer kapitalistisch-thatcheristischen Politik und zu deren zerstörerischen Folgen für die sozialen Strukturen, für Labour, die Gewerkschaften und die arbeitenden Menschen. Die Folgen erscheinen nun so gefährlich und ernst, daß die Wahlergebnisse in Deutschland beträchtliche Wirkungen in England haben werden. Labour sah ja schon bei den Europawahlen sehr schlecht aus.

konkret: Sie denken also, daß Labour die nächsten Wahlen verlieren wird?

Benn: Ich bin nicht im Wahrsager-Geschäft, aber ich denke, daß in diesem geschichtlichen Augenblick die Sache des Sozialismus sehr gut dasteht. Mag sein, daß es weniger Sozialisten im britischen Parlament gibt als in den letzten fünfzig Jahren, aber das öffentliche Interesse an sozialistischer Kapitalismus-Kritik ist größer, als es in all der Zeit war.

konkret: Ließe sich nicht viel eher sagen, daß die Zeit der Sozialdemokratie vorbei ist?

Benn: Labour war nie eine sozialistische Partei, hatte aber immer auch sozialistische Mitglieder. Zur Zeit machen sie es Sozialisten schwer, in der Labour Party zu bleiben. Inzwischen gibt es vier sozialistische Parteien außerhalb von Labour. Wir müssen deshalb versuchen, Labour als eine Partei wiederherzustellen, in der auch Sozialisten sein können. Wir müssen den Leuten Mut machen, sich für fortschrittliche Ziele zu organisieren, statt einer Kultfigur hinterherzulaufen.

konkret: Sie haben Ihr Mandat im House of Commons niedergelegt. Warum?

Benn: Ich wollte mehr Zeit und Freiheit haben, die Sachen voranzutreiben, an die ich glaube. Die Labour-Regierung steht rechts, das macht es einem Sozialisten schwer, bis in die Nacht im Parlament zu sitzen und Dinge zu tun, an die man nicht glaubt. Ich saß fünfzig Jahre im Parlament. Ich habe viel Erfahrung, keinen Ehrgeiz und viel Freiheit, die Friedensbewegung oder die Gewerkschaften zu unterstützen. Und das will ich tun.

konkret: Erwarten Sie, daß sich die Labour Party noch einmal ändert?

Benn: Ich habe so viele Pendel in meinem Leben so oft schwingen sehen. Wenn es Labour so schlecht geht oder der Druck auf die Partei von außen so groß wird, daß sie ihn nicht ignorieren kann, könnte das Pendel sehr schnell zurück schwingen. In Deutschland steht mein Genosse Oskar Lafontaine, den ich persönlich nicht kenne, für dieselbe Strömung, und ich stelle mir vor, daß er trotz seines Rücktritts noch einen beträchtlichen Einfluß auf die Politik in Deutschland haben wird.

konkret: Sehen Sie Parallelen zwischen Lafontaines Rücktritt und Ihrem eigenen?

Benn: In gewisser Weise, ja. Lafontaine war das erste große Opfer unter gewählten Politikern, das Banker verlangt hatten und das ihnen gebracht wurde. Ein sehr bemerkenswerter Vorgang. Ich bin gespannt, wieviel er davon erzählen wird.

konkret: Die Hoffnung, daß sozialdemokratische Parteien ihre Lage bessern könnten, haben viele Leute aufgegeben. Aber die meisten glauben immer noch, Sozialdemokratie sei das kleinere Übel. Zu Recht?

Benn: Wir haben im Deutschland der dreißiger Jahre erlebt: Wenn die Leute die Hoffnung auf die Demokratie aufgeben, wenden sie sich nach rechts. Deshalb ist es so wichtig, den Leuten Hoffnung zu machen, sie zu ermutigen, selbst etwas zu tun, sich zu organisieren.

Interview:Ricardo Ginés Echeverría

Konkret 10/99, S. 4

von konkret

Nicht weil er als einzelner erheblich wäre, sondern als Beispiel für die vielen anderen, die mit ihrer durch Dummheit imprägnierten Impertinenz nerven, sei hier der Fall eines Szene-Fuzzis bearbeitet und abgelegt, der sich in der »Taz« so zu Wort meldet: Kritik der Krieger – Demonstration und Diskussion des Nato-Angriffskriegs mit KONKRET – Von Andreas F.

Darin geht es unter anderem so zu: *Jürgen Elsässer, neuerdings wieder KONKRET-Redakteur ... »Nie wieder Krieg ohne uns«, so der Titel, enthält, was die Zeitschrift zuletzt zum Krieg im Kosovo veröffentlichte ... So wird die mitunter recht brutal durchgesetzte Politik der USA in den jüngsten KONKRET-Jahrgängen eher bagatellisiert ...*

Zum Beweis der letzten Behauptung verzichtet Andreas F. darauf, aus dem KONKRET-Streitgespräch vom Juli 1999 zu zitieren, in dem der Herausgeber der Zeitschrift die mitunter recht brutal durchgesetzte Politik der USA mit den Worten bagatellisiert hatte: »Die USA haben nach 1945 die breiteste Blutspur von allen Staaten hinter sich hergezogen.« Aber Tatsachen behindern, wie man, frau und Andreas F. wissen, nur den Fluß der Erzählung. Ein Buch, das zu achtzig Prozent aus Beiträgen besteht, die zuvor *nicht* in KONKRET (oder sonstwo) erschienen sind, wird als Sammelband von KONKRET-Veröffentlichungen vorgestellt, und Jürgen Elsässer, der nie zuvor KONKRET-Redakteur war, ist es jetzt *wieder*. Den Tatsachen in die Grütze folgen die Sachen: *Gremliza & Co. beschränken sich auf das, was sie wohl unter »Ideologiekritik« verstehen. Um sich unnötigen Schwierigkeiten zu entziehen, hat sich die Zeitschrift und ihr geschrumpftes Umfeld dort, irgendwo zwischen 1917 und 1967, fest eingegraben.*

In der Mitte zwischen 1917 und 1967 liegt 1942, Stalingrad. Meint er das? Daß ein Autor, den seine Selbstverwirklichungen von einer Pleite in die nächste führen, in einer Tageszeitung, die im letzten Jahrzehnt ein Drittel ihrer Auflage verloren hat, anderen, denen es besser geht, ein »schrumpfendes Umfeld« andichtet, liegt sozusagen in der Ökologie der Sache. Und der dazugehörigen Sprache: *Im Unterschied zu den USA können (die meisten Autoren von KONKRET) sich für die BRD keine modernisierte demokratisch-kapitalistische Variante vorstellen.*

Die USA können sich diese Variante vorstellen? Kann ihm denn keiner sagen, was er sagen wollte? Nein?

Insofern bleibt KONKRET nicht mehr als das Klinkenputzen beim offiziellen Antifaschismus ...

Offiziell heißt: amtlich. Der amtliche Antifaschismus wäre also der des Bundespräsidenten, der Bundesregierung oder des Bundesamts für Verfassungsschutz, bei dem KONKRET aus- und einginge, das heißt: die Klinken putzte. Ach, ihr Andreasse aller Bundesländer, könnt ihr euch keinen anderen Beruf suchen, den ihr verfehlt habt?

In diesen Tagen erscheint als Band 23 der konkret-texte-Reihe ein Buch mit Aufsätzen, Sketchen und Glossen von Georg Seeßlen: *Glatzen und Glamour. Mythen und Monster der populären Kultur*. Der Band kann im Abonnement (für 15,80 Mark) oder einzeln (für 22,80 Mark) beim Verlag bezogen werden. Einzelheiten siehe Seite 25.

»Sprache im humanitären Einsatz« ist der Titel der neuen Ausgabe von LITERATUR KONKRET. Das Heft, das sich aus Anlaß des 100. Geburtstags der »Fackel« von Karl Kraus mit Sprachkritik beschäftigt, erscheint wie jedes Jahr zur Frankfurter Buchmesse. Im Handel ist es ab 7. Oktober erhältlich (für 7,80 Mark). Einzelbesteller können es ab 20. September beim Verlag beziehen (7,80 plus 3 Mark Porto). Abonnenten erhalten es kostenlos mit Heft 10.

KONKRET auf der Buchmesse (13.-18.10.99): Der gemeinsame Stand von KONKRET und Konkret Literatur Verlag befindet sich in Halle 6.1 (erster Stock), Gang E, StandNr. 130-134. Einige Autoren werden zu festen Terminen am Stand sein, z. B.: Horst Tomayer (13.10., 14.-16 Uhr); Hermann L. Gremliza (13.10., 14-16 Uhr); Jürgen Elsässer (15.10., 15-17 Uhr); Robert Kurz (15.10., 14-16 Uhr); Jürgen Roth und Kay Sokolowsky (17.10., 14-16 Uhr).

KONKRET-Veranstaltungen während der Buchmesse: Am 13.10. liest das gemischte Doppel Gremliza/Tomayer um 20 Uhr im Club Voltaire (Kleine Hochstraße 5). In einer gemeinsam von KONKRET und dem Freiburger Ça-ira-Verlag organisierten Veranstaltung spricht KONKRET-Autor Gerhard Scheit (Verfasser des Buches *Mülltrennung*, konkret-texte 16) am 14.10. im KOZ (Jügelstraße 1) um 20 Uhr aus Anlaß seines neuen Buches *Verborgener Staat, lebendiges Geld. Zur Dramaturgie des Antisemitismus* (Ça ira). Am 17.10. stellen Jürgen Roth und Kay Sokolowsky ihr Buch *Der Dolch im Gewande. Komplotte und Wahnvorstellungen aus zweitausend Jahren* (konkret-texte 20) vor.

Weitere Veranstaltungen: Am 1.10. findet um 18 Uhr in der Technischen Universität Berlin (Straße des 17. Juni, Mathegebäude) eine Podiumsdiskussion statt, an der diverse KONKRET-Autoren teilnehmen. Titel: »Deutschland ist kriegstauglich – die Linke auch?« (mit Jürgen Elsässer, Matthias Küntzel, Thomas Becker, Uli Krug, Joachim Bruhn und Justus Wertmüller). Jürgen Elsässer liest aus seinem *Braunbuch DVU. Eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde* (konkret-texte 17) am 8. und 9.10. in und um Halle (Ort und Zeitpunkt bitte unter 0345-5323923 erfragen). Am 30.10 liest das gemischte Doppel Gremliza/Tomayer um 21 Uhr in der Kantine des Hamburger Schauspielhauses (Kirchenallee 39).

Seine Lesereise führt KONKRET-Autor Gerhard Scheit an folgende Orte: 12.10.: Esslingen/Stuttgart (Ort und Zeit unter 0711-367695 erfragen); 14.10.: Frankfurt a.M., s.o.; 18.10.: Uni Hamburg, Fb. Sozialwissenschaften, Allende-Platz 1, Raum 104, 19 Uhr; 20.10: Berlin, Galerie Olga Benario, Weserstr. 5, 19.30 Uhr; 21.10.: Bonn, Lesesaal der Mensa der Uni Bonn, Nassestr. 11, 19.30; 22.10.: Freiburg (angefragt), Kultur- und Tagungsstätte (KTS), Basler Landstr. 103, 20 Uhr; 3.11.: Wien, Café Siebenstern, Siebensterngasse 31, 1070 Wien, 20 Uhr. Weitere Vorträge sind in Zürich, Bielefeld/Detmold und München geplant (Ort und Zeit bitte unter 0761-5009194 erfragen).

Konkret 10/99, S. 6

an konkret

Ein Briefwechsel

KONKRET 9/99: »Deutschland, Euro Gnaden« von Hermann L. Gremliza

»Mit dem Zusammenbruch des Realen Sozialismus wird aus dem Ost-West-Konflikt die Herrschaft Westeuropas über große Teile Asiens werden. Der bisherige EG-Bereich wird sich zum europäischen Teil der RGW, aber auch zur gesamten Sowjetunion (also einschließlich großer Gebiete Asiens) ähnlich verhalten wie Nordamerika zu Lateinamerika. Gesamtdeutschland wird zum übrigen Westeuropa so stehen wie die USA zu Kanada« (Fülberth: *KPD und DKP 1945-1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung*. Heilbronn 1990, S. 178). Dies, lieber Hermann, schrieb ich also bereits 1990. Nun finde ich es – nicht mehr als Prognose, sondern als Zeitgeschichte – in KONKRET 9/99, S. 9. Für eine Antwort an mich fehlte der Nachweis, daß die Behauptung des linken Stammtischs über die deutsche Führungsrolle beim Krieg gegen Jugoslawien richtig ist. Was aus meiner Sicht dagegen spricht, schrieb ich in KONKRET 6/99.

Es gibt übrigens Seelenwanderung, denn was wir hier aufführen, hatten wir in den zwanziger Jahren auch schon mal. Gremliza hieß damals Friedrich Wilhelm Foerster, Fülberth war Kurt Hiller. Tut mir leid, daß ich in diesem Fall den – heute – bekannteren Vorfahren habe. Karl Kraus hielt wohl nicht sehr viel von ihm (jedenfalls hat er sich mindestens einmal über ihn geärgert), und er, Kraus, war ja auch wirklich besser.

Georg Fülberth

Marburg, 25.8.99

Lieber Hermann,

Dein Artikel beschäftigt mich weiter. Deshalb ein zweiter Brief. Vielleicht kann man ja etwas erklären, ohne gleich Stammtische zu errichten oder zu unterstellen.

Ein gewonnener Krieg kann zuweilen an einen lachenden Dritten verloren werden: Die USA begannen den Kalten Krieg, verloren hat ihn die UdSSR, gewonnen hat die BRD: Dieser fiel die politische und ökonomische Hegemonie in Europa zu, auch auf dem Balkan. Die Forcierung der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens ist im Vergleich zu dem für Deutschland günstigen Kräfteverhältnis, das vorher schon bestand, nebensächlich. Angeblich waren der Heilige Vater und Österreich bereits seit Mitte der achtziger Jahre in dieser Sache aktiv, also viel früher als Genscher. Ihm soll 1990 sogar Ungarn vorangegangen sein. (Peter Gowan: »Die Nato-Mächte und die Balkan-Tragödie«. In: »Zeitschrift Marxistische Erneuerung«, Nr. 38, Juni 1999). Zu den Mitteln, mit denen die USA gegenzusteuern versuchten, gehörte unter anderem der Kosovo-Krieg. Es gibt ein paar Indizien dafür, daß die Vereinigten Staaten in Rambouillet die treibende Kraft waren. Wenn ihr Eingreifen gegen die deutsche Hegemonie gerichtet war, liegt nahe, daß Fischer und Schröder kein Interesse an einer militärischen Intervention haben konnten: vom Frieden hatten sie mehr. Im Krieg setzten die USA die meisten Flugzeuge und Bomben ein, die BRD nur wenige – warum sollte sie auch? Die Vereinigten Staaten haben den Krieg gewonnen. Das änderte aber nichts an dem für Deutschland günstigen Kräfteverhältnis. Deshalb gewinnt die BRD gegenwärtig dort den sogenannten Frieden und können Hombach und Koenigs so leicht als Gouverneure durchgesetzt werden.

Wäre das nicht eine plausiblere Erklärung?

Georg Fülberth

Marburg, 26.8.99

Lieber Georg,

Du hattest von »den andern«, nämlich dem übrigen Europa, gesprochen. Darauf hatte ich geantwortet. Aus Platzgründen gestrichen (und damit vertagt) hatte ich einen zweiten Teil, zu dem Thema, mit dem Du nun antwortest: Deutschland – USA, und den zwei Fragen: Wer hat den Krieg angefangen, wer hat ihn gewonnen? Meine Antworten: Den Krieg vorbereitet haben die Deutschen (mit ihren europäischen Hiwis), bis die USA, zur Demonstration, daß *sie* die dazu befähigte und legitimierte Weltmacht sind, das Kommando übernommen haben. Gewonnen haben beide, die USA faktisch-militärisch und, ihre angeführte Absicht betreffend, auch politisch ein bißchen, die Deutschen politisch komplett: Es galt, die letzten Fesseln zu sprengen, die Deutschlands Emanzipation zur souveränen, gleichberechtigten Weltmacht

behinderten. Mit dem ersten Bombereinsatz der deutschen Luftwaffe – und ausgerechnet gegen einen Gegner des letzten Weltkriegs – war es erreicht, damit, aber auch erst damit, hätte ihr Krieg enden können. Bis dahin reichte Fischers und Schröders Interesse an diesem Krieg, danach war der Weg frei für ihre Gouverneure Hombach und Koenigs.

Ein schöner Streit, und um so schöner, als keiner von uns beiden sich dabei auf die Seidenstraße zum Kaspi-Öl verirrt hat.

Hermann L. Gremliza

Hamburg, 30.8.99

Lieber Hermann,

zur Zeit lese ich, von Deiner Redaktion mir zur Besprechung geschickt, den Band *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*. Im Licht dieser Dokumente ist Mitterrand nicht nur ein müder Verlierer. Er steckte zwischen Baum (eher Versailles als Anti-Hitler-Koalition) und Borke (Vichy). Die Petain-Rolle, welche ihm dann zufiel, war ihm nicht neu und offensichtlich auch nicht unangenehm. Womit auch etwas über die französische Bourgeoisie damals und heute gesagt ist. Aber darüber streiten wir ja nicht, sondern über Deutschland – USA. Den Punkt, in dem Du recht hast, hat der Österreicher Schüssel – allerdings affirmativ – getroffen, als er trompetete, die Kosovo-Sache sei vielleicht (er meinte wohl: hoffentlich) der letzte Krieg gewesen, den die Vereinigten Staaten in Europa führten. Nur kann ich – anders als Du – Fischer und Schröder nicht als treibende Subjekte sehen. Bei mir ist es, na ja: die Bewegung, Akkumulation und stets steigende Macht des europäischen Kapitals einschließlich seines (nun allerdings wirklich dominanten, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts offenbar letztlich nicht aufzuhaltenden) deutschen Segments, wodurch eben so manche Puppe, darunter ein Kanzler und ein Außenminister, zum Tanzen kommt, ohne daß es dokumentierbare Strippen gibt. Wie sich dies auf die einzelnen Winkelzüge der Politik auswirkt: dies zu beschreiben wäre allenfalls Opitz, vielleicht sogar nur Marx fähig. Wenn wir's ihnen nachzutun versuchen, dann bitte immer unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die »ordinäre Blechfigur« (Hitler bei Brecht, Schröder/Fischer bei uns) nicht zum scheinbar selbsttätigen Fetisch werden darf.

Ich denke, da könnten wir noch so etwas wie eine gemeinsame Linie haben, von der aus man im täglichen Handgemenge halt immer wieder in die eine oder andere Richtung herabpurzelt. Nicht schlimm.

Georg Fülberth

Marburg, 31.8.99

Applaus, Applaus!

KONKRET 9/99: »Krämer gegen Krämer« von Rayk Wieland

Wohl, aus mir (Antiquariatsangestellter) flüstert auch das Partikularinteresse, wenn ich die marmorharte Haltung Ihrer Zeitschrift wider all das Gekeif, die mulchdumme Hysterie der Ladenniemehrschlußpropagandisten nur für und für loben kann. Aber gleich fein und klug und witzig fand ich die massenblöden Aufläufe in den Fußgängerzonen der, äh, Zone noch nit und nimmerwo beschrieben und analysiert alswie bei Herrn Wieland. Chapeau! Zumal die lupenglasklare, freilich mir (man ist ja doof, leider) bis dahin nicht ins Resthirn gekrochne Erkenntnis, es sei die »Einkaufspalastrevolution« (Wieland) die logische Fortsetzung der »Mirsandasvolck«-Umzüge von einst, reich belegt und ordentlich verhöhnt – also, diese Aufklärung hat mich erst überrumpelt, dann schön lachen gemacht und schließlich dem guten Gefühle überlassen, es gebe bei Ihrem kostbaren Blatte doch noch mehr Autoren als allein Msr. Gremliza, die es verstehen, eine Sache überraschend zu pointieren und geistreich zu belehren.

Jedenfalls bin ich von Herrn Wielands Stück derart angetan, daß ich's seit heute hektographiert im Laden ausliegen habe – wenn Ihr Autor mag, will ich ihm gern übers Feedback referieren. – War's das? Fast. Dies Kompliment noch: Daß »der Osten ... das Land« sei, »wo die Zitronen zwar nicht blühen, aber around the clock ausliegen« – also, für dieses Bonbon von einem Bonmot hat Herr Wieland, der sich, glaube ich, vor Zeiten in »Jungle World« (oder war's »Junge Welt«?) als Connaisseur outete, einen Cigarro vom allerfeinsten und -duftigsten verdient. Ach was, »einen« – fünf Schachteln, mindestens! Ich fang schon mal an zu sparen.

Herbert Nietsch

Hamburg

Im Affekt

KONKRET 9/99: Leserbrief von Heidi Urbahn de Jauregui

Der antisemitische Affekt verbirgt sich in der Aufzählung: Die Zwangsneurose sich selbst so nennender »Linker«, immer und überall, wo es darum geht, »den ... Feind« zu benennen, auch Israel an den Haaren herbeiziehen zu müssen, findet bei Heidi Urbahn de Jauregui ihre Erfüllung in der namentlichen Auflistung ganz bestimmter vier Staaten: neben Frankreich und Deutschland (den beiden Staaten also, um die es in ihrem Brief geht) natürlich die USA und – Israel. Der Feind (im Singular!) ist – in der Chiffre Israel nur dem verborgen, der im linken Antizionismus den »ehrbaren Antisemitismus« (Jean Améry) zu sehen sich weigert – noch immer »der Jude«. Bleibt zu hoffen, daß die Studenten der Briefschreiberin resistent sind gegen ihre Lehren.

Walter Fruth

Offenbach

Konkret 10/99, S. 9

Hermann L. Gremliza

Mensch unter Herrenmenschen

Wir wurden auf den Platz geführt, auf dem sich heute das 1947 errichtete Warschauer Getto-Denkmal befindet, und dort gab es, wie nun schon üblich, einen etwas gelangweilten jungen Mann mit einer offenbar nagelneuen Reitpeitsche. Hier sollte sich wieder einmal entscheiden, ob wir nach links gehen mußten, also zum »Umschlagplatz«, zu den Waggons nach Treblinka, oder nach rechts, also, vorerst, am Leben bleiben durften. Die Peitsche zeigte nach rechts.

Meine Eltern hatten schon ihres Alters wegen – meine Mutter war 58 Jahre alt, mein Vater 62 – keine Chance, eine »Lebensnummer« zu bekommen, und es fehlten ihnen Kraft und Lust, sich irgendwo zu verbergen. Ich sagte ihnen, wo sie sich anstellen mußten ... Als sich die Gruppe, in der sie standen, dem Mann mit der Reitpeitsche näherte, war er offenbar ungeduldig geworden: Er trieb die nicht mehr jungen Leute an, doch schneller nach links zu gehen. Er wollte schon von seiner schmucken Peitsche Gebrauch machen, aber es war nicht mehr nötig: Mein Vater und meine Mutter – ich konnte es von weitem sehen – begannen in ihrer Angst vor dem strammen Deutschen zu laufen, so schnell sie konnten.

*

Anfang September 1973 erschien Fests Hitler-Buch. Aus diesem Anlaß veranstaltete der Verleger der Monographie, Wolf Jobst Siedler, in seiner Villa in Berlin Dahlem einen großen Empfang. Auch wir, Tosia und ich, wurden eingeladen, was gewiß auf Fests Vorschlag zurückging. Wir waren in bester Laune, als wir, kaum in der Diele der geräumigen und vornehmen Wohnung angelangt, durch die offene Tür in eines der Zimmer blickten und dort etwas sahen, was uns beinahe den Atem verschlug: Einige Personen unterhielten sich sehr angeregt mit einem im Mittelpunkt stehenden, ansehnlichen und korrekt in einen dunklen Anzug gekleideten Herrn, wohl Ende Sechzig. Der Hausherr bemühte sich um ihn äußerst höflich, wenn nicht ehrerbietig. Allem Anschein nach war nicht Fest an diesem Abend der Ehrengast, sondern der durchaus sympathisch anmutende, gesetzte Herr.

Tosia wurde blaß. Auch ich fühlte mich plötzlich nicht ganz wohl. Es war klar: Wir hatten jetzt nur zwei Möglichkeiten – wir konnten trotz des Ehrengastes bleiben, oder wir mußten die herrschaftliche Villa sofort verlassen, was natürlich einem Eklat gleichkommen würde. Ich überlegte mir die Sache blitzschnell, doch bevor ich etwas unternehmen konnte, war sie schon entschieden: Siedler kam auf uns zu und geleitete uns, höflich und zugleich energisch, zu dem Ehrengast, der uns jetzt zwei oder drei Schritte entgegenkam. Er begrüßte uns geradezu herzlich.

Dieser dezente Herr war ein Verbrecher, einer der schrecklichsten Kriegsverbrecher in der Geschichte Deutschlands. Er hatte den Tod unzähliger Menschen verschuldet. Noch unlängst hatte er zu den engsten Mitarbeitern Adolf Hitlers gehört. Er war vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zu zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Rede ist von Albert Speer.

Worüber man sich unterhielt, weiß ich nicht mehr. Aber was immer ich äußerte, Speer nickte mir zustimmend und freundlich zu, als wolle er sagen: Der jüdische Mitbürger hat recht, der jüdische Mitbürger sei willkommen. Auf einem Tischchen lag, wenn ich mich nicht ganz irre, auf einer Samtdecke das Buch, das hier und jetzt gefeiert wurde: ein Band von 1.200 Seiten.

Auf dem schwarzen Umschlag war mit großen weißen Buchstaben der lapidare Titel gedruckt: Hitler. *Was diese Ausstattung des Buches suggerieren sollte, worauf hier mit Entschiedenheit Anspruch erhoben wurde, konnte man nicht verkennen: Pathos war es und Monumentalität. Speer sah es offensichtlich mit Genugtuung. Verschmitzt lächelnd blickte er auf das feierlich aufgebahrte Buch und sagte bedächtig und mit Nachdruck: »Er wäre zufrieden gewesen, ihm hätte es gefallen.«*

Bin ich vor Schreck erstarrt? Habe ich den Massenmörder, der hier respektvoll über seinen Führer scherzte, angeschrien und zur Ordnung gerufen? Nein, ich habe nichts getan, ich habe entsetzt geschwiegen. Doch habe ich mir die Frage gestellt, was der Hausherr, der Verleger und Publizist Wolf Jobst Siedler, für ein Mensch sein müsse, er, der es für möglich hielt, Albert Speer einzuladen und uns mit ihm zusammen, er, der wohl nicht einmal auf die Idee gekommen war, uns darauf aufmerksam zu machen, wen wir in seinem Haus treffen würden.

Indes: Was kümmerte mich Siedler, der nie mein Freund war und es nie sein würde? Aber da war ja noch Fest, und er hat mit Sicherheit gewußt, daß auf diesem Empfang unter den Gästen auch Speer sein werde. Wieso hatte er mich nicht gewarnt oder, zumindest, informiert? Ich glaube es zu wissen: Vermutlich ist es ihm überhaupt nicht eingefallen, ich könne, um es vorsichtig auszudrücken, Bedenken haben, einem der führenden Nationalsozialisten die Hand zu reichen und mich mit ihm an einen Tisch zu setzen.

Drei Monate nach diesem Empfang tritt Marcel Reich-Ranicki die Stelle des Redakteurs für »Literatur und literarisches Leben« bei der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« an, verantwortlich allein dem für Kultur zuständigen Herausgeber, der ihn engagiert hat: Joachim C. Fest. Dreizehn Jahre danach wird dieser Herausgeber Ernst Noltes antisemitische Rede »Vergangenheit, die nicht vergehen will« in der »FAZ« abdrucken und jede Antwort darauf unterbinden. Ein weiteres Jahrzehnt später wird der Verleger Wolf Jobst Siedler wieder mit einem dicken Band Erfolg haben, auf dessen Titel wieder der Name des Führers steht: *Hitlers willige Vollstrecker* von Daniel Goldhagen. Albert Speer konnte zum Empfang nicht mehr erscheinen. Er war tot. Ob Fest dabei war, weiß ich nicht.

Und Marcel Reich-Ranicki? Eine überaus interessante Frage, würde er sagen. Aber geht sie mich etwas an? Welchen Anspruch hat einer, der seinen Vater und seine Mutter nicht vor einer deutschen Peitsche hat laufen sehen, auf welches Verhalten derer, denen es geschah? Muß Reich-Ranicki den Eklat machen, weil wir nicht die Revolution gemacht haben, die die Herrenmenschen vertrieben und ihre Dahlemer Villen jüdischen Zwangsarbeitern übereignet hätte? Warum richtet sich der Zorn, den Erzähler in solcher Gesellschaft zu sehen, auf ihn statt auf sie oder gar auf uns?

Haben denn diese Juden, so scheinen wir immer wieder fragen zu wollen, bei den Nazis gar nichts gelernt? Aber Warschau und Treblinka waren keine Volkshochschulen, sondern Mordstätten. Den Wunsch, einen Menschen, dessen Leiden jeder rächenden Tat moralische Deckung gäbe, beim Showdown über die Unmenschen triumphieren zu sehen, muß Charles Bronson erfüllen. Wer dem Getto und dem Lager entkommen ist, darf sich jeden unserer Ansprüche an sein Leben verbitten. Dem Marcel Reich-Ranicki und seinen Erinnerungen, nicht dem »Literaturpapst«, aber dem Mann und seinen Erlebnissen ist zu begegnen, wie es im Buch steht:

Am 25. August 1964 wurde ich im Schwurgerichtssaal des Justizpalastes in München als Zeuge im Strafverfahren gegen den ehemaligen SS-Obergruppenführer Karl Wolff vernommen ... Berichte über meine Zeugenaussage waren in verschiedenen Zeitungen zu lesen. Das hatte zur Folge, daß ich von einer Mitarbeiterin des Norddeutschen Rundfunks um ein Interview über das Getto gebeten wurde. Die Journalistin, vermutlich noch keine dreißig Jahre alt, war keineswegs besonders schön, aber nicht ohne Reiz. Vielleicht rührte dieser Reiz von ihrem offenkundigen Ernst, der mit ihrer Jugendlichkeit zu kontrastieren schien. Sie wollte ein Dreißig-Minuten-Gespräch aufnehmen. Ihre Fragen waren exakt und intelligent, sie kreisten um ein zentrales Problem: Wie konnte das geschehen? Als das Gespräch beendet war, sah ich zu meiner Verblüffung, daß wir beinahe fünfzig Minuten geredet hatten. Wozu brauchen Sie soviel? Sie antwortete etwas verlegen: Sie habe zum Teil aus privatem Interesse gefragt. Ich möge ihr den Wissensdurst nicht verübeln. Ich wollte etwas über sie erfahren. Aber sie hatte es jetzt sehr eilig. Ich schaute sie an und sah, daß sie Tränen in den Augen hatte. Ich fragte noch rasch: »Entschuldigen Sie, habe ich Ihren Namen richtig verstanden – Meienberg?« – »Nein, Meinhof, Ulrike Meinhof« ... Wäre es denkbar, daß es zwischen ihrem brennenden Interesse für die deutsche Vergangenheit und dem Weg, der sie zum Terror und zum Verbrechen geführt hat, einen Zusammenhang gibt?

Konkret 10/99, S. 10

Herrschaftszeiten

Perestrojka

9. August, »Bild«-Zeitung:

Seit dem wirtschaftlichen Crash im vergangenen Sommer ist die Goldgräber-Stimmung in Moskau verflogen. Etwa 200.000 Moskauer Yuppies, die noch vor kurzem lässig ihre teuren Aktenkoffer schwenkten und über Nacht mit schnellen Geldgeschäften Tausende von Dollars verdienten, sind heute arbeitslos. In den eleganten Modegeschäften auf der Twerskajastraße, wo einst die Kundinnen drängten, blättern die Verkäuferinnen gelangweilt in den Journalen. In den unzähligen Friseursalons, die während des russischen Privatisierungs-Booms wie Pilze aus dem Boden schossen, feilen sich die Friseurinnen ihre Fingernägel. Schönheitspflege für 150 Dollar ist selten gefragt. Die großen internationalen Hotels haben ihre Zimmerpreise ermäßigt. Die Maschinen der westlichen Fluggesellschaften, die Moskau anfliegen, sind halb leer.

Dirty little secret (1)

15. August, »Welt am Sonntag«, Henry Kissinger über »die erschreckende Revolution in der Nato«:

Das Bündnis hat seine historische Selbstdefinition einer streng defensiven Koalition aufgegeben und darauf bestanden, die Provinz eines Staates zu besetzen, mit dem es sich nicht im Kriegszustand befand. Und es verstärkte diesen beispiellosen Vorgang, indem es die Forderung anschloß, daß Nato-Truppen das Recht haben müßten, sich in ganz Jugoslawien unbehindert zu bewegen. Ein Anliegen, das selbst von einer gemäßigten serbischen Führung zurückgewiesen worden wäre.

Dieser abrupte Abschied vom Konzept der nationalen Souveränität, verbunden mit einer streitsüchtigen Diplomatie, markierte einen neuen außenpolitischen Stil. Dieser ist gekennzeichnet von innenpolitischen Kalkulationen und der Beschwörung universeller moralistischer Slogans ... Jene, die für geschichtliche Tatsachen keine Antenne haben, erinnern sich offenbar nicht daran, daß die juristische Doktrin der nationalen Souveränität und das Prinzip der Nichteinmischung am Ende des verheerenden Dreißigjährigen Krieges entstanden sind. Damals waren etwa 40 Prozent der westeuropäischen Bevölkerung im Namen konkurrierender Versionen der universellen Wahrheit ums Leben gekommen. Sollte sich die Doktrin der universellen Intervention verbreiten und sollten konkurrierende Wahrheiten erneut in einen offenen Wettstreit treten, droht uns eine Welt, in der die Tugend Amok läuft ...

Unterm Strich könnte das schmutzige kleine Geheimnis der Staatschefs des Bündnisses aber auch lauten: Ihren umfassenden Annahmen liegt überhaupt keine funktionierende politische Idee zugrunde. Schließlich sind diese Politiker geformt worden von den Protestbewegungen der 70er Jahre ...

Dirty little secret (2)

18. August, »Jungle World«, Interview mit der finnischen Pathologin Helena Ranta, die im Auftrag der EU die 45 toten Kosovo-Albaner des »Massakers von Racak«, das den Vorwand zum Beginn des Nato-Bombardements gebildet hatte, untersucht hat:

JW: Der damalige Missionschef der OSZE, William Walker, hat schon einen Tag nach dem Fund von einem Massaker gesprochen. Er muß gut informiert gewesen sein.

Ranta: Ich weiß nicht, was er tatsächlich gesehen hat. Er hat Racak besucht, und ich weiß nicht, was man ihm vorher gesagt hat. Aber »Massaker« ist ein Wort, das ich lieber nicht verwenden würde. Ich ziehe den Begriff »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« vor. Aber auch hier nicht im juristischen, sondern im moralischen Sinne. Es gab seit März 1998 im Kosovo Verbrechen gegen die Menschlichkeit von beiden Seiten.

JW: Es gab Spekulationen, daß nicht alle Menschen in Racak getötet worden waren, sondern einige erst nach ihrem Tod nach Racak gebracht worden seien.

Ranta: Einige Körper wurden bewegt. Es besteht eine Wahrscheinlichkeit, daß diese Menschen erst nachträglich nach Racak transportiert wurden. Leider konnte ich Racak nie besuchen. Ich wollte eine vollständige Aufklärung erreichen, aber das wurde mir damals nicht erlaubt. Ich bin mir auch nicht sicher, ob das Haager Tribunal an einer weiteren Untersuchung tatsächlich interessiert ist.

Educated guess

24. August, ap:

Die jugoslawische Oppositionsbewegung »Allianz für den Wechsel« hat den Vorwurf des rivalisierenden Politikers Vuk Draskovic zurückgewiesen. Draskovic hatte der Allianz vorgeworfen, mit Hilfe des Westens das Land in einen Bürgerkrieg treiben zu wollen, um den im Kosovo stationierten Kfor-Truppen einen Vorwand zu liefern, nach Serbien einzumarschieren.

Ein Realo und die Irren

27. August, dpa:

Bei den Bonner Verhandlungen über eine Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern ... hielt der Sprecher der in einer Stiftung zusammengeschlossenen deutschen Unternehmen, Wolfgang Gibowski, den Opfer-Anwälten vor, sie wollten den Kreis der Empfänger immer weiter ausdehnen. Auch über die Höhe der Zahlungen an die Zwangsarbeiter zur Zeit der Nazi-Diktatur dürfte es »keine unrealistischen Vorstellungen« geben. Die von den Opferanwälten genannten Forderungen »liegen weit außerhalb jeder vernünftigen Betrachtung«.

Kommiß-Kopfgeburten

27. August, »Hamburger Abendblatt«:

General Klaus Naumann über die Lehren aus dem Kosovo-Krieg – Für Klaus Naumann, der mehr weiß, weil er aus dem Nervenzentrum der Nato heraus führte, ... war der Schießbefehl unvermeidlich: »Hätte die Allianz auch diesmal wie bei der Beschießung von Dubrovnik weggesehen, wäre ihre Glaubwürdigkeit erledigt, Nichthandeln aber ein Freibrief für die Vernichtung aller Kosovo-Albaner gewesen.« Da zitiert Naumann, was Milosevic am 18. Januar zu ihm gesagt hatte: »Im Frühjahr werde ich das Kosovo-Problem lösen.«

Jetzt ist es an der Zeit zu fragen: Was machen wir besser – im nächsten Krieg, der kommen wird?

Klaus Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr a. D.

Publizistischer Zwischenfall

28. August, dpa/Reuters:

Der frühere britische Außenminister Carrington, der von 1984 bis 1988 an der Spitze der westlichen Allianz stand, wurde mit den Worten zitiert: »Ich glaube, wir sind ein bißchen selektiv in unserer Verurteilung von ethnischen Säuberungen.« Zweifel äußerte er auch an der Anklage des Kriegsverbrechertribunals gegen den jugoslawischen Präsidenten Milosevic: »Ich glaube nicht, daß er eher ein Kriegsverbrecher ist als der kroatische Präsident Tudjman, der die Krajina von 200.000 Serben ethnisch gesäubert hat. Und darüber hat sich kein Mensch aufgeregt.«

Und Angelika Beer?

28. August, ap:

Bundeskanzler Gerhard Schröder, Verteidigungsminister Rudolf Scharping und Außenminister Joschka Fischer sind von einem serbischen Gericht wegen Kriegsverbrechen vorgeladen worden.

Himmlischer Frieden

28. August, »Frankfurter Allgemeine«:

Die Volksrepublik China vergißt ihre alten Freunde nicht ... Nach den Treffen in den »vielen Jahren guter Kooperation« stellte Kohl ein »herzliches Klima« in den Gesprächen mit der chinesischen Regierung fest. Er selbst habe schon früh »intensive Beziehungen« zu Deng Xiaoping gepflegt. Dies werde von der heutigen Führung in Peking ebenso gewürdigt wie die klare Haltung der Bundesrepublik mit ihrer »Ein-China-Politik«. Umgekehrt habe einst China die deutsche Wiedervereinigung so unterstützt wie in Europa nur noch Spanien unter Ministerpräsident Gonzales ... Mit Menschenrechten hatte der ehemalige Kanzler nicht viel im Sinn ...

Ein Klima, ein Kraftstoff, ein Führer

28. August, ap:

Die Bundesregierung will nach Angaben von Umweltminister Jürgen Trittin im Interesse des Klimaschutzes schwefelfreie Kraftstoffe in ganz Europa durchsetzen. Deutschland werde dabei führend sein.

Schilys Grenzregime

28. August, »Frankfurter Allgemeine«:

Zufrieden hat sich Bundesinnenminister Schily (SPD) über die Arbeit des Bundesgrenzschutzes gezeigt. Die Fahndungserfolge im Binnenland und die Einsätze an den Außengrenzen belegten, daß der Bundesgrenzschutz ein wichtiger Faktor für die innere Sicherheit in Deutschland sei, sagte Schily. Nach dem Bundesgrenzschutz-Jahresbericht 1998, den Schily vorlegte, sind im vergangenen Jahr 40.201 Personen bei dem Versuch der unerlaubten Einreise festgestellt worden. Das sind 14,2 Prozent mehr als im Jahre 1997 gewesen. Die meisten Aufgriffe fanden an der deutsch-tschechischen Grenze statt (19.203 Personen). Schily verwies darauf, daß der Bundesgrenzschutz mit 30.800 voll ausgebildeten Beamten die höchste Einsatzstärke in seiner Geschichte erreicht habe.

Fischers Freunde (1)

28. August, »Frankfurter Allgemeine«:

Prizren, im August – Auch der Außenminister kümmert sich um »seine« Soldaten. Schon zum vierten Mal war Joschka Fischer am Dienstag ins Kosovo und nach Prizren zum Hauptquartier des deutschen Kontingents der internationalen Friedenstruppe (Kfor) gereist.

Volk der Dichter

28. August, »Frankfurter Allgemeine«:

Mit Goethes Liebling zum Gewinn – Zum 250. Geburtstag erreicht die Vermarktung des Dichters ihren Höhepunkt – Reisebüros werben mit Spezialkatalogen und Sonderfahrten nach Weimar, wo mit Kultur und Kitsch kräftig verdient wird. Nahrhafter als die ominösen Goethe-Schnuller zeigt sich »Goethes Liebling«: »Thüringer Mettwurst im Schweinedarm, 300 Gramm schwer«, erläutert Albrecht Graf Finckenstein, Geschäftsführer der Weimarer Wurstwaren GmbH. »Davon verkaufen wir jetzt 35.000 Stück die Woche – ein Fünftel mehr als vor der Umbenennung«, resümiert Finckenstein, der mit »Schillers Lust« noch einen zweiten Klassiker im Angebot hat.

Klassisch

1. September, dpa:

Wenige Stunden nach den Feiern zu Goethes 250. Geburtstag sind in Weimar drei Schriftsteller von sieben Neonazis als »Judenschweine« beschimpft und durch Schläge verletzt worden.

Nie wieder Krieg ohne uns

2. September, ap, über Heidemarie Wieczorek-Zeul:

Der 1. September mahne die Deutschen für immer, die Verbrechen des Hitler Faschismus nie zu vergessen. »Dieser Tag beschreibt für mich nicht nur die Erinnerung, er steht zugleich als Mahnung, alles zu tun, damit niemals mehr Vertreibung, Völkermord, Krieg oder ethnische Diskriminierung möglich werde«, so die Ministerin.

Fischers Freunde (2)

2. September, dpa:

Rußland hat schwere Vorwürfe gegen amerikanische Kfor-Truppen im Zusammenhang mit der Entdeckung eines Massengrabes mit 15 Toten im Kosovo erhoben. US-Soldaten hätten das Massengrab einen Monat lang verschwiegen. Die Toten sollen Serben sein.

Fischers Auschwitz

3. September, Reuters:

Britische Gerichtsmediziner haben im Kosovo ein Massengrab mit 50 Toten, darunter auch Frauen und Kinder, entdeckt. Es sei das größte Grab aus der Zeit des Krieges der jugoslawischen Serben gegen die Albaner im Kosovo, das die

Fachleute bisher gefunden hätten, sagte der britische Außenminister Robin Cook.

Grenz-Markierung

6. September, »Der Spiegel«:

Die Deutsche Mark, ohnehin das gängige Zahlungsmittel im Kosovo, ist nun von der Uno faktisch zur Hauptwährung gemacht worden. Vergangenen Freitag führte die Uno-Verwaltung im Kosovo die Mark als Zahlungsmittel für ihre offiziellen Transaktionen ein ... Allerdings, so sagt ein Mitglied des Frankfurter Zentralbankrats, wäre eine »monetäre Komplettabkoppelung« des Kosovo von Jugoslawien politisch bedeutsam: Die »monetäre Grenze« könnte als Vorbote einer faktischen Staatsgrenze interpretiert werden – vor allem, wenn die Hauptwährung von der Siegermacht eingeführt werde.

Zentralorgane, schrumpfend

6. September, »Der Spiegel«:

Auflagen Berliner Tageszeitungen in Berlin: »die Tageszeitung«: 1991 – 21.100; 1999 – 13.000. »Neues Deutschland«: 1991 – 31.800; 1999 – 25.000.

Schandmauer im Havelland

7. September, epd:

Die umstrittene Mauer in der tschechischen Stadt Aussig soll nach Angaben des Magistrats bis Ende Oktober gebaut werden. Die 1,80 Meter hohe Wand soll eine Roma-Siedlung und vier Reihenhäuser voneinander trennen. Entgegen früheren Plänen sollen zwei Tore zur Straße eingebaut werden. Diese sollen jedoch nach 22 Uhr verschlossen werden.

Fischers Freunde (3)

8. September, dpa:

Kosovo-Albaner haben nach Kriegsende offenbar mit brutalsten Mitteln etwa 90.000 Angehörige der Roma- und Aschkali-Minderheiten aus dem Kosovo vertrieben oder in Lager gesteckt ... Zuvor hatten etwa 150.000 Roma und Aschkali im Kosovo gelebt.

Sauberkeit und Gottesfurcht

8. September, »Hamburger Abendblatt«:

Zurück zu den alten Werten – Niedersachen will in den Zeugnissen wieder Ordnung und Leistung benoten – Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper (SPD) hat die Rückkehr zu den vor mehr als 25 Jahren abgeschafften Kopfnoten »in modernerer Form« angekündigt. »Die Zeit ist reif, das Wertebewußtsein zu stärken«, sagte Jürgens-Pieper. In Hamburg wird derzeit ebenfalls an einer Rechtsverordnung zur Neugestaltung der Zeugnisse gearbeitet. Sachsen hatte in diesem Jahr Noten für Ordnung, Mitarbeit, Betragen und Fleiß eingeführt.

Noch ist der Fußball das Wichtigste in Deutschland. Aber wenn’s so weitergeht, ist er irgendwann mal nur mehr die Nr. 5

Paul Breitner, ehemaliger Abonnent der »Peking-Rundschau«

Konkret 10/99, S. 12

Otto Köhler

Aus alt mach neu

50 Jahre Deutschland: Schröders Mann für die Sklavenabspeisung, Otto G. Lambsdorff, nennt den Vorwurf des Internationalen Auschwitz-Komitees, er sei in den 50er Jahren ein Helfershelfer von NS-Kriegsverbrechern gewesen, »eine Mischung von Dichtung und Wahrheit«. Der Anteil der Dichtung ist freilich nicht meßbar

Vorspiel in Aachen, wo Otto Graf Lambsdorff im Dezember 1926 geboren wurde. Achtzehn Jahre später war Aachen die erste größere Stadt, die von den vordringenden Amerikanern besetzt wurde – am 21. Oktober 1944. Da kämpfte Lambsdorff, knapp achtzehnjährig, anderswo noch ein halbes Jahr, bis ihm am 31. März 1945 ein US-Tiefflieger mit fünf Schüssen ein Bein abtrennte. Auf dem Operationstisch antwortete Soldat Lambsdorff auf die Frage des Arztes nach dem Berufsziel freudig: »aktiver Offizier«. Diese fanatische Hirnrissigkeit hat ihn auch im Alter nicht verlassen. Noch als 66jähriger scheute er sich nicht, vor jedem Soldaten-Pack als Festredner aufzutreten. Dem Kyffhäuserbund bestätigte er 1992 auf einer Kundgebung vor dem endlich befreiten Kyffhäuserdenkmal, daß hier die deutschen Werte und Tugenden wieder gepflegt würden – »trotz der Versuche der Nürnberger Richter, das nationale Denken zu vernichten«.

Damals, als Aachen besetzt wurde, kam mit den Amerikanern einer, den der noch immer antisemitisch hochbegabte »Spiegel« heute so charakterisiert: »Als amerikanischer Jude europäischer Herkunft haßt Padover diese Deutschen ...« Nämlich die Deutschen, die er 1944 in der befreiten, ach was, zur Demokratie genötigten Stadt antraf: feige, ressentimentgeladen, arrogant, stumpf, gefühllos, hartherzig, mit einem für all dies Verständnis heischenden, frömmelnden Kotzbrocken von Bischof.

Nachspiel im September 1999. Aachen, die große europäische Schwertestadt mit Karlspreis und schönen Reden, ist stinkdeutsch geblieben. Die »Taz« berichtet von einer Diskussion der Aachener über Saul Padovers nach einem halben Jahrhundert nun auf deutsch erschienenes Buch *Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45*: »Alles Unfug! Stimmt nicht! Wir haben es doch erlebt! Alles Propaganda!« Einer fragt, warum bloß der Bürgermeister nicht eingreife, wenn die Stadt so besudelt werde. In diesem Milieu ist Lambsdorff nicht aktiver Offizier, er ist Politiker geworden.

Und jetzt soll ausgerechnet er dafür sorgen, daß der Bruchteil der Zwangsarbeiter, der die letzten 55 Jahre überlebt hat, ein Almosen bekommt anstelle des unterschlagenen Lohnes und der eigentlich fälligen Zinsen und Zinseszinsen. Ein halbes Jahrhundert hat sich die deutsche Wirtschaft darum gedrückt, zuletzt noch mit Hilfe von korrumpierten Historikern. Denn Bundeskanzler Gerhard Schröder will die deutsche Industrie mit Hilfe eines pfiffigen Unterhändlers vor unangemessenen Ansprüchen schützen. Und welche Forderung wäre nicht unangemessen nach so langer Zeit.

Zuerst lag dieses für die deutsche Wirtschaft so bedeutsame Amt in den Händen des einschlägig bekannten Bodo Hombach, den man – rein juristisch – sicherlich nicht als korrupt bezeichnen darf, der vielmehr hinreichend dadurch gekennzeichnet ist, daß er den Bundeskanzler so geformt hat, daß der als Verteidiger der deutschen Wirtschaft in dem Augenblick, als Hombach selbst ins Protektorat abgeschoben werden mußte, einen Lambsdorff zum Nachfolger ernannte. Dem hatte man bei der Pflege der politischen Landschaft durch jenen Flick-Konzern, der seinen Zwangsarbeitern jeden Groschen verweigert hatte, lediglich Steuerhinterziehung nachweisen können.

Doch Ende August hat das Internationale Auschwitz-Komitee Vorwürfe gegen den neuen deutschen Verhandlungsführer erhoben. »FAZ«-Graf Hohenthal sprang dem FDP-Grafen unverzüglich bei: »Versuche eines sogenannten Auschwitz-Komitees, Lambsdorff als ehemaligen Nazi-Sympathisanten zu diskriminieren, sind gescheitert. Das Auschwitz-Komitee hatte mit falschen Zitaten aus dem Jahr 1952 gegen Lambsdorff Stellung bezogen.«

Ein »sogenanntes« Auschwitzkomitee gibt es nicht. Wenn aber die »FAZ« mit dem Epitheton lediglich sagen will, daß juristisch nur die BASF, die Degussa, die Deutsche Bank und die SS einen Anspruch auf den Namen Auschwitz-Komitee haben, dann ist das richtig. Sie könnten gegen die unbefugten Zwangsarbeiter auf Herausgabe des Namens klagen.

DPA faßte die Vorwürfe des Internationalen Auschwitz-Komitees zusammen: Es sei bewiesen, daß Lambsdorff 1952/53 als FDP-Bezirksvorsitzender von Aachen und im nordrhein-westfälischen Landesvorsitz der FDP »ein Helfershelfer von NS-Kriegsverbrechern« gewesen sei. Alte Nazis hätten die FDP damals »gezielt unterwandert«. Lambsdorff habe in Veranstaltungen gesprochen, deren Thema eine Generalamnestie für Kriegsverbrecher gewesen sei. Außerdem sei er mit einem verurteilten, flüchtigen Kriegsverbrecher aus Holland zusammengetroffen.

Lambsdorff wies die Vorwürfe in einer Erklärung zurück. Er hielt seinen Kritikern vor, ihre Belege seien »oberflächlich recherchiert und durch Unwahrheiten gekennzeichnet«. Es handle sich, erklärte er dem »Spiegel«, um »eine Mischung von Dichtung und Wahrheit«. Was ist Dichtung? Was ist Wahrheit? Was hatte der »Spiegel« – schon damals – mit Dichtung zu tun? Und was war und ist das für eine Partei, in der Lambsdorff seine politische Karriere begann und für die Rudolf Augstein später vorübergehend in den Bundestag zog?

Am 21. Januar 1953 erschien im »Spiegel« die erste einer Folge von anrührenden Geschichten. Sie beschäftigte sich zunächst fast eine Seite lang mit dem absonderlichen Geschehen, das sich eine Woche zuvor gegen 22.20 Uhr im Haus des »praktischen Arztes und Geburtshelfers Dr. med. Heinrich Haselmayer, 40, in der Hamburg-Bergedorfer Chrysanderstraße 32« zugetragen hatte. Fünfzehn mit Maschinenpistolen bewaffnete britische Militärpolizisten stürmten das friedliche Haus und verteilten sich auf alle Räume. Drumherum standen weitere zwölf bewaffnete Militärpolizisten. Der Geburtshelfer wurde verhaftet, seine vier Kinder wurden geweckt und während der Haussuchung in ein unbeheiztes Nebenzimmer gebracht. »Die häufigen Bedürfnisse der vierjährigen Christiane durften nur unter militärpolizeilicher Aufsicht verrichtet werden«, registrierte der »Spiegel«. Eine Erklärung für »das ungewöhnliche Treiben« der Männer, die »auch auf die in Schulenglisch vorgetragenen Anknüpfungsversuche des ältesten der vier Kinder nicht reagierten«, blieb aus. Alles wurde durchsucht. »Auch der WC-Wasserkasten blieb nicht verschont.« Und selbst die Telefonverzeichnisse nahmen die Briten mit.

Der bedauernswerte Geburtshelfer war lediglich irgendwelchen absurden Vorstellungen der englischen Besatzungsbehörden zum Opfer gefallen. Ich las das damals als gerade Achtzehnjähriger – die eine Mark für das Sturmgeschütz der Demokratie knapste ich mir als reichlich mittelloser Schüler ab – und glaubte es, so wie ich acht Jahre zuvor noch an den Führer geglaubt hatte. Daß das »Opfer« Haselmayer, dieser praktische Arzt, als Hamburger NS-Studentenführer, Rassenforscher und Sterilisierungsexperte eher das Gegenteil eines Geburtshelfers war, erfuhr ich, erfuhren andere damals nicht aus dem »Spiegel«.

Die bewegende Haselmayer-Geschichte stand – Spitzmarke »Verschwörung« – unter der flapsigen Überschrift »Nau-Nau« (nach der damals die Kannibalen-Witze auffrischenden »Mau-Mau«-Aufstandsbewegung gegen die Engländer in Afrika). Erst nach der zweispaltigen Einleitung über die Leiden des Geburtshelfers erfuhren »Spiegel«-Leser, worum es ging. Um eine Verhaftungsaktion der britischen Besatzungsmacht gegen eine Gruppe ehemals führender Nazis um den einstigen Staatssekretär im Propagandaministerium Werner Naumann, den Hitler als Nachfolger von Goebbels ausersehen hatte.

Die Engländer! Verschwörung? Von wegen. Ich las im »Spiegel«: »Der Kreis war eher eine NS-Erinnerungsgemeinde und eine braune Hilfe, die Stellungen vermitteln wollte. Der Kreis war weder geschlossen noch ein Kreis im geometrischen Sinne, dessen Punkte – sprich Mitglieder – vom Mittelpunkt gleich weit entfernt waren. Die meisten der etwa hundert Gesinnungsfreunde waren nur durch gelegentliche Besuche und Korrespondenzen verbunden.« Woher der »Spiegel« das alles so schnell und so genau wußte? Ach Gott, man kannte sich. Man gehörte zum Kreis. Man pflegte auch Erinnerungen. Und bezog Stellungen. Schließlich saß das Reichssicherheitshauptamt mitten in der Redaktionsspitze des »Spiegel«. Der damalige »Spiegel«-Ressort-Chef »Internationales«, Horst Mahnke, kam ebenso wie sein alter SD-Freund Georg Wolf (Ressort-Chef »Ausland«) aus Heydrichs Haus zu Augstein, der die beiden bei der Abfassung antisemitischer Geschichten willig unterstützte (KONKRET 5/92). Mahnkes direkter Draht zum Naumann-Kreis lief über seinen – und Eichmanns – früheren Chef Franz Alfred Six, den Einsatzgruppenführer, als dessen Adjutant er beim Massenmord in der Sowjetunion dabei war.

Zur Naumann-Gruppe gehörten neben dem Namensgeber, nun Chef der Düsseldorfer Import-/Exportfirma Cominbel, Hans Fritzsche, der bekannteste Rundfunkkommentator der Nazis, der Reichsstudentenführer Gustav Adolf Scheel, die beiden Gauleiter Josef Grohé (Köln) und Karl Florian (Düsseldorf) und viele andere wichtige NS-Funktionäre – nicht zuletzt der einflußreiche Sprecher des Auswärtigen Amtes und streng antisemitische Ribbentrop-Vertraute Paul Karl Schmidt, als Paul Carell bis in die achtziger Jahre bedeutendster Wehrmachtspropagandist und persönlicher Sicherheitsbeauftragter Axel Springers. Auch Hans Zehrer von Bischof Liljes »Sonntagsblatt«, später Chef von Springers »Welt«, tauchte schon mal im Umfeld ein, ebenso Klaus Mehnert, der berühmte Kreml-Astrologe, und, nicht zu vergessen: Franz Alfred Six. Doch Naumann hatte auch eine Partei fest in seiner Hand: die NS-FDP. Dieser Ehrentitel gebührte vor allem der nordrheinwestfälischen Partei-Organisation, aber auch den niedersächsischen und hessischen Freidemokraten.

War es ein Wunder? Nein. Die Engländer fanden ein Papier, auf dem Naumann notiert hatte, was ihm in diesen schweren Zeiten eine FDP-Größe empfahl: »Um den Nationalsozialisten unter diesen Umständen trotzdem einen Einfluß auf das politische Geschehen zu ermöglichen, sollten sie in die FDP eintreten, sie unterwandern und die Führung in die Hand nehmen. An Einzelbeispielen erläuterte er, wie leicht das zu machen sei. Mit nur 200 Mitgliedern können wir den ganzen Landesvorstand erben. Mich will er als Generalsekretär o. ä. engagieren!!«

Der FDP-Ratgeber für die eigene Unterwanderung hieß Dr. Ernst Achenbach, war als NS-Diplomat in Paris an der Deportation der französischen Juden beteiligt und saß nun seit 1950 für die FDP im Landtag und war – als Vorgänger von Lambsdorff, der erst später Schatzmeister wurde – unentbehrlich bei der Erschließung der Geldquellen der Ruhr-Industrie. Sobald die Bundes-FDP im Gefolge der Naumann-Verhaftung ein wenig Distanz zu Achenbach zeigte, bekam sie – das ist auch heute noch Lambsdorffs Problem – von der Industrie eins aufs Haupt. Der »Spiegel« betätigte sich als Alarmglocke und verlautbarte am 17. Juni 1953 (!) unter der Überschrift »Hörensagen«: »Nach neuestem Bonner ›on dit‹ wenden zahlreiche Firmen der Ruhr-Industrie, die bisher den Wahlfonds der FDP unterstützen wollten, ihr Interesse der CDU zu.«

Wegen der Nazis in der FDP? Im Gegenteil. »Besondere Verstimmung«, warnte der »Spiegel«, herrsche bei der Industrie über die »Kaltstellung« des Rechtsanwaltes und FDP-Politikers Achenbach.

Die hatte dann sehr schnell ein Ende. 1956 zog Achenbach die Strippen, als die NS-FDP-»Jungtürken« unter dem Augstein-Freund Wolfgang Döring, der ebenfalls der Naumann-Gruppe verbunden war, zusammen mit der SPD die CDU-Regierung Arnold in Nordrhein-Westfalen stürzten. 1958 stieg er in den Bundestag auf, schließlich sogar in den Europarat und erhielt 1971 in der Ära Brandt-Scheel das Große Bundesverdienstkreuz.

Adenauer, mit dem bewährten Hans Globke an seiner Seite, begriff nach dem Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen, womit er es da zu tun hatte: Best, Achenbach und Döring hätten es »in einer an die nationalsozialistischen Methoden erinnernden Weise verstanden, den Parteiapparat der FDP in die Hand zu bekommen«, sprach er am 10. März 1953 vor dem CDU-Bundesvorstand, und sie würden dabei »von gewissen Industriellen finanziell unterstützt«. Um die eigenen Geldgeber nicht zu vergrätzen fügte Adenauer hinzu: »Ich betone: von gewissen Industriellen.«

Wer war Best? Uraltnazi Werner Best hatte bereits in der Weimarer Republik einen brutalen Umsturzplan ausgearbeitet. Der Best-Parteigenosse, der den Plan, die »Boxheimer Dokumente«, an die Öffentlichkeit brachte, wurde ermordet. Später gingen Tausende auf das Mordkonto des hohen SS-und Polizeiführers und obersten Rechtsberaters der Gestapo. Nachdem ihn die Dänen, die ihn zum Tod verurteilt hatten, auf Drängen der Bundesrepublik freiließen, fand Best ebenso wie der neue und alte Parteifreund Achenbach ein lukratives Unterkommen im Stinnes-Konzern, wo er die Bewegung für eine Generalamnestie der Nationalsozialismus-Verbrechen aufzog. Vor Gericht war er, ging es um seine Verbrechen, wegen »Krankheit« nie verhandlungsfähig. Ging es um die Verbrechen seiner Kameraden, deren Verteidigung er koordinierte, war er stets ein munterer Entlastungszeuge.

So wurde der Stinnes-Konzern, als Hauptfinanzier der NS-FDP und Zentrale nicht nur zur NS-Unterwanderung der FDP, zugleich auch – dank Best und Achenbach – zum Motor für die Generalamnestie-Bewegung. (Dem US-Historiker Gerald D. Feldman, in den sechziger Jahren einmal ein unabhängiger Wissenschaftler, ist es gelungen, in seiner im vergangenen Jahr erschienen und von der Stinnes-Stiftung geförderten Firmeneigner-Biographie unter Hinweis auf die »wunderbare Gastfreundschaft«, die er in der Familie genoß, jeglichen Verweis auf die zuvor von Stinnes geförderten NS-Größen Best, Six und Achenbach zu unterschlagen. Zur Zeit betreibt dieser tüchtige Feldman wieder einmal Auftragsforschung für die Deutsche Bank.)

Der Historiker Ulrich Herbert resümiert 1996 in seiner Best-Biographie: »Vom Ergebnis her betrachtet, war der Erfolg der Amnestie-Kampagne Bests und Achenbachs insgesamt doch als sehr weitgehend anzusehen. Zwar wurde eine ›Generalamnestie‹ nicht erreicht, und es gelang auch nicht, alle deutschen Kriegsverbrecher aus deutschen und alliierten Gefängnissen sofort aus der Haft zu befreien. Aber durch die Entscheidungen der im Herbst 1953 eingerichteten drei Gemischten Ausschüsse zur Überprüfung der alliierten Kriegsverbrecher-Urteile wurden doch alle in den Gefängnissen der Westmächte in Deutschland einsitzenden Kriegsverbrecher innerhalb sehr kurzer Zeit begnadigt; während im gleichen Zeitraum die Ermittlungen der deutschen Justizbehörden in NS-Verfahren nahezu zum Erliegen kamen.«

Das war, wie es unter den höchst lebendigen Kontinuitäten des Auswärtigen Amtes in einer positiv gemeinten Formulierung hieß, die »Endlösung des Kriegsverbrecherproblems«. Nationalsozialisten – ob Mörder oder Mitläufer – wurden geachtete Bürger des bundesdeutschen Gemeinwesens, und NS-Gegner mußten nicht allzuviel Pech haben, damit ihnen auf der Richterbank oder im Gutachtersessel die Quäler von einst begegneten. Eine Flut von kaum resozialisierten, wohl aber rehabilitierten Mördern im Nadelstreifen ergoß sich über die frühe Bundesrepublik, ordnete sich aber unauffällig und willig in den antikommunistischen Mainstream ein.

In der nordrhein-westfälischen NS-FDP, der an all dem das Hauptverdienst zukommt, saß Otto Graf Lambsdorff nach seiner Rückkehr aus dem Krieg. Schnell wurde der junge Mann FDP-Bezirksvorsitzender von Aachen. Zusammen mit den beiden Ortsvorsitzenden, Dr. Kurt Weege, seit 1931 NSDAP, dann Legationssekretär im Auswärtigen Amt, und dessen Stellvertreter, dem Chefredakteur der »Aachener Nachrichten«, Hermann Schäfer (laut Sicherungsgruppe Bonn: HJ-Führer, Träger des Goldenen HJ-Ehrenzeichens, Gestapo- und SD-Spitzel), bildete er eine Eingreiftruppe zugunsten verfolgter SS-Leute. Als im Dezember sieben holländische SS-Leute und KZ-Wächter aus dem Kriegsverbrechergefängnis in Breda ausbrachen, wurde zumindest einer von ihnen, Antoine Touseul, mit falschem Paß und vorübergehender Unterkunft vom Aachener FDP-Spitzentrio versorgt. Heute allerdings erklärt Lambsdorff dem »Spiegel«: »An Touseul kann ich mich nicht erinnern.« Damals, im Januar 1953, gestand er den Vernehmungsbeamten der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamtes auf die Frage: »Haben Sie Touseul gesehen?« – »Ich habe ihn einmal gesehen, zwischen Weihnachten und Neujahr.« Er wisse aber nicht, »wie Touseul nach Aachen kam«. Dem Protokoll ist zu entnehmen, daß Vorstandskollege Schäfer den geflohenen SS-Mann bei Erich Mende im Bundeshaus einführte.

Heute erklärt Lambsdorff, ebenfalls im »Spiegel«: »Mit Best bin ich nicht zusammengetroffen.« Schon gar nicht, so erläuterte er später, auf einer Kundgebung für eine Generalamnestie der NS-Verbrechen. Doch Lambsdorff sprang als Versammlungsleiter für Parteifreund Schäfer ein und sprach die Begrüßungsworte für Best, nachdem Schäfer aus dem

Düsseldorfer Innenministerium bedeutet worden war, er solle das besser unterlassen. So steht es in einem Brief des FDP-Landesvorsitzenden Friedrich Middelhauve vom 18. Februar 1955 an den Amtsgerichtsrat Hans Pick.

Im übrigen war alles halb so schlimm. Werner Naumann, der prospektive Goebbelsnachfolger, vertrat einen, und das machte ihn für Industrie und FDP handhabbar, geläuterteten und erneuerten Nationalsozialismus. Mit Hitler hatte er nicht mehr allzuviel im Sinn. Der war ja auch, ehrlich, für alle eine echte Enttäuschung gewesen. »Was soll man von einem Führer halten, der einen Krieg anfängt und ihn verliert?« fragte 1945 ein Sechzehnjähriger verzweifelt den US-Vernehmungsoffizier Saul Padover. So einer stirbt nicht aus. Vielleicht hat ihn nach 54 Jahren Gerhard Schröder mit seinem Endsieg über Belgrad doch noch von den Vorzügen der Demokratie überzeugt.

Saul K. Padover:*Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland.* Eichborn Verlag, Frankfurt a. M. 1999, 336 Seiten, 58 Mark

Konkret 10/99, S. 72

Dietrich Kuhlbrodt

filmtheater

Der Vulkan

Regie: Ottokar Runze. Mit Nina Hoss, Meret Becker, Christian Nickel. Deutschland/ Frankreich 1998 (Arsenal); 103 Minuten; ab 21.10. im Kino

Den gleichnamigen Roman über deutsche Emigranten der dreißiger Jahre hatte Klaus Mann 1939 in den USA geschrieben. Wie verfilmt man ein antifaschistisches Buch, in dem Krieg und Holocaust nicht vorkommen? Der verdiente Regisseur Ottokar Runze, 74, hatte ein Jahrzehnt zuvor in der Vorabendserie »Tagliatelle/Frikandelle« die Faschisierung des Alltags als beängstigenden Prozeß beschrieben; die Serie griff in den TV-Alltag des Zuschauers ein; sie wurde abgebrochen. Das Fernsehspiel »Der Vulkan« verstößt nicht mehr gegen TV-Akzeptanz. Keine Angst! Der Kostümfilm ist üppig ausgestattet; es ist eine Freude, die Mode der dreißiger Jahre in angenehm nostalgischer Atmosphäre zu sehen. Zürich, Paris, Wien, Prag: eine elegante Welt, der Mann trug zum Schillerkragen einen Hut. Einen Stetson? Ich muß dem nachgehen. Von Metropole zu Metropole nahm man die Museumsdampfbahn, blitzsauber, zum Anfassen; wenn die Lok seitwärts dampft, verschwindet die Heldin aus der Szene, Schnitt! Die schönen bunten Bilder versetzen uns in die gute alte Zeit; die Senioren werden feuchte Augen bekommen.

Für das »Widerstand leisten« ist der Dialog zuständig. Wir hören: »Ich bin jetzt in Wien.« Oder: »Wie wunderbar, in Paris zu sein.« Oder: »Ja, ich bin es, Mutter Schwalbe.« Schnell noch ein Beispiel für Rede/Gegenrede: »Sie übersetzt Schopenhauer.« – »Alle Achtung.«

Wir sind nun vorbereitet auf große Worte. Was ist Faschismus? »Faschismus ist Aggression, Diebstahl und Gewalt.« Ist das die Krise unseres Jahrhunderts? Nein: »Die Krise dieses Jahrhunderts ist die Krise der großen Worte.« Und was sind die Faschisten? Das sagt das Couplet: »Kleine Leute, kleine Leute, kleine Leute, kleine Leute«. Darauf brauchen wir uns keinen Vers zu machen, weil wir aufpassen müssen, die Handlungsfäden in der Hand zu behalten. Der Film springt wie in einer Fernsehserie von einem Minidrama zum nächsten und zurück. Aber bevor wir uns weiter mokieren: Finden wir das Serielle nicht schon in Klaus Manns Roman? Wohlan, wir kommen zum zentralen Einwand gegen Runzes Film: Ihm fehlt das Zentrum. Zwischen Bilderseligkeit und merkwürdigen Merksätzen ist schlechterdings nichts, noch nicht einmal das nichtende Nichts von Alleachtungschopenhauer. Dem Film fehlt die persönliche Handschrift eines Autors, dem man auch die Unzulänglichkeiten glaubt und grade die, das Klägliche, Schmerzhafte, das Versagen, die Hoffnung, den Widerstand in der Emigration. Und das Zeitgebundene des Jahres 1939.

Auf den letzten Filmmetern hat Runze eine Botschaft untergebracht, die sich eher an die Ehemaligen unter unseren Senioren richtet. Da lesen wir, daß der Film all jenen gewidmet ist, die aus ihrer Heimat vertrieben worden seien. Aufgemerkt, ihr Vertriebenenverbände, Sudetendeutsche, Albaner und Serben: Der Koproduzent des Fernsehspiels möchte euch alle haben. ZDF und Canal+ freuen sich auf eure Akzeptanz!

Konkret 10/99, S. 15

Siegfried Wenzel, Hermann Jacobs, Jürgen Elsässer

KONKRET-Gespräch
»Die DDR war nicht bankrott«

Zur Mythologie der Wiedervereinigung gehört unverzichtbar die Behauptung, es sei die DDR schon aus ökonomischen Gründen zu ihrer Selbstabschaffung gezwungen gewesen. Siegfried Wenzel, bis 1989 zweithöchster Plankommissar der DDR, widerlegt die Legende

KONKRET: War die DDR, wie so oft behauptet wird, Ende 1989 bankrott?

Wenzel: Ganz eindeutig nicht. Was heißt überhaupt bankrott? Ein Parameter für einen Staatsbankrott könnte die ausbleibende Bedienung der Auslandsschulden sein. Einen solchen Offenbarungseid mußten 1995 Mexiko, 1997 die ostasiatischen Tigerstaaten oder 1998 Rußland leisten. In diesen Fällen mußte der IWF mit neuen Krediten einspringen, damit diese Länder weiter fällige Schulden zurückzahlen konnten. Das war bei der DDR nie der Fall. Bis zum letzten Tag ihrer Existenz bediente die DDR ihre Rückzahlungsverpflichtungen pünktlich.

Ein weiterer Parameter für einen Staatsbankrott könnte der Zusammenbruch des Schuldendienstes gegenüber den inländischen Gläubigern sein, also gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des eigenen Staates. Das ist seit einiger Zeit in Rußland zu beobachten, wo der Staat ausstehende Löhne, Gehälter, Renten und Sozialleistungen nicht mehr bezahlen kann – oder nur noch mit mehrmonatigem Verzug. Auch das traf auf die DDR nicht zu.

Ein Maßstab für drohenden Staatsbankrott ist auch das Verhältnis von Devisenschulden zu Exporterlösen, die sogenannte Schuldendienstrate. Die internationalen Finanzmärkte setzen einen Staat auf die »schwarze Liste«, wenn er mehr Devisen in den Schuldendienst stecken muß, als er über seine Exporte erwirtschaftet. Wie sah das für die DDR Ende 1989 aus?

Auf den ersten Blick, aber nur auf den ersten Blick, gar nicht gut. Mit den Valuta-Einnahmen konnten wir 1989 nur noch 35 Prozent der notwendigen Valuta-Ausgaben – Kredittilgung, Zinsdienst, lebensnotwendige Importe – finanzieren. Der Rest mußte durch Aufnahme neuer Kredite gedeckt werden. Da die DDR aber, wie eben gesagt, als verläßlicher Schuldner bekannt war, haben wir diese Kredite immer bekommen.

Was aber viel entscheidender ist: Der »erste Blick« beruhte auf unvollständigen Zahlen. In der »Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen«, die dem Politbüro unter Krenz im Oktober 1989 von einer Gruppe verantwortlicher Wirtschaftsfunktionäre vorgelegt wurde, war die Höhe unserer Westverschuldung mit 49 Milliarden Valutamark angegeben. Der spätere Kassensturz erbrachte wesentlich niedrigere Zahlen. So wies die unverdächtige Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Juli 1990 aus, daß die Nettoverschuldung der DDR nur 24,7 Milliarden Valutamark betrug – also etwa die Hälfte der Summe, die im Oktober 1989 genannt wurde.

Woher kommt so ein gravierender Berechnungsfehler? Chaos in der Planwirtschaft?

Keineswegs. Hauptverantwortlich für den unterschiedlichen Ausweis war die verschachtelte Unternehmens- und Kapitalstruktur des Bereichs von Alexander Schalck-Golodkowski, der »Kommerziellen Koordinierung« (KoKo). Die KoKo hatte, ihrem Auftrag entsprechend, umfangreiche verdeckte Devisenrücklagen zur Sicherung der Staatsfinanzen und der Zahlungsfähigkeit der DDR gebildet, über die nicht nur die Staats- und Parteiführung, sondern offenbar auch Schalck-Golodkowski nur einen unzureichenden Überblick besaß. Hinzu kam das Auslandsvermögen der DDR-Botschaften, also etwa der Botschaftsgebäude und Grundstücke.

Also stand das Schalck-Imperium außerhalb der Planungshoheit des Staates?

Die Operationen der Schalck-Unternehmungen – soweit sie Betriebe und Kombinate der DDR betrafen – wurden in unseren Plänen berücksichtigt. Die ökonomischen Aktivitäten im Ausland und vor allem die dabei erzielten Ergebnisse waren nicht Planbestandteil. Sie unterlagen der Geheimhaltung. Der »Bereich Schalck« wurde nicht wie andere DDR-Unternehmungen, sondern als »Devisenausländer« behandelt – also etwa wie ein ausländischer Geschäftsmann, der in der DDR investiert.

Schalck-Golodkowski hatte Devisen gehortet, von denen die Plankommission nichts wußte?

Wir kannten zwar die exakte Höhe nicht. Aber die Existenz einer verdeckten Kasse selbst war nicht nur bekannt, sondern sogar erwünscht. Schalck-Golodkowski hat seine Dissertation in den sechziger Jahren über die Problematik der Devisenbeschaffung geschrieben, darin wurde das KoKo-System vorweggenommen, und dafür hat ihm Günter Mittag, das für Wirtschaft zuständige Politbüro-Mitglied, weitgehend freie Hand gegeben. Schalck-Golodkowski hatte den Auftrag, einen Rücklagenfonds anzulegen, mit dem wirtschaftliche Engpässe überbrückt werden konnten. Das hat offensichtlich funktioniert. Wenn Devisen zur Beschaffung notwendiger Investitionsgüter fehlten, ist er häufig eingesprungen und hat die

Beschaffung finanziert. Als Anfang 1980 die sozialistischen Länder in eine Schuldenfalle zu laufen drohten, waren seine Rücklagen und Aktivitäten sehr wichtig für die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der DDR. Die vom Bereich KoKo erwirtschafteten Mittel sowie die Einnahmen aus Zahlungen der BRD – beispielsweise aus der Transitpauschale – beliefen sich anfangs auf 700 Millionen Valutamark jährlich, danach regelmäßig auf zwei Milliarden.

Also war die DDR-Wirtschaft ohne Schalck-Golodkowski gar nicht lebensfähig?

Umgekehrt: Die »Einschüsse« in die Planzahlungsbilanz aus dem Bereich KoKo beruhten in erster Linie auf den Leistungen der Betriebe und Kombinate sowie der DDR-Volkswirtschaft insgesamt.

Mußte die Planungskommission nicht nach der Pfeife des wichtigen Devisenbringers tanzen?

Nein, das wäre völlig übertrieben. Allerdings verweigerte Schalck-Golodkowski bisweilen die Zusammenarbeit mit Kombinatsleitern und selbst mit stellvertretenden Ministern, wenn diese die mit ihm abgeschlossenen Verträge nicht pünktlich und mit der erforderlichen Qualität erfüllten.

Als im Oktober 1989 in dem erwähnten Bericht an das Politbüro von 49 Milliarden Valutamark-Schulden ausgegangen worden war – eine Zahl, die zur Alarmstimmung in der SED-Spitze beigetragen haben dürfte – , warum hat sich da Schalck nicht gemeldet und die Entscheidungsträger mit der Mitteilung beruhigt, er habe noch etliche Milliarden in petto?

Hat er. Er informierte noch im November 1989 gemeinsam mit der stellvertretenden Finanzministerin Herta König den neuen Ministerpräsidenten Modrow auf dessen Anforderung über die geheimgehaltenen Reserven der KoKo.

Nach dieser Unterrichtung ging die Modrow-Regierung nicht mehr von 49, sondern von 38 Milliarden Valutamark Westschulden aus – immer noch sehr viel mehr als die 24 Milliarden, die dann im Juli 1990 die Bundesbank errechnete. Offensichtlich hatte Schalck-Golodkowski nicht alles angegeben. Hatte er selbst die Übersicht verloren – oder lag ihm an der Stabilisierung der DDR nichts? War er nicht letzten Endes ein normaler Kapitalist?

Dafür habe ich keine Anhaltspunkte. Ich meine, daß er sich vorbehaltlos für die Erfüllung der mit der Bildung eines solchen Bereichs gestellten Aufgaben einsetzte. Daß das von ihm kontrollierte Devisenvermögen schließlich noch größer war als von ihm im November 1989 angegeben, könnte einen ganz profanen Grund haben: Oft kommt erst bei einer Totalinventur wirklich alles auf den Tisch. Die aber ist unter den Bedingungen eines laufenden Betriebes und sich überstürzender Ereignisse schwer möglich.

Gegen die Integrität Schalcks spricht doch zumindest der von ihm eingefädelte Strauß-Kredit 1983. War das nicht die Form von Auslandsverschuldung, die der DDR mehr schadete als nützte?

Dieser Kredit hat uns überhaupt nicht geschadet, denn wir hatten zum damaligen Zeitpunkt unsere Wirtschaft und auch die Zahlungsbilanz mit großen Anstrengungen konsolidiert. Zumindest hat sich im Zeitraum 1981 bis 1985 die Westverschuldung nicht erhöht. Zeitweise wurden jährliche Exportüberschüsse von zwei Milliarden Valutamark erzielt. Wie wenig wir damals in der Klemme waren, zeigt der Umstand, daß wir den Kredit der Kohl-Regierung, der auf den von Strauß vermittelten folgte, nur zu einem Drittel in Anspruch nahmen.

Warum ist die DDR dann überhaupt auf die Strauß-Offerte eingegangen?

Ein Kredit wie dieser, der zu normalen beziehungsweise sogar günstigen Bedingungen gewährte wurde, ist immer etwas Positives, und wenn er nur zur Ablösung ungünstiger anderer Kredite eingesetzt werden kann. Ich glaube aber, es waren vor allem politische Motive: Über den Kredit wurden die deutsch-deutschen Beziehungen befördert, Honecker – und übrigens auch Strauß – brachten sich so als Entspannungspolitiker ins Gespräch.

Aber vom Einzelfall abgesehen: Honecker war für die letztlich gefährliche Schuldenmacherei im westlichen Ausland verantwortlich. Stiegen nicht die Valutamark-Schulden in seiner Amtszeit von zwei Milliarden (1970) über elf Milliarden (1975) auf 28 Milliarden (1980)?

Das ist richtig, aber dafür trägt er nur zum Teil Schuld. Sein Credo von der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« ermöglichte einen Anstieg des Lebensstandards. Ulbricht hatte die Schwerindustrie und ehrgeizige wissenschaftlich-technische Projekte auf Kosten der Konsumgüterversorgung und des Wohnungsbaus forciert. Nach der Devise »So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben« wurden die Menschen auf die Zukunft vertröstet. Das schuf Ende der sechziger Jahre Unruhe. Bei Honecker sollte der Produktivitätsfortschritt der Bevölkerung unmittelbar zugute kommen, etwa nach dem Motto: »So wie ihr heute arbeitet, sollt ihr heute auch leben.« Das hat zunächst geklappt und führte zu einer inneren Stabilisierung der DDR Anfang der siebziger Jahre.

Gescheitert ist dieses Konzept an einer wesentlichen Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Bedingungen, besonders deutlich geworden am internationalen Ölpreis-Schock: In den siebziger Jahren erhöhten die Opec-Staaten sukzessive den Ölpreis – und alle anderen Rohstoffe zogen mit. Außerdem kürzte die UdSSR ihre Öllieferungen an die DDR von rund 20 Millionen Tonnen auf 17,5 Millionen Tonnen pro Jahr – um mit dem Rest selbst Devisen auf dem Weltmarkt zu erwirtschaften. Mußten wir 1970 nur 13 Rubel für eine Tonne sowjetisches Erdöl zahlen, so waren es 1985 168 Rubel –

also das Dreizehnfache. Diese Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Situation führte zu Belastungen, die durch zusätzliche Leistungen über die bereits angespannten Pläne hinaus nicht ausgleichbar waren. Honecker hätte die DDR-Bürger informieren müssen, daß unter diesen Bedingungen Abstriche am ambitionierten Lebensstandardprogramm, darunter an den überdimensionierten Wohnungsbauvorhaben, unvermeidlich sind. Dazu war er nicht bereit.

Warum nicht? Auch im Westen wurde doch damals Konsumverzicht gepredigt. Ich erinnere mich an die flächendeckenden Sonntagsfahrverbote 1974.

Honecker wollte solche Konsequenzen der DDR-Bevölkerung nicht zumuten. Er stand ja auch unter dem Druck des hohen Lebensstandards in der BRD, der unter viel günstigeren historischen Bedingungen als in der DDR zustande gekommen war. Vielleicht hängt die mangelnde Bereitschaft zur Kurskorrektur auch damit zusammen, daß er getreu der Maxime »Die Partei hat immer recht« keine Abänderung der einmal verkündeten Linie zugeben konnte.

Trotz allem aber konnte die DDR Anfang der achtziger Jahre ein Zuschnappen der Schuldenfalle verhindern – anders als Ungarn, das sich damals dem IWF-Diktat unterwerfen mußte, anders als Polen und Kuba. Wir erreichten es unter anderem durch ein ehrgeiziges Programm zur Öleinsparung: So wurden etwa die Berliner Kaufhallen Anfang der achtziger Jahre nicht mehr über LKW-Zulieferung versorgt, sondern die Waren wurden nachts mit der Straßenbahn angeliefert. Von entscheidendem Gewicht war, daß unsere jährliche Braunkohleförderung, die schon 1980 die weltgrößte war, bis 1985 noch einmal von 258 auf 312 Millionen Tonnen, das heißt um 21 Prozent, gesteigert wurde. So erreichten wir eine Öleinsparung von sechs bis sieben Millionen Tonnen, mehr als ein Drittel unserer Importe aus der UdSSR – und dieses Öl verkauften wir dann, über den zollfreien Handel mit der BRD, in den Westen. Damit konnten wir selbst von den gestiegenen Ölpreisen profitieren und eine weitere Verschuldung vermeiden – in einer Phase, in der viele andere nichtkapitalistische Länder immer tiefer in die roten Zahlen rutschten.

Doch 1985 wendete sich das Blatt erneut zu unseren Ungunsten, und diesmal endgültig. Jetzt war es der Fall der Ölpreise, der unsere Handelsbilanz ruinierte: Der Barrelpreis gab um mehr als die Hälfte nach, unter anderem nachdem die Förderung des Nordseeöls aufgenommen worden war – und damit schrumpften auch unsere Einnahmen aus den Ölexporten in den Westen. Hatten wir von 1981 bis 1985 einen nicht unbeträchtlichen Exportüberschuß im Westhandel erwirtschaftet, so wuchsen umgekehrt in der Periode 1986 bis 1989 die Importüberschüsse – und damit die Verbindlichkeiten gegenüber dem Westen – schnell an.

Aber gleichzeitig hätte doch ab 1986 auch der Preis für das sowjetische Öl um die Hälfte fallen müssen – und damit wäre der Verlust mehr als ausgeglichen gewesen, denn die DDR-Ölimporte waren ja fast doppelt so hoch wie die -exporte.

Der Preis für das importierte sowjetische Erdöl blieb konstant, weil es zwar eine Vereinbarung im RGW gab, daß sich die Erdöl- und Erdgaspreise an den Weltmarktpreisen orientierten, diese Anpassung aber jeweils nur schrittweise über einen Zeitraum von fünf Jahren wirksam wurde. Was bei den Ölpreiserhöhungen in den siebziger Jahren günstig für uns gewesen war, wirkte sich nun beim Preisverfall fatal aus.

Hinzu kamen die ökonomischen Schwierigkeiten der Perestrojka. So schön die Ankündigungen von Gorbatschow klangen – die sowjetische Wirtschaft brach in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein, Lieferverpflichtungen an uns und andere RGW-Staaten wurden teilweise nicht mehr erfüllt. Das war eine tödliche Gefahr für die DDR, die ohne die Rohstoffe aus der UdSSR ökonomisch nicht lebensfähig war.

Mit anderen Worten: Die DDR war zwar 1989 nicht bankrott, wäre es aber ein paar Jahre später gewesen?

Schon 1986 mit der Ausarbeitung des Fünfjahrplanes 1986 bis 1990 wurde klar, daß der mit dem Preisverfall bei Erdölprodukten verbundene Devisenausfall ohne Eingriffe in die Konsumtion nicht auszugleichen war. Das aber war politisch nicht durchsetzbar. Auf Unterstützung aus der UdSSR konnte man nicht hoffen. So reifte der Gedanke, daß die DDR nur in einer Art Konföderation mit der BRD eine Zukunftschance haben könnte. Als ich mich unter vier Augen gegenüber dem Vorsitzenden der Plankommission Schürer 1986 entsprechend äußerte, nahm er das schweigend zur Kenntnis – er widersprach mir aber auch nicht. 1988 wurde diese Frage in einem Gespräch zwischen Schürer und Schalck-Golodkowski erörtert, zu dem ich als Verantwortlicher für die gesamtvolkswirtschaftliche Bilanzierung hinzugezogen wurde.

Leider gab es in der SED-Spitze nur begrenzt Ansprechpartner für solche Gedanken. Immerhin wurde die Idee gemeinsamer Olympischer Spiele in Ost- und Westberlin damals auch von Honecker gesprächsweise unterstützt. Und als die Plankommission ebenfalls 1988 eine reale Analyse unserer ökonomischen Lage vorlegte – Honecker hatte dazu den »Kleinen Kreis«, die mit Wirtschaftsfragen befaßten Politbüro-Mitglieder einschließlich Willi Stophs, einberufen – gab es zum ersten Mal keine Widerrede. Honecker wirkte nachdenklich wie nie. Er sprach davon, daß man mit der Vorbereitung des XII. Parteitages, der für das Frühjahr 1990 angesetzt war, die notwendigen Entscheidungen treffen müßte.

Eingangs sagten Sie, die DDR sei bis zum Schluß liquide gewesen. Warum dann trotzdem der Kurs auf eine Konföderation und schließlich auf die Wiedervereinigung?

Wir rechneten mit ernsthaften Zahlungsengpässen etwa ab dem Jahre 1991. Wir schätzten, daß wir zur Sicherung der Liquidität einen Bonner Kredit in Höhe von zwei bis drei Milliarden Valutamark brauchen würden. Der Kollaps für das Jahr 1989/90 ist also herbeigeredet und sollte nur die überfallartige Währungsunion und den Anschluß an die BRD rechtfertigen; aber im Prinzip gab es wirtschaftlich zu einer stufenweisen und langsamen Vereinigung, wie sie dann Modrow Anfang Februar 1990 mit dem Programm »Deutschland einig Vaterland« vorschlug, keine Alternative.

Keine Alternative? Rein theoretisch fallen mir wenigstens drei ein. Nummer eins: Dafür sorgen, daß die Sowjetunion die Perestrojka abbricht und wieder zu den stabilen Verhältnissen des Breschnewismus zurückkehrt. Dafür hätte es in allen RGW-Ländern und auch in der Sowjetunion Bündnispartner gegeben – jedenfalls 1986, als Sie und andere Wirtschaftsfachleute das Desaster zu ahnen begannen.

Es stimmt, wir waren skeptisch hinsichtlich der ökonomischen Konsequenzen der Perestrojka. Wir als Wirtschaftler haben frühzeitig anhand exakter Zahlen mitbekommen, daß unter Gorbatschow die Ökonomie den Bach runtergeht. Trotzdem wäre für uns die von Ihnen genannte Alternative völlig widersinnig und irreal gewesen, denn der wirtschaftliche Verfall hatte ja unter Breschnew begonnen.

Möglichkeit zwei: Der kubanische Weg. Die Sowjetunion hat ihre Öllieferungen an Kuba 1990 um achtzig Prozent zusammengestrichen, Kuba hat trotzdem überlebt.

Man kann die DDR nicht mit Kuba vergleichen. Kuba ist eine Insel, und das politisch-ökonomische Umfeld, die katastrophale Lage der Menschen in ganz Lateinamerika, ist völlig verschieden. Was dort möglich ist und einem große Hochachtung abnötigt, wäre in Europa unmöglich gewesen.

Möglichkeit drei: Sich die Kredite zur Überbrückung der Liquiditätsengpässe ab 1991 nicht von der BRD besorgen, sondern von Frankreich oder Großbritannien, die, im Unterschied zur BRD, die Wiedervereinigung ablehnten.

Stimmt, Mitterrand und Thatcher waren 1989 strikt gegen die Wiedervereinigung. Mitterand schreibt in seinen Memoiren, wie er im November zu Gorbatschow gesagt hat: »Was macht ihr denn mit der DDR? Wir wollen, daß sie bleibt!« Aber die Frage ist, ob diese Länder die für uns notwendigen Summen aufgebracht hätten.

Sie sprachen von einem Kredit in Höhe von zwei bis drei Milliarden Valutamark. Das ist keine Summe für ein Land wie Frankreich.

Ein französischer Kredit wäre wahrscheinlich auch eine zu starke Belastung für die Beziehungen zwischen Paris und Bonn gewesen. Die führenden Kreise der BRD wollten ja nicht die Erhaltung der DDR – selbst wenn es nur für wenige Jahre gewesen wäre – , sondern den schnellen Anschluß nach Artikel 23 Grundgesetz. Immerhin hat Mitterrand im Dezember 1989 mit seinem Staatsbesuch bei Modrow ein deutliches Signal für sein Interesse an der Eigenständigkeit der DDR gesetzt. Da hätte ihn Modrow wegen eines solchen Kredites fragen müssen. Offensichtlich hat er das nicht gemacht.

Mit Siegfried Wenzel sprachen Hermann Jacobs und Jürgen Elsässer

---

Siegfried Wenzel, Jahrgang 1929, gehörte seit 1955 ununterbrochen der Staatlichen Plankommission der DDR an. Von 1960 bis 1962 und von 1966 bis 1989 war er Stellvertretender Vorsitzender und bis zuletzt verantwortlich für den Bereich »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Plankoordinierung«. Seine Erfahrungen hat er in dem Buch Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie, Dokumentation und Erinnerung *(Scripta Mercaturae Verlag, St. Katharinen 1998, 195 Seiten, 36 Mark) niedergelegt. Außerdem verfaßte er unter dem Titel »War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende?« eine Broschüre für den »Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte« (Bezug über den Verein »Helle Panke«, Tel/Fax 030/47538724).*

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 9/99 über die Tribalisierung der Wirtschaft im Kosovo und anderswo; Hermann Jacobs' Studien zum Wert/Preis-Verhältnis in der DDR-Ökonomie wurden in KONKRET 11/97 (»Kommunismus mit Kohle«) vorgestellt.

Konkret 10/99, S. 17

Peter Hacks

Jetztzeit

Denkmal für ein Denkmal (2)

Was für roter Fels im Heidesand,
Wirre Blöcke, ungefüge Kloben?
Wie gelangt Granit ins märkische Land?
Welche Eiszeit hat ihn hergeschoben?

Lenins Trümmer sind dies. Letztes Jahr
Ward sein Bild zerstört und hier vergraben.
Als sie Stalin kippten, das war klar,
War auch Lenin nicht mehr lang zu haben.

Terror kann der Leninbilder spotten,
Doch nicht Lenins Wort im Wald versenken.
Terror kann die Denkmäler verschrotten,
Nicht das Denken.

Konkret 10/99, S. 18

Georg Fülberth

Plan erfüllt

Was war der verordnete Antifaschismus der DDR wert, welche Spuren hat er hinterlassen? 50 Jahre nach ihrer Gründung und 10 Jahre nach ihrem Untergang wird man ja mal fragen dürfen

Vaterländischer Antifaschismus

Nach Auffassung des rechten Stammtischs neigt der Deutsche als solcher zur nationalen Einheit. Deshalb sei der Fall der Mauer letztlich unausweichlich gewesen. Irgendwo wird es ja wohl auch einen linken Tresen geben. Dort neigt man der Meinung zu, Sozialismus sei in der DDR natürlich nicht zu machen gewesen, denn die Rote Armee habe dort 1945 ja ein Volk von Nazis vorgefunden. »Meine Rede!« – so läßt sich eine Stimme aus der Kreml-Mauer vernehmen. Auch Stalin – er ist es, der da spricht – wollte 1945 keinen Sozialismus in Deutschland. Dafür hatte er mehrere Gründe.

Erstens wollte er das Einvernehmen mit den USA nicht stören. Auch war ihm klar, daß ein Volk, dessen erwachsener Teil mehrheitlich aus Anhängern Hitlers bestanden hatte, kein Fall für den Sozialismus war, sondern für den Antifaschismus. Hierüber, so meinte er wohl, müsse sich mit seinen westlichen Verbündeten eine Einigung erzielen lassen. Das System, welches in ganz Deutschland zu errichten sei, sollte Antifaschistisch-Demokratische Ordnung heißen.

Zweitens: Wenn Stalin mal nachts nicht schlafen konnte, weil ihm im Kreml die Geister von Trotzki und Bucharin erschienen, dann gestand sein gequältes Gewissen ein, daß der Antifaschismus einem anderen, seinem wirklichen Ziel dienen sollte: der Sicherung der Sowjetunion durch ein Glacis, so daß sie nicht ein weiteres Mal angegriffen werden konnte. Deutschland als Ganzes, das wußte er, konnte aus den verschiedensten Gründen nicht ausschließliches Einflußgebiet der UdSSR sein. Um so wichtiger war, daß es eine innere Ordnung erhielt, die ihm die Fähigkeit zu einem Angriffskrieg ein für allemal austrieb.

Die Bodenreform von 1945 beseitigte die Großgrundbesitzer-Kaste, welche dem Kaiser Wilhelm treu gedient, die Weimarer Republik bekämpft und Hitler unterstützt hatte. Einige ihrer Mitglieder hatten sich am 20. Juli 1944 erst dann gegen ihren Führer erhoben, als er den Krieg, der auch der ihre war, verlor; und sie hatten gehofft, nach einem Erfolg mit neuen Verbündeten gegen die UdSSR weiterkämpfen zu können. Ihre Enteignung war für Stalin also zugleich eine prosowjetische und antifaschistische Maßnahme. Auf dem Priesterseminar in Tiflis hatte er überdies gelernt, daß der Monopolkapitalismus zur unverhüllten terroristischen Diktatur der extrem reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals führt. Deshalb wurden die Großbetriebe und Banken 1946 in der gesamten Sowjetischen Besatzungszone in öffentliches Eigentum überführt.

Hinzu kam die Säuberung des Staatsapparats. Alle Nazi-Richter und -Lehrer wurden entlassen. In Schnellkursen ist neues Personal für Justiz und Schule ausgebildet worden. Im Dezember 1946 ordnete die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) die Gründung von »Sozialwissenschaftlichen Fakultäten« an, die 1947 in Jena, Rostock und Leipzig eröffnet wurden. Hier wurden politisch unbelastete Personen ohne Abitur, die bereits im Berufsleben gestanden hatten, für Positionen im Öffentlichen Dienst vorbereitet. Später, nach Gründung der DDR, sind diese Einrichtungen wieder aufgelöst worden. An ihre Stelle traten die Arbeiter- und Bauernfakultäten.

Die Gesamtheit der ökonomischen und personalpolitischen Maßnahmen jener Jahre könnte man als *strukturelle* Entnazifizierung bezeichnen. Dagegen beschränkte sich die *individuelle* Aburteilung auf Personen, denen Verbrechen zur Last gelegt wurden. Hier war die sowjetische und die SBZ- (bzw., später, DDR-)deutsche Justiz zweifellos schneller und rigoroser als die westdeutsche und die der Westalliierten. Die schlimmsten Täter – so weit sie das Kriegsende und Nürnberg überlebt hatten – konnte man allerdings nicht packen: Wer wußte, was er bis 1945 angerichtet hatte, setzte sich rechtzeitig in die britische, französische oder US-amerikanische Zone (oder nach Südamerika) ab.

In der SBZ gab es nicht die langwierigen und meist harmlosen Spruchkammerverfahren der Westzonen. 1947 verfügte die SMAD, diese Maßnahmen sollten sich auf die tatsächlichen Aktivisten, Nutznießer und Finanziers des deutschen Faschismus beschränken und innerhalb von drei Monaten abgeschlossen werden. (Die Gerichte allerdings waren noch jahrelang mit der Verfolgung von Verbrechen beschäftigt.) Schon im Oktober 1945 hatte die »Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien« beschlossen, die »nominellen Parteigenossen« (Pg.) der NSDAP von Strafe freizustellen. Die SMAD bekräftigte dies 1947 ausdrücklich. 1948 verlautbarte sie, daß es »unter den ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei vaterländisch gesinnte Menschen aus dem Volk gab und gibt, die imstande und gewillt sind, jetzt gemeinsam mit den demokratischen Kräften der Gesellschaft an der Sicherung der Einheit und der demokratischen Entwicklung Deutschlands ehrlich mitzuarbeiten«. Für diese – und für ehemalige Berufssoldaten – wurde im selben Jahr sogar eigens die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) gegründet. Auch in der SED durften »nominelle Pg.« bald Mitglied werden. Sie brachten es teilweise recht weit. Einer von ihnen ist – wenngleich sehr viel später – sogar

Chefredakteur des »Neuen Deutschland« geworden. Auch unter dem Leitungspersonal der »Sozialwissenschaftlichen Fakultäten« und unter der Universitäts-Prominenz gab es frühere NSDAP-Mitglieder.

Das »Vaterländische« wurde also vom Faschistischen getrennt und galt sogar als antifaschistisch. In der äußeren Symbolik entstanden dabei erstaunliche Amalgame. Die 1946 gegründete Freie Deutsche Jugend (FDJ) unter ihrem Vorsitzenden Erich Honecker knüpfte in der Namensgebung an antifaschistische Gruppen der Emigration an. Ihre Kluft aber verleugnete nicht eine Tradition, die vor dem Ersten Weltkrieg vom »Wandervogel« geschaffen und ab 1933 von der HJ fortgeführt worden war.

Die nationale Komponente in der Politik der SED verstärkte sich in dem Maße, in dem die von der Sowjetunion nicht gewünschte Spaltung Deutschlands voranschritt. Nach dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges verband sie sich mit der von der UdSSR vorgegebenen Ablehnung des »Kosmopolitismus«. 1950 machte sich eine antisemitische Wendung der sowjetischen Politik auch in Personalentscheidungen der DDR bemerkbar. Jürgen Kuczynski verlor sein Amt als Präsident der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft. In dem Maße, in dem der 1948 gegründete Staat Israel als Teil des westlichen Systems ausgemacht wurde, gedieh ein Antizionismus, gegen den einige Volksgenossen aus alter Gewohnheit nichts haben konnten.

Ex oriente lux

Bekanntlich ist aus dem Projekt eines bündnisfreien, antifaschistisch-demokratischen Gesamtdeutschland dann doch nichts geworden. Der von der SED 1952 ausgerufene Sozialismus in der DDR war in den Augen der Sowjetunion im Vergleich zu dem, was man zunächst gewollt hatte, nur zweite Wahl.

Antifaschistisch war allerdings auch er. Für diejenigen ökonomischen und politischen Akteure, die einst Hitler geholfen hatten, galt dasselbe wie für die Hunde vor dem Fleischerladen: »Wir müssen draußenbleiben«. Die Definition der Berliner Mauer als eines »antifaschistischen Schutzwalls« ist oft verspottet worden. Unlogisch war sie aber nicht, und als Minderheitsmeinung gab es diese Ansicht auch im Westen. Immerhin skandierte im Mai 1968 der Bundesvorsitzende des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes im Bonner Hofgarten auf der zentralen Anti-Notstands-Kundgebung: »Kapitalismus / Führt zum / Faschismus / Kapitalismus / Muß weg.«

Nimmt man allerdings das zur Erreichung dieses Ziels angestrebte Mittel: den Sozialismus, selbst als Zweck, dann läßt sich nicht verkennen, daß er verfehlt wurde. Die alten Nazis können dafür aber nichts. (Im Gegenteil: Ihre Sekundärtugenden waren produktions- und ordnungsfördernd.) It was the economy, stupid. Wir wissen heute nicht, ob eine auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaft überhaupt machbar ist, und falls ja: wie. (Auch die Frage, wozu das gut wäre – außer zur Verhinderung noch größerer Übel, zum Beispiel des Kapitalismus – , ist noch nicht beantwortet.) In der Geschichte des bürgerlichen Deutschland wird der Sozialismus der DDR keine lange fortwirkende Spur hinterlassen.

Aber immerhin war er ein Beitrag zur Beantwortung der Deutschen Frage. Was ist denn das schon wieder? – werden Sie fragen.

Die Mächte der Anti-Hitler-Koalition haben die Deutsche Frage schon vor 1945 so gestellt: Wie kann Deutschland daran gehindert werden, noch einmal einen Angriffskrieg zu beginnen und einen Völkermord zu begehen?

Stalins Antwort kennen Sie ja jetzt. Sein Scheitern ab 1947 führte zur deutschen Teilung, und damit war die Deutsche Frage fürs erste einmal beantwortet: Ein gespaltenes Deutschland war nicht in der Lage, einen neuen Angriffskrieg und Völkermord zu organisieren. Es befand sich in Sicherungsverwahrung. Um ein paar Ecken herum kam sogar das zustande, was der sowjetische Außenminister auf den Nachkriegskonferenzen immer wieder gefordert hatte: eine vierzigjährige Besetzung (allerdings, und das wollte er nicht, auf zwei voneinander getrennten Territorien). Damit war aus der Ersten Deutschen Frage die Zweite geworden. Diese wurde bis 1955 von BRD und DDR sowie deren jeweiligen Verbündeten gestellt, danach nur noch von der Bundesrepublik und den Westalliierten. Sie lautete jetzt: Wie kann Deutschland wiedervereinigt werden?

Adenauer und alle seine Nachfolger kannten eine notwendige, wenngleich nicht hinreichende Bedingung: Sie mußten glaubwürdig versichern, das von ihnen angestrebte neue Gesamtdeutschland werde die Gewähr dafür bieten, daß es die Abenteuer Wilhelms des Zweiten und die Verbrechen Hitlers nicht mehr wiederholen werde. Die Beseitigung der DDR war also nur zu haben, wenn vorher Antifaschismus – allerdings nach westlicher Machart – demonstriert wurde. So hat der sozialistische deutsche Staat zur Erziehung des kapitalistischen beigetragen – durch seine schiere Existenz.

Und nicht nur durch sie. Die ehemaligen hohen Nazis in Spitzenstellungen der BRD saßen nicht ganz sicher. Immer wieder einmal wurde einer von ihnen enttarnt. Zum Beispiel wies die »Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes« (VVN) Ende der fünfziger Jahre nach, daß der Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer (CDU, seit 1933 NSDAP, danach SA-Funktionär, Gauamtsleiter und Reichsführer des Bundes Deutscher Osten) Offizier in einer ukrainischen Hilfstruppe

gewesen ist, die 1941 an Morden in Lemberg beteiligt war. Er mußte 1960 zurücktreten. Die VVN-Leute wären ohne die Archive der DDR gewiß nicht so weit gekommen.

1965 hat Ralf Dahrendorf die Zweite Deutsche Frage ironisiert, indem er sie durch die Dritte ersetzte: »Es gibt eine Auffassung von Freiheit, die diese für das Individuum nur dort gewährleistet findet, wo experimentelle Gesinnung, konkurrierende soziale Kräfte und liberale politische Institutionen sich verbinden. Diese Auffassung hat in Deutschland nie richtig Fuß fassen können. Warum? Das ist die Deutsche Frage.«

Dahrendorf verband diese Überlegung bekanntlich mit einem Modernisierungsvorhaben, das seit Mitte der sechziger Jahre denn auch mächtig in Fahrt kam und zur Studentenrevolte von 1968 und zur sozialliberalen Koalition führte. Es hätte weit weniger Chancen gehabt ohne die Systemkonkurrenz. Die westdeutschen Bildungs-Institutionen sind damals umgebaut und materiell besser ausgelegt worden, nachdem die Mauer 1961 gebaut und seit dem Sputnikschock von 1957 Erziehung und Bildung auf der Agenda der westlichen Länder ganz nach vorn gesetzt worden waren. Nach wie vor nervte die DDR durch ihre Hinweise auf alte Nazis im Westen, jetzt auf den Kanzler Kiesinger (NSDAP/CDU). Sonst wären in der BRD die Damen und Herren Töchter und Söhne vielleicht gar nicht auf die Idee gekommen, nach der Vergangenheit ihrer Eltern zu fragen. Und die *Kapital*-Lesezirkel der sechziger und siebziger Jahre wären am Ende auch unterblieben, hätte man es da nicht mit einem Theoretiker zu tun gehabt, hinter dem eine scheinbar unbesiegbare bewaffnete Macht stand.

Die BRD wurde so keineswegs ein Land des Ostens – sondern des »Westens« im Habermas'schen Sinne. Ihre dadurch gewachsene Attraktivität hat den Untergang der DDR zwar nicht verursacht, diesem aber schließlich eine hohe Akzeptanz auch im Osten gegeben.

Nehmen wir einmal an, es gebe einen zivilgesellschaftlichen Heilsplan, der von dem Völkermörder Hitler zu den Völker-Rettern Schröder, Scharping und Fischer führte: Dann hat die DDR – unabhängig davon, was die vielen Nazis und die wenigen Kommunisten in Ost und West gewollt haben mochten – Entscheidendes zu seiner Realisierung beigetragen. Dies ist ihr Platz in der Deutschen Geschichte, die ja, wie man immer wieder hört, weitergeht.

Von Georg Fülberth erschien 1999 im PapyRossaVerlag, Köln, das Buch: »Berlin – Bonn – Berlin. Deutsche Geschichte seit 1945«

Konkret 10/99, S. 21

Oliver Tolmein

Rechts herum

Hätte man die DDR-Juristen nicht unbedingt verurteilen wollen, wäre die Aufarbeitung des NS-Unrechts ein unerledigter Fall geblieben. So gibt es nun wenigstens ein paar selbstkritische Anmerkungen der BGH. Verurteilt werden trotzdem nur Realsozialisten

»Die Deutsche Demokratische Republik ist auf dem Weg in die Zukunft, die Sozialismus heißt, der westdeutschen Bundesrepublik und den anderen westeuropäischen Industriestaaten weit voraus. Wenn wir hier endlich damit beginnen, den Sozialismus aufzubauen, von dem unsere eurokommunistischen Genossen träumen, so daß sie nicht mehr gezwungen sein werden, sich von unserem Sozialismus zu distanzieren, dann könnte die DDR mit den anderen sozialistischen Ländern zur Schrittmacherin der großen sozialistischen Wende in Europa werden. Wir müssen nur den längst fälligen zweiten Schritt tun, den Schritt in die Demokratie durch Aufhebung der unkontrollierten Herrschaft des Parteiapparats. Wir werden zwar den Partei-, wie auch den Staatsapparat, noch eine Weile brauchen, denn das Absterben des Staates ist ein langwieriger Prozeß. Aber er kann sich nur vollziehen, wenn jede Form willkürlicher Herrschaft durch breite demokratische Kontrolle gezügelt und im Keim erstickt wird. Unter den gegenwärtigen Bedingungen stirbt der Staat nicht ab. Im Gegenteil.« – Was geschehen wäre, wenn der SED-Parteiapparat die »10 Thesen zum 30. Jahrestag der DDR« des Physikers Robert Havemann, die in der Forderung nach Gründung eines unabhängigen Presseorgans und Abschaffung jeglicher Zensur mündeten, aufgegriffen hätte, weiß man nicht. Es fällt ebenfalls schwer sich vorzustellen, wie der sozialistische Regimekritiker auf die in den westlichen Geschichtsbüchern als »Revolution« geführte Restauration des Kapitalismus in der DDR reagiert hätte, ob er sie womöglich als Bestätigung seiner Analyse von 1978 verstanden hätte: »(Man kann beobachten), wie das Regime allen Kredit verliert und es eigentlich nur noch weniger äußerer Anstöße und Ereignisse bedarf, um das Politbüro zum Teufel zu jagen.«

Die Biographie des 1910 geborenen und 1982 gestorbenen Physikers deutet allerdings nicht darauf hin, daß sich Havemann mit dem neuen, großen Deutschland hätte arrangieren können: Seine berüchtigte Sentenz »Wie wir Deutsche unsere nationale Frage dann (nach einer Entmilitarisierung und Neutralitätserklärung der beiden deutschen Staaten) lösen werden, muß man uns schon selbst überlassen, und niemand sollte sich davor mehr fürchten als vor dem Atomkrieg« im Brief an Leonid Breshnev 1981 taugt angesichts des Lebensweges Havemanns jedenfalls nicht, ihn kurzerhand als deutschen Nationalisten abzutun, dem die Wiedervereinigung an sich schon ein Wert gewesen wäre: Er war Kommunist, Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, wurde 1946 SED-Mitglied, als Abteilungsleiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts im Westsektor wurde er 1950 wegen kommunistischer Überzeugungen entlassen, er bekam einen Lehrstuhl an der Humboldt-Universität, wurde Volkskammer-Abgeordneter, dann marxistischer Dissident, er stellte sich 1968 an die Seite des Prager Frühlings und unterstützte in seinen letzten Jahren die DDR-Friedensbewegung.

Daß der Widerstandskämpfer und Oppositionelle Havemann auch Justizgeschichte schrieb, kann nicht überraschen: Die Gerichte des Deutschen Reiches, der DDR und der Bundesrepublik haben sich mit ihm und seiner Verfolgung beschäftigt. Der Volksgerichtshof hat ihn zum Tode verurteilt; in Westberlin wurde er verhaftet, als er für die Ächtung der Atombombe demonstrierte; in der DDR erlegte das Kreisgericht Fürstenwalde ihm nach den Paragraphen 2 und 3 der »Verordnung über Aufenthaltsbeschränkungen« auf, sein Grundstück in Grünheide nicht zu verlassen, ein Urteil, das vom Bezirksgericht Frankfurt/Oder bestätigt wurde. Sowohl das Todesurteil des Volksgerichtshofes als auch der von den DDR-Gerichten verhängte Hausarrest waren, zumindest mittelbar, Gegenstand von Verfahren vor dem 5. Senat des Bundesgerichtshofs.

Zuerst behandelte das oberste bundesdeutsche Strafgericht die Rechtsprechung von Kammergerichtsrat Rehse, des Nazi-Richters, der als Beisitzer auch für Havemann das Todesurteil wollte. 1968 mußten die obersten bundesdeutschen Strafrichter entscheiden, ob das im gleichen Jahr wegen Rechtsbeugung und Beihilfe zum Mord verhängte Urteil eines Berliner Schwurgerichts gegen Rehse rechtskräftig werden sollte. Drei Jahrzehnte später dann, 1998, setzte sich der BGH mit der Frage auseinander, ob der vom Landgericht Frankfurt/Oder verfügte Freispruch vom Vorwurf der Rechtsbeugung gegen DDR-Richter und -Staatsanwälte, die an dem Hausarrest-Verfahren gegen Havemann beteiligt waren, aufrechterhalten werden konnte. In beiden Verfahren entschieden die Bundesrichter gegen die Vorinstanz: Der Volksgerichtshof-Jurist Rehse verließ als unbescholtener Mann den Karlsruher Gerichtssaal, die DDR-Juristen sollen sich dagegen durch die Verhängung des Hausarrests gegen Havemann einer »Überdehnung anwendbaren Rechts« und damit der Rechtsbeugung strafbar gemacht haben. Die Paragraphen 2 und 3 der Aufenthaltsbeschränkungs-Verordnung der DDR hätten, so interpretieren die westdeutschen Juristen, einen dauerhaften Hausarrest nicht vorgesehen. Daß ein DDR-Strafgesetzbuchkommentar von 1981 die Interpretation der Verordnung, wie sie die DDR-Richter im Havemann-Verfahren vorgenommen haben, stützt, entlastet sie in den Augen der Bundesrichter nicht vom Vorwurf der Rechtsbeugung: »Auf diese – erst nach Entscheidungen der Angeklagten erschienene – Kommentierung können sich diese zu ihrer Entlastung nicht berufen. Offensichtlich wurde hier stillschweigend die menschenrechtswidrige Auslegung des Kreisgerichts

Fürstenwalde, die vom Bezirksgericht Frankfurt (Oder) gebilligt worden war, übernommen.« Das nun allerdings ist auch in der BRD nicht unüblich und keineswegs ein Indiz für Rechtsbeugung: daß ein Gericht ein Gesetz erstmalig in einer bestimmten Weise auslegt und anwendet und die Kommentierung die Interpretation dann übernimmt – wenn sie denn im Sinne des Gesetzes plausibel erscheint. Der nachträgliche Kommentar stützt damit entgegen den Vorstellungen der BGH-Richter sehr wohl die Auffassung der angeklagten DDR-Juristen, die im Sinne des DDR-Rechts den Tatbestand offensichtlich gerade nicht »überdehnt« haben – auch wenn ihr Ergebnis, wie die Resultate politischer Justiz überhaupt, angreifbar ist.

Der Kammergerichtsrat Rehse hatte es da 1968 erheblich leichter. Eine Überdehnung geltenden Rechts konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Das Recht war in Nazideutschland schon so weit und unbestimmt gefaßt, daß es z. B. im mehrfach Rehses Urteilen zugrundegelegten Paragraph 91b StGB die Todesstrafe für den vorsah, der »im Inland während eines Krieges der Kriegsmacht des Reiches einen Nachteil zufügt«. Dafür reichte es schon aus, festzustellen, der Krieg sei »aussichtslos und verloren«. »Dies habe«, ließ sich Ex-Kammergerichtsrat Rehse auch 1967 noch uneinsichtig ein, »mit aller Schärfe bekämpft werden müssen, um den Bestand des Reiches zu sichern.« Das Schwurgericht Berlin gestand ihm zwar zu, »die Verhängung der Todesstrafe für erforderlich gehalten zu haben, um eine Schwächung der Wehrbereitschaft des deutschen Volkes zu verhindern«, die Urteile seien aber dennoch rechtswidrig gewesen: »Das Schwurgericht hat den Angeklagten nur als Gehilfen (eines Mordes) verurteilt, weil er trotz seiner guten Rechtskenntnisse nicht die Kraft gefunden hat, sich der Terrorjustiz Freislers zu widersetzen, die er durchaus als solche erkannt hat.« Angesichts der Rechtfertigungsversuche Rehses ein freundliches Urteil, das dem BGH dennoch mißfiel. Die Bundesrichter stellten fest: Ein Richter am Volksgerichtshof, der 1934 neben dem Reichsgericht eingeführt wurde und für den besondere, die Verteidigung einschränkende Verfahrensregelungen galten, hatte »unabhängig, gleichberechtigt, nur dem Gesetz unterworfen und seinem Gewissen verantwortlich« zu sein. Der verblüffende, aber erwünschte Effekt war: Richter des Volksgerichtshofes konnten keine Mordgehilfen sein, sondern nur selber Mörder – dafür mußten ihnen aber niedrige Beweggründe nachgewiesen werden, und die Stärkung des deutschen Kriegswillens zählte ersichtlich nicht dazu. Konsequenz war, wie ein zeitgenössischer Kommentator angesichts der absehbaren Beweisprobleme, die dann in den Freispruch Rehses mündeten, beklagte: »Der Angeklagte wird im Ergebnis nicht etwa besonders streng behandelt, sondern privilegiert.«

»Der 5. Strafsenat ist nun in der Verantwortung, in schonungsloser Selbstkritik überzeugend zu begründen, warum er 1968 Todesurteile des Volksgerichthof-Richters Rehse nicht für rechtsbeugerisch hielt, nunmehr aber bereits einen Hausarrest, ausgesprochen durch DDR-Justizfunktionäre«, kommentierte Falco Werkentin in der »Taz« den aktuellen Richterspruch des BGH nach seiner mündlichen Verkündung. Die schriftlichen Urteilsgründe müssen den »Taz«-Kommentator, der als Kritiker der westdeutschen Polizeiaufrüstung und als engagierter Verfechter der Aufarbeitung von DDR-Unrecht bekannt ist, enttäuschen: Im Havemann-Urteil nimmt der 5. Senat mit keinem Wort Bezug auf das Urteil seiner Vorgänger von 1968.

Allerdings haben die Richter des 5. Senats bereits 1996 einige selbstkritische Anmerkungen zur Behandlung der NS-Rechtsprechung durch die westdeutsche Justiz formuliert: Die »Auseinandersetzung mit der NS-Justiz« wird in dem Urteil, das DDR-Richter, die Anfang der fünfziger Jahre mehrere Todesurteile wegen Spionage für westliche Geheimdienste und »Boykotthetze« verhängt hatten, wegen Rechtsbeugung schuldig spricht, als »insgesamt fehlgeschlagen« bewertet: »Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hatte eine ›Perversion der Rechtsordnung‹ bewirkt, wie sie schlimmer kaum vorstellbar war, und die damalige Rechtsprechung ist angesichts exzessiver Verhängung von Todesstrafen nicht zu Unrecht oft als ›Blutjustiz‹ bezeichnet worden. Obwohl die Korrumpierung von Justizangehörigen durch die Machthaber des NS-Regimes offenkundig war, haben sich bei der strafrechtlichen Verfolgung des NS-Unrechts auf diesem Gebiet erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Die vom Volksgerichtshof gefällten Todesurteile sind ungesühnt geblieben, keiner der am Volksgerichtshof tätigen Berufsrichter und Staatsanwälte wurde wegen Rechtsbeugung verurteilt; ebensowenig Richter der Sondergerichte und der Kriegsgerichte. Einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte nicht zuletzt die Rechtsprechung des BGH. Diese Rechtsprechung ist auf erhebliche Kritik gestoßen, die der Senat als berechtigt erachtet. Das staatlich verübte Unrecht in der DDR kann mit Rücksicht auf die unterschiedliche Dimension nicht mit dem im nationalsozialistischen Regime begangenen gleichgesetzt werden. Eine so vollständige Mißachtung der Ideen von Gerechtigkeit und Menschlichkeit, wie sie das Bild der NS-Justiz prägt, hat es in der DDR-Justiz (vielleicht abgesehen von Verfahren in den ›Waldheim-Prozessen‹) nicht gegeben.«

Diese Erkenntnis blieb allerdings folgenlos: Auch in diesem Verfahren wurden die angeklagten DDR-Richter schuldig gesprochen. Und im einzigen Prozeß neueren Datums, in dem der BGH, diesmal allerdings nicht der 5. sondern der 2. Strafsenat, sich noch einmal mit NS-Verbrechen beschäftigen mußte, kam er wiederum zur Bewertung, daß es sich bei der NS-Justiz um reguläre Justiz gehandelt habe: »Bei der Erschießung von Frauen und Kindern im Oktober 1943 in Caiazzo durch einen Leutnant der deutschen Wehrmacht handelt es sich um eine nicht durch Befehl gedeckte individuelle Ausschreitung gegenüber der italienischen Zivilbevölkerung, die im Falle ihres Bekanntwerdens kriegsgerichtlich verfolgt worden wäre.« Die Konsequenz: Da die NS-Justiz die Morde als Morde verfolgt hätte, begann mit der Tat auch die

Verjährungsfrist abzulaufen, seit 1968 gilt die Tat demnach als verjährt. Ganz anders dagegen die Beurteilung des BGH zur Verjährungsfrist in einem parallel zum Caiazzo-Prozeß verlaufenden Verfahren gegen einen DDR-Hauptmann des Strafvollzugs, der im Zuchthaus Bautzen II zwischen 1970 und 1983 sieben Gefangene mißhandelt hat: Hier ging der BGH davon aus, daß die an sich nach 5 Jahren, also spätestens 1988, verjährten Taten nicht verjährt waren, weil sie nach »dem ausdrücklichen oder mutmaßlichen Willen der Staats- und Parteiführung der ehemaligen DDR aus politischen oder sonst mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbaren Gründen nicht geahndet worden sind« und die Verjährungsfrist daher erst 1990 begonnen habe.

Angesichts dieser bis in die Gegenwart hineinreichenden Rechtsprechung verliert das oben zitierte selbstkritische Eingeständnis des 5. Strafsenats des BGH erheblich an Bedeutung: Es wirkt wie eine Beschwichtigungsformel, die ermöglichen soll, mit Blick auf die Geschichte sich wenigstens nachträglich ein gutes Gewissen zu sichern und gleichzeitig in der Gegenwart weiter verfahren zu können, wie es politisch gerade opportun erscheint. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, daß der BGH in seinen Sentenzen zur unterschiedlichen Behandlung von NS- und DDR-Justiz nur eingesteht, was ohnedies offensichtlich ist. Über das lapidare Eingeständnis der Fakten will er nicht hinaus: Weder reflektiert er die Ursachen der verständisvollen Behandlung der NS-Justiz, noch erwähnt er (und zieht in seiner Analyse Konsequenzen daraus), daß schon in den 50er und 60er Jahren die bundesdeutsche Justiz, wenn sie denn nur Gelegenheit dazu bekam, auch Rechtsbeugungsvorschriften hart anwenden konnte: 1954 erklärte das Kammergericht Berlin alle Waldheim-Verfahren für nichtig, 1960 hob der BGH einen Freispruch gegen einen DDR-Richter auf, der u. a. Zeugen Jehovas verurteilt hatte. Die Begründung dieses Urteils klingt so ganz anders als die verständnisvollen Worte in den Richtersprüchen gegen die NS-Juristen: »Der Angeklagte ist Volljurist, von dem erwartet werden kann, daß er ein Gefühl dafür hat, ob eine Strafe in unerträglichem Mißverhältnis zur Schwere der Tat und zur Schuld des Täters steht.«

Die Richter des Bundesgerichtshofs werden künftig aller Voraussicht nach keine Probleme mehr mit der Justizpraxis des Dritten Reiches haben: Die NS-Juristen sterben aus, ihre Verbrechen verjähren. Diese Perspektive dürfte denn auch den Bundestag motiviert haben, Ende August 1998 ein Werk zu Ende zu bringen, zu dem man sich 1985 noch nicht hatte durchringen können: Damals wurde zwar – nachdem es einiges Aufsehen um die von Michael Verhoeven in seinem Film »Die Weiße Rose« aufgestellte Behauptung gegeben hatte, das Urteil gegen die Widerstandskämpfer wäre nach wie vor rechtskräftig – eine Entschließung des Bundestages verabschiedet, die den Volksgerichtshof als Terrorinstrument nationalsozialistischer Willkürherrschaft bezeichnete, ein Gesetz zur Aufhebung der Volksgerichtshofs- und Sondergerichtsurteile wurde aber trotz öffentlichen Drängens bewußt nicht verabschiedet. Das hat erst das neue Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafjustiz getan, das alle strafgerichtlichen Verurteilungen erfaßt, »die unter Verstoß gegen elementare Gedanken der Gerechtigkeit nach dem 30. Januar 1933 zur Durchsetzung oder Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen Unrechtsregimes aus politischen, militärischen, rassischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen ergangen sind«. Ausdrücklich genannt werden die Entscheidungen des Volksgerichtshofs und der aufgrund der VO vom 15. Februar 1945 gebildeten Standgerichte, aber auch die auf 59 (in der Anlage aufgeführten) typischen NS-Gesetzen beruhenden Entscheidungen.

Auch dieses Gesetz hätte es, wie die Anmerkungen des BGH zum Scheitern der Bewältigung der NS-Justiz, nicht gegeben, wenn das Bemühen um strafrechtliche Verfolgung von DDR-Politikern, Juristen und Militärs die Diskussion um die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der Rechtsprechung nicht erneut entfacht hätte. Die bundesdeutsche Justiz hat lediglich zwei NS-Richter eines Standgerichts, die im April 1945 noch Todesurteile verhängten, schuldig gesprochen – eine materielle Ahndung des NS-Unrechts hat es damit nicht gegeben. Aber auch die Auseinandersetzung der bundesdeutschen Justiz mit diesem bemerkenswerten Sachverhalt hat nur im Rahmen der Verfolgung von DDR-Juristen stattgefunden: Sie ist also vollständig instrumentalisiert worden. Daß dieses Versagen der Justiz durch Exekutive und Legislative unterstützt worden ist, erstaunt nicht. Daß auch das neue Gesetz zur Verfolgung nationalsozialistischer Unrechtsurteile keine Entschädigung der Opfer der Justiz vorsieht, zieht zusätzlich einen graubraunen Schleier über das triste Bild. Die deutschen Staatsgewalten wollen für die Zukunft ein gutes Gewissen – aber kosten soll das nichts: weder tatsächlich noch politisch.

Konkret 10/99, S. 24

Heiner M□ ller

Gr□ ne Raumritter

Joschka Fischer l□ □ t seine alten Kumpane nicht verkommen: Mit Tom Koenigs ist ein exponierter Vertreter des □ neuen□ gr□ nen Revanchismus □ um Uno-Verwalter des Kosovo ernannt worden

Der moderne linke Renegat legt nicht einfach nur seine Überzeugung ab. Er wechselt die Seiten und bestreitet den Seitenwechsel. Joschka Fischer nennt sich noch immer einen Linken. Immerhin kann der linke Renegat behaupten, sich beim deutschen Kriegführen treu geblieben zu sein. Nie wieder Krieg? Ach was, wo er doch für Menschenrechte, denen zuliebe auch mal Krieg geführt werden muß, schon immer gewesen ist – etwa in der alten Sowjetunion (Sacharow), in Polen (Solidarnosc), in der Tschechoslowakei (Dubcek) und neuerdings in Jugoslawien. Mit gutem Gewissen in einen guten Krieg.

»Die politischen Ziele haben sich graduell verändert«, hat der neue Uno-Verwalter des Kosovo, der grüne Politiker Tom Koenigs, seinen Frontenwechsel erklärt. Erst Außerparlamentarische Opposition, dann »Revolutionärer Kampf«, dann parlamentarische Arbeit in der Fischer-Gang. Dort »bemühen wir uns jetzt in den politischen Ämtern, Politik in einem neuen Demokratieverständnis zu realisieren« (Interview in der »Wirtschaftswoche«, 5.11.93). So gesehen besteht zwischen »Nie wieder Krieg« und »humanitärer Intervention« in Jugoslawien nur ein gradueller Unterschied: Es handelt sich um die Fortsetzung der linken Menschenrechtspolitik mit anderen Mitteln.

Spontis wie Fischer und Koenigs waren schon immer Staatsgegner. Koenigs: »Wir sind hervorgegangen aus den Protesten gegen die Großprojekte, bei denen sich Staat und Wirtschaftsunternehmen verbunden haben« (»Zeit«, 7.11.97). Heute wird dieser Vorsatz zwar nicht beim Großprojekt eines Atomstaats relevant, dafür aber beim Sozialabbau. Grün-aktuell bedeutet daher: weniger Staat, mehr Sozialabbau, stärkere Förderung der Industrie und mehr private Initiative für die, die es sich leisten können. Ein gradueller Bedeutungswandel, sozusagen.

Die Zeitung der Gruppe »Revolutionärer Kampf« (RK), der Koenigs und Fischer Anfang der siebziger Jahre angehörten, hieß: »Wir wollen alles«. Auch diese Losung scheint nur einer geringen, einer geradezu graduellen Veränderung unterzogen worden zu sein. Als Frankfurter Stadtkämmerer, ein Posten der ihm viel öffentliches Lob eingebracht hat, liebte Koenigs den Sinnspruch »Man kann nicht mehr ausgeben, als man einnimmt«. Eine Erkenntnis, die von meiner Mutter stammen könnte, nachdem sie ihr Haushaltsgeld gezählt hat. Wenn aber Koenigs die Senkung des Spitzensteuersatzes mit dem Argument begründet, »sonst laufen die Reichen einfach weg« (»Spiegel«, 22.12.97), wird der graduelle Unterschied zum »Wir wollen alles« hinreichend klar.

Tom Koenigs blickt zurück: »Wir waren ... ja nicht nur fleißig, sondern auch im Fach gut. Wenn ich zum Beispiel einmal die Rote Zelle Ökonomie an der FU in Berlin betrachte, in der ich aktiv war: Wir haben alle mit eins Examen gemacht ... und zwar bei den rechtesten Professoren« (»Wirtschaftswoche«, 5.11.93). Stammt daher die Weisheit des Kämmerers, daß »Pragmatiker die wirklichen Visionäre« sind (»Spiegel«, 23.5.94)?

Koenigs, Sohn einer Banker-Familie, die die Deutsche Bank mitgegründet hat, hat eine Banklehre gemacht und Betriebswirtschaft studiert und dann sogar – graduell verändert – Willy Brandt für den »Revolutionären Kampf« reklamiert. Der habe »es auf den Punkt gebracht. Man wollte mehr Demokratie. Und hat sie auch bekommen. Das hat zu mehr politischer Bewußtheit geführt« (»Wirtschaftswoche«).

So wagte auch der Einser-Demokrat und beriet sich als Stadtkämmerer 1993 mit dem Nachkriegschef der Deutschen Bank, dem Aufsichtsrat von Auschwitz, Hermann Josef Abs. Nein, es ging nicht darum, ob er sein Erbe 1969 beim Vietcong gut angelegt hatte, sondern wie die Frankfurter Stadtkasse saniert werden könnte, denn »die Kommunen (brauchen) den professionellen Sachverstand von Managern und Bankern, um aus den Miesen zu kommen« (»Spiegel«, 7.2.94). Hat er doch schon in der Roten Zelle Ökonomie gelernt, daß Geld in den Händen der Bank gut angelegt ist.

Das führte von der Rotzök zur Bazök. Die Bankenzelle Ökonomie, bestehend aus dem Vermögensexperten Nierhaus, CDU-Mitglied, dem Direktor der Deutschen Bank, Hugo Graf Walderdorff, dem Aufsichtsratsvorsitzenden des Frankfurter Baumultis Philipp Holtzmann, einem Mitinhaber des Bankhauses B. Metzler und dem früheren Präsidenten des Bundesrechnungshofes, ebenfalls CDU, beriet hinfort den Kämmerer in Sachen Stadtfinanzen, die Stadt leaste den konservativen Banker Nierhaus für drei Jahre.

Joschka Fischer vergißt seine Kumpels nicht. Er hatte damals Koenigs mit zum Betriebseinsatz bei Opel in Rüsselsheim geommen, wo der »Revolutionäre Kampf« alles wollte, und später von 1987 bis 1989 in das hessische Umweltministerium gehievt (Minister: Fischer, Büroleiter: Koenigs), er ließ ihn seit 1989 als Umweltdezernenten und von 1993 bis 1997 als Stadtkämmerer in Frankfurt wirken, konnte ihn nach der Bundestagswahl 1998 in Bonn nicht unterbringen, woraufhin Koenigs 1999 einer der Landessprecher der hessischen Grünen wurde, was wegen deren schwerer Wahlniederlage aber nur

seinen Rücktritt zur Folge hatte. Seit August 1999 ist Tom Koenigs auf Vorschlag des deutschen Außenministers Uno-Sonderbeauftragter für das Kosovo, zuständig für Polizei, Justiz und zivile Verwaltung.

Womit eine weitere der zahlreichen Weisheiten Koenigs□ sich bewahrheitet hat: »Wir haben auf Etikette keinen Wert gelegt, weil die oft nur zeigen soll, aus welchem Elternhaus man stammt. Das hat mit dem Leistungsprinzip nichts zu tun« (»Wirtschaftswoche«). Karriere lohnt Leistung. Koenigs□ Freunde loben die Bescheidenheit des »Citoyen«: verschenkt Erbe, Fahrrad, Lederjacke, Jeans. Nun sind auch die Jacketts neu, nur der drinsteckt, ist der alte.

Im Juni 1995 hatte Tom Koenigs als kurzzeitig amtierender Frankfurter Oberbürgermeister einen Auftritt bei einem Vertriebenentreffen in Frankfurt. Es war die Zeit, als seine Parteikollegin Antje Vollmer ihre grün-sudetendeutsche Politik begründete. »Völkervertreibung ist kein legitimes Mittel der Beendigung eines Krieges« und »Unrecht rechtfertigt kein Unrecht« (»junge Welt«, 3.6.95), dozierte Koenigs. Er sprach über »Volksdeutsche«. Mit Roma und anderen serbischen Staatsangehörigen wird er im heutigen »multiethnischen« Kosovo nicht viel zu tun haben.

Auftritt Otto Schily am diesjährigen »Tag der Heimatvertriebenen« (30.5.): Der Innenminister konzediert dem rechtsradikalen »Bund der Vertriebenen« nicht nur große Leistungen für die Demokratie, sondern nennt die Aussiedlung der »Volksdeutschen« in den vom Nationalsozialismus überfallenen und verheerten Staaten ein »Vertreibungsverbrechen«; er kritisiert »die Linke« ob ihrer »Mutlosigkeit und Zaghaftigkeit« gegenüber diesen »Verbrechen« in der Vergangenheit. Schily konkurriert mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber, der eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Vertreibung der Deutschen enthüllt hat: »Erinnerung an Deportation, Flucht und Vertreibung«. Hätte die »Völkergemeinschaft« es in den vergangenen Jahrzehnten nicht versäumt, Vertreibungen konsequent zu ächten, so Stoiber, wäre es nicht ganz so einfach gewesen, »im ehemaligen Jugoslawien solche Untaten zu wiederholen« (»FAZ«, 16.6.99).

Während des Krieges gegen Jugoslawien läßt die »Zeit« Prof. Karl Schlögel, einen deutschen Ordinarius für die Geschichte Osteuropas, ein fünfseitiges Dossier veröffentlichen: »Kosovo war überall« (29.4.99). Darin zieht der Professor eine Bilanz der Vertreibungen im Europa dieses Jahrhunderts und gemeindet die Aussiedlung der sich in ihrer überwiegenden Mehrheit zum »deutschen Volkstum« und zum Nationalsozialismus bekannt habenden Deutschen in Osteuropa in eine allgemeine, europäische Verbrechensbilanz ein.

Da macht natürlich auch die »Taz« mit. Sie ließ am 19. Juni 1999 Christian Semler im »Taz-mag« über die längst überfällige Versöhnung zwischen Linken und Vertriebenen schreiben. »Jahrzehntelang standen sich Linke und Vertriebene in erbitterter Feindschaft gegenüber. Den Linken war das Vertreibungsschicksal der Deutschen aus dem Osten gleichgültig, wenn sie es nicht sogar als gerechte Strafe für die Verbrechen der Nazis ansahen. Jetzt beginnen die erstarrten Fronten aufzuweichen. ... die Massenvertreibungen im ehemaligen Jugoslawien führten auch bei der Linken zu einer Sensibilisierung Flüchtenden und Vertriebenen gegenüber«, leitet Semler seinen »Versuch einer Annäherung« ein. Der sensible deutsche Linke entdeckt seine deutschen Flüchtlinge, endlich darf er sich zu den Deutschen als einer Opfergemeinschaft bekennen. Die Sehnsucht, dazuzugehören, treibt ungeahnte Blüten. Die Linke könne in die Fußstapfen »der bayerischen Schutzmacht der Vertriebenen« treten, die deren »Weg in die politische Marginalisierung« nicht verhindern konnte. Aber »dann kehrten im ehemaligen Jugoslawien Mord und Vertreibung nach Europa zurück. So wurde das Nachkriegsschicksal der Vertriebenen erneut zum Gegenstand öffentlichen Nachdenkens – diesmal auch für die Linken.«

Nach »Zeit« und »Taz« zog die »Frankfurter Rundschau« nach. Am 3. Juli veröffentlichte sie den Eröffnungsbeitrag Schlögels zur Konferenz der »Europa-Universität Viadrina« in Frankfurt an der Oder, die unter dem Titel »Im Jahrhundert der Flüchtlinge – Umsiedlung, Flucht und Vertreibung im Gedächtnis der europäischen Völker« stand. Die »FR« offerierte den Beitrag als »provokanten Eröffnungsvortrag«, der »für einen neuen Blick auf die □kulturelle Katastrophe□ der Vertreibung Deutscher plädierte«. Es war eine Rede, die Ernst Noltes Beitrag, der den Historikerstreit ausgelöst hat, ebenbürtig ist. Schlögels Forschungsvorhaben: »der europäische Vertreibungskomplex als ganzer«. Seine These: »Das Vertreibungsgeschehen in Deutschland steht im Schatten eines anderen Geschehens.« Die »Verbrechen des Vertreibungsgeschehens ... haben sich ereignet vor dem Hintergrund einer Verbrechensgeschichte, aus deren Kontext oder Sog man fast nicht herauskam.« – »Wie spricht man über ein Großverbrechen im Schatten eines anderen, noch größeren Großverbrechens?« Um zur Sache zu kommen: »Wie denkt man zweierlei Untergang zusammen: den Untergang des europäischen Judentums und den Untergang des deutschen Ostens.« Ja, wie? Schlögel: »Es muß möglich sein, über beides sprechen zu können, ohne daß der Revisionismus-Vorwurf ertönt.«

Christian Semler war bis zu ihrer Auflösung 1980 Vorsitzender der maoistischen Gruppe »KPD«, wie sie sich in Vereinnahmung der Tradition der 1956 verbotenen, 1919 gegründeten KPD, nannte. Die KPD-A-Null (nach ihrem Kürzel AO für »Aufbauorganisation«) war deutsch-national, »vaterländisch« und trat »für ein vereinigtes sozialistisches Deutschland« ein.

Karl Schlögel war Mitglied im Zentralkomitee der KPD/AO. Schlögel, heute häufig in der »FAZ« publizierend, beklagte bereits 1980 in seiner Verarbeitung der Vergangenheit die Volks- und Nationenferne der 70er-Jahre-Linken. Heute entdeckt er die »Seele des Volkes« neu und gleich auch die »Weite des Raums«. In der »FAZ« vom 19. Juni (»Die Wiederkehr des Raums«) rehabilitiert er auf zwei Seiten die deutsche Politik des »Lebensraums«, jenes »schöne deutsche Wort«. Dessen deutsche Väter, der »Alldeutsche« Imperialist Friedrich Ratzel und der Nationalsozialist Karl Haushofer, seien Raumpolitiker, aber »keine Rassisten« gewesen. Heute, so Schlögel, könnte man »Geopolitik bezeichnen als Klärung der Raumbezogenheit politischer Prozesse, als geographische Selbstaufklärung der Politik, als Zivilisationspolitik, die ihre räumlichen Bedingungen mitdenkt.« Die Implosion des sowjetischen Machtbereichs 1989 nennt der Osteuropaprofessor »Raumrevolution«.

Der Jugoslawienkrieg bildet die Folie, auf der ehemalige Linke nun ihre Liebe zum Völkischen bekennen: Mit der Installierung der Deutschen als Opfer des Krieges wird nicht nur der Abschied vom viel beklagten »alten Antifaschismus« betrieben, sondern werden die Nazi-Verbrechen so weit relativiert, daß man sich im Interesse der Nation wieder ihren alten Zielen widmen kann, europäisch geläutert. Bei Semler blitzt alter Avantgardismus auf, wenn er schreibt, daß Anfang der achtziger Jahre, mit dem Aufkommen der Gewerkschaft Solidarnosc in Polen, es »eine kleine Minderheit der Linken in der Bundesrepublik« war, die »Europas Osten neu entdeckte« (»Taz-mag«, 19.6.99), u. a. weil Lech Walesas Katholiken für die deutsche Einheit eintraten. Das Anfang der achtziger Jahre anvisierte Ziel der, wie Semler schreibt, »Überwindung der Blockteilung Europas«, hat den Osten zum Spiel-Raum der ökonomisch stärksten europäischen Macht gemacht. Und Schlögel bekennt, daß nicht erst mit der »Zuspitzung auf dem Balkan«, sondern bereits »mit der glücklichen Zeit nach 1989 und den Aussichten, die die Wende in Europa zu eröffnen schien«, seine Idee, sich »dem Vertreibungsgeschehen in Europa« zuzuwenden, gewachsen sei. »Wir begannen wieder, ganz Europa zu denken.« Und »wo, wenn nicht hier (gemeint: Frankfurt/Oder, H. M.), an einer Universität an der schmerzlichen Oder-Grenze, mußten die Forschungen über Grenz- und Völkerverschiebungen auf neue Weise in Gang kommen?« (»FR«, 3.7.99). Sieht man einmal davon ab, daß hier einer universitäre Planstellen beschaffen will, bieten sich diese Ex-Linken als Vordenker für eine neue nationale Elite in Sachen Ostexpansion an.

»Ich war seit jeher der Meinung, daß der Verlust des deutschen Ostens zu den großen kulturellen Katastrophen gehört, die die Stellung Deutschlands in Europa, aber auch das Antlitz Europas fundamental verändert haben«, hält Schlögel einen Raum offen, der seit jeher die Begierden deutscher Ostritter weckte. Was er »Katastrophe« nennt, beendete das Morden der NS-Deutschen. Kein Wunder, denn für ihn ist nicht Deutschland schuld am Nationalsozialismus, sondern die Siegermächte des Ersten Weltkriegs. »Der Schlüssel« zur deutschen Abart der Geopolitik »liegt, wie auch in anderen Feldern, im unglücklichen Ausgang des Ersten Weltkrieges und in den schlechten Pariser Friedensschlüssen. Geopolitik – das war die Antwort auf den unglücklichen Frieden von Versailles mit seinen neuen, instabilen und unsicheren Grenzen. Daß sie in volkhaftes und völkisches Fahrwasser geriet, war fast unvermeidlich in Anbetracht der Tatsache, daß Millionen von Deutschen jenseits der Reichsgrenzen in Mittel- und Osteuropa lebten. Was Haushofer umtrieb, war die Frage, was mit dem □Deutschtum□ passieren würde. Das Skandalöse ist also weniger der Raum selbst, sondern dessen Ethnisierung« (»FAZ«, 19.6.99).

Ein anderes ehemaliges »KPD«-Mitglied, der frühere RAFler Horst Mahler, ist für das gleiche Ziel bei anderen Kameraden untergeschlüpft: Er hat seinen Frieden mit dem deutschen Volkstum bei den Nazis gefunden und hält Reden gegen die »Überfremdung« der Deutschen. Da sind seine ehemaligen Genossen doch viel wirkungsvoller.

Konkret 10/99, S. 27

Zu Protokoll

Gangster werden Polizisten und Verbündete der Nato: Über die engen Beziehungen der UCK, aber auch Ibrahim Rugovas, zum internationalen Drogen- und Waffenhandel berichtete Vlado Konstantinovic für das »Kritische Tagebuch« von WDR 3. Der Beitrag wurde am 5.8.99 gesendet

Ein sonniger Morgen in Pristina. Im Straßencafe »Corso« genießt der Sprecher des US-amerikanischen State Departement, James Rubin, seinen Espresso mit seinen Freunden, den Anführern der Kosovo-Befreiungsarmee UCK, wie sie sich selber nennt. Gerade war bekannt gegeben worden, daß die UCK zwar demilitarisiert, jedoch keineswegs ganz entwaffnet oder aufgelöst werden soll – vielmehr soll aus ihr die neue demokratische Kosovo-Polizei entstehen. Die Passanten spenden Applaus für diese Demonstration der albanisch-amerikanischen Freundschaft. Daß die UCK seit Jahren nachgewiesenermaßen an schwerwiegenden Verbrechen beteiligt ist, spielt James Rubin herunter. Auch sei die Bedeutung der Kontrollpunkte und der Nacht-und-Nebel-Aktionen der UCK, wobei Nicht-Albaner täglich abgefangen, entführt und umgebracht werden, maßlos überbewertet worden.

Führende US-Zeitungen – u. a. die »New York Times«, die »Washington Post« oder die »Herald Tribune« – konkurrieren seit Wochen mit Enthüllungen über die UCK und ihre dubiosen Geschäfte mit der kosovo-albanischen Mafia, sowie über ihre Kontakte zu der islamistischen Terrororganisation des Feindes Nummer 1 der USA, dem aus Afghanistan agierenden saudi-arabischen Multimillionär Ossama Bin Laden. Rubin bleibt gelassen:

Diese Presseberichte sind uns zwar bekannt, doch darüber liegen uns keine gesicherten Erkenntnisse unserer Geheimdienste vor.

Doch die amtliche US-amerikanische Agentur zur Drogenbekämpfung, die DEA (Drug Enforcement Administration), warnt in einem offiziellen Bericht vor organisierten Drogenkartellen der Kosovo-Albaner, deren Einfluß sich auch in den USA rasch ausbreitet, nachdem sie die Drogenmärkte in Europa fast völlig unter ihre Kontrolle gebracht haben. Und bereits vor zwei Jahren hieß es in einem Bericht des deutschen Bundesnachrichtendienstes:

Die albanische Mafia steuert den Heroinhandel, den sie als Tauschgeschäft gegen Waffen abwickelt, von ihren Stützpunkten in Albanien, Mazedonien und vor allem in der serbischen Provinz Kosovo aus. Sie hat in zahlreichen westeuropäischen Ländern die notwendige Vertriebsstruktur; so vor allem in Italien, der Schweiz und in Deutschland. Die muslimischen Albaner im Kosovo nutzen ihre weltweiten Verbindungen, um mit illegalen Geschäften ihren Lebensunterhalt, ihre separatistischen Aktivitäten – zum Beispiel Waffenkäufe – oder eine Flucht zu finanzieren.

Ähnliches erfährt man auch von der Sonderkommission zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ethnischer Albaner beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden, und eine Aktion des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen entdeckte im Juni ein weitverzweigtes illegales »Underground-Bankennetz« der Kosovo-Albaner:

Die über die illegalen Geschäfte aus Deutschland in den Kosovo oder nach Albanien transferierten Gelder dürften locker bei über einer Milliarde im Jahr liegen. Sie werden zur Unterstützung von Familien, zu wirtschaftlichen Zwecken, zum Kauf von Militärgerät oder auch zur Geldwäsche außer Landes geschafft.

Wer das Geld hat, hat die Macht und das Sagen. Nach dieser Maxime erläutern die Experten des in Paris ansässigen OGD, des Observatoire Geopolitique des Drogues, die Ereignisse auf dem Balkan. Ihr Fazit: Neben den Kosovo-Clans liegt der Drogen- und Waffenhandel in Jugoslawien ausschließlich in den Händen der jugoslawischen Geheimdienste. Das bestätigen auch hochrangige Ex-Geheimdienstler in Belgrad. Unter dem Deckmantel des Zigarettenschmuggels und Vertriebs sind parallel riesige Mengen Heroin in Umlauf gebracht worden. Die jugoslawische Geheimpolizei habe einerseits mit den kosovo-albanischen Clans gute Geschäfte gemacht und sie andererseits bekämpft.

In der Tat rühmte sich im Sommer 1998 UCK-Sprecher Jakup Krasniqi, der Nachschub von Waffen und Ausrüstung sei für die Rebellenarmee kein Problem, man habe sogar auch bei Serben eingekauft. Über irgendeinen Diebstahl aus den Armeedepots Jugoslawiens ist nie berichtet worden. Doch die Zusammenarbeit der serbischen und der kosovo-albanischen Undercover-Geschäftemacher führte zu einem erbitterten Konkurrenzkampf und letztendlich dazu, daß der brüchige Frieden im Kosovo verlorenging.

Im Frühjahr 1997 soll es in Belgrad bei einem geheimen Treffen der serbischen und kosovo-albanischen Drogen- und Waffenbarone zu einer Art Abrechnung à la St.-Valentinstag im Chicago der 30er Jahre gekommen sein. Dabei seien mehrere albanische Bosse auf der Strecke geblieben. Als daraufhin auch die letzten Kosovo-Albaner aus den jugoslawischen Geheimdiensten entfernt wurden, begingen die Serben einen weiteren katastrophalen Fehler, meint Bozidar Spasic, ehemaliger Ressortleiter für Terrorismusbekämpfung des jugoslawischen Geheimdienstes.

Der endgültige Auslöser für den offenen Kampf kam mit der brutalen serbischen Polizeiaktion gegen den im Drogen- und Waffengeschäft aufmüpfig gewordenen Jashari-Clan in der Drenica-Region im Febraur 1998: 20 bewaffnete Jashari-Kämpfer, aber auch an die 60 Zivilisten aus der Großfamilie wurden niedergemetzelt. In dem darauf folgenden breiten bewaffneten Aufstand der Kosovo-Albaner kam ein Mann der Jashari-Sippe groß heraus: Hashim Thaci, genannt »die Schlange« – der neue UCK-Führer. Die Jasharis, die Gashis, die Berishas, die Shalas und die anderen kosovo-albanischen Clans haben daraufhin ihre Kontakte sowohl im Westen als auch im Orient für die Organisation und die Durchführung ihres Aufstandes ins Spiel gebracht. Die serbischen Dienste hätten sie regelrecht in die Hände der potentiellen Gegner geschickt, meint Spasic.

Nach dem Ausbruch des Krieges im Kosovo brauchten die kosovo-albanischen Drogenbarone ihre neuen Stützpunkte nicht weit zu suchen: In Albanien, Mazedonien und in der jugoslawischen Teilrepublik Montenegro konnten sie an die traditionell guten Beziehungen anknüpfen, da die illegalen Geschäfte für die neuen Zwergstaaten im Südbalkan längst überlebenswichtig geworden sind. Die von der Europäischen Union geförderte Institution zur Bekämpfung der Drogenkriminalität, die schon erwähnte OGD, nennt in ihrem Jahresbericht 1997 Beispiele:

Die albanischen Clans funktionieren mafiamäßig und stützen sich dabei auf den Ehrenkodex der Clans, genannt Leka Dukadjini (der für Verrat Blutrache an der gesamten Sippe des Verräters vorsieht). Der Drogenhandel wird häufig durch die albanischen politischen Kreise Mazedoniens und des Kosovo koordiniert und kontrolliert: Alle Mafia-Organisationen sind verpflichtet, ihnen einen Anteil ihrer Profite abzugeben. Die Drogenhändler sind ebenfalls dazu verpflichtet, Waffen zu kaufen und abzuliefern. Die Partei der Demokratischen Prosperität aus (dem mazedonischen) Tetovo, aber allen voran die bewaffneten militanten Gruppen wie die Kosovo-Befreiungsarmee UCK finden so eine wichtige und vor allem eine regelmäßige Finanzierungsquelle.

Der Verlauf der Drogenrouten aus dem Orient in Richtung Westen ist bekannt. Die Rohstoffquellen in Afghanistan und im Iran werden größtenteils durch die (lange von der CIA geförderten) afghanischen Taliban- bzw. die iranischen Hisbollah-Milizen kontrolliert. Die Verarbeitung erfolgt meistens in der Türkei, aber auch in Griechenland, Mazedonien und Albanien. In Istanbul hat die mächtige Organisation des Kosovo-Albaners Daut Kadirovski das Sagen. Nach seinen Anfängen in Skopje, Pristina und Madrid baute Kadirovski Ende der 80er Jahre seinen Aufstieg als Drogenbaron in Istanbul und in Deutschland auf, wo er auch mit der türkischen faschistischen Organisation der Grauen Wölfe kooperiert.

Ihre guten Beziehungen aus den Drogengeschäften haben die Kosovo-Albaner auch für ihren politischen Kampf eingespannt. Die massive Präsenz der türkischen und der iranischen Geheimdienste in Tirana, aber auch der afghanischen Mujaheddin in den Ausbildungslagern der UCK in Nordalbanien ist den westlichen Geheimdiensten keineswegs entgangen. Mit dabei: die Terror-Spezialisten des Ossama Bin Laden, den die USA für die Anschläge gegen ihre Botschaften in Afrika vom letzten Jahr verantwortlich machen.

Im Hauptquartier der UCK in Tirana, das sich nicht zufällig im Gebäude des alten albanischen Geheimdienstes Sigurimi – neuerdings Shik – befindet, geben sich diese Agenten und Drogenbosse aus dem Orient die Klinke in die Hand. Sie halfen den UCK-Führern bei der Planung und Durchführung des Kampfes um die Sezession des Kosovo. Organisationshilfe leistet die CIA. Der Leiter des albanischen Geheimdienstes, Fatos Klosi, ist stolz darauf:

Die Ausbilder der CIA lehren nicht nur einfach Theorie, sondern auch ihre Arbeitsmethoden. Der Shik wird nach dem westlichen Vorbild umgebaut. Ein Mitspracherecht bei der Aufnahme neuer Mitarbeiter oder bei der Bestellung der Führungspositionen wird die CIA aber nicht haben.

Doch bei dem überraschenden Erscheinen des bis dahin unbekannten Hashim Thaci als Leiter der kosovo-albanischen Delegation in Rambouillet vermuten Experten dennoch eine CIA-Empfehlung. Fatos Klosi:

Die Beziehungen zwischen dem albanischen Geheimdienst Shik und der CIA sind in den letzten Monaten intensiviert worden, und die CIA-Fachleute sind im Lande sehr aktiv. Die CIA-Agenten haben ihre Verbindungsbüros im Norden Albaniens, in jenem Gebiet an der albanisch-jugoslawischen Grenze gegenüber dem Kosovo, wo die Angehörigen der UCK ihre Stützpunkte ausgebaut hatten.

Im August 1998 – wenige Tage vor den Bombenanschlägen gegen die US-amerikanischen Botschaften in Kenia und in Tansania – wurden vier Mitarbeiter des ägyptischen Terroristenführers Ayman al Zawary in Albanien gefaßt. Zawary gilt, zusammen mit Ossama Bin Laden, als Hauptdrahtzieher der Terrororganisation Internationale Islamische Front aus Afghanistan. Die Ägypter waren, als Helfer der Islamischen Erneuerungsfondation getarnt, in Nordalbanien bei den flüchtigen Kosovo-Albanern tätig, in Tropoja und Bajram Curri, genau dort, wo auch die CIA ihre Verbindungsbüros unterhält.

Doch die »New York Times« setzte neulich noch einen drauf: Der Anführer der UCK, Hashim Thaci, die Schlange, der Freund des James Rubin, habe mehrere Konkurrenten aus albanischen Reihen liquidieren lassen. Allen voran Ahmed Krasniqi, den Waffenbeschaffer der Exilregierung Ibrahim Rugovas. Krasniqi sollte für Rugova eine mit der UCK konkurrierende Streitmacht, die FARK, gründen und bewaffnen. Ausgestattet mit etwa 30 Millionen Mark aus den

dubiosen Fonds, die Rugovas Exil-Premier Bujar Bukoshi in Bonn gesammelt hatte, fuhr Krasniqi nach Tirana. Was dort geschah, las sich in einem Bericht der »New York Times« so:

Im letzten September hielt die albanische Polizei Krasniqi und seine Helfer an und beschlagnahmte ihre Waffen. An einem polizeilichen Checkpoint wurden er und seine zwei Begleiter erneut angehalten. Drei Bewaffnete mit schwarzen Gesichtsmasken, ›die mit albanischem Akzent sprachen, was sie von den Kosovo-Albanern unterscheidet‹, befahlen Krasniqi und seinen beiden Begleitern, sich auf den Boden zu legen. ›Welcher ist es?‹ fragte einer der Killer. ›Der in der Mitte‹, soll der andere gesagt haben. Der Killer, der seine Pistole an Krasniqis Kopf hielt, schoß einmal und dann noch zweimal ...

So weit die Schilderung von Chris Hedges; seine Informationen stammen von UCK-Aussteiger Rifat Haxhijaj. Hashim Thaci und sein engster Mitarbeiter, Xhafer Haliti, sollen für diese und ein Dutzend weiterer Exekutionen Experten des albanischen Dienstes Shik eingesetzt haben.

Doch der gefährliche Machtpoker der albanischen Clans geht weiter: Während die UCK weiterhin von der albanischen Regierung unter Pandeli Majko und von den USA unterstützt wird, kann sich der inzwischen nach Pristina zurückgekehrte Ibrahim Rugova auf die volle Rückendeckung des albanischen Ex-Premiers Sali Berisha stützen – einem Schützling der Deutschen und zugleich Protegé der mächstigsten nordalbanischen Clanchefs. Trotzdem wagt sich Ibrahim Rugova noch nicht auf die politische Bühne zurück: Thacis UCK hat ihn als Verräter gebrandmarkt und öffentlich auf ihre Todesliste gesetzt.

Daß dieser Konkurrenzkampf der UCK mit dem im Westen als Pazifist verklärten Schattenpräsidenten der Kosovo-Albaner auch andere als rein politische Motive haben könnte, vermuten dagegen die Geheimdienstexperten. Rugova war im Dezember letzten Jahres in Prag, wo er mit dem Friedenspreis der Tschechischen Stiftung »Menschen in Not« geehrt wurde. Dabei wurde er in Gesellschaft des berüchtigten albanischen Drogenbarons Dobroshi gesehen. Dobroshi, der Pate der nordeuropäischen Drogenroute, wurde inzwischen (im Februar 1999) im Rahmen einer international koordinierten Polizeiaktion verhaftet, gleichzeitig mit fast fünfzig seiner Clan-Mitglieder in West- und Nordeuropa. Dobroshi unterhielt einen Waffenlieferungskanal nach Nordalbanien – zu den FARK-Einheiten, die Ibrahim Rugova und Bujar Bukoshi den Treueeid geschworen haben.

Vieles an der jetzigen Situation im Kosovo ähnelt der in Bosnien-Herzegowina nach dem Dayton-Abkommen. Damals wurden die örtlichen Polizeikräfte in der Herzegowina von den kroatischen Mafiabossen aufgestellt. Der lokale Mafia-Boß, Mladen Naletilic-Tuta, war ein guter Freund des damaligen kroatischen Verteidigungsministers Gojko Susak – und der wiederum pflegte beste Beziehungen zu Madeleine Albright.

Im Kosovo gibt es Parallelen. Hashim Thaci ist nicht nur mit James Rubin gut befreundet – auch Frau Albright scheint von ihm fasziniert zu sein, seit Rambouillet: Ende Juli ließ sie sich in Pristina das Vergnügen nicht nehmen, ihn vor laufenden Kameras zu umarmen und zu küssen. All diese bedrohlichen Folgeerscheinungen des Nato-Krieges lassen den Ausblick der »International Police Review« entsprechend düster ausfallen:

Mit der Eskalation des Krieges mußte sich die UCK immer mehr auf die Hilfe der albanischen Drogenhändler verlassen, um ihren Krieg zu finanzieren. ... Sie bekommt immer bedeutendere Summen von den Gruppierungen im Drogenhandel aus Europa und Nordamerika. Diese Abhängigkeit verleiht den Kriminellen einen großen Einfluß auf die an die 30.000 Mann starke UCK-Streitmacht, die den Nachkriegs-Kosovo wahrscheinlich dominieren wird.

Konkret 10/99, S. 30

Bernhard Schmid

1 Kurpfuscher

Die UN lassen sich im Kosovo mit Bernard Kouchner von einem Mann vertreten, der zeitlebens den Segen »humanitärer Interventionen« gepredigt hat

Am 2. Juli 1999 hat UN-Generalsekretär Annan den damaligen französischen Gesundheitsminister Bernard Kouchner zum Hohen Repräsentanten der Vereinten Nationen im »Internationalen Protektorat« Kosovo ernannt. Durch eine Reihe von Entscheidungen hat Kouchner seither deutlich gemacht, wo die wahre Macht in der Provinz liegt. Anfang September hat er angeordnet, die Handelsbeziehungen und die öffentlichen Konten der Protektoratsverwaltung vom Dinar auf Deutschmark umzustellen, und damit einen ersten verwaltungstechnischen Schritt zur Abtrennung des Kosovo von Restjugoslawien getan. Zur gleichen Zeit wird Kouchner in der Pariser »Libération« mit der Ankündigung einer möglichen Umwandlung der UCK in eine offizielle paramilitärische Truppe zitiert: Er »verstehe vollkommen« die Wünsche ehemaliger UCK-Kombattanten, »sich wiederzufinden, unter Kameraden, in einer soliden, disziplinierten, gut ausgerüsteten Struktur, ausgestattet mit einem Korpsgeist und in der Lage, die legitimen und ehrenhaften Missionen zu erfüllen, auf die sie stolz sein können«. Wer ist dieser Bernard Kouchner eigentlich?

Im November 1939 in Avignon geboren, beginnt Kouchners Karriere Mitte der 60er Jahre in den Reihen der UEC (Union des Étudiants Communistes), der Studentenorganisation der französischen KP, in der er vorübergehend Mitglied ist. Als die – parteifromme – UEC im Frühjahr 1968 wegen ihrer alles andere als revolutionär-staatsabträglichen Politik unter Druck zunächst linksradikaler studentischer Gruppen und alsbald, im berühmten Mai, einer breiten rebellischen Mobilisierung innerhalb der Jugend gerät, steht Kouchner dem Treiben bereits fern. Der junge angehende Arzt bereitet sich auf eine Reise ins westafrikanische Biafra vor.

Biafra, ein Landstrich im Osten Nigerias, betrieb im Mai 1967 seine Sezession vom Staatsverband, worauf dieser mit einem brutalen Krieg gegen die Zivilbevölkerung und dem Versuch, sie auszuhungern, antwortete. Bis zum Ende des Sezessionskrieges und der erfolgreichen Wiedereinverleibung des Landstreifens durch Nigeria im Januar 1970 sind dem Gemetzel mehr als 1 Million Menschen zum Opfer gefallen. Linke europäische Mediziner begeben sich vor Ort, wo sechs von ihnen, darunter Kouchner, im September 1968 das erste medizinische Team aufbauen, das im Biafrakonflikt zum Einsatz kommen soll. Für die meisten der jungen Teilnehmer handelt es sich um eine Form internationalistischen, antiimperialistischen Engagements und der »Dritte Welt«-Hilfe. Kouchner gründet das Comité international contre le génocide au Biafra, für welches er politische Prominenz sowohl der Linken als auch der Rechten gewinnt, sowie, zusammen mit anderen Ärzten, das Comité médico-chirurgical d'intervention urgence. Letzteres bildet den harten Kern, aus dem heraus im Dezember 1971 die später äußerst prominente Vereinigung Médecins sans frontières MSF (Ärzte ohne Grenzen) entstehen wird. Kouchner hat den Vorsitz der MSF bis 1979 inne, um dann – nach personellen Querelen – eine ihm ergebene Konkurrenzvereinigung zu den MSF aufzubauen. Vier Jahre lang wird er deren Abspaltung Médecins du Monde (Ärzte der Welt) leiten.

Nur vorübergehend aber ist die Tätigkeit der »French Doctors« von den politischen Idealen der Anfangszeit geprägt, welche die herrschende Weltordnung und die Verteilungsstrukturen zwischen armen und reichen Ländern in Frage stellen. Mitte der 70er Jahre treffen diese Aktivitäten mit einer Konjunktur der »humanitären« Thematik in der westlich-imperialistischen Außenpolitik zusammen. Diese gewinnt erste Konturen mit der Berichterstattung und der organisierten Hilfe für die Flüchtlinge, die 1978/79 das mittlerweile pro-sowjetische Vietnam verlassen (»Boat-people«).

Erstmals haben während dieser Zeit Organisationen wie die MSF Macht, Geld und Prestige zu verwalten und zu verteilen, Plätze vor Kameras zu besetzen. Es ist daher kein Zufall, daß das Gerangel zwischen Kouchner und seinen MSF-Mitstreitern just in dieser Phase akut wird. In den nächsten Jahren werden es seine früheren MSF-Kollegen sein, die das Zusammenspiel mit der Außenpolitik westlicher Führungsmächte auf die Spitze treiben – vor allem aus Anlaß des Afghanistankonflikts, der mit dem sowjetischen Einmarsch im Dezember 1979 beginnt. Kouchners Organisation verherrlicht die »Gotteskrieger« der afghanischen Mudjahedin und betreibt bis Mitte der 80er Jahre eine ausgesprochen zweifelhafte »humanitäre« Arbeit in Afghanistan. Nach späterem eigenem Eingeständnis besteht diese mitunter darin, verletzte Mudjahedin zusammenzuflicken, um sie wieder einsatzfähig zu machen.

Bernard Kouchner unterdes scheinen Zweifel an dieser Art Menschenrechtspolitik, die die MSF in späteren Jahren von ihr abrücken ließ, nicht zu bedrücken. Er sitzt mittlerweile auf der Regierungsbank: 1988 wird er in der sozialdemokratischen Regierung Rocard zum »Staatssekretär für Gesundheit und humanitäre Aktionen«. Ein Jahr zuvor hatte er, in Buchform und zusammen mit Co-Autor Mario Bettati, die »Pflicht zur Einmischung« – durch Staaten und Regierungen in humanitäre und Menschenrechtsprobleme auf dem Territorium anderer Staaten – theoretisch begründet.

Anfang Dezember 1992 wird er wieder auffällig: Telegen einen Sack Reis geschultert, nimmt das Regierungsmitglied an der Landung französischer und (vor allem) US-amerikanischer Truppen am Strand des nordostafrikanischen Somalia teil. Diese Operation dient – ein Jahr nach dem Golfkrieg und dem Ende der UdSSR – offiziell der Abwendung einer humanitären Katastrophe. Die westlichen Truppen aber, zu denen sich im Sommer 1993 auch eine der ersten internationalen Voraustruppen der Bundeswehr gesellt, führen sich in dem Land alsbald auf wie eine vulgäre Kolonialtruppe und müssen – bekämpft von den somalischen Clans und Stämmen im Herbst 1993 schließlich ihren glanzlosen Abzug einleiten. Heute ist von Somalia international kaum mehr die Rede, obwohl sich in dem Land kaum etwas geändert hat.

In den 90er Jahren setzt Kouchner seine Regierungskarriere fort. Angezogen vom Erfolg des Polit-»Supermanns« Bernard Tapie, einem wirtschaftlichen Abenteurer, der marode Firmen aufkaufte, durch Entlassungen sanierte und verhökerte und heute wegen seiner krummen Geschäfte aus dem Verkehr gezogen ist, tritt Kouchner dessen Partei »Radical« bei. Bei dieser, heute »Radikale Partei der Linken« genannten Organisation, taucht in der Regel jenes Politikpersonal auf, das über einen sagenhaften Karrieredrang ohne jede Substanz verfügt. 1996 hat Kouchner es zum Vizepräsidenten der »Radikalen« gebracht. Im Oktober desselben Jahres will er im Namen des »Rechts auf Einmischung« partout Truppen ins zentrale Ostafrika (Nordostzaire) schicken, wo eine »humanitäre Katastrophe« drohe angesichts der Flüchtlinge aus Ruanda, die dort im Regenwald vor sich hinsterben. Dabei hätte eine französische Intervention in dieser Region die Katastrophe nur vergrößert, schließlich war ausgerechnet das genozidäre ruandische Regime von 1994 ein Protegé Frankreichs.

Im darauffolgenden Jahr kam Kouchner dann doch noch zu ministeriellen Weihen. Soeben zur (auf Erfolgskurs befindlichen) Sozialdemokratie übergetreten, klagte er öffentlich sein Leid, als die PS-Sozialisten ihn bei der Kandidatenaufstellung für die Parlamentswahl 1997 schlicht übergangen hatten: »Sie haben mich nicht gewollt. Pech für mich, Pech für sie!« Weil der durch die PS-Führung ausersehene Kandidat für den Posten des Gesundheitsministers, Claude Bartolone, dieses Amt jedoch ablehnte (er wird dafür Städtebauminister), wird Kouchner schließlich doch noch berufen. Im Juni 1999 dann wird er offizieller Kosovo-Protektor der UN – und kann nun endlich zeigen, welche Fähigkeiten zur Krisenlösung er bis dato im Verfolg seines »Rechts auf Einmischung« ausgebildet hat. Am Rande der UN-Konferenz, die über seine Nominierung zu beschließen hatte, wurde Kouchners Ernennung übrigens – außer von Frankreichs Präsident Chirac – vor allem von den Repräsentanten der NGOs favorisiert, Kouchners Engagement in ihren Reihen wegen, während die diplomatischen Vertreter des UN-Apparats dem in ihren Augen »unberechenbaren« Kouchner eher reserviert gegenüberstanden.

Konkret 10/99, S. 31

Ralf Schröder

Dagestan ist überall

Talibanisierung statt Wirtschaftswunder: In der kaspischen Region regiert das Elend – mit oder ohne Ölboom

Wenn liberale westliche Publizisten oder Sozialwissenschaftler in den entlegeneren Gebieten des ehemaligen sowjetischen Herrschaftsbereiches die Umsetzung abendländischer Ideale begutachten, finden sie bisweilen zarte Pflänzlein vor; so der Reporter der Zeitschrift »Le Monde Diplomatique«, der in die kirgisische Stadt Osch reiste und im Juni 1999 berichtete, man habe den für die Region untypischen »Eindruck, daß hier ein Hauch von Freiheit weht. Freie Meinungsäußerung und Kritik an der Reformpolitik von Präsident Akajew ist möglich, ohne daß die Einwohner Angst vor der Polizei haben müßten. Zahlreiche lokale NGOs suchen drängende Probleme vor Ort zu lösen, ebenso hat Osch einige internationale Organisationen gewinnen können, die spezielle Programme für die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen in der Region verfolgen.«

Der Reporter traf auch den Abgeordneten Beschimow, der an einem Uno-Entwicklungsprogramm für das Fergana-Tal arbeitet, »das sich mit den Ursachen der sozialen und wirtschaftlichen Spannungen im Tal beschäftigt«. Etwas hatte der Abgeordnete schon herausgefunden: »Das Bevölkerungswachstum im Fergana-Tal ist höher als in anderen Regionen Zentralasiens ... Dies wird im Hinblick auf die natürlichen Ressourcen wie Wasser und Land zu zusätzlichen Spannungen führen, die sich in politischer Gewalt äußern könnten.« Noch bevor die Uno einige Hundertschaften unterbeschäftigter Akademiker zur »Konfliktprävention« (Angelika Beer, Joschka Fischer) entsenden konnte, überfiel am 23. August eine aus der Nachbarrepublik Tadschikistan kommende und 650 Mann starke Gruppe islamischer »Rebellen« in der Nähe eben jener Stadt Osch fünf Dörfer und verschleppte über 120 Menschen, darunter vier japanische Geologen. Wenig später wurden einige der Gefangenen freigelassen, aber nur solche, die den Koran zitieren konnten.

Die japanische Regierung erwog den Einsatz einer Elitetruppe zur Befreiung der Geiseln, derweil bombardierte die von dem »berüchtigten Islamistenfresser« (»Taz«) Islam Karimow befehligte Luftwaffe des Nachbarlandes Usbekistan die vermeintlichen Stellungen der Kidnapper und tötete dabei vier kirgisische Zivilisten. Drei Tage nach Beginn der Geiselnahme trafen sich in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek die Staatschefs der zentralasiatischen Republiken Kirgisistan, Kasachstan, Usbekistan und Tadschikistan sowie Rußlands und Chinas, um über die Sicherung ihrer Grenzen und das künftige Vorgehen gegen islamische Terroristen zu beraten. In der internationalen Wahrnehmung galten die Kirgisen bisher nicht unbedingt als sonderlich religiös, dennoch war ihre Hauptstadt als Treffpunkt offensichtlich nicht schlecht gewählt: In Ergänzung zum »Hauch von Freiheit«, den der Reporter der »Le Monde Diplomatique« in Osch, »der zweitwichtigsten Stadt Kirgisistans«, verspürt hatte, schrieb die »Taz«: »Heute ist hier vor allem der Einfluß Pakistans und Afghanistans zu spüren. In Osch tragen die Frauen den Ganzkörperschleier der afghanischen Paschtunen, ganz so, als hätten in der Stadt die Taliban das Sagen.« Will sagen: In der Kaspischen Region ist einiges los. Und alles eine Frage des Blickwinkels.

So kommen zahllose und notorisch an den Paradigmen von funktionierender Marktwirtschaft und politischer Demokratie geschulte Analysen seit Jahren regelmäßig zu folgenden Schlüssen: Die Region hat aufgrund ihrer immensen Rohstoffvorkommen – vor allem Öl und Gas – das Zeug zum Wohlstand, wenn es gelingt, die ethnischen, religiösen, territorialen, machtpolitischen und sonstigen »Konflikte« beizulegen. Symptomatisch die Ergebnisse des 113. Bergedorfer Gesprächskreises der Hamburger Körber-Stiftung, der übrigens in der aserbeidschanischen Hauptstadt Baku stattfand; im »GUS-Barometer«, das regelmäßig unter Mitwirkung des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik erscheint, war im August 1998 nachzulesen, was »Politiker, Experten und Ölfirmenchefs aus 15 Ländern über Risiken und Perspektiven des Ölbooms« denken: »Die moderne Infrastruktur der neuen Seidenstraße soll Investoren anlocken. Dafür muß die Transportstrecke billiger als die üblichen Routen über den Atlantik und den Indischen Ozean werden und vor ethnischen Unruhen sicherer sein. Neben Kapital und Technologie möchten die Europäer aber auch demokratische Werte entlang der Route transferieren. Europa fragt sich, ob der Ölboom die kaspischen Anrainerstaaten in ein Norwegen oder ein Kuwait verwandeln wird. Entweder kommen die Petro-Dollars allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute, oder es kommt zur Ausbildung einer Öloligarchie, die sich nur mit undemokratischen Methoden an der Macht halten kann. Die Erlöse aus dem Ölexport könnten auch in ein militärisches Wettrüsten in der Region fließen, was die politische Lage noch weiter destabilisieren würde.«

Durch das Eingeständnis, allerlei widrige Umstände könnten ihre Verwirklichung bremsen, wirken solche Visionen auf eine hemdsärmelige Art recht lebensnah. Dennoch taugt der platte empirische Positivismus, der in der westlichen Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaft mit der Frage nach »Chancen und Risiken« von irgendwas zur Regel geworden ist, auch hier nichts, weil er seine eigenen Voraussetzung und Zwecke nicht reflektieren will (und kann): In Fortschreibung des klassischen Gedankens einer nachholenden marktwirtschaftlich-demokratischen Entwicklung wird für die kaspische Region ein Aufbruchsszenario entwickelt, das in den vergangenen Jahrzehnten an den Beispielen von 98 Prozent der

nachkolonialen Dritte-Welt-Staaten bereits zuschanden geworden ist. Dieser sture politizistisch-ökonomistische Blödsinn war nie mehr als die aufwendig komponierte Begleitmusik zur selektiven Nutzung einzelner Weltregionen für die flotte Verwertung von Kapital. Je verstreuter diese Inseln produktionsbasierter Verwertung werden, desto entschlossener entfaltet die akademisch angeleitete Politikberatung ihre affirmativen Potenzen – und kann im Falle der kaspischen Region sogar darüber hinwegschauen, daß hier statt Auf- nichts als ein auswegloser Zusammenbruch stattfindet, der fast alle Formen aktueller Barbarei auf einem recht überschaubaren geographischen Schauplatz versammelt.

Beispiel Dagestan: Die zu Rußland gehörende und am Ufer des Kaspischen Meeres gelegene Republik rückte Anfang August in die Schlagzeilen der Weltpresse, als russische Truppen eine Offensive gegen islamische »Rebellen« starteten, die aus der Nachbarrepublik Tschetschenien einmarschiert waren. Die 1.000 bis 2.000 Eindringlinge, angeführt vom tschetschenischen »Feldkommandanten« Bassajew – »Wir werden den Djihad nicht einstellen, und wenn die ganze Welt in blauen Flammen lodert« – proklamierten eine islamische Republik, wurden aber in der Folge durch russische Einheiten und dagestanische Freiwillige nach Tschetschenien zurückgedrängt. Am 25. August meldete der russische Verteidungsminister Sergejew: »Das Schlimmste ist vorbei«, warnte aber gleichzeitig vor »Terroranschlägen der Separatisten«. Zehn Tage später explodierte in einer Wohnsiedlung russischer Offiziere in der Ortschaft Bujnask eine Bombe, die mindestens 20 Menschen, meist Frauen und Kinder, tötete. Zeitgleich rückten erneut islamistische Kampftrupps mit schweren Waffen in das westliche Grenzgebiet Dagestans ein und besetzten vier Dörfer.

Mindestens so bedeutsam wie der Ausgang der aktuellen Kämpfe ist das gesellschaftliche Ambiente, in dem sie stattfinden. Während die russische Staatsführung – wie im Falle Tschetscheniens – mangels anderer Instrumentarien auf die ausschließlich militärische Absicherung der eigenen Staatsgrenzen setzen muß, zerfallen die Republiken am russischen Südrand in soziale Fragmente mit jeweils institutionellem Eigenleben. Unter den 89 russischen Föderationssubjekten ist Dagestan das drittärmste, ein Fünftel der Gesamtbevölkerung und fast 80 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos. Die ehemals bedarfsdeckend produzierende Landwirtschaft ist ebenso zusammengebrochen wie große Teile der Nahrungsmittel- und die ehemals vorzeigbare Rüstungsindustrie. Nahezu 90 Prozent des Republikhaushaltes werden aus Moskau überwiesen.

Ihr Überleben sichern die Einwohner Dagestans, die nach Angaben des Bundesinstitus für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst, Köln) »in etwa 30 Volksgruppen« zu sortieren sind, in drei Sektoren: Als Nutznießer des korruppten, aber moskautreuen Regierungsapparates, in der organisierten Kriminalität oder durch ein karges Erwerbsleben in den »befreiten« islamischen Zonen. Die gibt es seit dem letzten Jahr, ein »Spiegel«-Korrespondent hat sich Anfang September im Dorf Karamachi umgesehen. »Achtung! Alle Verletzungen der öffentlichen Ordnung werden vor einem Scharia-Gericht verhandelt«, verkündet ein Schild am Ortseingang, und auch sonst hörte der Reporter nur Gutes vom Militärkommandanten: »Seine Leute haben im Nachbarort Waruch auch die Felder abgemäht, auf denen sechs Bauern für die Mafia in der Kreisstadt Opium-Mohn anbauten.«

Eine ähnliche soziale und wirtschaftliche Dynamik herrscht auch in Tschetschenien und den unabhängig gewordenen Republiken der Region vor: Autoritäre Regierungsapparate, die (Ausnahme: Kirgisien) von nationalistisch und/oder muselmanisch gewendeten Funktionären der ehemaligen KPDSU kontrolliert werden, Netzwerke der organisierten Kriminalität und regionale, ethnisch oder nach Clanzugehörigkeiten gepolte Machteinheiten, die in einer fragilen und ständig erschütterten Koexistenz untereinander und mit den staatlichen Zentren verharren. Lebenspersektiven? In Usbekistan lebten nach den letzten verfügbaren Zahlen von 1993 ca. 80 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Der Chef der kirgisischen Drogenfahndung äußerte vor zwei Jahren, Drogenhandel sei die »einzige Überlebensquelle für die Armen im südlichen Teil der Republik geworden«. In einem Bericht des BIOst vom November 1998 heißt es, in Tadschikistan habe »sich die Drogenmafia längst zu dem einflußreichsten innenpolitischen Machtfaktor entwickelt«. Bereits Ende 1997 hatte eine die Gesamtregion betreffende Analyse des Instituts zusammenfassend von der »bedrückenden sozioökonomischen Realität« gesprochen, »in der die Masse der Bevölkerung lebt und vorläufig leben wird«.

Während angesichts der materiellen Misere und der Gesetzlosigkeit die staatlich oder bandenmäßig organisierte Gewalt zum mächtigsten und je nach Tagesbedarf eingesetzten Strukturfaktor der Region geworden ist, hat die Gewalt des islamischen Aufstands den potentiell populären Vorteil, daß sie – im Gegensatz zum etablierten Pragmatismus der kruden Aneignung – im Namen einer Idee, einer Identität und eines kohärenten Ordnungsgedankens auftritt. Der häufig mit dem sehr unscharfen Begriff des »Wahhabismus« umrissene neue puristische Islam bekämpft die in die Staatsgefüge integrierten traditionellen moslemischen Autoritäten hart, und er ist, teils finanziert und logistisch unterstützt u. a. aus Pakistan und Saudiarabien, in der Großregion überall präsent – sei es als Partei und/oder in Form bewaffneter Haufen.

Wenn der tadschikische Präsident Rachmonow nicht gerade – wie 1997 – mit großangelegten Schießereien zwischen Einheiten des eigenen Innenministeriums und der Zollbehörde zu hat, muß er sich mit den Ansprüchen der islamistisch dominierten Opposition VTO auseinandersetzen, der nach einem von Moskau vermittelten Friedensabkommen 30 Prozent der Ministerposten zustehen. Um den Präsidenten international zu diskreditieren, richteten Mitglieder einer der VTO zuzurechnenden Gruppe im Juli 1998 vier Uno-Mitarbeiter auf offener Straße hin. Im usbekischen Teil des Fergana-Tals

wurde unter dem Namen »Muslimische Jugend« eine Miliz in Sachen »Ruhe und Ordnung« aktiv, und im Februar 1998 erklärte der Außenminister, in Pakistan würden 400 Terroristen für den Einsatz in Usbekistan ausgebildet. In der turkmenischen Hauptstadt Aschchabad gehören Anführer der afghanischen Taliban zu den gern gesehenen Gästen, die man gelegentlich auch mit Benzin und Diesel für den Betrieb ihres militärischen Fuhrparks bedachte.

Von der »Faz« (7.9.) wurde die aktuelle Lage in der Großregion unter dem Stichwort »islamischer Aufschwung« zusammengefaßt, andere Kommentare nehmen mehr den Kampf als ziellosen Zustand in den Blick und sprechen bezüglich einzelner Staaten der Gegend gerne von »Afghanisierung« oder »libanesischen Verhältnissen«. So sehr sich in sozialästhetischer Hinsicht ein Ölboom in diese Szenerie einer entfesselten Raubökonomie treffend einfügen würde, so sicher wird die eine den anderen fernhalten oder – bestenfalls – auf kleinräumige gesellschaftliche und territoriale Enklaven beschränken. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung jedenfalls stellte in seinem Wochenbericht 24/1998 mit Verweis auf die politische Instabilität der Region nüchtern fest: »Insgesamt kann von einem Aufbruch am Kaspischen Meer bislang keine Rede sein.«

Konkret 10/99, S. 35

Norbert Trenkle

Es rettet euch kein Billiglohn!

Die »Arbeitsgesellschaft« löst sich schneller auf, als ihre Fans von links und rechts wahrhaben wollen, und kein Hilfsprogramm wird dagegen etwas ausrichten können. Die »Dienstleistungsgesellschaft« bleibt eine Fiktion, ABM-Programme ebenso wie der Ausbau des »informellen Sektors« schieben den Kollaps des kapitalistischen Verwertungssystems nur auf – und verschärfen seine katastrophalen Folgen

Seit die Krise der Arbeitsgesellschaft allmählich ins öffentliche Bewußtsein getreten ist (ungefähr seit Ende der 70er Jahre), hat der Neoliberalismus hartnäckig den Standpunkt vertreten, eine solche Krise gebe es überhaupt nicht. Vielmehr sei die Arbeitskraft einfach nur »zu teuer«. Wäre sie billiger und würde sie »flexibler« angeboten, so könnten überall auf der Welt und bis in alle Ewigkeit ausreichend »Arbeitsplätze« geschaffen werden. Dieser Standpunkt ist heute weitgehend zum Common sense geworden. »In einer arbeitsteiligen Gesellschaft müssen die Menschen ihren Lebensunterhalt auf dem Markt verdienen. Und dort gleicht der Preis Angebot und Nachfrage aus. Bleibt die Ware liegen, stimmt der Preis nicht. Arbeitslosigkeit bedeutet nicht, daß die Arbeit ausgeht, sondern daß sie zu teuer wird«, schreibt etwa der Wirtschaftsjournalist Nikolaus Piper (»Süddeutsche Zeitung«, 6.8.98), der hier nur für viele spricht.

Nach zwei Jahrzehnten neoliberaler Praxis sehen sich die Arbeits- und Markt-Ideologen in ihrem schlichten Weltbild durchaus bestätigt. Denn dort, wo die »Deregulierung« der Arbeitsmärkte konsequent durchgesetzt wurde, insbesondere in den USA, hat sie angeblich riesige Erfolge erzielt, wie auch Piper vermerkt: »In den Vereinigten Staaten wurden im letzten Vierteljahrhundert nicht nur 45 Millionen neuer Jobs geschaffen, die Arbeitszeit stieg gleichzeitig um durchschnittlich 0,1 Prozent, der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung um 0,5 Prozent und das Pro-Kopf-Einkommen um 1,6 Prozent pro Jahr« (ebd.). Daß dieses glorreiche »Job-Wunder« trotz oft wiederholter Beschönigungen überwiegend schlecht bezahlte und ungesicherte »Flexi«-Jobs hervorgebracht hat, von denen ein Mensch mindestens zwei oder drei ausüben muß, um finanziell einigermaßen über die Runden zu kommen, ficht das neoliberale Credo natürlich nicht an. Auch mit der Empirie hat man es dabei nicht so genau genommen, denn die »Beschäftigungserfolge« werden gewohnheitsmäßig statistisch frisiert. Selbst bei großzügiger Interpretation sieht die »Job-Bilanz« keinesfalls so positiv aus, wie behauptet wird.

Ob Billigjobs oder nicht, ob viele oder vielleicht doch nicht ganz so viele – offiziell gilt die These als bestätigt, Arbeitslosigkeit sei nur das Resultat zu hoher Arbeitskosten und unflexibler Arbeitsbedingungen. Die auch statistisch nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit in den EU-Ländern ist laut herrschender ökonomischer Doktrin einfach nur ein Beweis dafür, daß hier eben noch nicht konsequent genug dereguliert worden sei – was die neu gewählten sozialdemokratischen Regierungen zum Anlaß nehmen, das Versäumte schnellstens nachzuholen. Und wenn die Länder des kollabierten Staatskapitalismus nach zehn Jahren westlich-konkurrenzkapitalistischer Beglückung immer tiefer in die sozialökonomische Agonie fallen, dann kann daran natürlich nur die Langsamkeit und Halbherzigkeit der quälenden »marktwirtschaftlichen Reformen« schuld sein, die einfach noch nicht konsequent genug durchgesetzt worden seien. Über die vollkommen zusammengebrochene ukrainische Wirtschaft etwa heißt es in einer seltsamen Mischung aus Treuherzigkeit und Zynismus: »Vor einem möglichen Aufschwung stehen harte Reformen: Weitere, energieintensive Fabriken müssen geschlossen, Strom und Gas für die Bevölkerung teurer werden; die Zahl der Arbeitslosen wird zudem ansteigen, wenn die perspektivreichen Unternehmen – beispielsweise in der Rüstungsindustrie (sic!) – endlich restrukturiert werden; außerdem müssen Bürokraten entlassen werden, damit sich die unternehmerische Initiative entwickeln kann« (»Zeit«, 23.4.98).

Trotz derart dreister Argumentationen ist es aber nur allzu offensichtlich, daß sich der angebliche wirtschaftliche Aufschwung in den Zusammenbruchsregionen des Südens und Ostens nie wieder einstellen wird und die Vertröstungen auf eine goldene Zukunft, wenn nur in der Gegenwart der berüchtigte Gürtel immer enger geschnallt werde, auf Dauer nicht besonders glaubhaft sind. Deshalb setzte sich seit Ende der 80er Jahre ein neues ideologisches Paradigma im neoliberalen Rechtfertigungsdiskurs durch: Der »informelle Sektor« wurde entdeckt und zum Reservoir eines neuen dynamischen und besonders freien Unternehmertums verklärt, das aufgrund der »Überregulierung« im formellen Sektor keine Entfaltungsmöglichkeiten finde und deshalb notgedrungen in die »Informalität« ausweichen müsse. Es komme deshalb darauf an, diese »Marktwirtschaft von unten« (so der deutsche Titel eines vieldiskutierten Buchs des Peruaners Hernan de Soto) zu fördern, denn sie sei der Ausgangspunkt und die Grundlage einer erfolgreichen ökonomischen Entwicklung in der Zukunft (vgl. die zusammenfassende Darstellung bei Komlosy u. a. 1997, S. 16 ff.). Auf diese Weise werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Erstens ist nämlich so die Beseitigung der letzten Schutz- und Regulationsmechanismen jederzeit zu legitimieren, und zweitens kann sogar noch die fortschreitende Massenverelendung zum Beweis für die Überlegenheit der Marktwirtschaft umgelogen werden.

Daß eine derart plumpe Argumentation in der offiziellen ökonomischen Debatte eine bedeutende Rolle spielen kann, läßt sich natürlich nur mit brutaler Interessiertheit erklären. Denn in theoretischer Hinsicht ist die Behauptung, das arbeitsgesellschaftlich-kapitalistische System lasse sich auf der Basis von Schuheputzen, Kaugummiverkaufen und Müllhaldenproduktion erfolgreich weiterbetreiben, schlicht indiskutabel. Um so peinlicher, daß sich diese brachiale neoliberale Hau-Ruck-Theorie auch in großen Teilen des linken Spektrums durchgesetzt hat – allerdings negativ gewendet und mit dem Gestus einer besonders standhaften Kapitalismuskritik. Die Krise der Arbeitsgesellschaft, so heißt es zunehmend auch in linksradikalen Kreisen, habe in Wirklichkeit keinen fundamentalen Charakter gehabt und das warenproduzierende System gar nicht nachhaltig untergraben können; vielmehr sei eben nur eine ganz bestimmte kapitalistische Epoche der Nachkriegs-Prosperität zu Ende gegangen. Seither kehre der Kapitalismus ganz einfach zu seiner »Normalität« zurück, und dazu gehöre nun einmal, daß die Mehrheit der Weltbevölkerung sich zu miserablen Konditionen verkaufen muß und unter elenden Bedingungen bestenfalls überleben kann – wenn man sie nicht gar verhungern läßt. Das Kapital könne dabei akkumulieren wie nie.

Der linke Regulationstheoretiker Joachim Hirsch formuliert diese zum Neoliberalismus spiegelbildliche Position in aller wünschenswerten Deutlichkeit: »Zum Kapitalismus gehört ... auch die permanente Umwälzung der Produktions- und Arbeitsbedingungen und die (zyklische) Produktion einer industriellen Reservearmee. Arbeitsplatzunsicherheit und Arbeitslosigkeit sind grundlegende Strukturmerkmale dieses Wirtschaftssystems. Daß dies oft vergessen wird, hängt damit zusammen, daß im fordistischen Nachkriegskapitalismus diese Widersprüche eine Zeitlang überwunden zu sein schienen. Die ... ›Krise der Arbeitsgesellschaft‹ ist ein Teil der Krise dieser Formation. Was also tatsächlich zu Ende gegangen ist, ist eine spezifische historische Gestalt des Kapitalismus: der Fordismus, der sich nach der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre unter den besonderen Bedingungen des Ost-West-Konflikts und des Kalten Kriegs herausgebildet hatte.« Diese »Krise des Fordismus« sei im Zuge der Globalisierungsoffensive durch die neoliberalen Wildwest-Methoden, die weitgehende Flexibilisierung und Deregulierung der Märkte und der Arbeitsverhältnisse, glänzend bewältigt worden: »Mit der Spaltung der Lohnabhängigen und der Möglichkeit, ihre nationalen Segmente verstärkt gegeneinander auszuspielen, erreichte das Kapital nicht nur eine strukturelle Veränderung der Einkommensverhältnisse zu seinen Gunsten, sondern schuf auch die Voraussetzungen für einen umfassenden Rationalisierungsschub und damit auch von dieser Seite her für eine nachhaltige Erhöhung seines Profits« (Hirsch 1999, S. 15 f.).

Diese Aussage ist doch einigermaßen erstaunlich. Anscheinend hat Hirsch es verlernt, die kapitalistische Produktionsweise als politisch-ökonomisches Gesamtsystem zu denken, sonst müßte ihm aufgefallen sein, daß seine Behauptungen akkumulations- und krisentheoretisch auf schwachen Beinen stehen. Nicht anders als die liberale Wirtschaftstheorie rechnet Hirsch einfach von der mikroökonomischen Ebene des Einzelbetriebes auf die makroökonomische Ebene des Gesamtkapitalismus hoch. Daß es zwischen diesen beiden Ebenen grundlegende Widersprüche geben könnte, kommt ihm gar nicht erst in den Sinn. Ein einzelnes Unternehmen kann freilich seinen Profit dadurch verbessern, daß es die Löhne und sonstigen Arbeitskosten drückt, weniger Steuern und Abgaben an den Staat zahlt, Betriebsteile an »Billigstandorte« verlagert und zugleich (oder alternativ dazu) durch den Einsatz neuester Technologien Betriebsabläufe rationalisiert und Arbeitsplätze durch Sachkapital ersetzt. Gesamtökonomisch betrachtet trägt dies aber keinesfalls dazu bei, die kapitalistische Krise zu lösen, sondern verschärft sie im Gegenteil noch. Das zeigt sich zunächst in schrumpfenden Absatzmärkten. Denn wenn Lohneinkommen und Staatseinnahmen sinken, dann bedeutet dies selbstverständlich auch (unter sonst gleichbleibenden Umständen), daß die entsprechende kaufkräftige Nachfrage zurückgeht. Wo aber Waren nicht abgesetzt werden können, kann auch kein Kapital verwertet werden. Einzelne Unternehmen oder einzelne »Wirtschaftsstandorte« mögen sich diesem Dilemma zwar vorübergehend entziehen, indem sie ihre Konkurrenten in den Bankrott treiben und deren Marktanteile übernehmen. Aber damit können sie nicht verhindern, daß insgesamt die Märkte immer enger werden und ständig neue Überkapazitäten in den zentralen Bereichen der Weltmarktproduktion entstehen, wie es seit Jahren der Fall ist.

Doch dabei handelt es sich nicht einfach um ein Problem mangelnder Kaufkraft auf den Märkten (der Ebene der Zirkulation), wie es aus keynesianischer Sicht erscheint, sondern im Kaufkraftmangel und in den schrumpfenden Märkten drückt sich ein viel grundsätzlicheres Dilemma aus: nämlich das absolute Abschmelzen der Arbeitssubstanz und damit der Basis der Kapitalverwertung im Zuge der dritten (mikroelektronischen) industriellen Revolution. Die reale Kaufkraft kommt ja nicht daher, daß mehr Geld gedruckt und verteilt wird, sondern daß eben »Arbeitseinkommen« erzielt werden, die aus gelingender betriebswirtschaftlicher Vernutzung von Arbeitskraft resultieren. Es müßten also neue Produktionssektoren entstehen, die genügend zusätzliche Arbeitsplätze auf dem weltweit gültigen technisch-organisatorischen Produktivitätsniveau schaffen würden, um die gewaltigen betriebswirtschaftlichen Rationalisierungseffekte der Mikroelektronik zu kompensieren. Auf der Ebene der Absatzmärkte würden dann die gestiegenen Profite in einer erweiterten Nachfrage nach Investitionsgütern wiedererscheinen, während zugleich zusätzliche Lohneinkommen entstünden, die sich in der Nachfrage nach Konsumgütern ausdrücken könnten.

Genau diesen Effekt haben die neoliberalen Methoden nicht erzielt. Denn auf dem jetzt erreichten Stand der Produktivkraft mittels Verwissenschaftlichung greift der Mechanismus nicht mehr, der die Überwindung der bisherigen kapitalistischen

Krisen ermöglicht hat. Soweit neue Produktbereiche entstehen, etwa in der Informationstechnologie im weitesten Sinne, schaffen sie keinen ausreichenden Ersatz für die an anderer Stelle überflüssig gemachte Arbeitskraft, weil sie selber bereits von Anfang an mit den Methoden mikroelektronischer Rationalisierung produzieren. Der Neoliberalismus stellt deshalb auch keinen »kapitalistischen Ausweg aus der Krise« dar, wie Hirsch behauptet (ebd., S. 15), sondern ist vielmehr deren politisch-ökonomische Verlaufsform. Die Deregulierung und die weitgehende Auflösung der kohärenten nationalökonomischen Funktionsräume haben zwar in der Tat die Entstehung breit gefächerter Sektoren prekarisierter Lohnarbeit und Quasi-Lohnarbeit sowie anderer Formen der Elendsarbeit geschaffen. Es stimmt wahrscheinlich, daß heute mehr Menschen weltweit irgendeine Form der geldförmigen Erwerbsarbeit ausüben müssen als jemals zuvor; aber damit ist noch lange nicht die Krise der Arbeitsgesellschaft und damit der Kapitalakkumulation aus der Welt geschafft.

Hier wird ein soziologischer Tatbestand (Armut) begründungslos mit einer ökonomischen Funktion (Kapitalakkumulation) kurzgeschlossen, ähnlich wie bestimmte politische Maßnahmen (Deregulierung, Privatisierung etc.) per se als Faktoren einer forcierten Kapitalverwertung unterstellt werden. Auch linken Soziologen und Politologen ist es offenbar fremd, daß die Ökonomie der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft einer eigenen Logik folgt, die nicht in sozialen Erscheinungen oder politischen Regulationsformen aufgeht. Der objektivierten Logik der Kapitalverwertung kommt es ja nicht einfach darauf an, daß sich Menschen massenhaft abrackern und ihre Lebensenergie verausgaben; vielmehr zählt nur, wieviel ökonomischer »Wert« dabei »produziert« wird. Der Wert einer bestimmten Ware mißt sich aber nicht daran, wie lange eine einzelne Person oder ein einzelner Betrieb daran gearbeitet hat; sein Maßstab ist vielmehr die Arbeitszeit, die für die Herstellung dieser Ware auf der Höhe des jeweils gültigen (und historisch ständig ansteigenden) betriebswirtschaftlichen Produktivitätsniveaus benötigt wird.

Können also zum Beispiel in einer Textilfabrik mit Hilfe von mikroelektronischer Prozeßsteuerung und Lasertechnologie in einer Stunde einige hundert Hemden geschneidert werden, dann ist dies der Standard, an dem sich auch eine Schneiderin in der Hinterhofklitsche eines südamerikanischen Slums zu messen hat. Wenn sie drei oder vier Stunden für ein Hemd braucht, dann ist ihre Arbeit schlicht und einfach nicht viel »wert«. Für die Schneiderin drückt sich das spürbar darin aus, daß sie für ihre Hemden, die sie beispielsweise an einen international operierenden Textilkonzern abliefert, einen minimalen Preis erhält, der nicht über den Produktionskosten in der entsprechenden Textilfabrik liegt, zu der sie über den Weltmarkt in direkte Konkurrenz treten muß, und der für sie gerade einmal ausreicht, um unter elenden Bedingungen zu überleben.

Wenn dennoch viele Millionen von Menschen unter Bedingungen wie diese Schneiderin arbeiten, dann läßt sich dies von zwei Seiten her begründen. Aus Sicht der transnational operierenden Unternehmen und ihrer vielfach gestaffelten Zulieferbetriebe ist es zunächst vollkommen egal, auf welche Weise sie ihre Kosten minimieren und ihre Gewinne steigern. High-Tech-Produktion und Low-Tech-Billigarbeit sind für sie einfach verschiedene Optionen, die sie je nach Investitionskalkül, Marktlage, Risiko, Konkurrenzsituation und sonstigen Rahmenbedingungen wahlweise nutzen oder auch miteinander kombinieren. Aus Sicht der Elendsarbeiter/innen ist es der nackte Zwang der Verhältnisse, der sie dazu treibt, ihre Arbeitskraft zu den erbärmlichsten und unmenschlichsten Konditionen zu verausgaben. Da die materiellen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen einer bäuerlichen Subsistenzwirtschaft in den meisten Teilen der Welt (und insbesondere in den riesigen städtischen Agglomerationen mit ihren enormen Slumgebieten) vom Vormarsch der kapitalistischen Warenproduktion zerstört worden sind, bleibt ihnen gar nichts anderes übrig, als sich buchstäblich zu jedem Preis zu verkaufen. Sie sind gewaltsam zu Marktsubjekten gemacht worden, aber die Möglichkeiten, in dieser Form ein wenigstens einigermaßen annehmbares Leben zu führen, sind nicht mitgeliefert worden. Notwendigerweise müssen deshalb die miserablen Geldeinkommen durch unterschiedliche Formen von Eigenarbeit, Selbst- und Nachbarschaftshilfe, individualisierter Subsistenzproduktion (wo dies noch möglich ist), informalisierter Dienstleistungen, Kleinkriminalität, Prostitution, Schmuggel etc. ergänzt werden.

Dies ist ein Resultat des Kapitalismus, aber nicht notwendig ein Faktor der Kapitalakkumulation selbst. Oberflächlich soziologisch betrachtet könnte die vielfältige Elendsarbeit als die Wiederkehr frühkapitalistischer Verhältnisse erscheinen, wo die Menschen in ähnlicher Weise prekär überleben mußten. Doch diese Sichtweise, die in vielen Studien zum informellen Sektor vertreten wird (vgl. etwa Komlosy u. a. 1997), verkennt einen ganz wesentlichen Unterschied. Die frühkapitalistische Massenarbeit in der Heimindustrie und in den Fabriken, die häufig durch Subsistenzproduktion ergänzt wurde, war Ausdruck einer allgemein noch wenig entwickelten kapitalistischen Produktivität. Das bedeutet, daß der Wert der produzierten Waren nur um ein relativ Geringes den Wert dessen überstieg, was den Arbeiterinnen und Arbeitern in Form des Lohns ausgezahlt wurde. Der Mehrwert war also im Vergleich zur aufgewandten Arbeitszeit relativ gering. Das Kapital (ob nun in Gestalt des Fabrikbesitzers oder des Verlegers) kompensierte dies dadurch, daß es überlange Arbeitszeiten erzwang und zugleich die materiellen Existenzbedingungen der proletarischen Schichten auf ein absolutes Minimum herabdrückte: Überfüllte, verschimmelte und dunkle Wohnlöcher sowie die tägliche Ration Kartoffeln waren der Standard überall dort, wo der »zivilisatorische Fortschritt« der Moderne Einzug hielt. Nur so gelang es, einen »Mehrwert« abzupressen, der eine ausreichende Verwertung des Kapitals garantierte. Marx nannte das die Periode der »absoluten Mehrwertproduktion«.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts wurde diese extreme Auspowerung zunehmend durch eine andere, intensivere Form der Arbeitskraftvernutzung ersetzt. Im gleichen Maße, wie die technisch-organisatorische Produktivität rasant anstieg, wurde auch die Arbeit immer weiter verdichtet und dadurch im betriebswirtschaftlichen Sinne immer produktiver. Das kam zwar bei entsprechender Ausweitung der Produktion in erster Linie der Kapitalverwertung zugute, aber zugleich war es auch die ökonomische Voraussetzung, um im Verlauf heftiger sozialer und politischer Kämpfe die Arbeitszeiten zu verkürzen und den Lebensstandard der Mehrheitsbevölkerung zumindest in den kapitalistischen Kernländern deutlich anzuheben. Heute dagegen ist die Situation eine radikal andere als zu Beginn der ersten industriellen Revolution. Da die technisch-wissenschaftlich vermittelte betriebswirtschaftliche Produktivität unter den Bedingungen der Mikroelektronik inzwischen so ungeheuer hoch ist, stellt die extensive und massenhafte Vernutzung von prekarisierter Billigarbeit keinesfalls die Basis einer erneuerten weltweiten Kapitalakkumulation dar. Es handelt sich vielmehr nur um die Art und Weise, wie die Arbeit und damit das Kapital »entwertet« wird.

Denn die Arbeit ist jetzt im doppelten Sinne immer weniger »wert«. Nicht nur der Preis der Arbeitskraft als Ware wird immer weiter unter das Existenzminimum gedrückt, sondern auch die noch möglichen Erlöse der produzierten Waren fallen immer tiefer unter das für eine gelingende Kapitalakkumulation nötige Niveau. Da der Standard der Wertschöpfung vom Standard der Produktivität bestimmt wird, nützen dem Kapital die vielen billigen Arbeitsstunden nicht mehr viel, eben weil sie ökonomisch nicht mehr »gelten« als die wenigen Minuten oder sogar bloß Sekunden Arbeitszeit der mikroelektronischen High-Tech-Produktion. Das ist ein entscheidender Unterschied zur bisherigen Geschichte der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft. Jetzt mag der Lohn noch so tief sinken und die Arbeitszeit noch so weit ausgedehnt werden – die Akkumulation von Arbeitsmengen, die als Wertmasse wiedererscheinen können, wird dadurch nicht mehr beflügelt wie im Frühkapitalismus. Ebensowenig kann die Produktion von Waren derart ausgedehnt werden, daß unter mikroelektronischen Bedingungen noch einmal der Effekt der fordistischen Industrien zu erreichen wäre. Da müßte man schon buchstäblich die Ozeane mit PCs, Handys und Nintendo-Spielen zuschütten.

War die »absolute Mehrwertproduktion« des 18. und frühen 19. Jahrhunderts der brutale Einstieg in die kapitalistische Warenproduktion, so markiert die prekarisierte Massenarbeit am Ende des 20. Jahrhunderts den rapiden Zerfall dieser Produktionsweise. Und stellte der Grad der fordistischen Produktivkraftentwicklung die notwendige ökonomische Bedingung sowohl für die Totalisierung des Kapitalismus zum Weltsystem als auch für die relativen Erfolge der Arbeiterbewegung dar, so zieht der Grad der Produktivitätssteigerung durch die Mikroelektronik der Kapitalakkumulation und dem immanenten Interessenstandpunkt der Lohnarbeit gleichermaßen den Boden unter den Füßen weg.

Das neue Massenelend ist kein (vom Standpunkt des Kapitals aus) »produktives« mehr. Es gibt eben keine immer gleiche »Normalität« des Kapitalismus, die nur einmal zeitweilig durch Welfare-Prosperität unterbrochen gewesen wäre, sondern wir haben es mit einem historischen Entwicklungsprozeß des Kapitals zu tun, in dem keine vergangene Stufe jemals wiederkehren kann. Soweit die Billigarbeit in formellen oder gar informellen Sektoren direkt oder indirekt in die Kapitalverwertung eingeht, handelt es sich nicht mehr um einen tragenden Faktor, sondern eher um einen sekundären und minimalen »Mitnahmeeffekt« der kapitalistischen Krise durch das Kapital selbst, ohne daß es dadurch jedoch diese Krise überwinden könnte. Zu erheblichen (und wachsenden) Teilen aber besteht das soziale Phänomen der neuen Massenarmut eben gerade nicht in der massenhaften Überausbeutung (wie im Frühkapitalismus), sondern in der massenhaften »Überflüssigkeit« von Menschen, die gar nicht mehr oder nur noch zeitweilig und am Rande in den Produktionsprozeß des Kapitals eingesaugt werden können. Das ist aber nur ein anderer Ausdruck dafür, daß die Kapitalakkumulation selber an historische Grenzen gestoßen ist.

Es ist eine Verelendung nicht in der und durch die Arbeit, sondern außerhalb der Arbeit, weil sich die Arbeitsgesellschaft selber ad absurdum geführt hat, aber ihre ökonomischen Formen trotzdem weiter die Gesellschaft beherrschen. An die Stelle der betriebswirtschaftlich vernutzten Arbeit treten die »Elendstätigkeiten« der Herausgefallenen. Weder subsistenzwirtschaftlicher Gemüsebau auf der verbrannten Erde der Marktwirtschaft noch Schmuggel, Kinderprostitution oder Nachbarschafts- und Selbsthilfe beim Anlegen von Latrinen oder Abwasserkanälen in den Slums gehen als »Wertsubstanz« in die Kapitalakkumulation ein. Die Vermittlung durch die Geldform ist dabei größtenteils nicht mehr direkt in die Zirkulation des Kapitals einbezogen, sondern bewegt sich nur noch in davon abhängigen Kreisläufen zweiter und dritter Ordnung, etwa wenn ein Billigarbeiter eine Slum-Dienstleistung kauft oder ein Sextourist sich ein Kind mietet. Ähnliches gilt für große Teile des sich ausbreitenden informellen Sektors in den kapitalistischen Zentren: die ambulanten Dienstleistungen, Formen der »Bürgerarbeit«, Tauschringe, Kleinkriminalität, kommunale Zwangsarbeit usw. Wenn der im Abriß befindliche Sozialstaat Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger dazu nötigt, künftig auf der Straße Feuerzeuge zu verkaufen, dann wird zwar die Staatskasse entlastet (was auch der eigentliche Zweck solcher »Maßnahmen« ist), aber die Kapitalakkumulation wird dadurch so wenig gesteigert wie durch einen Handtaschenraub.

Es stellt sich die Frage, ob die linke These von der kapitalistischen Überwindung der Krise, dem ungebrochenen Weiterlaufen der Arbeitsgesellschaft und der vermeintlichen Rückkehr zur (schlechten) »Normalität« nicht ebenso brutal »interessiert« ist wie dieselbe These des Neoliberalismus mit umgekehrtem (positivem) Vorzeichen. Offensichtlich fürchtet sich die Linke ganz genauso wie die Vertreter der kapitalistischen Institutionen davor, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß

der kategoriale Kern des modernen warenproduzierenden Systems, die abstrakte »Arbeit«, rapide verfällt – und damit allerdings auch die Möglichkeit systemimmanenter Reformbewegungen. Joachim Hirsch etwa bringt kein einziges ökonomisches (akkumulationstheoretisches) Argument vor, um seine These zu stützen, sondern ausschließlich »soziologische« und »politologische« Argumente. Die Analyse bewegt sich überhaupt nicht auf der Ebene des Zusammenhangs von abstrakter »Arbeit«, Wertform und Kapitalakkumulation, sondern setzt diese vielmehr blind voraus. Wie sich der Neoliberalismus einbildet, durch Privatisierung, Deregulierung und Billiglohn zu einer »kapitalistischen Normalität« zurückkehren zu können, so bildet sich anscheinend die Linke ein, auf dem weiter tragenden Boden ebendieser »Normalität« wieder zu glorreichen Kämpfen um Regulierung, keynesianische Welfare-Staatsintervention und verbesserte Gratifikationen der Lohnarbeit zurückkehren zu können: Alles noch einmal von vorne, weil es so schön war?

Einen immanenten Ausweg aus dem Teufelskreis von Kapitalentwertung und Massenverelendung gibt es aber nicht mehr, weil die Kluft zwischen der High-Tech-Produktion und der Überlebensökonomie ständig größer wird und nie wieder durch irgendwelche »Entwicklungsstrategien« überbrückt werden kann. Dies ist auch der Grund, weshalb die prekarisierten Arbeitsverhältnisse notwendigerweise mehrheitlich im informellen Sektor angesiedelt sind und dort auch bleiben müssen. »Informalität« ist eine Grauzone zwischen randständiger kapitalistischer Billigproduktion und »herausgefallenen« Elendstätigkeiten, damit aber gleichzeitig eine ökonomische Aktivität außerhalb des staatlichen oder sonstigen institutionellen Regelwerks (Arbeitsschutz, Tarifverträge, Umweltauflagen, Sozialsystem etc.), weshalb einerseits der Schutz entfällt, den dieses bietet, andererseits aber auch keine oder fast keine Steuern mehr gezahlt werden. Auf Dauer bedeutet dies natürlich, daß sich der Staat immer weiter aus seinen traditionellen allgemeingesellschaftlichen Funktionen zurückzieht und somit der politische Rahmen völlig zerbricht, der für eine funktionierende Marktwirtschaft unerläßlich ist. Sogar die Polizei überläßt ihre »Ordnungsfunktionen« irgendwelchen Banden (mit denen sie nicht selten eng verwoben ist), das Schul-, Gesundheits- und Sozialsystem zerfällt immer weiter ebenso wie die materielle Infrastruktur. So beschleunigt sich die Abwärtsspirale, und letztlich gehen selbst noch die Bedingungen für eine extrem unterproduktive Marktteilnahme verloren (als Absatzmärkte spielen die Zusammenbruchsregionen im Süden und Osten ohnehin schon lange keine nennenswerte Rolle mehr).

Natürlich sind dabei die Grenzen fließend, zumindest in der gegenwärtigen Phase des Krisenprozesses. Es gibt auch im informellen Sektor durchaus gut verdienende Betriebe und Einzelpersonen, die wahrscheinlich ohne weiteres die Kosten der Formalität aufbringen könnten; aber für die überwiegende Mehrheit trifft dies eben nicht zu. Es wird dort einfach nicht genug Wert geschöpft, um auch noch den Staat oder andere gesellschaftliche Institutionen daran zu beteiligen. Die Informalisierung der Ökonomie resultiert notwendigerweise aus dem säkularen Abschmelzen der Arbeits- und Wertsubstanz, kann diesen Prozeß aber keinesfalls aufhalten. Solange die kapitalistische Form, der Selbstzweck der betriebswirtschaftlichen Vernutzung von abstrakter »Arbeit«, die allgemeine Bedingung der gesellschaftlichen Reproduktion bildet, kann die gewaltige mikroelektronische Steigerung der Produktivkräfte, die ein leichtes und gutes Leben für alle ermöglichen würde, nur noch zu immer neuen Gesellschaftskatastrophen führen.

Innerhalb dieses Krisenprozesses kommt es zu paradoxen sozialökonomischen Erscheinungen. Einerseits ist bereits die Mehrheit der Weltbevölkerung zu »Marktsubjekten« degradiert, die für den Weltmarkt eigentlich überflüssig sind. Andererseits hat aber gerade diese verzweifelte Lage die von Markt und Geld bestimmte Bewußtseinsform sogar noch verstärkt und ausgedehnt. In vielen Ländern der »Dritten Welt«, wo die Waren- und Arbeitsgesellschaft bis in die siebziger Jahre hinein (zumindest mental und kulturell) noch gar nicht richtig angekommen war, hat ausgerechnet die Krise der Arbeitsgesellschaft einen gewaltigen Schub der »Vermarktwirtschaftlichung« ausgelöst. Es ist leider nicht nur ideologisches Wunschdenken, wenn die Neoliberalen im informellen Sektor lauter verkannte Kleinunternehmer entdeckt haben wollen. Gerade die nicht mehr verkäufliche Arbeitskraft verwandelt sich in eine Art »Elendsunternehmertum« in den Nischen und Sekundärbereichen der Zirkulation (man denke etwa an die ungeheuren Massen von »selbständigen« ambulanten Straßenhändlern). Nicht nur die materiellen und sozialen Existenzweisen, sondern auch die Mentalitäten haben sich zunehmend diesem Modell entsprechend verändert, wenn auch freilich nur in der negativen Form des puren Überlebenskampfs.

Trotz aller Momente von nachbarschaftlicher Selbsthilfe und familialer (vor allem weiblicher) »Eigenarbeit«, ohne die ein Überleben im informellen Sektor kaum möglich wäre, bildet dieser keine eigenständige sozial-ökonomische Formation und schon gar nicht ein »Gegenmodell« zur Marktwirtschaft, sondern er stellt bloß deren Zerfallsform dar, in der sie am Ende ihres historischen Durchmarschs noch einmal auf besonders ekelhafte Weise zur Kenntlichkeit gelangt. Die universelle Konkurrenz von Marktsubjekten ist nicht etwa aufgehoben, sondern reproduziert sich auf Elendsniveau sogar noch verschärft. Zugleich hängt der informelle Sektor gerade in seiner Armseligkeit auf Gedeih und Verderb davon ab, daß die Verbindungen zu den transnationalen Waren- und Geldströmen nicht völlig abreißen, auch wenn die entsprechenden Anteile, gemessen am Umfang des Weltsozialprodukts, nur geringfügig ins Gewicht fallen. Werden diese Verbindungen gekappt, weil selbst die minimalen Bedingungen einer Weltmarktteilnahme entfallen oder der Finanzüberbau des Landes zusammenbricht (oder beides), ist der Weg in eine Plünderungs- und Bandenkriegsökonomie vorgezeichnet, wie sie in weiten Teilen der Welt bereits wütet.

In den westlichen Zentren verschränken sich die prekarisierten und informalisierten Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die auch hier dramatisch zunehmen, mit dem unteren Segment dessen, was im sozialwissenschaftlichen Diskurs ebenso unscharf wie beschönigend als »Dienstleistungsgesellschaft« bezeichnet wird. Dieser Diskurs, der seinen Ausgangspunkt in den sechziger Jahren hatte, will suggerieren, daß die Krise der Arbeitsgesellschaft durch eine Schwerpunktverschiebung vom Produktions- in den Dienstleistungsbereich gelöst werden könne. Oberflächlich soziologisch betrachtet scheint die Entwicklung der letzten Jahrzehnte diese These zu bestätigen. In allen westlichen Ländern, wiederum mit den USA an der Spitze, hat seit Mitte der 70er Jahre der »tertiäre Sektor« relativ und absolut enorm an Gewicht gewonnen. Teilweise handelt es sich dabei um statistische Verzerrungen, die zum Beispiel dadurch entstehen, daß viele Funktionen wie etwa Gebäudereinigung, Buchhaltung, Transportwesen oder EDV nicht mehr betriebsintern erledigt werden, sondern auf externe »Dienstleistungsfirmen« übergehen (»Outsourcing«) oder daß Arbeitskräfte bedarfsweise bei Zeitarbeitsfirmen »angemietet« werden. In all diesen Fällen entsteht gar kein neuer eigenständiger Sektor der Reproduktion jenseits der Industrie, sondern es werden nur bestimmte industriebezogene Tätigkeiten neu erfaßt. Davon abgesehen gibt es jedoch den statistischen Trend einer Verschiebung zum »tertiären Sektor« tatsächlich.

Aber genau wie beim Billiglohn, dessen Ausbreitung sich ja mit der »Tertiarisierung« überschneidet, stellt sich auch hier die Frage, ob die Verdrängung von Arbeitskraft aus den Kernsektoren der industriellen Weltmarktproduktion durch das Wachstum des Dienstleistungssektors tatsächlich im Sinne der Kapitalakkumulation kompensiert oder gar überkompensiert werden kann. Die theoretisch unvermittelte empirische Betrachtung scheint dies nahezulegen. Allerdings nur deshalb, weil dabei ganz einfach die Anzahl der neu entstandenen »Arbeitsplätze« oder die Volumina der Arbeitszeiten aufaddiert werden, ohne zu fragen, in welchem Verhältnis diese Größen eigentlich zum gesamtgesellschaftlichen Prozeß der Kapitalverwertung stehen. Wie bereits an der industriellen Produktion gezeigt, bedeutet die bloße Expansion von Arbeitszeit (einmal angenommen, dies sei ein empirisches Faktum) keinesfalls automatisch, daß dabei auch stets die Produktion von Wert zunimmt. Das Problem ist bei den Dienstleistungen freilich etwas anders gelagert als bei der Näherin in der Hinterhofklitsche. Deren Arbeit ist zwar durchaus im direkten Sinne wertproduktiv, sie repräsentiert jedoch nur ein sehr geringes Quantum an Wert, weil sie, gemessen an der automatisierten Textilfabrik, extrem unterproduktiv ist. Die meisten Dienstleistungstätigkeiten dagegen produzieren schon grundsätzlich und strukturell, aufgrund ihrer Stellung und Funktion innerhalb des ökonomischen Gesamtzusammenhangs, selber gar keinen Wert, auch wenn dabei Arbeitszeit verausgabt wird. Sie dienen entweder dazu, die allgemeinen Funktionsbedingungen und -voraussetzungen der Warenproduktion zu gewährleisten, oder sie sind deren unselbständiges Anhängsel und als solches vom eigentlichen Verwertungsprozeß abhängig, den sie selbst aber nicht in Gang halten können.

Das gilt zum einen und in besonderem Maße für die gesamtgesellschaftliche Infrastruktur im weitesten Sinne des Wortes: also für das Verkehrs-, Kommunikations-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen, die Rechtssprechung und die Grundlagenforschung, die Polizei und das Militär etc. All diese Funktionen werden nicht zufällig zu einem erheblichen Teil direkt vom Staat übernommen oder von ihm finanziert, denn obwohl sie für den kapitalistischen Gesamtzusammenhang unentbehrlich sind, können sie aufgrund ihres Allgemeinheitsgrades und ihrer mangelnden Marktfähigkeit nicht oder nur sehr bedingt betriebswirtschaftlich »rentabel« organisiert werden. Es handelt sich um »öffentliche Güter«, die prinzipiell jedem und jeder zur Verfügung stehen müssen und deren Kosten deshalb in Form von Steuern und Abgaben auf die Allgemeinheit umgelegt werden. Ihre Finanzierung erfolgt zu Lasten der Lohn- und Gehaltseinkommen wie der Gewinne, stellt also einen Abzug von der verfügbaren Wertmasse dar. Deshalb versucht sich ja jedes Unternehmen vor dem Finanzamt zu drücken, während es andererseits selbstverständlich die öffentliche Infrastruktur nutzt.

Gesamtökonomisch betrachtet handelt es sich bei den »öffentlichen Gütern« um Konsum (zumeist Staats- oder Quasi-Staatskonsum), weil der dafür verausgabte Wertanteil für betriebswirtschaftliche Investitionen nicht mehr zur Verfügung steht; und zwar auch dort nicht, wo im gängigen Sprachgebrauch von »öffentlichen Investitionen« gesprochen wird. Denn diese werfen nicht selbst Profite ab, sondern sind nur allgemeine Voraussetzungen dafür, daß sich eventuell Betriebe »ansiedeln«, die ein paar Arbeitskräfte vernutzen. Wenn ein »Standort« überhaupt noch Aussichten auf eine Weltmarktteilnahme haben will, muß er die öffentliche Infrastruktur auch dort aufrechterhalten, wo eine erfolgreiche Kapitalverwertung gar nicht oder kaum stattfindet (wie etwa viele ostdeutsche Kommunen bitter erfahren mußten, die zwar ausgewiesene Industriegebiete und Autobahnanschlüsse haben, aber keine dazugehörigen produzierenden Gewerbebetriebe).

Strukturell ähnlich verhält es sich mit all den Dienstleistungen, die nur die Waren- und Geldzirkulation in Gang halten; also Tätigkeiten in Verkauf und Vertrieb, in der kaufmännischen Verwaltung und der Buchhaltung, im Bank- und Finanzsektor, in Versicherungen, Rechtsanwaltskanzleien und dergleichen mehr. Auch sie sind als allgemeine Funktionsbedingungen unerläßlich für eine gelingende Kapitalverwertung, produzieren aber selbst keinen Wert, sondern müssen aus der industriell geschöpften Wertmasse finanziert werden. Insofern handelt es sich bei ihnen ebenfalls um »tote Kosten« des Systemerhalts, auch wenn sie auf einer anderen Funktionsebene als die »öffentlichen Güter« angesiedelt sind. Dieser Sachverhalt wird nur dadurch verschleiert, daß Handelsketten, Banken, Rechtsanwaltskanzleien usw. selber als private Unternehmen betrieben werden, die ihren Anteil am gesellschaftlichen Wertprodukt als Umsatz und Gewinn ausweisen, als

hätten sie ihn selbst produziert. Wie wenig dieser Schein der ökonomischen Realität entspricht, zeigt sich spätestens immer dann, wenn eine Region unter die Räder der Konkurrenz kommt und zusammen mit der Weltmarktproduktion selbstverständlich auch die dazugehörigen nachgeordneten Dienste im zirkulativen, juristischen usw. Bereich zusammenbrechen. Nicht nur Fabrikarbeiter, sondern auch Verkäufer und Bankangestellte landen dann auf der sprichwörtlichen Straße. Andererseits werden die kaufmännischen und Verwaltungstätigkeiten aber auch bei den Weltmarktgewinnern abgebaut, weil sie ebenso wie die industriellen Produktionstätigkeiten von der mikroelektronischen Rationalisierung erfaßt werden. Die Unternehmen suchen sich des toten Gewichts zu entledigen, das auf ihren Gewinnen lastet.

Die größten, in der Vergangenheit aufgebauten Bereiche des »tertiären Sektors« werden also durch Krise und Rationalisierung in Wirklichkeit abgeschmolzen, statt einen neuen eigenständigen Sektor der Kapitalverwertung zu bilden. Was bleibt, ist das allerdings tatsächlich wachsende Segment der »personenbezogenen Dienste«, auf das die neoliberale Krisenverwaltung besondere Hoffnungen setzt: »Wenn es gelänge, ein Fünfzigstel der Eigenarbeit in bezahlte Arbeit zu überführen, könnten 800.000 Arbeitsplätze entstehen«, schwärmt etwa die »Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen« (Kommission 1997, S. 117). Bedauerlicherweise stehe dem aber eine »ausgeprägte Selbstversorger-Mentalität der Deutschen« entgegen (ebd., S. 133). Gemeint ist damit nicht etwa, daß ein allzu großer Teil der deutschen Bevölkerung sein Gemüse im Schrebergarten anbaut, sondern daß er in frivolem Eigensinn darauf beharrt, seine Einkaufstüten selbst einzupacken und seine Nasen selbst zu schneuzen, statt dafür eine bezahlte Dienstleistung in Anspruch zu nehmen. Dieses geradezu unverschämt arbeitsplatzverhindernde Verhalten gilt es deshalb nach den Vorstellungen der »Zukunftskommission« zu verändern, um einer Armee von schlecht entlohnten und dauerlächelnden Domestiken zu ihrem Arbeitsglück zu verhelfen. Die dreiste Zumutung wird in eine nur allzu durchsichtige »sozialpsychologische« Argumentation verpackt: »Neben dem materiellen können einfache personenbezogene Dienste auch den immateriellen Wohlstand erhöhen. So kann das Wohlbefinden der Kunden steigen, wenn ihnen Dienstleister belastende Eigenarbeit abnehmen. Zugleich steigt das Wohlbefinden der Dienstleister, wenn sich ihr Selbstwertgefühl (!) durch die Tätigkeit erhöht. Einen einfachen, personenbezogenen Dienst auszuüben ist für die Psyche besser, als arbeitslos zu sein« (ebd., S. 119). Damit ist unmißverständlich das politische Programm repressiver Krisenverwaltung formuliert, nämlich knallhartes Vorgehen gegen diejenigen, deren »Wohlbefinden« nicht durch das Putzen fremder Schuhe gesteigert wird. Ökonomisch freilich handelt es sich um nichts als haltlosen arbeitsideologischen Zweckoptimismus, denn wie bei den artverwandten »Elendstätigkeiten« der »Drittwelt«-Slums ist auf diese Weise keine eigenständige Kapitalakkumulation auf den Weg zu bringen.

Prinzipiell kann zwar das Gepäcktragen, das Schuheputzen oder das Verabreichen einer Massage durchaus genauso reale Warenproduktion darstellen wie die Fabrikation eines Koffers oder eines Paars Schuhe, denn entscheidend dafür ist nicht, ob das Resultat der Verausgabung abstrakt-menschlicher Energie nun materiell oder immateriell ist. Doch die »personenbezogenen Dienste« sind ihrer Natur nach großenteils nicht oder nur sehr bedingt als Kapitalverwertung zu betreiben (man stelle sich einen Schuhputz- oder Babysitter-Konzern vor.) und deshalb auch nicht in der Lage, eine autonome Akkumulationsdynamik zu entfesseln. Die Arbeit des Schuhputzers, der Hausangestellten, der Pflegekraft usw. erlischt im (meist nicht gerade üppigen) persönlichen Konsum und kann daher nicht als »tote Arbeit« aufgehäuft und zum Ausgangspunkt für die Verausgabung weiterer Arbeit werden.

Deshalb sind auch diese Dienstleistungen als sekundäre Warenproduktion strukturell abhängig von einem funktionierenden industriellen Verwertungsprozeß, aus dessen Wertprodukt sie sich speisen, den sie aber selbst nicht anfachen und tragen können. Das zeigt sich auch an der Marktoberfläche von Angebot und Nachfrage: Die »personenbezogenen Dienste« treten nicht an die Stelle industrieller Produktion, sondern verschwinden zusammen mit dieser, weil dann die kaufkräftige Nachfrage dafür fehlt. Diese Tätigkeiten fungieren ihrem spezifischen Charakter nach nicht als Bestandteil eines informationell hoch vergesellschafteten Komplexes, sondern in der Regel als Angebot von Einzelpersonen mit geringem Sachaufwand und zumeist auch wenig inkorporiertem Wissensaufwand. Deshalb können sie im Unterschied zur industriellen Produktion auch leicht wieder aus einem Bestandteil der formellen warenproduzierenden Arbeit in »Eigenarbeit« zurückverwandelt werden (wenn ich mir die Nase wieder selber putze) oder eben in den »informellen« Sektor abwandern. Schon insofern ist es eine völlig absurde Vorstellung, das arbeitsgesellschaftliche System könne auf dieser Basis erneuert werden. Die »personenbezogenen Dienste« sind nicht der Übergang zum »Dienstleistungskapitalismus«, sondern nur die Art und Weise, wie die prekarisierten Verhältnisse und »Elendstätigkeiten« am Rande oder überhaupt außerhalb von Arbeitsgesellschaft und Kapitalverwertung ihren Einzug in die westlichen Zentren des warenproduzierenden Systems halten.

Wie erklärt sich dann aber die gewaltige Expansion dieses Sektors in den letzten fünfundzwanzig Jahren? Woher stammt die Wertmasse, aus der er sich speist, wenn er keine selbständige Akkumulationspotenz besitzt und die industrielle Wertproduktion abschmilzt? Diese Frage läßt sich wiederum nur beantworten, wenn wir den Blick auf den kapitalistischen Gesamtzusammenhang lenken. Dabei ist auffällig, daß die zunehmende »Tertiarisierung« einhergeht mit einer scheinbar paradoxen Verkehrung im Verhältnis von Realökonomie und Finanzüberbau. Die Position eines Landes in der

Weltmarktkonkurrenz hängt längst nicht mehr unmittelbar von seiner industriekapitalistischen Produktivität ab (die natürlich weiterhin eine Rolle spielt), sondern zunehmend von der Fähigkeit, das frei flottierende Kredit- und Spekulationskapital anzuziehen und in die eigenen Wirtschaftskreisläufe zu schleusen. Insbesondere die Weltmacht USA hat sich zu einem gigantischen Magneten für die an den transnationalen Finanzmärkten geschöpfte, ungedeckte Liquidität entwickelt – und keineswegs zufällig ist es ausgerechnet dieses Land, dem der Sprung in die volle »Dienstleistungsgesellschaft« angeblich bereits geglückt sein soll.

Was als zufälliges Nebeneinander zweier unterschiedlicher Phänomene erscheinen könnte, steht in Wahrheit in einem kausalen inneren Zusammenhang. Es ist weithin üblich geworden, die wuchernden Finanzmärkte als verantwortlich für das sozial-ökonomische Desaster in den meisten Teilen der Welt und also zur Krisenursache zu erklären. Weil dort die »flotte Mark« zu machen sei, zögen diese luftigen Sektoren den Großteil des weltweit verfügbaren Geldkapitals an, das somit für realökonomische »Arbeitsplatz-Investitionen« und/oder für die sozialstaatliche Anregung der Nachfrage verlorengehe. Würde dieses Geldkapital dagegen in die richtigen Kanäle gelenkt, vor allem »produktiv« verausgabt, dann gäbe es das Problem der Massenarbeitslosigkeit womöglich gar nicht. Dieses Erklärungsmuster ist nicht nur in seinen ideologischen Konsequenzen gemeingefährlich, weil es mit der Mobilisierung gegen »die Spekulanten« (zumindest untergründig) auch das antisemitische Ressentiment vom angeblich die Welt beherrschenden »jüdischen Finanzkapital« wiederbelebt, es stellt auch den ökonomischen Sachverhalt auf den Kopf.

Nur über die riesigen Massen ungedeckter Liquidität, die seit den siebziger Jahren im Finanzüberbau ohne jede reale Vernutzung warenproduzierender Arbeitskraft »geschöpft« wurden, war es nämlich den westlichen Ländern möglich, den vollen Durchschlag der Krise vorübergehend aufzufangen und so der Arbeitsgesellschaft ohne ausreichend real wertschöpfende Arbeit noch einmal eine Galgenfrist zu verschaffen. Dieser Mechanismus des Krisenaufschubs über die Aufblähung von Kredit und Spekulation ist an sich nicht neu. Er hat schon in der Vergangenheit den Verlauf der größeren Krisen geprägt und noch jedesmal mit einem Krach der Finanzmärkte geendet. Bei einem solchen »Crash« wird die aufgeschobene Entwertung des Kapitals auf einen Schlag vollzogen, mit der Konsequenz von massenhaften Unternehmens- und Bankenzusammenbrüchen, Explosion der Massenarbeitslosigkeit usw. Neu daran ist heute nur, daß die Deregulierung und Transnationalisierung der Finanzmärkte ebenso wie die schon früher vollzogene völlige Entkopplung des Geldes von der Golddeckung eine historisch einmalig lange Dauer des Aufschubs ermöglichte.

Zunächst war es die rapide ansteigende Staatsverschuldung, die Geldkapital ansaugte und zugleich den Sockel für eine wundersame Geldvermehrung schuf. Die Kredite wurden im allgemeinen sofort in den Wirtschaftskreislauf geschleust – nicht zuletzt für den Aufbau jener vielfältigen staatlichen Dienste und Infrastrukturen, die den ökonomisch unreflektierten Soziologen dann den ersten Aufbruch einer »Dienstleistungsgesellschaft« vorgaukelten. Tatsächlich handelte es sich dabei aber eben um Staatskonsum und nicht um eine Kapitalverwertung, also auch nicht um eine real expandierende Wertmasse, aus der die Zinsen und Tilgungen hätten bedient werden können. Prinzipiell stellt nämlich jeder Kredit einen Vorgriff auf eine zukünftig erwartete Verwertung, also auf eine zukünftige betriebswirtschaftliche Vernutzung von Arbeitskraft dar. Solange diese Erwartungen erfüllt werden können, ist der Kredit Treibsatz einer dynamischen Kapitalakkumulation, weil die Gegenwart gewissermaßen permanent von der Zukunft gejagt wird. Beim kreditfinanzierten Staatskonsum aber ist das natürlich nicht der Fall. Während die geliehene Wertmasse verbraucht wird, häufen sich bei den Kreditgebern Ansprüche auf, die ihrerseits wieder als Nachfrage in den Wirtschaftskreislauf eingespeist werden können. So führt der längst im Staatskonsum verfeuerte Kredit ein Scheinleben als weiterhin geldheckendes Kapital, bis die ganze Sache auffliegt, weil die Staatshaushalte sich dem Notstand nähern, ihr reales Steueraufkommen nur noch für Zinszahlungen ausgeben zu müssen. Genau das geschah seit Beginn der 80er Jahre im Weltmaßstab.

In demselben Maße, wie die Staatsverschuldung an ihre Grenzen stieß, wurde dann die Aktienspekulation zum Hauptmotor des Krisenaufschubs. Auch hier wirkt der doppelte Mechanismus fiktiver Kapitalverwertung und virtueller Kaufkraftschöpfung. Zwar sind die astronomischen Zuwachsraten an den Börsen nur möglich, solange die Masse der ungedeckten Liquidität auch dort verbleibt und die Spirale weiter antreibt; trotzdem sickert ein nicht unerheblicher Teil davon in die Realökonomie ein und füttert dort die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen. So ist mittlerweile etwa die Beleihung der hochspekulierten Aktienpakete eine der Hauptstützen des US-amerikanischen Konsums. Große Teile der Bevölkerung kompensieren ihre gesunkenen Einkommen durch Kredite, deren einzige Deckung die fiktiven Wertsteigerungen der letzten zehn Jahre an der Börse sind. Auf diese »pfiffige« Weise können sie gleichzeitig Kaufkraft schöpfen und weiterhin am allgemeinen Kettenbriefspiel teilnehmen, solange dieses eben noch funktioniert. Nicht weniger wichtig ist die »Subventionierung« auch der Unternehmens- und Bankbilanzen durch die Finanzmarktgewinne, ohne die viele Produktionszweige längst bankrottiert wären, und die über den Umweg von Investitionen, Gewinnausschüttungen und Gehältern ebenfalls der Nachfrage zugute kommen. Schließlich partizipiert auch der Staat über die Steuereinnahmen auf all diese Transaktionen direkt und indirekt an der anhaltenden Spekulationswelle. Das ist das offene Geheimnis der momentanen wundersamen Budgetüberschüsse des US-Staatshaushaltes, wie überhaupt der vielbewunderte Boom der US-Wirtschaft schon längst nur noch auf der virtuellen Geldschöpfung an den transnationalen Finanzmärkten beruht.

So hat also ausgerechnet die von den Liebhabern der »ehrlichen Arbeit« verteufelte Spekulation es ermöglicht, in den Zentren der Weltmarktgesellschaft noch einmal für mehr als zwanzig Jahre eine leidlich funktionierende Arbeitsgesellschaft zu simulieren. Doch die Gnadenfrist läuft ab. Denn auch die spekulative Steigerung der Aktienkurse »kapitalisiert« natürlich eine Erwartung an die zukünftige reale Wertschöpfung. Da aber unter den Bedingungen der mikroelektronischen Revolution die Zukunft nicht mehr einlösen kann, was sie auf dem Papier versprochen hat, taugen auch die Aktienmärkte nicht länger für den Aufschub der »Entwertung des Werts«. Nach den Crashs in Lateinamerika, Rußland und Südostasien sind in absehbarer Zeit unweigerlich auch die Finanzmärkte in Japan, der EU und den USA »reif«. In der dann anstehenden Bankrottwelle wird sich zeigen, welches Ausmaß die Krise der Arbeitsgesellschaft tatsächlich bereits angenommen hat.

Vor diesem Hintergrund muten die grassierenden linken Phantasien, den Krisenkapitalismus durch eine Besteuerung der Spekulation und eine Kontrolle der Finanzmärkte austricksen und »bändigen« zu wollen, geradezu gespenstisch an. Sie laufen auf das Paradox hinaus, »bewußt« und mit keynesianisch-linkssozialdemokratischem Anstrich ausgerechnet das zu tun, was sich als bewußtloser kapitalistischer Selbstlauf ohnehin schon vollzieht: nämlich mit dem ungedeckten Geld aus dem Finanzüberbau die Realökonomie anzuheizen und »Arbeitsplätze« zu simulieren. Sollte dieser Versuch tatsächlich unternommen werden, wäre er ein ohnehin fälliger Anlaß für den Einsturz des ganzen Kartenhauses. Die Hartnäckigkeit, mit der solche Milchmädchenrechnungen aufgemacht werden, erklärt sich aber auch gar nicht aus ihrer praktischen Relevanz, sondern aus demselben Zurückschrecken vor einer kategorialen Kritik des warenproduzierenden Systems und seiner Tätigkeitsform »Arbeit«, das auch den linken Glauben an die neoliberale Krisenbewältigung nährt.

In dieser Hinsicht unterscheiden sich die linken Beschwörer »kapitalistischer Normalität« und die Verfechter einer Spekulationssteuer nicht von den Vettern der »Neuen Mitte«, die von ihrer fanatischen Arbeitsrhetorik an die Regierung gespült worden sind. Aber nicht die »Dienstleistungsgesellschaft« steht bevor, sondern der endgültige Zusammenbruch der Arbeitsgesellschaft, der nach einem westlichen Finanzcrash nicht einmal mehr in den Formen von Billiglohn, Zwangsarbeit und herausgefallenen »Elendstätigkeiten« verlaufen kann. Schon jetzt ist diese Prekarisierung ebenso wie die Propaganda von »Bürgerarbeit«, »Ehrenamt« und dergleichen kein Bestandteil neuer Kapitalakkumulation, sondern eine Ansammlung von Instrumenten der sozialen Disziplinierung und der moralischen Aufrüstung, um das Ende der Arbeitsgesellschaft nicht wahrhaben zu müssen und desto härter gegen die lästigen »Überflüssigen« vorgehen zu können. Mit der offiziellen Fiktion, jeder könne »arbeiten«, wenn er nur wolle (und sei es für einen warmen Händedruck), wird die moralische Legitimation für die Definition von »Sozialschmarotzern« geschaffen, denen im Namen der »ehrlichen Arbeit« selbst die schäbigste Unterstützung gestrichen werden darf, um sie als Haßobjekt für die aufsteigende Panik der Arbeitsvolksseele freizugeben. Und wer wäre besser für diese feine englische Art der Krisenverwaltung geeignet als die klassische »Partei der Arbeit« mit einem olivgrünen Juniorpartner?

Literatur

Joachim Hirsch: »Geht die Arbeit wirklich aus?«, in: »Jungle World«, 9.6. 1999, S. 15-18

Andrea Komlosy / Christof Parnreiter / Irene Stacher / Susan Zimmermann: »Der informelle Sektor: Konzepte, Widersprüche und Debatten«, in diess. (Hrsg*.): Ungeregelt und unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft*. Frankfurt a. M. 1997, S. 9-28

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: »Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen, Maßnahmen« (Teil III), Bonn 1997

Nikolaus Piper: »Langfristig sind wir tot«, in: »Süddeutsche Zeitung«, 6.8.1998

Norbert Trenkle ist Mitherausgeber der Zeitschrift »Krisis« und des Buchs »Feierabend! Zwölf Attacken gegen die Arbeit«, das in diesen Tagen im Konkret Literatur Verlag erscheint und dem der vorliegende Aufsatz entnommen wurde

Konkret 10/99, S. 43

Horst Pankow

In diesem Sinne - Noch eine Intervention?

Vielleicht lag es an der Temperatur dieses Spätsommers. Eine Kommentatorin der »Berliner Zeitung« formulierte die hierzulande seltene Einsicht, daß »im Kosovo die Warnung vor dem unangemessenen Gebrauch des Begriffes Völkermord berechtigt (war)«. Doch konnte die undeutsche Septembersonne nicht die sehr deutsche Schlußfolgerung beeinträchtigen: »In Osttimor wird man ihn gebrauchen müssen.« Deshalb war der Kommentar mit »Ja zur Intervention in Osttimor« überschrieben.

Eine Intervention also in einer nicht gerade interventionsarmen Gegend. 1965 intervenierte der General Suharto zum Wohle der Demokratie und ließ unter dem Beifall der westlichen Wertegemeinschaft etwa eine halbe Million des Kommunismus Verdächtigter abschlachten. Zehn Jahre später intervenierte Suhartos Armee im bis dahin portugiesischen Osttimor, um abermals die Freiheit vor den kommunistischen Anfechtungen der seinerzeit linksnationalistischen Unabhängigkeitsbewegung zu schützen. Zur Ermunterung waren US-Präsident Ford und Außenminister Kissinger persönlich in Djakarta erschienen. Einen Tag nach ihrer Abreise begann das Gemetzel, dem bis heute etwa 200.000 Menschen zum Opfer fielen.

Eine weitere Intervention verlief weniger spektakulär, wenngleich ebenso effektiv: die Durchsetzung marktwirtschaftlicher Vernunft in den Reihen der timoresischen Separatisten. Ab Mitte der 80er Jahre säuberten sie ihre Programme von sozialistischen Zielen. Aus dem Kampf für eine menschenfreundlichere Gesellschaft war der Wahn nationaler Identität geworden. Auf die westliche Wertegemeinschaft machte dieser Wandel zunächst keinen Eindruck. Nicht nur die USA und die regionale Vormacht Australien stützten wirtschaftlich und militärisch das Suharto-Regime. Auch die Europäer, nicht zuletzt die Deutschen, leisteten ihren Beitrag. Helmut Kohl pflegte mit Suharto eine seiner Männerfreundschaften. Anfang der 90er wurde die ausrangierte DDR-Marine an das Inselreich verscherbelt, das bis zum Crash 97/98 und der Abdankung Suhartos als Filetstück der südostasiatischen »Zukunftsmärkte« galt.

Kaum war diese Illusion geplatzt, waren neue Stabilitätsgaranten gefragt. So durfte unter Uno-Aufsicht jenes Referendum stattfinden, dessen Ergebnis Auslöser des jüngsten Blutbades wurde. An diesem Desaster entzünden sich nicht nur Interventionsphantasien, sie finden auch schnell zum wohlkalkulierten nationalen Nutzen zurück. Der »Tagesspiegel« faßt den »Sinn« des Geschreis so zusammen: »Bis auf die PDS sieht es keiner mehr als Tabu an, alles zu bedenken, was einen Völkermord verhindert – auch einen Bundeswehreinsatz. Aber nur dann, wenn er sein Ziel erreicht.«

Konkret 10/99, S. 43

Michael Schilling

In diesem Sinne - Schröders Siege

Als »vernichtende Niederlage«, »Schlappe« oder gar »Schlachtung« (»Bild«) des SPD-Vorsitzenden haben die Leitartikler die Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg und im Saarland bewertet. Zugleich haben sie den Kanzler beschworen, die Politik, die zu diesen Ergebnissen geführt habe, entschieden fortzuführen, denn es gebe zu ihr, wie der Kanzler dreimal täglich zu Recht sagt, keine Alternative.

Nach der Lektüre wußte, wer in der Schule bis zum Dreisatz durchgehalten hat, daß es zu den vernichtenden Niederlagen der Sozialdemokraten keine Alternative gebe und also, aber dazu reicht das kleine Einspluseins, die einzig richtige Politik eine Politik sei, auf deren Weg die Dezimierung und an deren Ende die Abschaffung der SPD liege. Darf das wahr sein?

Gerhard Schröders Auftrag (und wir können hier gern so tun, als hätte er ihn sich gegeben oder er sei von der Vorsehung zu ihr bestimmt worden und nicht vom Piëch Ferdinand) war und ist es, die Schikanen abzuräumen, die der Kapitalismus in der Systemezeit zur Drosselung seiner polizeiwidrigen Dynamik sich selber in den Weg gestellt hatte. Als Idee hieß die Beungradigung das Soziale*, materialisiert erschien es als die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei. Der Gedanke des Selbstschutzes, dem beide ihre Einrichtung verdanken, ist obsolet geworden. Schröders Kampf, zu dem es keine Alternative gibt, geht darum, die Schikane so aufs geradeste zu strecken, daß freie Fahrt für freie Unternehmer ist und Piëch den Fuß nicht eine Sekunde mehr vom Gas nehmen muß. Gesiegt haben wird der Kanzler, wenn SPD und Gewerkschaften eine Vitrine im Haus der Geschichte beziehen. Wie der Marx den Hegel auf den Kopf gestellt hat, so Schröder den Pyrrhus, König von Epirus: Noch zehn solcher Niederlagen, kann Schröder sagen, und ich habe gewonnen.*

Konkret 10/99, S. 43

Oliver Tolmein

In diesem Sinne - Staatsschutzherbst

Die Staatsschutzkammer des Oberlandesgerichts Düsseldorf ist souverän im Umgang mit Straf- und Prozeßrecht. Wenn Linksradikale oder solche, die welche sein sollen, vor ihren Schranken stehen, ist der Schuldspruch stets sicher: Der Ausgang des Verfahrens gegen die beiden heiligen Krieger Falk und Steinau wegen einer Serie von Anschlägen, die sie unter dem Namen »Antiimperialistische Zelle« (siehe KONKRET 4/96) verübt haben sollen, war insofern nicht verwunderlich. Und daß das Gericht den Erwartungen der Bundesanwaltschaft nicht nachkam und das Duo als Aktivisten einer »terroristischen Vereinigung« verurteilt hat, weil ein dritter Antiimperialist nun beim besten Willen nicht zu finden war, ist durch das Strafmaß locker wettgemacht: Für ein bißchen Brandstiftung und einigermaßen harmlose Sprengstoffanschläge, die in keinem Fall zu einer konkreten Gefährdung von Menschen geführt haben, sind die beiden zu neun bzw. dreizehn Jahren Haft wegen Mordversuchs verurteilt worden.

Die Beweisaufnahme hat dabei für ein Vorliegen von Mordabsichten ebenso wenig ergeben, wie überhaupt der Nachweis der Täterschaft eher dürftig geblieben ist: Zwar hat Steinau, der dafür einen deutlichen Strafnachlaß erhielt, im Verlauf des Verfahrens die Taten gestanden – das Gericht hatte aber stets deutlich gemacht, daß allein die Ergebnisse der elektronischen Überwachungsmaßnahmen ihm zur Verurteilung ausgereicht hätten. Darin liegt die Bedeutung dieses Verfahrens über den konkreten Fall hinaus: Wenn es schon ausreicht, daß ein durch einen von der Polizei angebrachten Funksender gekennzeichnetes Fahrzeug, das den Angeklagten zugeordnet werden kann, in der Nähe eines Tatorts über das Global Positionen System (GPS) angepeilt wird, um dessen mutmaßliche Insassen mit einer Straftat in Verbindung zu bringen, dann ist das technisch gestützte Verdachtsstrafrecht wieder ein Stück näher gerückt.

Im übrigen dokumentieren das Verfahren und die bemerkenswerte Schärfe des Urteils, daß die bundesdeutsche Justiz von ihrem liebsten Feind, der radikalen Linken, solange es noch Kleinst-Grüppchen gibt, deren man habhaft werden und ihr mit viel Phantasie zurechnen kann, nicht lassen will und nicht lassen wird – die Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder haben gerade wieder auf die große Gefahr, die ausgerechnet von Antifa-Gruppen ausgehen soll, hingewiesen. In Berlin ist dieser Tage eine linke junge Türkin, wegen Abspielens eines Liedes der Punkgruppe Slime nicht nur monatelang in U-Haft gehalten, sondern auch zu einer Haftstrafe verurteilt worden, die manchen Skinhead, der in seiner Freizeit weitgehend unbehelligt Ausländer jagt, hart getroffen hätte. Mehr läßt sich dazu eigentlich gar nicht sagen.

Konkret 10/99, S. 44

Joachim Rohloff

Klappe zu

Manche Nachrufe auf Ignatz Bubis waren von übler Nachrede nicht zu unterscheiden, fast alle machten ihre Verfasser als bigotte Heuchler kenntlich

Er war ein großer Deutscher – da sind sich alle einig. Aber wie groß war er denn? Größer vermutlich als – sagen wir: – Alfred Biolek, an dessen Begräbnis dereinst vielleicht kein Bundespräsident teilnimmt. Doch gewiß nicht so groß wie Franz Beckenbauer, bei dessen unerwartetem und viel zu frühem Tod jeder Bundeskanzler seinen Urlaub unterbrechen wird. Zwar begann an Ignatz Bubis' Todestag, wie auch am Tag, als der Mörder Zurwehme endlich gefaßt wurde, das Abendprogramm der ARD mit viertelstündiger Verspätung, aber nur deshalb, weil soeben Steffi Graf ihren Rückzug aus dem Tennisgeschäft verkündet hatte. Und wenn Harald Juhnke einmal stirbt, wird deutsche Größe dadurch bezeugt werden, daß nach der Trauerfeier kein Landesvorsitzender der SPD seine Abwesenheit mit anderweitigen Verpflichtungen wird entschuldigen müssen und mit dem Irrtum, der Fraktionsvorsitzende und der Spitzenkandidat gingen hin, er selbst könne also fernbleiben, während doch der Fraktionsvorsitzende und der Spitzenkandidat glaubten, der Landesvorsitzende werde zur Stelle sein, sie selbst bräuchten also nicht auch noch hinzugehen.

Zwei Wochen vor Martin Walsers Friedenspreisrede hielt Bubis in Berlin einen Vortrag zum Thema: »Abschied vom zweiten Jahrtausend. Wie stellt sich heute jüdisches Leben in Deutschland dar?« Selbst in den Jahren 1992 bis 1994, auf dem Höhepunkt fremdenfeindlicher Gewalt, sagte er, »war die Stimmung in der jüdischen Gemeinschaft nicht ganz so deprimierend, wie sie gegenwärtig ist«. Was vor allem daran liege, daß Antisemitismus sich neuerdings ganz unverhohlen und mitten in der Gesellschaft äußere. Zwar sei die Zahl der Antisemiten in den letzten vierzig Jahren, seit es Umfragen gibt, nicht größer geworden. »Was aber größer geworden ist, ist das offene Bekenntnis zum Antisemitismus«, das offenbar zur deutschen »Normalität« gehöre, wie Walser sie wenig später beschwor. »Früher war es eine Art Tabu, man hat es für sich behalten. Heute ist es kein Tabu mehr, man sieht es als ein Stück Normalität.«

Bubis gab ein Beispiel: Als das Maxim-Gorki-Theater beabsichtigte, Faßbinders antisemitisches Stück *Der Müll, die Stadt und der Tod* aufzuführen, und diesen Tabubruch mit der Behauptung rechtfertigte, wenn man es nicht aufführe, werde es Antisemitismus erzeugen, habe er den Intendanten gefragt, ob sich eine Inszenierung desselben Stücks, wäre es nicht von einem vermeintlichen Linken geschrieben worden, sondern von Leni Riefenstahl, nicht ganz von selbst verböte. Der Intendant habe geantwortet: Das wäre vielleicht vor zwanzig Jahren der Fall gewesen, heute aber nicht. Heute versetze er sich in die Lage von Leni Riefenstahl und versuche zu verstehen. Und auf die zweite Frage, was er wohl empfinden würde, wenn Überlebende des Holocaust im Publikum säßen und bei den Worten, »der Jud', er saugt uns aus. Er saugt unser Blut. Hätte man ihn damals vergast, ich könnte heute ruhig schlafen«, erhöbe sich johlender Beifall, antwortete er, es werde ja niemand gezwungen, ins Theater zu gehen.

Da deutsche Normalität sich immer häufiger durch offenen Antisemitismus beweise, falle eine Prognose schwer, ob es auch zukünftig jüdisches Leben in Deutschland geben werde: »Auf diese Frage hätte ich mit einem uneingeschränkten Ja geantwortet noch vor wenigen Jahren. Heute würde ich nur mit einem eingeschränkten Ja antworten. Eingeschränkt insoweit, als es an den Nichtjuden liegen wird. Die Juden würden, können und wollen in Deutschland leben. Aber nur dann, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Wenn sie in einer Situation des Ausgegrenztseins leben sollen, was über Jahrhunderte angehalten hat, dann kann ich das mit großem Fragezeichen versehen, ob sie heute dazu bereit wären.«

Das klang weder optimistisch noch patriotisch. Trotzdem wurde Bubis allenthalben nachgerufen, er sei ein unbelehrbarer Optimist gewesen und ein großer Patriot, der den Deutschen, selbst wenn er kritisierte und mahnte, stets gegeben habe, wessen sie bedurften. »Die Weisheit und das Verständnis, das uns die nach Deutschland zurückgekehrten Juden gezeigt haben«, so formulierte es Jens Jessen in der »Berliner Zeitung« nahezu fehlerfrei, »werden noch haben wir jemals irgendwo sonst auf der Welt erfahren.« Nun ja, es gab einige, die waren wegen Auschwitz ihr Leben lang mies gelaunt. Aber Bubis hatte, »als er das Amt des Zentralratsvorsitzenden der Juden von Heinz Galinski übernahm, nicht dessen Eifer übernommen; vielmehr schonte er die Selbstachtung der Deutschen«. In New York hatte er für die deutsche Einheit geworben, nach den fremdenfeindlichen Anschlägen von Lübeck, Mölln und Solingen hatte er die Israelis beschwichtigt. »Fürchtete er am Ende, womöglich zu Unrecht entwarnt und beruhigt zu haben? Das ist wohl nicht der Fall.« Höchstwahrscheinlich litt er bloß unter der »Erfahrung deutscher Taktlosigkeit«. Die schlimmste hörte auf den Namen Walser. Denn »in der Tat zeigte sich die Walser-Bubis-Debatte vor allem als Quelle von Mißverständnissen und Kränkungen; sie brachte keine neue Weisheit in den Umgang mit der ererbten Schuld.«

In der Tat mußte Bubis sich von Walser sagen lassen, patriotische Bemühungen eines Juden würden vom normalen Deutschland nicht mehr benötigt. Wofür er zu seinen Lebzeiten und nach seinem Tod vielstimmig gelobt wurde, sein demokratisches Engagement und sein Kampf gegen Fremdenhaß, war im Herbst 1998 auf einmal nur noch schädlich. Wenn er nach Rostock-Lichtenhagen fuhr, meinten seine Nachrufer, habe er dasselbe getan, was sie mitunter auch tun,

noch häufiger aber unterlassen: Er habe als Demokrat und Liberaler und nebenbei als Angehöriger einer besonders sensiblen Minderheit den gewalttätigen politischen Extremismus verurteilt und bekämpft. Die wenigsten verstanden, daß er sich gegen Fremdenfeindlichkeit wehrte, weil die Juden noch immer Fremde sind und deshalb die nächsten Opfer. Walser und die Mehrheit, in deren Namen er spricht, mochten es nun aber nicht mehr ertragen, daß ein Jude sich in Dinge einmischt, die ihn nichts angehen. Denn daß ein Nazi einen Ausländer erschlägt, hat mit Nazismus nichts zu tun, solange kein Jude sich am Tatort blicken läßt und für die fatale »Rückbindung an 1933« sorgt.

Manche Nachrufe waren von übler Nachrede kaum zu unterscheiden, fast alle denunzierten ihre Verfasser: »Mit Ignatz Bubis verliert unser Land einen streitbaren Demokraten, der sich sein ganzes Leben lang dafür eingesetzt hat, daß die Schatten der deutschen Geschichte sich nicht in die Zukunft verlängern« (Johannes Rau). »Ignatz Bubis hat mit nie versiegender Kraft dazu beigetragen, die Schatten der Vergangenheit kleiner werden zu lassen« (Erklärung der Bundesregierung). So hätten sie's gerne gehabt. Dummerweise »verblüffte Bubis jeden, den er traf, mit seinem Gedächtnis. Genauer gesagt: mit seiner Fähigkeit, sich buchstäblich jede beliebige Telefonnummer zu merken und sie nie wieder zu vergessen.« Frank Schirrmacher, der untergründig wirkende Zusammenhänge immer gerade dort entdeckt, wo niemand sonst nach ihnen graben würde, demonstrierte am soeben verstorbenen Beispiel »das Prinzip der Erinnerung«: »Für Bubis war Erinnerungsleistung viel mehr als ein zufälliger Akt.« Wie also hätte er, da er sich doch ganze Telefonbücher merkte, Auschwitz jemals vergessen können? Nein, sie hätten sich einen suchen müssen, dem schon mal der eigene Name entfällt.

Die Suppe namens Deutschland schmecke ihm gut, beteuerte Bubis einst. Kurz vor seinem Tod aber hat er ihnen doch noch in die Suppe gespuckt. »Ich habe nichts oder fast nichts bewirkt. Ich habe immer herausgestellt, daß ich deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens bin. Ich wollte diese Ausgrenzerei, hier Deutsche, dort Juden, weghaben. Ich habe gedacht, vielleicht schaffst du es, daß die Menschen anders übereinander denken, anders miteinander umgehen. Aber, nein, ich habe fast nichts bewegt. Die Mehrheit hat nicht einmal kapiert, worum es mir ging.« In Deutschland wollte er nun nicht einmal mehr begraben werden.

Das konnten sie nicht auf sich sitzen lassen. Johannes Rau erklärte Bubis' trübe Bilanz zu einer »spontanen Äußerung«, viele andere taten sie mit der Unterstellung ab, aus ihr sprächen keine wirklichen Erfahrungen, sondern Krankheit und Todesnähe. Die geringsten Bedenken trug Joschka Fischer, der Bubis zwar nicht seit je, aber doch schon ziemlich lange für seinen Optimismus bewundert hatte und nun, da ihn die Ahnung anwehte, so optimistisch sei Bubis wohl in letzter Zeit gar nicht mehr gewesen, kurzerhand beschloß, die Zweifel, ja die Verzweiflung einfach mitzubewundern: »Ich habe in Ignatz Bubis aber auch einen Menschen verloren, den ich für seinen Optimismus, ja manchmal auch für seine Zweifel und, ganz am Ende seines Lebens, auch für seine Verzweiflung, für sein unerschrockenes Eintreten für Minderheiten, Menschenrechte und Demokratie bewundert habe.« Es wollte halt unbedingt gesagt sein, daß nicht nur »die Anrufe aus dem Auto, vom Flughafen, aus dem Büro«, wie Frank Schirrmacher klagte, »uns allen sehr fehlen« werden, sondern daß Joschka Fischer ganz besonders, persönlich und im Singular einen Menschen verloren hat.

Bubis wollte, um post mortem vor antisemitischen Anschlägen sicher zu sein, in Israel begraben werden. Daß sein Grab von einem Juden geschändet wurde, nannte der deutsche Regierungssprecher Heye »eine Ironie der Geschichte«. Ob er dabei wohl ein wenig schmunzeln mußte? Manche Kommentatoren vermißten beim Begräbnis den Bundeskanzler, doch keiner kam auf die Idee, hinter dessen Abwesenheit stecke womöglich nicht Desinteresse oder Erschöpfung, sondern ein politisches Kalkül: Vor Jahren prägte der damalige Regierungssprecher das Wort vom »Beileidstourismus«, der zu meiden ist, weil ihn der Wähler übelnimmt.

Der Soziologie-Professor Dan Diner vermißte den Kanzler nicht. Er goß über Bubis' Grab den ganzen rhetorischen Schleim der Postmoderne aus (»... dem Ort ein letzter Wille, eine testamentarische Verfügung eingeschrieben ... hat Bubis den Zeitgenossen und der Nachwelt einen topographisch abgefaßten Text hinterlassen ... zeugt der ›arbeitende‹ Friedhof paradoxerweise vom fortwährenden jüdischen Leben ... die Textur der Gefühle ... das Sakrileg des Tabubruchs ... die Choreographie des Begräbnisses dechiffriert sowohl die Komplexität des Mannes, wie sie seinem letzten Wort über sich selbst Ausdruck gibt ...«) und kam zum Schluß, die Gegenwart des Bundespräsidenten zeuge »von der tiefen Veränderung, die der Verstorbene zu Lebzeiten mit erwirkt hat: der Legitimität des Andersseins«. Die Juden sind also immer noch die Anderen, haben sich aber damit zu trösten, daß sie inzwischen anders sein dürfen.

Konkret 10/99, S. 46

Karl-Heinz Hansen

Wir helfen Naumann aufs Pferd V

Schröders Kulturbeauftragter hat geschworen, die 35 nach Hitleroffizieren benannten Kasernen umzutaufen. KONKRET hilft nach

Nach »vier Probejahren« der Kriegswirtschaft stellen Hitler und seine Lakaien in Partei, Wehrmacht, Wirtschaft und Industrie 1937/38 endgültig die Weichen zum Zweiten Weltkrieg. Natürlich im kleinen Kreis, streng geheim und begleitet von Friedenspropaganda, die bis kurz vor Kriegsausbruch das Volk in Sicherheit wiegen soll. Hitler übernimmt »die Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht«, mit deren obersten Chefs Jodl und Keitel als willfährigen Gehilfen, die in Gangstermanier mit ihrem verehrten Führer über die Inszenierung diverser Kriegsanlässe, einschließlich Mord, nachdenken.

Aber noch waren Wirtschaft und Wehrmacht für den großen Krieg nicht gerüstet. Beim Einfall in Österreich blieben bis zu 70 Prozent der Panzer mit Pannen unterwegs liegen und verzögerten Hitlers Einzug in Wien. Also wurden die ökonomischen und militärischen Kriegsvorbereitungen umgehend und umfassend verstärkt. Aber auch die deutsche »Volksgemeinschaft« war nicht durchweg kriegsbereit. Als Hitler 1938 eine motorisierte Division feldmarschmäßig durch Berlin rollen ließ, um die Stimmung zu testen, reagierten die Berliner mit eisiger Ablehnung. Hitler tobte. Psychologische Aufrüstung für den Krieg in sämtlichen Bereichen und Institutionen stand fortan auf dem Programm ganz oben. Während der Terror gegen alle »Staatsfeinde« verschärft wurde, gab es in den Schulen mehr deutsche Kolonialgeschichte (»Volk ohne Raum«), Wehrkunde und Verherrlichungen deutscher »Helden« von den Freiheitskriegen bis zu den Freikorps, in der Hitlerjugend mehr Schießausbildung und Wehrertüchtigung, in den Kinos und über die Volksempfänger mehr großdeutsche Propaganda, in den Kasernen, auf Straßen und Plätzen mehr Aufmärsche, Paraden und Wehrschauen. Und in der Fortsetzung der Tradition des »Tags von Potsdam« wurden auf Weisung Hitlers fast 200 Kasernen nach Schlachtfeldern, Schlächtern und deren freiwilligen Opfern im »Großen Krieg« benannt, oft mit pompösen Weihefeiern. Die Bundeswehrmacht hat ab 1956 mit den Nazi-Kasernen auch rund ein halbes Hundert ihrer zwielichtigen Patrone übernommen und bis heute ihr Andenken gepflegt. Den Namen Lettow-Vorbeck erhielten Kasernen in Hamburg, Bad Segeberg, Bremen und Leer.

Paul von Lettow-Vorbeck (1870-1964), Nachfahre ostelbischer Junker, war das erste Mal aktiv als kaiserlicher Offizier von 1900 bis 1901 im Expeditionskorps zur Niederschlagung des »Boxer-Aufstands« in China. Mit einer dreitägigen Plünderung Pekings und blutigen Strafexpeditionen ins Hinterland versuchten die Deutschen, es ihrem Kaiser recht zu machen: »Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht!« – In der Erkenntnis, »daß sich der Neger keinem Vertrag, sondern nur der rohen Gewalt beugt«, half Lettow-Vorbeck ab 1904 dem General Lothar von Trotha, die Herero- und Nama-Stämme in Deutsch-Südwestafrika auszurotten. Von Trotha darüber an den Chef des Generalstabs: »Ich habe gestern, vor meinem Abmarsch, die in den letzten Tagen ergriffenen Orlog-Leute, kriegsgerichtlich verurteilt, aufhängen lassen, und habe alle zugelaufenen Weiber und Kinder wieder in das Sandfeld ... zurückgejagt ... Sie müssen jetzt im Sandfeld untergehen.« Für die »Befriedung« durch Vernichtung von 100.000 Menschen gab es natürlich den Orden Pour le mérite.

1913 wurde Lettow-Vorbeck Oberstleutnant und Kommandeur der »Schutztruppe« in Kamerun, die sich durch besonders brutale Zwangsrekrutierungen von eingeborenen Soldaten und Trägern hervortat. 1914-1918 kommandierte Generalmajor Lettow-Vorbeck die Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika, das heißt ein paar hundert weiße Deutsche, die Tausende ihrer »Neger« in die Schlacht trieben gegen Tausende von anderen Eingeborenen im Dienst einiger hundert weißer Briten und Portugiesen. Als die Truppe 1918 kapitulierte, waren 500.000 von acht Millionen Eingeborenen der Kolonie tot und Lettow-Vorbeck ein Volksheld, der ab 1919 mit gleicher Verve im Deutschen Reich den »inneren Feind« bekämpfte. Unter dem Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) ließ er Hamburg besetzen und befehligte die fachgerechte Niederschlagung von Arbeiteraufständen in Mecklenburg.

Im März 1920 weigerte sich General Walther von Lüttwitz, die ihm unterstellten Freikorps Ehrhardt und Löwenfeld aufzulösen. Als er abgesetzt wurde, ließ er seine Truppe in Berlin einmarschieren. Die Reichsregierung wich nach Dresden aus, und Lüttwitz beauftragte den ostpreußischen Rechtsradikalen Wolfgang Kapp, eine neue Regierung zu bilden. Nach vier Tagen war der Anschlag auf die Republik am Generalstreik der Arbeiter und an der Verfassungstreue der Beamten gescheitert. Auch der General Lettow-Vorbeck und Hunderte seiner Kameraden waren aktiv am »Lüttwitz-Kapp-Putsch« beteiligt. Verurteilt wurde nur einer, Kapps Innenminister von Jagow. Lettow-Vorbeck mußte die Reichswehr verlassen und zog mit Vorträgen durchs Land. Den Nazis gleich, hielt die grassierende Demokratie-Verachtung ihn nicht davon ab, für die Deutsch-Nationale Volkspartei einige Jahre als Abgeordneter im Reichstag abzusitzen (1928-1930).

Nach 1933 und besonders ab 1937 avancierte Lettow-Vorbeck zur Zentralfigur der Propaganda für Hitlers Wahn von einem großen deutschen Kolonialreich. Mitkämpfer für das deutsche »koloniale Gut« war der Bundesführer des

Reichskolonialbunds, General Ritter von Epp, der sich 1919 als Freikorps-Führer maßgeblich an der Zerschlagung der Räterepublik in München beteiligt hatte. Heftchenromane, Sammelalben, Lettow-Vorbecks Afrika-Saga *Heia Safari!*, der antisemitische und antisozialistische Kolonial-Film »Carl Peters« und der Deutsche Rundfunk mit »Richtstrahlern nach Südafrika« hatten Konjunktur. In Deutsch-Südwest und Deutsch-Ostafrika wurden Hakenkreuzfahnen aufgezogen und das Horst-Wessel-Lied gesungen. Nicht nur die Gouverneure und Polizeichefs im erweiterten »Lebensraum« waren schon benannt, es wurden auch junge Männer und Frauen auf Lehrgütern und Kolonialschulen (Witzenhausen, Rendsburg) als Siedler ausgebildet. In Anwesenheit von Lettow-Vorbeck taufte die Wehrmacht 1937 eine neue Kaserne in Hamburg, Jenfelder Allee 70, feierlich auf seinen Namen. Die einzelnen Kasernengebäude wurden nach Kommandeuren seiner Schutztruppe benannt.

Von Hitler 1939 zum Ehrengeneral der Wehrmacht befördert, erschien der alte Befehlshaber der Schutztruppe Deutsch-Ostafrika nach 1945 zuweilen leibhaftig in Khaki-Uniform, Troppenhelm und Pour le mérite unter seinen »Afrikanern«, wenn sie sich mit Rommels Afrikakämpfern und den Kameraden der Bundeswehr trafen. Die Grabrede für den 1964 verstorbenen »unbesiegten Verteidiger Deutsch-Ostafrikas« hielt der in Tansania geborene Bundesminister der Verteidigung, Kai-Uwe von Hassel.

Weil die Lettow-Vorbeck-Kaserne dieses Jahr aufgegeben wird, hat der Hamburger Senat ein Problem: In der Kaserne gibt es seit 1943 ein »Askari-Relief«. Es zeigt fünf schwarze Askaris, vier Träger und einen weißen Schutztruppen-Soldaten, geschaffen aus gebranntem Ton vom Weltkriegs-Adjutanten Lettow-Vorbecks, Walter von Ruckteschell. Jetzt soll das »geschichts- und kulturhistorisch erhaltenswerte« Kunstwerk kolonialen Hanseaten-Stolz an der Elbchaussee repräsentieren.

Wo Verfassungsfeinde und Putschisten wie Lettow-Vorbeck, von Mackensen (in Hildesheim, Bergzabern, Karlsruhe), von der Goltz (Hamburg), von Seeckt (Celle) & Co. noch immer Kasernenpatrone sind, wird Hitlers Erziehungsauftrag weiter erfüllt. Wo der Titel »Krisenreaktionskräfte« sich als neudeutsches Hüllwort für »Expeditionskorps« entpuppt, die einst Wilhelm Zwo losschickte, damit »niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen«, sind diese »ersten Soldaten des Dritten Reichs« als Idole unserer neuen Balkan-Schutztruppe von bestürzender Aktualität.

Auch was längst bewiesen ist, muß immer wieder gesagt werden: Mit Hitler als Reichskanzler wurde der Traum der Reichswehr wahr, die illegale Aufrüstung, die Ausbildung an Flugzeugen und Panzern, die sie zuvor geheim in der Sowjetunion betrieben hatte, nun mit aller Macht von Staat und Partei »legal« im Reich vorantreiben und endlich ihren seit 1923 hinter dem Rücken von Parlament und Regierung erarbeiteten »großen Plan« zur Fortsetzung des 1918 verlorenen Kampfes »mit den Völkern der Erde« (General Groener) in die Tat umsetzen zu können. »Wir müssen Macht bekommen, und sobald wir diese Macht haben, holen wir uns selbstverständlich alles wieder, was wir verloren haben«, sagte der Auftraggeber des »großen Plans«, Generaloberst Hans von Seeckt.

Aus der Reichswehr wurde die Wehrmacht und aus der Reichswehrführung ein Instrument der Planung, Vorbereitung und Durchführung eines Eroberungs- und Vernichtungskrieges. In der Bewunderung des »größten Feldherrn aller Zeiten« ließen sich die feldgrauen Nazis von ihren braunen Konkurrenten nicht übertreffen. Bei der Vorbereitung der Besetzung Österreichs, der Tschechoslowakei, den Überfällen auf Polen und die Sowjetunion übertrafen sie Hitler nicht selten an Skrupellosigkeit und Unerbittlichkeit.

Die schon bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen vorliegenden Protokolle bezeugen das innige Einverständnis der militärischen »Herrenmenschen« mit Hitler bei gemeinsamen Gesprächen über Kriegsplanung und -durchführung. Notiz vom 23. Mai 1939: »... Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen ... Hierbei spielen Recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle ...« 22. August 1939: »... Ich werde propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht. Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern den Sieg. Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen ... Der Stärkere hat das Recht ...«

Die größten Verdienste um die Aufrüstung der Wehrmacht für den Angriffskrieg erwarb sich Generaloberst Freiherr von Fritsch (1880-1939). Er führt die Hitliste der Nazi-Patrone an, nach denen die Bundeswehr ihre Kasernen benannt hat: in Celle, Darmstadt, Itzehoe-Breitenburg, Hannover, Koblenz und Pfullendorf.

Im Ersten Weltkrieg hatte Werner Freiherr von Fritsch unter Prinz Eitel Friedrich von Preußen als Generalstabsoffizier in der 1. Garde-Division gedient. Ab 1919 bewährte er sich als erster Generalstabsoffizier unter Generalmajor von Seeckt in Ostpreußen und dem Baltikum bei der Führung von Freiwilligenverbänden gegen »rote«

und volksfremde Reichsfeinde. Fritsch war sich mit Seeckt, dem späteren Chef der Heeresleitung, einig in der Gegnerschaft zur Republik. Fritsch als Chef des Stabes der 1. Division in Königsberg 1924 in einem Brief: »... letzten Endes sind Ebert, Pazifisten, Juden, Demokraten, Schwarzrotgold u[nd] Franzosen alles das Gleiche, nämlich die Leute, die die Vernichtung Deutschlands wollen.«

Am 1. Februar 1934 wurde Fritsch Chef der Heeresleitung und machte sich mit Stolz und Eifer daran, Hitlers Auftrag für ein »Heer in größtmöglicher Stärke u. innerer Geschlossenheit und Einheitlichkeit auf dem denkbar besten Ausbildungsstand« zu erfüllen. Nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935 verstärkten Fritsch und Reichskriegsminister Blomberg das Tempo der Heeresvergrößerung und Aufrüstung. Obgleich Vizekanzler von Papen ihn gedrängt hatte zu handeln, standen Fritsch und die Reichswehrführung Gewehr bei Fuß und sahen gelassen zu, wie beim »Röhm-Putsch« im Juni 1934 neben SA-Führern auch die Generäle von Bredow und von Schleicher, der letzte Reichskanzler der Weimarer Republik, ermordet wurden. Jetzt war die Wehrmacht endgültig zur zweiten Säule des NS-Staates geworden. Fritsch in einem Rundschreiben an die Kommandierenden Generäle des Heeres: »Nach meiner festen Überzeugung ist Deutschlands Zukunft auf Gedeih und Verderb mit dem Nationalsozialismus fest verbunden. Wer schädigend gegen den nationalsozialistischen Staat handelt, ist ein Verbrecher.«

Als Hitler am 5. November 1937 in einer Besprechung in Berlin seine schon früher geäußerten Kriegsabsichten präzisierte, war das den anwesenden Generälen Blomberg und Fritsch nicht neu. Außer »fachlichen« Anmerkungen zu einigen Details, zum Beispiel über den Westwall und die Anzahl der benötigen Divisionen, hatten sie an Hitlers Plänen nichts auszusetzen, von Widerspruch ganz zu schweigen. Trotzdem haben Weißwäscher versucht, aus dem, was wenige Wochen später geschah, Fritsch zu »einem aufrechten Mann des Widerstands« (NSDAP-Mann und CDU-Verteidigungsminister Gerhard Schröder) umzulügen: Am 4. Februar 1938 nämlich wurde der Oberbefehlshaber des Heeres Werner von Fritsch von seinem »Führer« entlassen. Er war von einem Erpresser der Homosexualität bezichtigt worden. Später stellte sich heraus, daß es sich um eine Namensverwechslung handelte. Die »Affäre« war Höhepunkt und Abschluß des Machtkampfes zwischen der Partei, der SS und dem Heer, änderte aber nichts an der politischen Überzeugung des Soldaten Fritsch: »Ich habe mir eingebildet, ein guter Nationalsozialist gewesen und noch zu sein« (1. Januar 1939).

Sein Nachfolger, der spätere Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch, machte ihn zum Kommandeur eines Artillerie-Regiments und sorgte dafür, daß ihm das Heer ein Haus in Berlin-Zehlendorf schenkte, das »Haus Treue«. Dort und in seinem »Asyl« bei Soltau in der Lüneburger Heide vergewisserte er sich seiner rechten Gesinnung. So schrieb er wenige Wochen nach dem Reichsprogrom im November 1938 gegen die Juden: »Der Kampf mit dem Weltjudentum hat allerdings jetzt schon offiziell begonnen. Folgerichtig muß das zum Krieg mit England u[nd] U.S.A., den politischen Hochburgen des Judentums, führen.«

Und wenige Wochen später: »Bald nach dem Kriege kam ich zur Ansicht, daß 3 Schlachten siegreich zu schlagen seien, wenn Deutschland wieder mächtig werden sollte. 1. Die Schlacht gegen die Arbeiterschaft, sie hat Hitler siegreich geschlagen. 2. Gegen die katholische Kirche, besser gesagt gegen den Ultramontanismus u. 3. Gegen die Juden. In diesen Kämpfen stehen wir noch mitten drin. Und der Kampf gegen die Juden ist der schwerste. Hoffentlich ist man sich über die Schwere dieses Kampfes klar« (11. Dezember 1938).

Diesen »schwersten« Kampf bis zur Endlösung mitzuschlagen, blieb Herrn Generaloberst Fritsch versagt. Nur am Überfall auf Polen durfte er noch aktiv mitwirken. An der Spitze seines Regiments überschritt er am 1. September 1939 die polnische Grenze und war bis Praga kurz vor Warschau durchgestoßen. Als er sich im September aus »Langeweile« an einer Erkundung für den Großangriff auf die Stadt beteiligte, wurde er tödlich verwundet. Hitler verordnete einen Staatsakt, vier Tage später in Berlin, Unter den Linden, und erließ einen Tagesbefehl an die Wehrmacht: »Die Deutsche Wehrmacht senkt ehrend ihre Fahnen vor der Größe dieses Soldatentums.«

Das tut auch die Bundeswehr. Der Feind der Demokratie, der bornierte Militarist, Nationalsozialist und enragierte Antisemit Werner von Fritsch ist einer der Wehrmachtssoldaten, die »Respekt« verdienen und Kasernenpatrone sein und bleiben müssen, weil sie »aus ihrer damals begrenzten Kenntnis heraus bona fide ehrenhaft gehandelt und gekämpft haben« (Kriegsminister Scharping vor der Führungsakademie der Bundeswehr über sein Traditionsverständnis).

Konkret 10/99, S. 48

Otto K□ hler

Buch des Monats: Fl□ ssige Gren□ en

Was ist denn nur mit Hitler und den Nazis passiert? Kommen sie uns doch noch abhanden? Erlebnisse ganz seltsamer Art innerhalb einer Woche im August. Nachmittags auf dem »Weltkongreß für Psychiatrie« im Hamburger ICC. Die deutschen Organisatoren freuen sich sehr, »daß trotz des systematischen Mißbrauchs der Psychiatrie in der Zeit des Nationalsozialismus Deutschland als Standort für einen psychiatrischen Weltkongreß international akzeptiert« werde. Doch am Abend erklärt Ernst Klee, der die Verbrechen der Psychiatrie in der Zeit des Faschismus erforschte und nicht zum Kongreß geladen war, in einem Hörsaal der Universität, daß die deutsche Psychiatrie nicht mißbraucht worden war – sie hatte vielmehr die Nazis gebraucht, um ihre Ziele zu verwirklichen.

Ein paar Tage später in »Monitor« unsere von Hitler mißbrauchte Industrie. Der Brief in deutschem Namen an ein US-Gericht: »Die Industrie wurde gezwungen ...« Die Bundesrepublik Deutschland bittet deshalb das Gericht, die Klage der Jüdin abzuweisen. Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer wollen nicht, daß der Zyklon-B-Mutter Degussa ein Leid geschehe: »Je wichtiger wirtschaftliche Aktivitäten wurden für die Zerstörungspläne der Nazis, um so schwieriger wurde es, die Forderungen des Staates zu umgehen.« Doch »Monitor« blättert – einen nach dem anderen – die Briefe auf, in denen Degussa nachdrücklich darum bittet, (Zahn-)Gold und (Schmuck-) Silber der Juden durch Einschmelzen verwerten zu dürfen. Wer hat wen gezwungen?

Und zwischendurch immer wieder dieses Buch: *Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht*. Nicht, wie wir es stets gelernt haben, umgekehrt?

1995 war der heute 79jährige ehemalige Schiffbauplaner und Panzeroffizier Carl Dirks zu dem »Zeit«-Historiker Karl-Heinz Janßen in die Redaktion gekommen und hatte ihm seine gesammelten Dokumente präsentiert. Dirks ist ein Mann, der militärische Bedarfsrechnungen lesen kann wie eine Bilanz, der ausrechnen kann, wie viele Panzer die Generale Ludwig Beck und Werner Fritsch – Widerstandshelden, nach denen heute Bundeswehr-Kasernen benannt sind – illegal schon in den Zeiten der Weimarer Republik eingeplant hatten. Dirks und Janßen setzten sich zusammen, untersuchten die Dokumente, stöberten weitere auf, die bisher nicht oder zu wenig beachtet wurden: Krieg, Angriffskrieg haben die deutschen Militärs, die 1916 mit ihrer Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff die Macht im Land übernommen hatten, sofort nach ihrer Niederlage 1918/19 erneut vorbereitet.

Nach der mißlungenen Revolution, in der scheiternden Republik, haben sie gerechnet und geplant, wie Deutschland doch noch die Herrschaft über Europa erringen könne. »Müde Skeptiker und armselige Pazifisten erklären die Aufnahme des Krieges mit den Waffen in der Zukunft für aussichtslos oder verbrecherisch«, begann im Februar 1924 der Leiter der Heeresabteilung Oberst Joachim von Stülpnagel einen Vortrag vor seinen Leuten und hielt dagegen die Überzeugung aller Offiziere, »dass nur der Ruf zu den Waffen uns die Befreiung bringen kann und dass der Tag kommen wird, an dem das deutsche Volk seine Sklavenketten rasselnd zu Boden werfen und das Versailler Diktat zerrissen wird«. Bei diesem Volkskrieg sei alles erlaubt: »Ein auf das Aeusserste zu steigernder nationaler Hass darf vor keinem Mittel der Sabotage, des Mordes und der Verseuchung zurückschrecken.«

Hitler war noch eine kleine Nummer, als die Generäle des Weimarer Staates ihren großen Kriegs- und Angriffsplan vollendeten. Die Autoren: »Während jenes einzigartige Planwerk – ein Musterbeispiel für die Präzisionsarbeit des deutschen Generalstabs – gedruckt wurde, saß der Weltkriegsgefreite Adolf Hitler wegen Hochverrats in der bayerischen Festung Landsberg und diktierte *Mein Kampf.«*

Als Hitler 1933 die Macht übergeben wurde, hatte die Reichswehr längst alles vorbereitet: »Ohne die minuziöse Vorarbeit der Abteilungen des geheimen Generalstabs der Reichswehr und anderer Heeresämter hätte das ›Dritte Reich‹ niemals binnen sechs Jahren die stärkste und modernste Land- und Luftmacht des Kontinents auf die Beine stellen können, die dann fast ganz Europa von Dünkirchen bis Stalingrad, von Narvik bis Kreta im Sturm überrannte.« Das war damals nicht verschwiegen worden. Einen Monat vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, während die deutschen Friedenstruppen bereits Belgrad erobert hatten, erklärte der Major Wurmsiedler im Deutschlandsender: »Als Hitler 1933 an die Macht kam, fand er dank der Reichswehr alle technischen Voraussetzungen für die Wiederaufrüstung vor.«

Als der Krieg vorbei war, wurde alle Schuld auf Hitler abgewälzt. General Eisenhower und Bundeskanzler Adenauer hätten ihre Ehrenerklärung für die Wehrmacht, darauf legen die beiden Autoren Wert, »wider besseres Wissen« abgegeben.

Hitler hatte selbst zur Legende seiner Alleinschuld beigetragen, indem er nicht anerkennen mochte, daß nicht er der Schöpfer der Wehrmacht war, sondern die Generäle Blomberg, Fritsch und Raeder. Dabei war der Führer lediglich – so die Autoren – »der Durch-Führer« des Großen Plans, den jene schon lange gegen die ganze Welt ausgeheckt hatten, er war der willige Vollstrecker, er war das Werkzeug der Generäle.

Das alles hatte von Anfang an bewußt verschwörerischen Charakter, obwohl gegenüber dem Weimarer Staat Vorsicht nicht unbedingt nötig war. Wie ein ordinärer Ringverein erörterten die hohen Militärs unter den Decknamen »Jena«, »Warthe« und »Melone« vom Mai bis September 1925 die Spitzengliederung der künftigen Wehrmacht, einschließlich eines Amtes für Propaganda, das ja dann sogar in Form eines Ministeriums entstand (noch später auf dem Höhepunkt des Widerstandes gegen die westdeutsche Remilitarisierung scheiterte Adenauer mit seinem Plan eines offiziellen Ministeriums für Information und Propaganda – die inoffizielle »Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise« übernahm diese Arbeit). Das Ziel der Reichswehr war der Revanche-, der Angriffskrieg. Der Chef der Heeresleitung, Generaloberst Hans Seeckt 1925: »Wir müssen Macht bekommen, und sobald wir diese Macht haben, holen wir uns selbstverständlich alles wieder.«

Und so konnte Hitler von Anfang an die Generalität in seine Angriffspläne einweihen – es waren die ihren. Bereits vier Tage nachdem ihm die Macht übergeben worden war, erschien er im Bendler-Block. Hinter einem Vorhang schrieb ein Stenograph mit, was der neue Reichskanzler den entzückten Militärs auch sonst noch versprach: keine Duldung des Pazifismus, Todesstrafe für Landesverräter (Ossietzky!), Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel, Beseitigung des »Krebsschadens der Demokratie« – sie waren ein Herz und eine Seele. Hitler schrieb unaufgefordert schon damals seine SA ab, deren Führer er knapp eineinhalb Jahre später abschlachtete: »Der Nationalsozialismus wird andere Wege gehen als der Faschismus. In Italien war die Schaffung einer Miliz notwendig, da die bolschewistische Gefahr unmittelbar vor der Tür stand: Meine Organisation will einzig und allein die ideelle Erziehung der Massen und damit dem Heer innen- und außenpolitisch die Voraussetzungen schaffen, die es braucht.« Das war so einleuchtend, daß noch heute mancher in diesem Land entschieden Wert darauf legt, zwischen Nationalsozialismus und Faschismus penibel zu unterscheiden.

Ein Rest von Wachsamkeit, ja Argwohn gegen die Verläßlichkeit Hitlers blieb allerdings, und tatsächlich versetzte im Juni 1940 der Führer seinen Generälen einen fürchterlichen Schock. Als nach Dünkirchen die Waffen erst einmal ruhten, erklärte er ihnen, die jetzt noch verbleibende Auseinandersetzung mit dem Osten sei »eine Aufgabe, die man vielleicht in zehn Jahren in Angriff nehmen kann«. Generalstabschef Franz Halder erschreckte seinen Kollegen Generalmajor Walter Warlimont mit dem Anruf: »Sehen Sie sich nach einem anderen Beruf um, es gibt bald kein Heer mehr.« Hitler hatte dem Oberfehlshaber des Heeres, Generaloberst Walther von Brauchitsch eröffnet, er wolle jetzt das Feldheer demobilisieren.

Halder sorgte vor. Ohne Wissen Hitlers verlegte er schon zwei, drei Wochen später Truppen in den Osten. Bereits im Juli 1940 waren 600.000 Mann aufmarschiert oder bereitgestellt. »Was man hat, soll man für Angriff aufwenden«, erläuterte Halder dem Major Reinhard Gehlen von der Abteilung »Landesbefestigung«, später hocherfahrener Chef des Bundesnachrichtendienstes. Am 3. Juli 1940 beauftragte Halder im Alleingang den Chef der Operationsabteilung Oberst Hans von Greiffenberg, zu prüfen, »wie ein militärischer Schlag gegen Rußland zu führen [sei], um ihm die Anerkennung der beherrschenden Rolle Deutschlands in Europa abzunötigen«.

Doch Hitler blieb nicht stur. Vom Sachverstand seiner Generäle ließ er sich doch noch überzeugen, daß man nicht Jahre warten könne, um mit der Sowjetunion aufzuräumen, das dauere ja ohnedies nur wenige Wochen. Jugoslawien störte, weil es aus dem Antikominternpakt ausschied, und so dauerte es doch etwas länger.

Ernst von Weizsäcker übrigens, der konservative Staatssekretär im Außenministerium, während und nach dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß energisch von der Leitung der »Zeit« verteidigt, schrieb kurz nach der kostenlosen Niederlage der Engländer in Dünkirchen in sein Tagebuch: »Immer unter der Voraussetzung eines solch überwältigenden Sieges im Westen liegt es ja nahe, auch im Osten, wo Raum ist und flüssige Grenzen, eine Ordnung herzustellen, die hält.« Das hätte natürlich, wäre es einer größeren Öffentlichkeit bekannt geworden, nach 1945 sehr verfänglich geklungen. Heute schon wieder nicht mehr, da deutsche Herrenmenschen in Generalsrang die deutsche Ordnung (»Sie haben 30 Minuten Zeit, das ist alles. 30 Minuten. Inzwischen 28. Ende der Diskussion«) auf dem Balkan wiederherstellen.

Alles hatten die Generäle zunächst an Hitler vorbei für den Kampf im Osten vorbereitet. Nur das eine war ihnen, da sie ja nicht damit rechnen konnten, entgangen: daß die Truppen auch noch im Winter in der Sowjetunion würden kämpfen müssen. Ein Teil von ihnen sollte da schon längst auf dem Landweg unterwegs nach Indien sein. Tropenuniformen standen zur Verfügung, Winterkleidung dagegen nicht, und so froren die deutschen Soldaten beim Waffengang im russischen Eis.

Kein Problem. Das Oberkommando der Wehrmacht befahl am 21. Dezember 1941 aus dem Führerhauptquartier: »Gefangene und Einwohner rücksichtlos von Winterkleidung entblößen!« Doch die Generäle hatten da nicht mit dem Organisationsgenie des einfachen deutschen Soldaten und Offiziers gerechnet. Was hier befohlen wurde, wurde an der Front schon seit drei Monaten praktiziert. Zuallererst bei der Potsdamer 23. Infanteriedivision, zu der auch das berühmte Traditonsregiment Nr. 9 (»Graf Neun«) gehörte. Dort hatte man, als die angeforderte Winterbekleidung Ende August ausblieb, russischen Kriegsgefangenen 2.000 Mäntel abgenommen, und sie damit im kommenden Winter dem sicheren Erfrierungstod ausgesetzt. Dem Fledderer-Regiment Graf Neun gehörte der Weizsäcker-Sohn Richard an, der spätere Bundespräsident, der mir schon 1991 aus gegebenen Anlaß mitteilen ließ, nein, er habe von »Untaten« seiner Truppe nie und niemals etwas mitbekommen (KONKRET 8/91).

Der Massenraubmord, den die Graf Neun durch ihren Plünderfeldzug beging, machte schnell Schule. Oberstleutnant Helmuth Stieff schrieb seiner lieben Frau: »... wir greifen jetzt zur Selbsthilfe und nehmen den Panjes für unsere Leute die hier üblichen Filzstiefel und (wattierten) Bekleidungsstücke fort. Es ist besser, die Bevölkerung verhungert und erfriert als wir.« Der Mann wurde danach Widerstandskämpfer jenes 20. Juli, auf den jetzt in Berlin die Bundeswehr ihr Gelöbnis, das Vaterland in Jugoslawien tapfer zu verteidigen, ablegte.

Daß dieser *Krieg der Generäle* heute im Propyläen-Verlag erscheinen kann, der über Jahre der neuen Rechten weit offen stand, ist einer der wenigen Fortschritte unserer Zeit. Dem geschaßten Cheflektor Rainer Zitelmann wäre das nicht passiert. Der Nolte-Adept, dem unser raummangelndes Volk schon immer am Herzen lag, hat jetzt als Immobilien-Redakteur der »Welt« seine wahre Berufung gefunden.

Carl Dirks u. Karl-Heinz Janßen: *Der Krieg der Generäle – Hitler als Werkzeug der Wehrmacht*. Propyläen Verlag, Berlin 1999, 304 Seiten, 39,80 Mark

Konkret 10/99, S. 50

Kunst & Gewerbe

Darüber reden

Wenn man sich bei dem, was man gerade tut oder tun soll, nicht recht wohl fühlt, redet man am besten darüber. Wenn man z. B. Journalist ist und Goethes 250. Geburtstag vor der Tür steht, sitzt man unter Umständen ganz schön tief in der Patsche: Zu Goethe ist ja praktisch alles schon gesagt, wie Andrea Köhler in der »NZZ« stellvertretend für die Kolleginnen und Kollegen bekennt.

Andererseits ist der Mann aber einfach zu prominent, als daß man ihn einfach totschweigen könnte. Kein Wort zu Goethe? Einfach die Klappe halten und das Jahr vorüberziehen lassen? Das geht natürlich nicht. Das könnte irgendein Klugscheißer merken, und dann wäre die Branche ihren Ruf los: *Alle sind gerüstet, haben sich mit Goethe wohl versehen, um nicht durch die auffällige Vermeidung Goethes aufzufallen*, hat die »Neue Rundschau« deshalb bereits zu Jahresbeginn geschrieben. *Zwar zeigt schon ein flüchtiger Rückblick in die Geschichte deutscher Goethe-Jubiläen, daß Traditionen zu beenden mitunter ein löblicher Vorsatz sein kann. Doch solche ironischen Abstandnahmen haben ihren Reiz auch schon längst verloren.* Wie man es also dreht und wendet: Die Situation ist eine verfahrene.

Wissen und Interesse

Roger Willemsen weiß in der »Woche«: *Wir wissen mehr über Goethe, als er über sich wußte, und tun so, als werde sich erst nach diesem Amoklauf des Wissens das Werk entschlüsseln.* Während wir noch so tun, fällt uns jedoch auf, daß wir faktisch überhaupt nichts wissen und sich für Goethe heutzutage kein Schwein mehr interessiert. Willemsen deshalb, gar keinen Widerspruch scheuend, weiter: *Aber wie sich ein Leichnam nur zu bewegen scheint kraft der Maden, die sich in ihm tummeln, kommt uns Goethe schon lebendig vor, bloß weil wir für unsere Ratlosigkeit von Gedenktag zu Gedenktag einen immer neuen Ausdruck finden.*

Runtergeholt

Die Beschäftigung mit Goethe spielt sich innerhalb der Muster Apologie, polemische Kritik und Rettung ab, Muster, die sich mehr oder weniger seit Jahrzehnten wiederholen, findet Mario Scalla im »Freitag«. Was aber, wenn man die Muster einfach noch einmal wiederholte? Über Goethes privaten Charakter zu spekulieren, verspricht nämlich noch einiges, und so titelte »Die Woche«: *Vom Sockel geholt: Johann Wolfgang von Goethe*. Hellmuth Karasek begrüßt im »Tagesspiegel«, daß Goethe im Jubiläumsjahr aufs Normalmaß zurechtgestutzt wurde, und preist den Denkmalssturz, der in Wirklichkeit ein Rettungsversuch für den abgehobenen Dichter sei: *Indem er aus seiner schier unmenschlichen Entrücktheit down to earth geholt wird, dort wo wir alle wuseln und leben, konnte sich die Chance eröffnen, Goethe wieder zu lesen: weil er nicht, wie gemutmaßt, griechische Marmorstatuen aus Sprache formt, »verteufelt human« ist, sondern weil er in einer betörend-bezwingenden Sprache davon spricht, wo wir zu Hause sind: in Glanz und Elend, Furcht und Freude, Verzweiflung und Resignation.*

Rausch I

Diese Nuß Goethe ist anscheinend hart zu knacken. Im »Spiegel« greift Augstein darum selbst zur Feder: *Gleichgültig für alles Deutsche* ist der große Artikel über den politischen und den privaten Dichterfürsten überschrieben. Seine überraschende Essenz: Der Dichterfürst sagte mal dies, mal jenes – und war deshalb: *doppelgesichtig*. Eigentlich also, wenn man es recht bedenkt, ganz wie Augstein selber! Goethe wurde aber auch für seine *Trinkfestigkeit* bewundert, konnte *fürchterlich trinken*, schrieb dem Weintrinken produktiv machende Kräfte zu (*vom »Gesundtrinken« hielt man einiges zu jener Zeit*, schreibt Augstein anerkennend). Vielleicht kommt so der »Spiegel«-Herausgeber zu dem einzig richtigen Schluß: *Goethes Charakter in all seinen Facetten zu erfassen ist kaum möglich.* Gegen die Leistung, saufen zu können wie ein Loch, muß das Werk einfach verblassen: *Keine Frage, sein Werk – allem voran der* Faust *– enthält großartige Passagen. Das eigentliche Kunstwerk aber war und ist Goethe selbst.* Ganz wie Augstein selber.

Rausch II

Auch der »Stern« ist ein Kunstwerk. Seine Serie *250 Jahre Goethe* macht er folgendermaßen auf: *Mit 24 will er sich umbringen, mit 25 ist er weltberühmt. Sein ganzes Leben ist ein Rausch zwischen Macht und Frauen, Kunst und Krieg, Lust und Flucht, Dichtung und Wahrheit.* Künstler sind auch die Schreiber des »Stern«, die ein explosives Gebräu zwischen Dichtung und Wahrheit anrühren, um uns Goethe nahezubringen: *Diesen Sprengstoff von Schock, Gefühl, von*

Todessehnsucht und Verlangen zündet Goethe genial im »Werther«. Wir freuen uns derweil auf die nächste Folge: *Wie Johann Wolfgang Goethe und der 18jährige Herzog von Weimar zum Horrorduo werden. Wie sie saufen und raufen. Warum Goethe Angst vor der Liebe hat – und keine vor der Macht. Und wie er ein Todesurteil für eine Kindsmörderin unterschreibt.*

Wunderschöne deutsche Sachen

Wenn Goethe, wie von Augstein behauptet, gleichgültig gegenüber allem Deutschen war, kann er so zeitgemäß, wie überall behauptet, nicht mehr sein. Genau das fuchst die »Spiegel«-Leserbriefschreiberin Karin Dietrich aus Bad Homburg enorm, und sie stellt eine Woche später die ketzerische Frage: *Wenn Goethe so gleichgültig gegenüber allem Deutschen war, warum hat er dann so wunderschöne Sachen in der deutschen Sprache verfaßt?*

Feine Gesellschaft

Doch auch die »FAZ« winkt ab und konstatiert in ihrem Titelseitenleitartikel mürrisch: *In diesem Jahr ist Goethe niemand, mit dem man Politik hätte machen können.* Höchstens auf eine Weise, die der »FAZ« nicht so behagt: *Die Kulturstadt Weimar trat ihr Amt unter dem Ruf einer »Buchenwaldisierung« an. Die wohl nicht zufällige Nähe dieser historischen Orte sollte schon zum Schuldbeweis genügen. Ausstellungen zwängen voreilig und auf das Ungeschickteste zusammen, was zuvor der Argumente bedurft hätte. Goethe rückte so in Genealogien hinein, die sein Werk unter Generalverdacht stellten. Kein Vers ohne Verantwortung vor späteren Greueln, kein humanes Ideal ohne seinen Umschlag ins Menschenmörderische. Die Deutschen und Goethe glichen am Beginn des Festjahres einer feinen Gesellschaft, die in der nationalen Geschichte ihr Unwesen getrieben hatte und deren Mitglieder sich nun gegenseitig verraten sollten. An diesem Wochenende ist von solch verordneter Zerknirschung nichts mehr geblieben. Das Goethejahr feiert sich gut gelaunt auf Straßenfesten, die so vergänglich und unpolitisch sind wie Seifenblasen.*

Unverstellt feiern I

Die »Frankenpost« aus Hof beruhigt das freilich noch lange nicht: *Der bedeutende spanische Philosoph Ortega y Gasset hat anläßlich der hundertsten Wiederkehr von Goethes Todestag, 1932, also kurz vor der Machtergreifung Hitlers, einen damals viel diskutierten Text veröffentlicht unter dem Titel »Um einen Goethe von innen bittend«. Sollte es uns Heutigen, uns Deutschen des Jahres 1999, nicht erlaubt sein, um einen »Goethe ohne Hitler« zu bitten, um ein Weimar ohne Buchenwald? Damit ist nicht gemeint: Flucht aus der Verantwortung für deutsche Schuld, auch nicht Verdrängung »Hitlers« aus dem Bewußtsein. Wohl aber wünsche ich mir von Herzen, meinen Goethe, mein Weimar unverstellt und unbefangen feiern zu dürfen als das, was sie in sich selbst und für uns alle sind: ein Lichtblick und ein unauslöschliches Glücksereignis in unserer deutschen Geschichte.*

Unverstellt feiern II

Gefeiert wurde denn auch nicht zu knapp. In München konnte man bei »Faust – Die Rockoper« dabeisein. Mit Hexen in Strapsen! In Frankfurt und Weimar zog es Hunderttausende auf die Straßen, wo an den Ständen Goethe-Wurst, Goethe-Schnuller, Goethe-Lampen und auch Goethe-Vibratoren feilgeboten wurden. Dazu die »Süddeutsche Zeitung« etwas verlegen: *Damen können Goethe einführen, bei sich. So hat es jene junge Frau anschaulich beschrieben, die des Dichters Statur als Masturbator auf den Markt bringt.*

Unverstellt feiern III

In einem Lokal in Weimar, gleich gegenüber von Goethes Wohnhaus, wurden der Ostberliner Lyriker Bert Papenfuß und sein Kollege Frank Willmann nach einer Lesung in der Nacht der Feierlichkeiten von rechten Skinheads als »verkommene Judenhunde« und »Gesocks« beschimpft. Nach Verlassen der Gaststätte wurden die beiden brutal zusammengeschlagen. Dabeistehende Passanten und Polizei wollten sich beim Feiern nicht stören lassen und verzichteten darauf einzugreifen.

Goethe lesen

Kaum ein Feuilletonist, der über das Jubiläum schrieb, verzichtete auf den feinen Schlenker am Schluß seines Artikels, daß man Goethe ja schließlich auch noch lesen könne. Hoho! Einfach mal um die Ecke gedacht! Dabei wurde freilich nur ungenügend thematisiert, daß Goethe zu lesen heute keine rechten Distinktionsgewinne mehr einfährt. Sondern doch viel eher herbe Distinktionsverluste. Wie um diese These zu belegen, war es die »Bildzeitung«, die zehn Prominenten die Frage stellte: *Warum sollten wir heute noch Goethe lesen?* Helmut Kohl: *Von ihm stammen Hunderte von geflügelten Worten, mit denen er unser Denken und Empfinden vorprägt ... Ohne Rückgriff auf den reichen Schatz an Goethe-Zitaten wären die*

offiziellen Reden in Deutschland halb soviel wert. Freya Klier: *Goethe war ein biederer Staatsbeamter, mehr Reaktionär als Freigeist, ein Feigling, Hypochonder und als Mann ein Klemmer ...* Andererseits schätzt sie die Werke als ... *überwältigend facettenreiche Dichtung, Kraftgenie, tiefe Empfindsamkeit ...* Peter Härtling: *Wir lesen Goethe sowieso nicht, nicht heute und nicht morgen. Leser sind eine Minderheit*. Deshalb sein Tip *zum »Einhören« in den unvergleichlichen Goetheton:* »Novelle« *... auf einer Kassette des Hör-Verlags.* Sönke Wortmann: *Lieber Johann! Für Dein neues Lebensjahr wünsche ich Dir, daß das abschreckende Etikett »Klassiker« nicht so oft verwendet wird und Du als das wahrgenommen wirst, was Du bist: der menschlichste unter den großen Dichtern.*

Mark-Stefan Tietze

Mensch 3000

Manche Dinge kann man nicht glauben; daß sich z. B. die »BamS« jetzt im Untertitel tatsächlich »Die Zeitung 2000« nennt; oder daß ebenjenes Schweineborstenblatt am 5. September 1999 unter der Last des hochrauschenden Kulturauftrages schier zer- und zusammenbricht und endlich, end-lich atemlos den Reich-Ranickischen Pauken-»Bücherherbst« mit einer nie dagewesenen Ballung von Stephen Kings, Noah Gordons, Tom Wolfes und sonstigen Konfektionsarschpfeifen annonciert – als »Herbst«, der »für Leser also sehr spannend werden dürfte«, oder daß, drittens, der Neoriese des jungdeutschen Dichtertums, Ingo Schulze (*Simple Storys*), auf Seite fünf zum »Menschen 2000« gekürt wird, ja, »Mensch 2000« ruft man ihn nun, sein betriebsnudelholzaffines Einverständnis vorausgesetzt, sein lächelnd laptophaftes Fotoposieren eingeschlossen, »Dichter zwischen Goethe und Laptop«, der er zweifelsfrei ist.

»Eine der ganz großen Hoffnungen der deutschen Literatur« sei smiling Schulze, ein mal zu Neukölln hausender, mal »in einem kleinen, abgeschiedenen Bungalow im Süden von Berlin« schreibender ehemaliger Ex-Akademiker, -Dramaturg und St. Petersburger Anzeigenblatterfinder, dessen »Schriftsteller-Freund Durs Grünbein« ihm die Fährte des 160.000fachen Verkaufserfolges erwitterte, wofern der Berlin-Verlag – nach tausend negativen Bescheiden – ehedem Erbarmen zeigte, die *33 Augenblicke des Glücks* druckte und den deutsch lesenden Deutschlesern den »Mann, der auf Goethes Spuren wandelt«, zuschanzte.

Warum Goethe? »Eine Situation, eine Szene schaffen

und dann die richtigen Sätze da-

für finden« – nichts anderes tat

der alte Situationskomiker und Szenenschaffer Goethe, wenn er im Garten die richtigen Sätze fand. Warum Laptop? »Dafür«, fürs goethemäßige Schaffertum, »bedient sich der Mann ... modernster Technik. Schulze schreibt seine Texte in sein Macintosh-Powerbook ... ›Da bin ich der Maschine verfallen‹, gesteht er.« Sappradi.

Das Allerunfaßbarste: Der genialische Goethe-Wiedergänger krawenkelt derzeit, meldet »Die Zeitung 2000« zuletzt, »an einem Roman über den Herbst 89«, an einem gänzlich sprachumstürzlerischen und eiskalt gegen den Strich der Konjunktur gesägten »Wendewerk« (»BamS«). Um, zu gönnen wär's dem Schulze, hinsichtlich der Vorausscheidung zum »Menschen 3000« schon heute einen Spitzenrang zu buchen. Womit es für Leser also weiterhin immer wieder sehr spannend werden wird und dürfte.

Jürgen Roth

Konkret 10/99, S. 52

Rayk Wieland

Mehr guten Sport?

»Was gut ist, setzt sich durch.«
Puhdys-Slogan für Berliner Pilsner

Seitdem die DDR passé und mittlerweile, knapp zehn Jahre nach ihrem ehrlosen Abtritt, ganz verblichen ist, erhebt sich immer wieder die Lieblingsfrage des bürgerlichen Zeitalters: »Was bleibt?« Und man muß nur hinzufügen »unterm Strich«, um zu wissen, worum es sich handelt. Abgerechnet wird am Schluß, und das gleich doppelt. Mit den Abgreifern kommen die Abdecker.

Natürlich bleibt wenig, das meiste ist abgeschrieben, totes Gerät einer toten Zeit, Konkursmasse der verfehlten Vergangenheit. Ein paar Namen vielleicht, Schablonen einer Weltanschauung, das Sand- und Ampelmännchen, der grüne Pfeil halten sich noch, und ansonsten ist »unterm Strich« lediglich von Bedeutung: daß es ihn, den Arbeiter- und Bauernstaat, nicht mehr gibt.

»Was bleibt?« ist allerdings nicht bloß die Frage des Buchhalters, sondern auch die des Archivars. Eine fixe Idee des Zeitalters besagt, daß nur, was aufbewahrt wird, seinen Wert beweist, der Rest heißt Müll. Daß die DDR es gar nicht darauf abgesehen hatte, einen herausragenden Platz im bürgerlichen Archiv einzunehmen, spielt keine Rolle. So ist die offizielle DDR-Geschichtsschreibung des wiedervereinigten Deutschland eine des Widerstands und der Dissidenz der DDR-Bürger gegen ihren Staat. Und Ronald Reagans bekannte Prophezeiung, im Buch der Geschichte werde der Kommunismus letzthinnig eine Fußnote bleiben, hat sich insofern bewahrheitet, als die marginale und hilflose Oppositionsbewegung, die nicht mehr als eine Fußnote in der Geschichte des Realsozialismus beanspruchen kann, sich nun als seine Hauptsache erweist.

Ein solches Finale ist für ein Land, das auf allen Gebieten stets »Weltniveau« erreichen wollte, fraglos eine enorme historische Schlappe. Anders als Hitler-Deutschland, das wenigstens mit seinen Autobahnen ungebrochene Anerkennung fand, scheint die DDR nichts von Bestand und Zukunftsfähigkeit hervorgebracht zu haben. Womöglich rächt sich hier, daß sie, besonders in der letzten Hälfte ihres Bestehens, ihre vorzüglichen Anstrengungen ausgerechnet auf das Gebiet der kretinoiden Volkskörperertüchtigung verlegte, auf welchem allein sie den »Systemvergleich« für sich zu entscheiden vermochte: im Schwimmen, Diskuswerfen, Schlittenfahren. Keine ihrer sonst gepriesenen Errungenschaften, keine ihrer die Gegenwart ins Morgen erweiternden Planungen wird heute merklich vermißt, und sogar ihre hervorragende, eine von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Zukunft antizipierende Kunst hat nur mehr das Ansehen eines kaum interessanten Irrtums.

Wenn freilich die DDR in puncto Leistungssport ganz vorn in der »Nationenwertung« mitmischen und sich durchsetzen konnte, warum dann eigentlich nicht in der Ökonomie oder in der Kunst, in welchen Bereichen sie sich ja gleichermaßen »überlegen« wähnte? Was unterscheidet die Arbeit am Staffellauf von der am Stapellauf eines Schiffes oder von der an der Staffelei eines Malers? Die Frage, so weithergeholt sie sein mag, ist tatsächlich von DDR-Funktionären ausgiebig erörtert worden, die am liebsten die gesamte Gesellschaft nach dem Prinzip der Sporthochschule organisiert hätten.

Man muß dem Wettkampfsport nicht explizit abgeneigt sein, um, was in diesem Sektor des menschlichen Betätigungsfeldes agiert, im Effekt als eine wenn nicht sinnlose, so doch sehr fragile Form von Heroisierung zu kennzeichnen. Die Gesellschaft feiert hier in kultischer Form absolute körperliche Verausgabung und kalkulierte Risikobewältigung und erzeugt über dem wirren Hin und Her der Szenerie die Illusion von allerhand lebensentscheidenden, ja weltgeschichtlich relevanten Schicksalsdramen. Am Ende der großartigen Inszenierung stehen in der Regel strahlende Helden und Heldinnen, die als eine Art Übermenschen die Masse der Gegner besiegt und eine Blechtrophäe erkämpft haben, und ein im Abglanz dieser ominösen Heldentaten zwiespältig geläutertes Publikum.

Ob man die Basis dieser modernen Heroenschule Training oder mit Nietzsche »Aufwärtszüchtung« nennt, soll hier nicht erörtert werden – wohl aber, um zum Thema zu kommen, daß die Affinität des Realsozialismus, der Sowjetunion und vor allem der DDR, zum Sportsgeschehen keine zufällige und für seinen Niedergang vielleicht keine unbedeutende ist. Und vielleicht erhellt aus dem Zusammenhang, warum auch die Kunst des Sozialistischen Realismus den verbliebenen Linken weniger zur erbauenden Unterrichtung als zur Dokumentation verfehlter Mittel und Zwecke geeignet scheint.

In der *Deutschen Ideologie* (1846) erläutern Marx und Engels zum ersten Mal ihre auch später nicht revidierte Vorstellung, daß der Kommunismus empirisch nur als »Tat der herrschenden Völker ›auf einmal‹ und gleichzeitig« möglich sei. Wäre es anders, so die beiden in gewohnt drastischer Manier, würde »nur der *Mangel* verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen ... Ohne dies könnte der

Kommunismus nur als eine Art Lokalität existieren ... und würde jede Erweiterung des Verkehrs den lokalen Kommunismus aufheben.« In einem Kommentar zu dem recht eindeutigen Satz bemerkten die Herausgeber vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED lapidar, dies sei zwar »richtig« für die Periode des vormonopolistischen Kapitalismus, gelte aber nicht mehr seit Lenins Entdeckung vom »Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus«, welches den »Sieg der sozialistischen Revolution zunächst in einigen oder sogar in einem einzelnen Lande möglich« mache.

»Diese neue Schlußfolgerung Lenins« (Hg.) stand theoretisch schon 1915 auf bedenklich schwachen Füßen und hatte aber, wie bekannt, zur Folge, daß der Sozialismus unter der Bedingung eines weiterhin bestehenden kapitalistischen Weltmarktes aufgebaut wurde. Damit trat, von Marx und Engels durchaus nicht vorgesehen, der proletarische Held auf den historischen Plan. 1917 war die Geburtsstunde des heroischen Sozialismus und des heroischen revolutionären Subjekts, das sich gegen den Lauf der Welt stemmte. Hatte die *Deutsche Ideologie* noch eine bukolisch-hedonistische Version vom neuen Menschen vorgestellt, der, im Einklang mit der Weltgeschichte, morgens jagt, nachmittags fischt, abends Viehzucht treibt, »wie ich gerade Lust habe«, so trug der von Lenin und Stalin freilich nicht aus hobbydespotischen Erwägungen, sondern aus blanker Not favorisierte Typ die heldenhaften Züge des nietzscheanischen Übermenschen in Gestalt des Arbeiters, der sein Leben dem Kampf gegen die »Weltverdüsterung« (Nietzsche/Heidegger), den noch nicht im »Weltmaßstab bezwungenen Klassenfeind« (Stalin) und die Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus in einem ökonomisch rückständigen Land gewidmet hat.

Der Heroismus wurde zum Vehikel der gesellschaftlichen Entwicklung: Je mehr das Vertrauen in den objektiven Gang der Geschichte abnahm, um so stärker und notwendiger geriet die Evozierung der eigenen Kraft. Die Darstellungen nicht nur der frühen Jahre der Sowjetunion dominiert der positive, kraftvoll ausschreitende und zupackende Arbeiter-Held; die Kultur der Stalinzeit diskutiert das Konzept einer »heroischen Romantik«, die in den technischen Wunderwerken die Ankunft des »neuen Menschen« feiert. Die Kunst wird Propaganda, Propaganda wird Kunst und zeigt den schönen Schein der befreiten Arbeit. »Hier ist«, beschreibt etwa W. Kirillow den Heros der Neuzeit, »er, der Erlöser der Erde, der Beherrscher titanischer Kräfte, im Geräusch der Drähte, dem Funkeln der Maschinen, dem Glanze elektrischer Sonnen. Man glaubte, er käme im Sternenkleid, im Heiligenschein göttlicher Mysterien. Doch er kam im Rauch von Fabriken und Vorstädten. Jetzt schreitet er über Abgründe von Ozeanen, unbesiegbar, unaufhaltbar ... er bringt der Welt eine neue Sonne.«

Als den Deutschen in der SBZ und späteren DDR nach Kriegsende der Sozialismus oktroyiert wurde, trat auch hier, wenngleich von Anfang an gebrochener, die heroische Phase in ihr Recht. Die Kunst erhielt den Auftrag, den »neuen Menschen« zu gestalten; andernfalls drohte ihr, wie Otto Grotewohl im Geleitwort der dritten Dresdener Kunstausstellung 1953 dekretierte, der Entzug der Existenzberechtigung: »Eine Kunst, die nicht den schöpferischen Menschen, diesen wahren Prometheus der menschlichen Kultur, seine Sehnsüchte und Leiden, seine Kämpfe und Siege in den Mittelpunkt ihrer gesamten Anschauung rückt, ist weltfremd und ohne Existenzberechtigung. Die Arbeit, diese ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens ist, bei uns wie bei den anderen friedliebenden Völkern, an deren Spitze die Sowjetunion steht, im Begriff, aus einer drückenden Last zu einer Sache der Ehre, des Ruhms und des Heldentums zu werden.« Die Heroisierung der Arbeit und des Arbeiters – das ist das hier mit ebenso drohendem wie protoreligiösem Pathos vorgetragene Programm des Sozialistischen Realismus, der aber nebenbei noch einige unerledigte Fälle der Kunst der Moderne, auf seine Weise, mitzuerledigen trachtet.

Das betrifft zum einen die Stellung des Künstlers in der Gesellschaft. Die Künstler der politischen Linken in den 20er Jahren wollten keine Kunst mehr für die Gesellschaft produzieren, sondern eine, die zur Veränderung der Gesellschaft beiträgt. Expressionismus, Dada oder Bauhaus galten ihnen als rein formale, vom bürgerlichen Kunstmarkt mühelos sortierbare Interventionen. »Der moderne Bürger verdaut alles«, beschrieben George Grosz und Wieland Herzfelde 1925 die Lage. »Eiskalt, distanziert hängt er in seine Wohnung auch die radikalsten Dinge.« Durchaus folgerichtig beließen es daher die Kommunisten in der Sowjetunion und DDR nicht bei der rigorosen und folgenreichen Abschaffung des Kunstmarktes. Die Künstler wurden gleich mitvergesellschaftet und als »Ingenieure der Seele« (Stalin) in den Dienst – man könnte auch schreiben: in Betrieb genommen. Die sog. »Instrumentalisierung«, die jetzt den Hauptvorwurf gegen die sozialistische Kunst bildet, meint diesen Fortschritt, der freilich einen hohen Preis hatte: die Einschränkung der Kunstautonomie und damit praktisch die Zurücksetzung der Kunst in die Position vor ihrer Emanzipation vom Kult, also im Prinzip in den Rang, den sie als religiöse Kunst in religiös determinierten Gemeinschaften eingenommen hatte. Das ist insofern folgerichtig, als die heroische Aufbauphase des Sozialismus nach einer gleichsam religiösen, wenn auch innerweltlichen Utopie verlangte.

Zm zweiten ist die moderne Kunst in der Regel kommentarbedürftig und so immer eine elitäre Veranstaltung geblieben. Das hat ihr von konservativer Seite den Verdacht eingetragen, sie werde von einem Verein von Kunsthändlern, schwafelnden Kunstkritikern und geltungssüchtigen Kuratoren dem ratlosen Publikum angedient und sei in Wahrheit nur Tinneff. Die Sozialistischen Realisten meinten nun, den Bruch zwischen dem Elitären und dem Kitsch überwunden zu haben, indem sie, wie der russische Kunsttheoretiker Boris Groys anläßlich der sowjetischen Malerei der 30er und 40er

Jahre anmerkt, »visuellen Kitsch zum Träger elitärer Ideen machten, was viele im Westen noch heute als ideale Verbindung von ›Seriösität‹ und ›Verständlichkeit‹« rühmen. Wenn der »FAZ«-Kritiker Eduard Beaucamp im Streit um die als Auftragskunst firmierende DDR-Malerei für diese Partei ergreift, argumentiert er kaum anders als Grotewohl: »Es ist nicht zu leugnen«, sagte er bereits 1985 über Werner Tübkes Wandbild »Arbeiterklasse und Intelligenz«, »daß die Kunst in der DDR generell angesichts spezifisch gesellschaftlicher Aufgaben Sprachmöglichkeiten sich erhalten und aktualisiert hat, die im Westen längst verabschiedet sind.« Allerdings war der sozialistische Kitsch mit dem Kunstgeschmack der Massen selten identisch und löste das Problem der Moderne nicht wirklich. Die DDR-Bürger haben die Kinofilme aus Hollywood immer dem Sozialistischen Realismus vorgezogen, der mit seinem eklatanten »Mangel an Unterhaltungswert und Bezug zum realen Leben ... insgesamt dem Schwarzen Quadrat von Malewitsch an Radikalität nicht nachstand« (Groys).

Drittens schließlich hatte der Sozialistische Realismus vor, der Deformation und dem Verschwinden der Gegenstände in der klassischen Moderne des 20. Jahrhunderts Paroli zu bieten. Er hielt zwar vordergründig an den Gegenständen fest, brüskierte jedoch die unmittelbare Erfahrung mit einer geschichtsphilosophischen Überblendung des Gegebenen, welche die Funktion hatte, in der Mühsal der Gegenwart die Zukunft des Kommunismus kenntlich zu machen. Die Basis des geschichtsphilosophischen Vorgriffs bildete freilich nicht das vom Marxismus erkannte Bewegungsgesetz der Geschichte (»Gegensatz von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen«), demzufolge die Errichtung des Sozialismus in einem »einzelnen Lande« (Lenin) auch als unerlaubter Frühstart hätte angesehen werden müssen, sondern der »neue Mensch« und »positive Held«. Dessen Wesen ist, wie Georg Lukács in seinen Konzeptionen einer sozialistischen Ästhetik an der Frage des »Typs« oder der »Perspektive« herausgearbeitet hat, das Wesen überhaupt des Menschen, eine allgemeine Menschlichkeit oder überzeitliche »Humanität«. Mit dieser essentialistischen Fixierung hat Lukács explizit eine bürgerliche Kunstauffassung, nämlich die des 19. Jahrhunderts, mit den Erfordernissen der heroischen Gesellschaft fusioniert und seine Ästhetik implizit auf die Konstruktion eines kommunistischen Übermenschen abgestellt.

Wenn jetzt, wie Peter Hacks sagt, »ansteht die Restauration einer abgebrochenen Revolution« (KONKRET 3/98), sollte vielleicht die Restauration des Sozialistischen Realismus unterlassen werden. Gewiß kann die genannten Aporien der Moderne meiden, wer hinter sie zurückfällt. Aus der Welt geschafft sind sie damit noch nicht.

Konkret 10/99, S. 54

Peter O. Chotjewitz

Die Salzstreuer sind vom Tisch

»Linksintellektuelle« waren einst aus keinem Medium wegzudenken; heute sind sie entweder tot oder gleich bei der CDU. Ein nicht besonders wehmütiger Rückblick auf eine Begleiterscheinung der bundesdeutschen Erfolgsgeschichte

Die linksintellektuelle Szene der alten Bundesrepublik besaß einen Gründungsmythos: Nach Ende des Zweiten Weltkriegs kehrten einige Literaten aus amerikanischer Gefangenschaft heim und beschlossen, die deutsche Kultur vom braunen Unkraut zu reinigen und der Nachkriegspolitik einen antifaschistischen Dreh zu verpassen. Also gründeten sie eine Zeitschrift namens »Der Ruf«. Aber dann verboten die blöden Amerikaner das Blatt, weil sie die Westzonen als kapitalistisches Schaufenster und Bollwerk gegen die bösen Stalinisten aufbauen wollten. Fortan trafen die frustrierten Literaten sich in Landgasthöfen, lasen sich Prosastückchen und Gedichte vor und nannten sich »Gruppe 47«. Literatur als Ersatz für unerwünschtes Engagement.

Richtig ist: In einundzwanzig Dienstjahren entstand ab 1947 eine *pressure-group,* deren Wortführer (durchaus männlich) noch heute zur Nomenklatur der westdeutschen Nachkriegsliteratur zählen – Andersch, Böll, Enzensberger, Grass, Jens, Lenz, Walser – , allesamt mittelprächtige Talente, die ohne ihre politische Maulhuberei nicht so berühmt geworden wären, was sie nicht daran hinderte, sich als Opfer einer konservativen Verschwörung hinzustellen.

Die Leiden der Linksintellektuellen waren Legion und sind legendär. Je mehr sie das sogenannte Establishment attackierten und die täglich wechselnden Mißstände der Bonner Republik geißelten (oder geiselten), desto heftiger mußten sie sich beschimpfen lassen. Da spielte parteipolitischer Neid mit rein. Die CDU/CSU besaß fast keine Dichter und ähnelte insoweit der späteren DKP, die auch kaum Intellektuelle hatte, während die SPD drin baden konnte. Die westdeutschen Autoren waren objektiv (meist auch subjektiv) fast allesamt Sozialdemokraten und warben seit Ende der 50er Jahre offen für die Roten, kaum daß die sich vom Marxismus distanziert hatten. Das änderte sich erst nach der Wende, als auch die CDU eine eigene literarische Bürgerwehr aufstellen konnte, zumeist ehemalige Oppositionelle aus dem Banat und der DDR und westdeutsche Überläufer.

Es war jedoch demagogisch und doppelzüngig, die Linksintellektuellen als vaterlandslose Gesellen zu verunglimpfen. Sie ließen zwar kaum einen konservativen Spucknapf aus, waren der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung des Westens, ihrem Grundgesetz, ihren Ideologien und Sprachregelungen jedoch fester verbunden, als sie selber erkennen konnten.

Ungerecht war das Gezeter der Konservativen auch aus anderen Gründen. Die Böll und Enzensberger, Grass und Walser waren die besten Botschafter, die sich das neue Deutschland wünschen konnte. Dieselben Leute, die sich inländisch von der Riege der konservativen Lautmaler verunglimpfen ließen, verkündeten im Ausland die Mär von einem rundumerneuerten, nun ganz den westlichen Werten zugewandten Deutschland, das fortan nicht mehr aus der Reihe tanzen werde, oder wie man heute sagen würde: Deutsche Kampfeinsätze ja, aber nur unter einem Popstar, der wie ein US-General aussieht.

Recht nützliche Idioten waren die westlichen Linksintellektuellen aber auch im Kampf um die Seelen der unterdrückten Brüder und Schwestern im Osten, denn unermüdlich stärkten sie das bürgerliche Protestpotential im KZ der sozialistischen Staaten, schickten Carepakete und machten Kondolenzbesuche. Um als verfolgter Ost-Autor in den West-Pen aufgenommen zu werden, genügte meist schon ein Kassiber von Gerhard Löwenthal (ZDF, »Der blaue Kanal«) mit einer Expertise von Karl Corino (Hessischer Rundfunk, »ein Hermelin aus Ostberlin«). An dieser Front zeigte sich die wahre Inkompetenz der Stasi.

Vor allem nach 89 sind diese Aktivitäten unserer Linksintellektuellen falsch dargestellt worden. Fakt ist jedoch: Ohne die westliche Literatur, ohne die regelmäßigen Besuche von Günter Grass u. a. bei Sarah Kirsch u. a. hätten Egon Bahrs Wandel durch Annäherung und das Helsinki-Abkommen nicht zu den bekannten Folgen – »Heldenstadt Leipzig«, psychologische Entmachtung der Eliten im Osten – geführt. Der Kulturkampf in den sozialistischen Staaten hatte seine populärste Bühne stets in den westdeutschen Medien.

Aber seien wir gerecht. Von Sozialismus war nie viel die Rede in den Pamphleten unserer Linksintellektuellen. Das Schlagwort »Dissens« (Widerspruch) stand am Anfang der BRD, wurde fälschlich gleichgesetzt mit Sozialismus und Staatsfeindlichkeit und entsprach im übrigen nur dem Zeitgeist. So erotisch war die unverbindliche Oppositionshaltung der 47er und ihrer Nachfolgeorganisationen, daß Intellektuelle in den Ostblockstaaten bis zuletzt glaubten, es gehöre zum Berufsbild des Dichters, im Magazin »Der Spiegel« auf den Staat zu schimpfen, egal ob dieser nun bewußt reaktionär war, wie in der BRD, oder sich einbildete, dem Volk zu dienen, wie in der DDR.

Dissens war, das sage ich vor allem den heute 30jährigen, für die Wellness der Teens, Twens und Young Thirts der späten 40er Jahre so wichtig wie heute der Karneval der Kulturen, die Sex-Parade, das schicke Resto in der Schönhauser und die

Blubbermusik auf dem Brokatsofa. Sogar ein Film mit O. E. Hasse handelte damals von der Rückkehr der Kommißköppe, und auch die CDU glaubte 1947 (»Ahlener Programm«), der Kapitalismus sei der Erfinder und Mäzen der NSDAP gewesen und habe sich als unfähig erwiesen, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen – eine These, die erst falsch wurde, als man die Bedürfnisse falsch zu definieren begann. Naddels Peepshow hätte vor fünfzig Jahren mit einem Lederhitler mit gepierctem Schwanz Quote gemacht, und Lea Rosh hätte sich eine KZ-Nummer auf den Hintern tätowieren lassen, bevor sie die in Bonn anreisenden Parlamentarier interviewt hätte, ob sie sich schon eingelebt haben.

Die Liste der Gegenstände, gegen die der Dissens sich richtete, inventarisiert die Mäander der westdeutschen Geschichte – Reintegration der alten Nazis, Konversion der Generalstäbler in Generaldirektoren, Wiederbewaffnung, Beamtenkorruption und Machtmißbrauch, Aufstieg und Fall der Sozialdemokratie, Entstehung der Massenkultur – läßt jedoch die Leichen im Schrank: Wirtschaftswunder auf Kosten der Arbeiterklasse, Westintegration, KPD-Verbot und Antikommunismus, Umweltschutz, Neokolonialismus, Diktatur des Kapitals und der Medien, Privateigentum.

So altruistisch, wie das heute erzählt wird, waren die engagierten Intellektuellen übrigens auch nicht. Der Corpsgeist der Gruppe 47 war eindrucksvoll. Vor den Mikrofonen und Kameras spreizten sich die Promis, und die Unterschriftsteller sonnten sich im Glanz der Platzhirsche. Die Gruppe breitete sich aus wie die Grippe. Claqueure en masse, Rezensenten, Verleger, Großautoren, Professoren, Redakteure und Herausgeber spielten sich die Bälle zu, Sponsoren und gute Beziehungen nach oben, vor allem zur sozialdemokratischen Führungsriege. Im Publikum auch Figuren wie Augstein und die Erfinderin des gesteigerten Doppelnamens, Hamm-Brücher.

Natürlich gab es Ungereimtheiten in der Gruppe, Grass war für den Vietnamkrieg, Walser dagegen und Buch, der noch in die Hose machte, sagte nur: »Dabei sein ist alles. Insgeheim sehne ich mich nach einer starken Führerfigur wie Stalin.« Delius stotterte. Enzensberger war erst für Castro, denn gegen ihn, und die Deckhengste griffen sich die drei Dichterinnen als erste. Einmal trafen sich Böll und ein anderer vor der Tür der Gruppenqueen, aber im Zimmer war Eich schon in medias res.

Auch die Claims waren immer schon abgesteckt. Höllerer, Literaturprofessur, lieferte die Jungliteraten, damit Drachen wie Reich-Ranicki was zum Fressen kriegten, und Enzensberger wurde beneidet um seinen guten Riecher für kommende Themen und Slogans, die sich zum Nachplappern eigneten. Wenn Grass dagegen eine seit Jahren herrschende Meinung verkündete, schien er stets zu glauben, er habe sich soeben selber erfunden. Böll speiste die Armen, die aus dem Osten rübermachten, während Walser Dresden als Stachel im Herzen verspürte. Jens hockte gern auf dem Acker vor BuWe-Depots, und Carl Amery las der katholischen Amtskirche die Leviten wie weiland Levi.

Es gab fast alles bei der Grippe 47. Keiner konnte so klug schweigen wie der leider ebenfalls stocksozialdemokratische Heißenbüttel, so schöne Purzelbäume schlagen wie Ledig-Rowohlt, so tiefernst verkünden, er schreibe für eine bedeutende sozialistische Zeitschrift namens »Kürbiskern« wie Karsunke, und so eindringlich beteuern, er sei von Hans Henny Jahnn persönlich entjungfert worden, wie Hubert Fichte.

Politisch gesehen waren sie Salzstreuer, die 47er, denn die Nachkriegsgesellschaft war voller offener Wunden. Dem Bedürfnis nach Harmonie und Vergessen, dem »Seid nett zueinander« der Bildfunkräte setzten sie ihren selbstgefälligen Rigorismus entgegen. Groß ist der Unterschied zwischen den Disziplinierungsmethoden der Literaturpäpste in Ost und West nicht gewesen, und wer nicht den Stallgeruch hatte – Robert Neumann, Deschner, Zwerenz – oder schreiben konnte – Arno Schmidt – wurde ausgegrenzt. Es gibt peinliche Briefe, von Jens an Richter beispielsweise, die zeigen, wie man auch harmlose Jungautoren mobte, wenn sie nicht still saßen.

Man kann die Geschichte deshalb auch andersrum erzählen. Die Gruppe 47 war ein Krake, dessen Tentakeln den publizistischen Betrieb – Verlage, Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunkredaktionen, Akademien, Gremien, kulturpolitische Ausschüsse etcetc. – durchzogen und manipulierten. Ein böses Wort stand (ich glaube) in der »FAZ«: Die Gruppe sei eine neue »Reichsschrifttumskammer«. Die Faschos von gestern verwechselten ihre Gegner mit sich selbst – eine in der BRD stets beliebte Methode der Exkulpation und Diffamation.

Es war nicht die einzige Entgleisung. Kanzler Ehrhardt nannte die Dissidenten »Pinscher«, Möchtegern F. J. Strauß wetterte gegen die »Ratten und Schmeißfliegen«, und Pen-Präsident Dolf Sternberger beklagte noch Ende der 60er Jahre, daß es ihm nicht gelungen sei, den westdeutschen Schriftstellern ein positiveres Verhältnis zum Staat und seinen Institutionen zu oktroyieren. Da war die Gruppe 47 schon implodiert. Das Erbe traten literarische Massenorganisationen an, in denen die Großschriftsteller zu Zenturionen avancierten, bis ihnen die Unterschriftsteller nicht mehr folgen mochten und in zwei Betonfraktionen und viele Monaden und Nomaden zerfielen. 1969 wurde unter aktiver Beteiligung fast aller Fixsterne der 47er der Schriftstellerverband (VS) gegründet, und im gleichen Jahr wählte das Pen-Zentrum Böll zu seinem neuen Vorsitzenden. Bis dahin hatten stets Redakteure der »FAZ« das Präsidium gestellt. Das erklärt, warum das Blatt den Verein bis heute auf dem Kieker hat.

So entropisch aufgebläht und hegemonial war die linksintellektuelle Szene Ende der 60er Jahre, daß selbst die »Zeit« und der »Spiegel« mit den Studenten von Westberlin und Heidelberg sympathisierten, weil sie die 68er für die Früchtchen der

48er oder der künftigen 89er hielten. Nur Enzensberger und Grass hielten sich für Reinkarnationen von Diderot und Goethe, während Ingeborg Bachmann als die Strafe für Königgrätz verehrt wurde. Ich weiß nicht, was der »heiße Herbst« in der BRD mit der Ausbürgerung von Heino Biermann aus der DDR zu tun hatte. Auffällig ist, daß mit diesen zwei Ereignissen der Untergang der linksintellektuellen Szene begann.

Ihre letzten Großtaten – Massenveranstaltungen mit unsäglichen Titeln wie »Interlit«, die an eine Messe für Sanitäranlagen erinnerten, oder die deutsch-deutschen Autorentreffen zur Sicherung des Weltfriedens – waren nur noch peinliche Selbstbeweihräucherungzeremonien. Medienspektakel. Heym und Engelmann mit Christa Wolf am Strand von Den Haag, Hermlin und Grass stopften sich in Ostberlin die Pfeifen. Veranstaltungen wie diese kündeten von einer an politische Blindheit grenzenden Verkennung der strategischen Motive des Nachrüstungsbeschlusses der Nato. Daß die Sowjetunion vor dem Zusammenbruch stand, wurde von keinem linken oder rechten Intellektuellen konstatiert.

Als Mitte der 80er Jahre Oskar Lafontaine sich von Bettina Wegner zum Einschlafen »Sind so kleine Hände« vorsingen ließ, der Schriftstellerverband des Westens zerfiel, Gorbatschow den Gorbatschow verbot und noch einmal zehn Jahre später auch der Pen ins soziale Abseits rutschte, konnte man als Linksintellektueller nur noch Schlagzeilen machen, wenn man möglichst rasch austrat und bei der Konrad-Adenauer-Stiftung anheuerte. Inzwischen wurden die Politikfelder, auf denen ein schreibender Intelligenzler eine rentable, auch ruhmreiche Mucke machen kann, erheblich ausgeweitet. Er konnte, auf die letzten sieben bis acht Jahre hochgerechnet, zum »Spiegel« oder zur »Zeit« gehen, für den Golfkrieg sein, in Sarajevo Kaffee trinken und Granatlöcher zählen, auf die Serben schimpfen, ganz viele informelle Mitarbeiter der Stasi entlarven, »Nie wieder Sozialismus« fordern, die DDR-Literaten abkanzeln, sofern sie nicht vor 89 in den Westen gelangt waren, deutsche Sozialschmarotzer decouvrieren, sofern sie keine größeren Einkünfte aus Kapitalvermögen, Vermietung oder Verpachtung haben, im Fernsehen die Promiskuität verdammen und was man sonst noch so gefragt wird, wenn man mit dreißig arriviert sein will.

Irgendwie waren mir die alten nützlichen Idioten lieber, als die neuen es sind, die im übrigen zum Teil noch die alten sind. Die zwei, die kürzlich dafür waren, die Bundeswehr auch mal angreifen zu lassen und den Juden endlich ihr Maul zu verbieten, waren zwei ganz alte. Kurz und gut: Wenn heute einer kommt und jammert, daß es keine Linksintellektuellen mehr gibt, die dem Schröder und dem Fischer, dem Nürburgring und dem Mallorcamuff mal so richtig den Marsch blasen, so wie damals, als der Enzensberger in Rom saß und auf die Deutschen schimpfte und der Grass mit Pavel Kohout über den Sozialismus korrespondierte und der Böll freies Geleit aufs Schafott forderte – dem tret ich in den Arsch.

Die nächste Verbesserung von Mitteleuropa überlassen wir mal lieber den Genossen, die nicht gleich den Schwanz einziehen, wenn es in der Kantine keinen frischen Hummer gibt und nur blöde Stehlocations im Spaßhaus Mitte.

Konkret 10/99, S. 57

F. W. Bernstein

Der Amselleibgardist

Horst Tomayer und der Freilauf der Poesie

Für Sie, verehrte Leserin, und auch für ihn dort, den liebreizenden KONKRET-Leser, kann ich meine Besprechung kurzfassen: »Ladies and gentlemen: Horst Tomayer, *German Poems* mit Zeichnungen von Ernst Kahl; neu erschienen in der Edition Nautilus, Hamburg, 119 Seiten, 24 Mark 80!«

Wäre solch Insider-Kult im Sinne unseres German poet? Ich meine: nein. Er ist mir der Rede wert. Also: »Der Herr« im »Prolog im Himmel« in Goethes *Faust* muß ihn, Horst Tomayer, gemeint haben: »Von allen Geistern, die verneinen / ist mir der Schalk am wenigsten zur Last«. Damit ärgert er den Schalk, der's ihm 80 Zeilen vorher schon gegeben hat: »Mein Pathos brächte dich gewiß zum Lachen / hättst du dir nicht das Lachen abgewöhnt«.

31 Gedichte enthält das neue Buch. Wie es sich für Lyrik gehört: ein »schmales Bändchen«. Darunter Evergreens wie das »Lied der deutschen Rüstungsarbeiter« (zur Melodie der »Moorsoldaten« zu singen) mit dem funkelnden Refrain »Fünfunddreißig Stunden / Sind genug«. Die Älteren unter uns haben vielleicht Tomayer und Ernst Kahl zusammen auf der Bühne mit dieser Nummer erlebt, damals, als die IG Metall mit diesem Slogan baden ging. – Ernst Kahl, Autor, Musiker und Zeichner, hat die *German Poems* mit graphischem Mehrwert wohl versehen; er liefert Lineares, Vignetten und ganzseitige Capriccios – aber schon wie!

Weiter zum Stichwort Engagement und Satire: vom Schlage des Rüstungsarbeiterlieds, nur fröhlicher, die Sozialromanze »Recht so!«; »Allen ihre Söhne für ein legales Leben allein erziehenden und von sozialdemokratischen Sozialarbeitern und -innen unterstützten Müttern gewidmet«. Ein Lied im falschen Volkston, in der Zwickmühle zu singen.

Singen. Ja: Tomayer schreibt fürs Ohr. Man hört die Verse, so sein Standard-Modell, die vierzeilige Strophe, Reimschema: a – b – c – b; die dritte Zeile ohne Endreim; er zelebriert aber auch die fünfzeilige Eichendorff-Strophe: »Doch einst, ihr rohen Buben / Ist Schluß mit lustig und aus / Denn dann kommen die Mütter der Puppen / Und spucken euch in die Suppen / Und führen die Puppen nachhaus« (aus »Pour Adelaide, Zum Weltfrauentag am 8. März«). Der lange Weg zum Endreim aber ist sein eigen Ding, sein Sound und seine Spezialität. Er zieht die Verse in die Länge, im Druck bis zu sechs Zeilen, dann erst klopft er – Uff! – das Reimwort fest. Immer wenn's ihm bitter ernst ist, er aber – Tomayer, hab Dank! – nicht schwer werden will. Er schlägt dann seinen zierlichsten Lärm: etwa in der »Kleinen Fahrraddiebhalsgerichtsordnung«. »So sei, du krumme Kreatur, von nun an in alle Ewigkeit vermaledeit« – des Sängers Fluch! Hier gilt er den Raddieben. Er, Radler Tomayer, vermaledeit die Diebe, und zwar wortwörtlich gottsallmächtig. Er, der vor Jahren, in alten Zeiten, als es sie noch gab und das Fahrradtransit nirgends vorgesehen war, die DDR mit dem Radl durchquerte von Berlin nach Hamburg. Fast ist er durchgekommen damals, vor der Grenze im Regen lud Ernst Volland, sein Begleiter im Auto, ihn wieder ein. Der Reisebericht stand in KONKRET.

Er also spricht seinen Fluch: »Ja das schändlichste Verbrechen / Ist das Fahrradschloßaufbrechen«. Bei aller spielerischen moritatenhaften Strafpredigt, bei allem verbalen Kasperltheater – hier klingt ein Grundmotiv von Tomayers Lyrik an: der Fluch. Vermaledeit! Überprüfen Sie, wie der Fluch ihn froh macht, wie die Finsternis weicht! Fluch: Das ist mehr als die konventionelle Empörung, da ist er nicht nur schlicht entrüstet. Da langt er mit aufgeplusterter Wortgewalt und Sprachmacht zu und macht uns lachen vor Zorn. Und im fröhlichen Zorn gelingt ihm die lange, nimmer enden wollende Litanei; Serien seltener Bilder und Metaphern, lange Listen und Aufzählungen fügen sich zur Beschwörung höllischster Szenarien: »Raddiebscharfrichter, wird es heißen, walte deines Amts / Und nimm sein Leben stückweis ihm, sein durch die Tat verdammts«. Auch Hunde werden übrigens verdammt. Für immer, überall und allezeit.

Wo vermaledeit wird, wird auch gebenedeit.

Nie werd ich vergessen

Slowo Wenjas slowenisches Gedicht

Und sein massives Verzichten

Auf Bedeutungsübergewicht

In sechs vierzeiligen fast volksliedhaften Strophen besingt Tomayer ein Gedicht. Nichts stehe drin, was verständlich sei. Ohne Inhalt, Sinn und Bedeutung – was bleibt? Es bleibt die Form, der Klang, Rhythmus, Reim und Ausdruck. So ein Strophenbau steht leuchtend; das Tüpfelchen Sinn oben drauf – darauf ist doch gepfiffen. Tomayer feiert solche Fehlanzeige, will mir scheinen, er serviert uns den Leerlauf – nein, den Freilauf der Poesie. Zwar setzt er in diesem Fall den Titel »Intressant« drüber – eine ironische Rückversicherung? Wie schön aber feiert er die Amsel:

Denn wer da an Gesang hat

Und net bloß scheißt und frißt
Dem bin i Freind und Helfer
I – der Amselleibgardist

Konkret 10/99, S. 58

Jürgen Roth

Das Herrenhirn

Der Heideggerapostel Peter Sloterdijk hat sich für den »züchterischen« Einsatz der Humangenetik ausgesprochen. Die darauf folgende Empörung des Feuilletons schreibt er einer Verschwörung »zwischen Hamburg und Jerusalem« zu

»Wo sind wir, wenn wir im Ungeheuren sind?« fragt *Blasen*, Peter Sloterdijks letztjähriger Band des Dreiteilers *Sphären*; und dessen Urheber, der Philosoph, der Spezialist der (Selbst-) Reflexion, vergißt zu erklären, daß wir bei ihm sind, ganz bei ihm persönlich, beim bekannten Karlsruher Professorenremmidemmischädel, dem TV-erlauchten Gertrud-Höhler-Stichwortgeber, dem schnauzbärtigen Allesbeschreiber, der seit 1983, als die *Kritik der zynischen Vernunft* im bald genauso narrisch gewordenen Suhrkamp-Verlag erschien, die Welt mit seinen quarkig-ekligen, gigantomanischen Konzepten behelligt.

Langsam und sehr sicher geht er einem endgültig auf den Geist. Und nicht nur das. Nun streift Sloterdijks »Denken« das Kriminelle. Am 24. Juli 1999 berichtete Martin Meggle in der »Frankfurter Rundschau« über ein zu Schloß Elmau/Bayern abgehaltenes Symposium des schwerwiegenden Untertitels »Jenseits des Seins – Die ethisch-theologische Wende der Philosophie nach Heideggers Destruktion der Ontotheologie«. Versammelt hatten sich diverse Theologen/Philosophen und, i. S. des »selbsterteilten Weltveränderungs- oder gar Weltverbesserungsauftrag(s)«, der »deutsche Philosoph Peter Sloterdijk« (»Süddeutsche Zeitung«, 29.7.99).

Der deutsche Magister gab Antwort – »Antwort auf Heideggers Humanismus-Brief«, jenes 1946 an Jean Beaufret gerichtete und 1949 publizierte obszöne Pamphlet (in: *Platons Lehre von der Wahrheit*), das dem Ersuchen »Auf welche Weise läßt sich dem Wort Humanismus ein Sinn zurückgeben?« dergestalt echote, das es vorschlug, den Humanismus als Feindgestalt zu destruieren und zu entsorgen – denn, kommentierte Enno Rudolph (»Frankfurter Rundschau«, 20.8.99), es »sollte nicht passieren: daß der rehabilitierte Humanismus, neu eingesetzt als moralisches Remedium nach der kulturellen Katstrophe, der Moderne zu neuem Elan und stabiler Konjunktur verhalf«.

Heidegger hatte den Nazis gedient, hatte die Vernichtungspolitik zu »prägen« (Rudolph) versucht und log die ahistorische »Wahrheit« des nicht »seinsvergessenen« Denkens zusammen. »Das Stehen in der Lichtung des Sein«, raunte er, »nenne ich die Ek-sistenz des Menschen«, einen Zustand der bedingungslosen Auslieferung an die Macht des Soseins des Seins, den Staat, oder, unermeßlich »zynische« Wendung der Geschichte, an den vom Philosophen, dem »Hüter des Seins«, kommandierten Quietismus. Er »mußte also den Neuanfängen wehren. Diese Arbeit verrichtete Heidegger mit seinem Brief erfolgreich« (Rudolph). Heute fälscht der Heidegger-Apologet und Nietzsche-Verehrer Sloterdijk nicht allein die Philosophiehistorie, um die Ursprünge der Seinsvergewisserung freizuschaufeln, sondern er schreitet vorwärts und besingt die Auspizien des biotechnologischen Terrors. Geübt, Freud und Platon zu überbieten, markiert Sloterdijks Vortrag die Revision der Heideggerschen Hirtenidylle, »jenen Typ antihumanistischer Denunziation« (Rudolph), der totale (Kategorien-)Systeme mit einer neuen ›Philosophie der Zukunft‹« (Rudolph) verbindet. »Sphären« nennt der Großfasel Medien, in denen man »immer schon« (Heidegger) lebe, in denen eine schicksalhafte, pränatale und -rationale Existenzbedingung einge- und erschlossen sei, der sich die Menschen subordinieren müssen: »In Sphären leben, heißt, die Dimensionen erzeugen, in denen Menschen enthalten sein können.« Wer aber erzeugt die »Sphären«? Und wohin führt der Weg? Zurück in den Uterus (»Klausur in der Mutter«), so die »negative Gynäkologie« der *Sphären*? Oder in den »Menschenpark«, die gentechnologische Zuchtstation?

Laut Meggle las Sloterdijk zu Schloß Elmau »in nietzscheanischer Pose« dem Humanismus die Leviten. Heideggers Verdienst sei gewesen, »die Epochenfrage« aufs Tableau gebracht zu haben. »Was zähmt noch den Menschen, wenn der Humanismus als Schule der Menschenzähmung scheitert?« lautete des Monumentalerwägers Problem, und er ließ den Schwarzwälder Gewährsmann sprechen, da er erstens den Nazismus relativierte, zweitens den Humanismus ex negativo für die Verfinsterung des Postfaschismus verantwortlich machte: »Ausgerechnet am grellen Ende der nationalhumanistischen Ära, in den beispiellos düsteren Jahren nach (!) 1945, sollte das humanistische Modell noch einmal eine Nachblüte erleben.« Und weiter: »Die Ära des neuzeitlichen Humanismus ist abgelaufen«, das Diktat der »Kleintierzüchtung« obsolet geworden – höchste Zeit, »die genetische Revision der Gattungsgeschichte einzuleiten« (»Zeit«) und Nietzsches Durchschnittsjammerlappen zu eliminieren.

Er ist wahnsinnig, definitiv. Der anwesende Historiker Saul Friedländer war »fassungslos«. Sloterdijk entgegnete ihm lapidar, es gebe halt »unterschiedliche Kalender des Terrors«, und fügte an: »Ich verstehe Heidegger nach seinen Schriften, und Sie verstehen Heidegger nach seinem Verhalten. Ich lese ihn, was die meisten von Ihnen wahrscheinlich gar nicht wirklich tun.« Das Herrenhirn kehrte hier und wenig später die wahren Intentionen hervor. Dem ununterbrochenen, via »Bild«, »B.Z.«, Fernsehen und Unselds Suhrkamp verbreiteten leeren, wirren, haltlosen Gebrabbel, diesem altneumystizistischen Schwallen, das sich, urteilte die »Süddeutsche Zeitung« treffend, »mit dem Unbegriffenen ins Einverständnis zu setzen« versucht (»So wird ... der Philosoph wieder zum Schamanen; sein Reden und Denken wird zum

Raunen und Künden«) – diesem rituellen Dienst am Vorrationalen und an der Autorität folgte die eigentliche skandalauslösende Pointe. »Das Peinliche und Kleinliche an Heideggers Argumentation blieb Sloterdijk dabei durchaus nicht verborgen«, resümierte die »Süddeutsche Zeitung«. »Um so verblüffender geriet seine mit einem so raschen wie emphatischen Rückgriff auf Nietzsche gezogene Konsequenz: Es komme nicht darauf an, die Menschen durch (das ohnehin untaugliche Mittel ihrer) Aufklärung zu verändern (Sloterdijk sagte abschätzig: sie zu ›zähmen‹), sondern darauf, Menschen zu *züchten*«, ergo die Philosophenkönige in den Stand zu versetzen, ihr »züchterisches Königswissen« – »tausendjährige Prozesse« prolongierend – zu operationalisieren, d. h. den Schatten der Wirkungslosigkeit zu überspringen und die Entwicklung der »Anthropotechniken« zu forcieren. »Wer nicht selektiere, wird selektiert« – »Ein aberwitziger Scherz? Aber woher denn: angewandte Ontologie eben« (»Süddeutsche Zeitung), heißt: »Das Sein nichtet – als das Sein« (Heidegger 1949). Konkret: »Die Menschheit (wird) eine Umstellung vom Geburtenfatalismus zur optionalen Geburt und zur pränatalen Selektion vollziehen.«

Sloterdijk selbst mochte seinen Amoklauf freilich geringfügig anders verstanden wissen. Via »Frankfurter Rundschau« (31.7.) replizierte er und putzte Martin Meggle herunter, sah nämlich die »Regeln für den Menschenpark« durch »die schauerromantischen Entstellungen und lüsternen Sinnestäuschungen« der »Jungen(n) Ahnungslosigkeit ... in den meisten Feuilletonredaktionen« überantwortet, meint: Sloterdijks Kritik von »Heideggers Pastorale« komme einer, O-Ton, »Anmahnung« gleich, eine »Ethik des anthropotechnischen Machtmißbrauchs« zu entwerfen, »eine radikale philosophische Befassung ... angesichts des nicht mehr aufhaltbaren Genom-Projekts« zu situieren; um zu schließen: »Hören Sie nicht auch dieses fast berauschte Schmatzen in Herrn Meggles Phantasie ... ?« Hören wir’s jetzt nicht genau? Den Größenwahn des Rohrstockkrautsepps, den zum Erbrechen verquasten, ja eigentlich hundertprozentig gemeingefährlichen Schmatzer? Der er, stilistisch, habituell, stets war – als Verfechter einer omnipotenten Melangephilosophie aus Modespeech, Esoterik, Imponiergehabe und selbst Heidegger ausstechendem Neologismenfanatismus?

Richtig lag sogar, seltsam, Reinhard Mohr. Im »Spiegel« (36/99), vor Monaten anläßlich der *Sphären* noch restlos begeistert, attestierte er jetzt »Züge faschistischer Rhetorik«, brandmarkte die »faschistische Horrorvision«, künftig unter Sloterdijks Leitung den »Kampf zwischen Menschenfreunden und Übermenschenfreunden« (Sloterdijk) zu führen und vermöge »wirkungsvoller Verfahren der Selbstzähmung« die »alltägliche Bestialisierung des Menschen in den Medien der enthemmenden Unterhaltung« zu stoppen, vulgo: »die ungeeigneten Naturen auszukämmen« – und setzte aber gleich einen neuerlichen Torheitsstiefel drauf, nannte den Nebelwerfer einen »einst linke(n) Vordenker« und schnitt die üblichen Pappkameraden zurecht: »Die linke Selbstmarginalisierung des vergangenen Jahrzehnts hat zu einer neuen, bunten Gleichgültigkeit geführt ... Es ist kein Zufall, daß das einstige Flaggschiff der linken Intelligenz, der Suhrkamp-Verlag mit seinem Präzeptor Siegfried Unseld, nun zwei prominente Autoren beherbergt, die mit Verve antidemokratische, antiwestliche, ja totalitär-faschistoide Bekenntnisse ablegen: Peter Sloterdijk und Peter Handke.« Demnächst haben die Kommunisten die KZs errichtet.

Doch, sie spinnen beinahe alle – ausgenommen die »Zeit« (2.9.99), daselbst Thomas Assheuer das »Zarathustra-Projekt« gründlich sezierte und auf den Müll spedierte. Sloterdijks Irrereden vom menschheitsgeschichtlich eröffneten »Ort der Entscheidung der Selektion« dünkte ihm ein Programm für die »biopolitisch beruhigte Klassengesellschaft«, »in der man als Leibeigener seiner selbst das persönliche Humankapital zu Markte trägt«. Assheuer führte den Nachweis, daß Sloterdijk bereits 1991 den modernen »Altmenschen« qua »Selektion von intelligenten und generösen Menschen« niederzuwerfen trachtete. Leider war damit keine Ruhe, Sloterdijk nicht erschöpfend erledigt. So wenig er eine Moral kennt, so wenig Scham besitzt er. »Er will auch nicht mehr dazu Stellung nehmen«, hatte der »Spiegel« verbreitet, der General des Genoms jedoch brauste, jedes Argument, jedes (Sekundär-)Zitat souverän meidend, die »Zeit« vom 9. September voll.

Aus Südfrankreich sandte er zwei singulär arrogante, aggressiv studienrätliche Episteln, einerseits ad Assheuer, der angeblich »eine surrealistische Version« des Traktates (Selbsteinschätzung: »eine ziemlich esoterische, literarisch anspruchsvolle Rede«) mißdeutet und sich im Rahmen der »Dekadenz des Alarms« resp. »der zeitgenössischen totalen Öffentlichkeit« (Sloterdijks »Bild«-Höhler-»B.Z.«-Öffentlichkeit muß die demokratisch-plurale sein) zu »einer Sologans, die ihre Wahnsinnsarie abschnattert«, gemausert habe: »In meinen Augen sind Sie auf dem besten Weg, selbst zu einer Problemgans zu werden«, krähte der Alpha-Gockel, »zum einen, weil Sie so übertrieben auftragen, zum anderen, weil Sie im Auftrag Dritter den Alarm auslösen.«

Die Dritten, andererseits, sind Einer gewesen. Untertrieben schmierte Sloterdijk anschließend sieben Spalten Verschwörungstheorie z. Hd. Jürgen Habermas herunter, deren Frechheit kaum zu taxieren ist. Die schönsten Stellen, eine Art Propädeutik der professoralen Pathologie, in Exzerpten: »Sie haben, Herr Habermas, mit zahlreichen Leuten *über* mich geredet, niemals *mit* mir ... Mit Ihren Reden haben Sie, um nach dem zu urteilen, was ich im indirekten Rücklauf höre, für Aufregung gesorgt. Über Wochen hin, scheint es, haben Sie im Groben gepoltert und im Feinen agitiert. Sie haben zwischen Hamburg und Jerusalem (!) umhertelefoniert, um andere zu Ihrem Irrtum zu bekehren. Sie haben Kollegen, die meine Elmauer Rede bedenkenswert fanden, sogar massiv unter Druck gesetzt. Mehr noch, Sie haben Raubkopien des Textes angefertigt ... und diese ... an Journalisten, die Ihre Schüler waren und sind, geschickt, begleitet mit einer expliziten

Anleitung zum Falschlesen und mit einer Aufforderung zum Handeln. Sie haben Teilnehmer der Elmauer Tagung mit latent erpresserischen Vorwürfen überschüttet ... Sie haben bei einem Mitarbeiter der ›Zeit‹ sowie bei einem Autor des ›Spiegel‹ Alarmartikel in Auftrag gegeben, bei denen Ihr Name nicht fallen sollte ... Sie gehören zum inhumanen Erbe des ideologiekritischen Denkstils«, einer »verwelkten Frankfurter Tradition«, die »im semantischen Bürgerkrieg« ihren letzten Schnaufer tut. »In diesem objektiveren Blick auf Sie ist mir zumute, als überschaute ich mit einem Mal ein ganzes Terrain, eine Epoche« – schon wieder eine – , »ein System von Illusionen«, als da Adorno einst »lancierte die wunderbar hochmütige Initiative, eine ganze Generation in verfeindeter Absicht zu verführen« – nein, es ist noch nicht zu Ende – , und er, Habermas, »eine sozialliberale Version der Tugendkultur« installierte, die, »Gefährdungsfaktor«, in die terreur münde. »Selbst das NS-Regime war technisch langsamer und wesentlich weniger durchsynchronisiert als die totale Öffentlichkeit von heute« – wir sparen uns, Sloterdijks Lob der Talkshow zu rezitieren – , »auf deren Klaviatur auch Sie, Herr Habermas, sich jetzt nicht ohne Wirkung betätigen ... Ich brauche nur in dieser Woche die ›Zeit‹ zu lesen und den ›Spiegel‹, um zu wissen, woran ich mit Ihnen und Ihren ethischen Projekten bin ... Sie wollten endlich einmal offenlegen, wie Ihr erweiterter Begriff des kommunikativen Handelns aussieht ..., und Sie haben eine Szene arrangiert, die uns half zu verstehen, wie bei allzu treuen Schülern die Legasthenie interessante Verbindungen mit dem Opportunismus eingeht ... Skandalstatistisch gesehen sind meine Aussichten nach dem Habermas-Assheuer-Mohr-Coup miserabel – es sei denn, es entwickelte sich ein Metaskandal, an dem sich etwas lernen läßt über die Geschäfte der Skandalisten in diesem Land, über die deutsche Entrüstungsindustrie, die Dekadenz der Kritik und die eingeschliffenen Allianzen zwischen Liberal-Jakobinismus und Showsystem ... Sie wollen der eigenen Hypermoral ein riesiges Denkmal setzen« – im Verborgenen? – , »und Sie wollen einmal noch, wie damals, als kein toter Diktator vor unserem Widerstand sicher war, zur Faschistenjagd aufbrechen. Ach, lieber Habermas, würde ich am liebsten sagen, es ist vorbei ... Die Kritische Theorie ist an diesem 2. September gestorben. Sie war seit längerem bettlägerig, die mürrische alte Dame, jetzt ist sie ganz dahingegangen ... Denken heißt Danken, hatte Heidegger gesagt. Ich meine eher, Denken heißt Aufatmen.« Darüber, daß die neurotischen Söhne der Faschistenjäger, die unsere Epoche verdunkelten, künftighin dito abgetreten sein werden, ersetzt durch junge Sloterdijk-Fans und fröhliche Popmenschen, die »denken dem Neuen entgegen, mit einer Freiheit, von der die alten Problemträger nur wenig wissen«, und die heißt: Auschwitz ade und fuck off.

Was sprach Sloterdijk zu Assheuer? »Sie rauschen daher wie eine gefiederte Entrüstungsdiva, die ständig nach Publikumsreaktion schaut.« Eben.

Kurz: Entweder G. Schröder schreitet und marschiert ein und stoppt den unsre gebeutelte Republik plagenden »Eklat« (»Zeit«); oder wir schlagen ein »Arbeitsgespräch unter Züchtern«, »echten Philosophen und einschlägigen Gentechnikern« (»Zeit«) vor, das den schädlichen Einfluß der Sloterdijks auf Volks- und Individualgesundheit verhandelt. Bzw. bleiben lieber und knapper dabei: Er tickt nicht mehr. Die »kulturelle Hauptfraktion« (Sloterdijk) hat ihn im indirekten Rücklauf einweisungswürdig weit offen, den Arsch.

Konkret 10/99, S. 60

Gerhard Scheit

Immer das Selbe

Hannah Arendt und Martin Heidegger: Szenen einer Nähe

Auf Hannah Arendt beruft sich mittlerweile in Deutschland fast jeder. Sogar die Deutsche Bundesbahn, die einen ihrer ICEs (Karlsruhe-Hamburg) nach der aus Deutschland vertriebenen Philosophin benannt hat. Hannah Arendt wird einerseits als Kronzeugin der deutschen Verbrechen und ihrer nachträglichen Vertuschung aufgerufen, andererseits als Vordenkerin der Zivilgesellschaft und einer »anderen Politik« zitiert. In den Theorie-Charts hat sie damit offenbar der Frankfurter Schule den Rang abgelaufen; Leninisten, die sich von Lenin abgewandt haben, können mit ihr erneut das Primat des Politischen begründen; und sogar das *Schwarzbuch des Kommunismus* läßt sich als statistischer Anhang zu ihrer Totalitarismustheorie lesen.

Der Zug, auf den so viele aufspringen, kommt aber aus einer Region (und kehrt immer wieder dorthin zurück), die so gar nicht zur Zivilgesellschaft und zur anderen Politik passen mag, die vielmehr als Heimat der deutschen Verbrechen gelten kann, wo auch deren Vertuschung kultiviert wurde. Auf diese, von manchen als unangenehm empfundene Nähe Hannah Arendts zu Martin Heidegger macht nun ihr kürzlich erschienener Briefwechsel nachdrücklich aufmerksam.

Der Professor und das Sein

Die junge jüdische Studentin hatte einstmals bekanntlich ein Verhältnis mit dem berühmten Philosophie-Professor. Heidegger aber war nicht nur einfach ein verheirateter Professor, er war ein deutscher Professor, das heißt: mit einer deutschen Antisemitin verheiratet und vor allem mit dem deutschen Staat. (Für beide Ehen prägte Hannah Arendt später den Ausdruck: »Bündnis zwischen Mob und Elite«.) Während seine Studentin aus Deutschland flüchten mußte, bekannte sich der Professor zu Hitler und trat der NSDAP bei.

Hannah Arendt hat immer wieder versucht, die Faszination zu beschreiben, die damals von Heidegger ausging – für sie, aber ebenso für Herbert Marcuse oder Jean-Paul Sartre: Der Mann philosophierte anders und über etwas anderes als im akademischen Betrieb üblich. Bei ihm sei, wie Arendt es mit Heideggers Worten sagt, »zwischen einem gelehrten Gegenstand und einer gedachten Sache unterschieden« worden. Die gedachte Sache aber ist bei Heidegger zuallererst der allgemeinste und leerste Begriff: *das Sein*. »Sein ist das transcendens schlechthin« (*Sein und Zeit*). Mit ihm hat der Philosoph das deutsche Wort für jene *reale Abstraktion* gefunden, die bei Hegel noch als »Weltgeist« zum Besten der Menschheit und des Staats agierte, bei Marx aber plötzlich die Hülle des Gattungwesens Mensch abstreift und als gespenstischer »Wert«, »automatisches Subjekt«, ihr Unwesen treibt (ein Unwesen, das Marx mit dem ontologisierten Wesen der Arbeit in Schach zu halten suchte). Aber gerade das Marxsche *Kapital*, das diesem Unwesen auf der Spur ist, war unter Marx' Nachfolgern als »gelehrter Gegenstand« abgehandelt worden – sei's theoretisch von Ökonomen, sei's praktisch-politisch von Sozialdemokraten und Leninisten (mit der einzigen Ausnahme von Lukács' *Geschichte und Klassenbewußtsein)*.

Heidegger nun war der einzige Philosoph, der sich (allerdings auf Husserls Phänomenologie gestützt) auf der Höhe dieser realen Abstraktion bewegte – wobei er jedoch als echter deutscher Denker das Unwesen wieder in ein Wesen verkehrte: Im Unterschied zu Hegel blendete er den Fortschrittsbegriff aus (in seiner Seinsgeschichte tritt kein absolutes Telos zutage), im Gegensatz zu Marx ontologisierte er das automatische Subjekt (die Vergesellschaftung hinter dem Rücken der Individuen gilt als eigentliches Sein). Unnachahmlich deutsch ist die Verwertung des Werts und der Fetischcharakter der Ware in dem Satz aus den *Holzwegen* formuliert: »Das Sein entzieht sich, indem es sich in das Seiende entbirgt.« Treffend aber Heideggers Kritik am Arbeiterbewegungsmarxismus, wenn er das Wesen des Materialismus in der »metaphysischen Bestimmung« sieht, »der gemäß alles Seiende als das Material der Arbeit erscheint« (*Über den Humanismus*).

Heidegger gab der realen Abstraktion mit seinem Seins-Geraune nicht nur ein attraktives mystisches Aussehen (»Der Begriff des Seins ist vielmehr der dunkelste«), er entwarf zunächst auch eine neue Subjektivität, die den Einklang mit dem nun affirmativ gewendeten automatischen Subjekt versprach, hatte doch die Krise seit dem Ersten Weltkrieg die Individuen dem automatischen Subjekt bedrohlich entfremdet. Die Krise von Wert und Verwertung wird als »ontologische Differenz« zwischen Sein und Seiendem festgehalten. Unter dem Aspekt der »Alltäglichkeit des Daseins« subsumiert der Philosoph – als Existenzialien: das »Man«, das »Gerede« etc. – all die Krisenerscheinungen einer Gesellschaft, die mit Verwertungsproblemen zu kämpfen hat (»Seinsvergessenheit« durch Deflation und Kaufkraftverlust) und zu zerfallen droht (»Entwurzelung« durch Bankrott und Arbeitslosigkeit).

Dem setzt Heidegger aber nun als das »mögliche Ganzsein des Daseins« das »Sein zum Tode« entgegen. »Im Vorlaufen zum unbestimmt gewissen Tode öffnet sich das Dasein für eine aus seinem Da selbst entspringende, ständige *Bedrohung* ... Damit taucht aber dann die Möglichkeit eines eigentlichen Ganzseinkönnens des Daseins auf ...« (*Sein und Zeit*). Daß es

ums deutsche Dasein bei diesem Ganzsein gehe, wird zunächst nur insofern angedeutet, als Heidegger im »Geschehen des Daseins« das »Geschehen der Gemeinschaft, des Volkes« sieht. Wozu sich das Dasein aber »je *faktisch* entschließt, vermag die existenziale Analyse grundsätzlich nicht zu erörtern«. Heidegger selbst entschloß sich, als es dann soweit war, faktisch für die »völlige Umwälzung unseres *deutschen* Daseins« durch Hitler und die Seinen.

Rückblickend läßt sich Heideggers Philosophie, als Hannah Arendt sie studierte, wirklich »im Vorlaufen« des Nationalsozialismus begreifen. Als »vorlaufende Entschlossenheit« versteht sich »das Dasein hinsichtlich seines Seinkönnens dergestalt, daß es dem Tod unter die Augen geht, um das Seiende, das es selbst ist, in seiner Geworfenheit ganz zu übernehmen« – und als vorlaufender Vernichtungskrieg übernahm der NS-Staat ganz die Kaufkraft, die den Massen durch ihre Geworfenheit in die Krise fehlte, und organisierte – dem Tod, den er überall vorbereitete, unter die Augen gehend – sein Arbeitsbeschaffungsprogramm. Antisemitismus allerdings – sonst untrügliches Zeichen für die Nähe zum Nationalsozialismus – kann es in einem Werk wie *Sein und Zeit* gar nicht geben: Als *Personifizierung* des real Abstrakten ist die antisemitische Projektion von den Kategorien dieses Werks von vornherein ausgeschlossen – wie der Teufel aus dem Himmelreich. Heidegger schafft gewissermaßen nur die philosophischen Voraussetzungen für diese Personifikation. Wozu sich das Dasein *faktisch* entschließt, vermag die existenziale Analyse auch hier nicht zu erörtern. So wie der Philosoph das »Geschehen des Daseins« vor 1933 auf keine bestimmte Gemeinschaft, kein bestimmtes Volk bezieht, so läßt er auch offen, wem der »unbestimmt gewisse Tod«, das »nichtende Nichts« bestimmt sei, damit die »Möglichkeit eines eigentlichen Ganzseinkönnens des Daseins« auftauchen könne. Daß Heidegger selbst bereits eine Vorentscheidung getroffen hatte, gibt immerhin sein letzter Brief an Hannah Arendt vor 1933 zu erkennen, worin er bekennt, »in Universitätsfragen« seit zehn Jahren »Antisemit« zu sein.

Für Arendt wird dies der entscheidende Punkt, sich von Heidegger gedanklich zu trennen, und ihr Buch über Rahel Varnhagen ist das Dokument dieser Trennung. Hier schreibt die bereits nach Paris geflüchtete Heidegger-Schülerin, »daß der Tod für den Menschen keine Lösung irgendeiner Art ist«. Vorm historischen Hintergrund der deutschen Romantik wird der Versuch unternommen, Heidegger gleichsam aufzuspalten, die Möglichkeit des »Ganzseinkönnens« vom »Sein zum Tod« zu trennen. Goethe wird (an Rahels Goethe-Verehrung orientiert) zum Garanten dieser Möglichkeit, wie umgekehrt die deutschen Romantiker als Repräsentanten jenes falschen Seins zum Tode kenntlich werden. (Später wird Hannah Arendt Heidegger direkt als »letzten Romantiker« bezeichnen und in seinem Verhalten den Nazis gegenüber »genaue Parallelen in der deutschen Romantik« sehen.) Wie eine kritische Selbstreflexion mutet es an, wenn sie hier in einem noch in Deutschland entstandenen Kapitel schreibt, Rahel habe sich an Fichtes *Reden an die deutsche Nation* assimiliert, und sie zitiert auch die Sätze Rahels, die von den tödlichen Folgen einer solchen Assimilation zeugen: »Der Jude muß aus uns ausgerottet werden, das ist heilig wahr, und sollte das Leben mitgehen.«

Das Ende des Buchs zieht hieraus die Konsequenz: »In einer im großen Ganzen judenfeindlichen Gesellschaft ... kann man sich nur assimilieren, wenn man sich an den Antisemitismus assimiliert.« Auf diesen letzten, bereits im Exil geschriebenen Seiten des *Rahel*-Buchs, das als eines der wichtigsten Bücher über das Verhältnis von Judentum und Antisemitismus in Deutschland gelten kann, tritt nun auch Heinrich Heine, selbst ein Goethe-Verehrer, auf den Plan, um die Assimilation mit bedeutend größerem Selbstbewußtsein als Rahel in Frage zu stellen. Hannah Arendt selbst beteiligte sich damals in Paris aktiv an den Unternehmungen zionistischer Organisationen, die Auswanderung der Juden in die Wege zu leiten.

Das Ganzseinkönnen wird nun – mit Rahel und Heine – deutlich aus der Perspektive des »Parias« artikuliert: Weil der Paria ausgestoßen sei, könne er »das Leben als Ganzes erblicken«; und Arendt zitiert Rahel: »Dies ist aus dem großen Bankrott des Lebens das gerettete Vermögen.« An die aus dem biographischen Schreiben entwickelte Paria-Perspektive konnte die Autorin dann in ihren späteren Essays über Gotthold Ephraim Lessing, Rosa Luxemburg, Bertolt Brecht und Walter Benjamin unmittelbar anknüpfen; hier wie dort bringt die Empathie eine unvergleichliche gedankliche Schärfe hervor.

Das wahre und das falsche Ganze

Um sich von Heidegger zu lösen, unterschied Hannah Arendt nunmehr zwischen dem wahren und dem falschen Ganzsein. Das falsche hatte in der völkischen Bewegung der Romantiker seinen Ursprung und in Hitler seine Vollendung gefunden. Das wahre verkörperte sich zunächst in Goethes Welt, die aber mit den Augen des Parias gesehen wurde, und fand später auch einen politischen Standort, der in der Studie über die *Ursprünge der totalen Herrschaft* – also des falschen Ganzen – mit einiger Notwendigkeit nur indirekt zum Ausdruck kommt.

Der Darstellung des Antisemitismus und des Aufstiegs der völkischen Bewegung in der Totalitarismustheorie liegt die Vorstellung einer geglückten »nationalen Emanzipation« und eines menschlichen Staats zugrunde: So eindrucksvoll und materialreich Arendt die Geschichte des Antisemitismus als Vorgeschichte des Nationalsozialismus aufrollt, so sehr verkennt sie deren Antriebskräfte, soweit sie etwa von der »Staatsfeindlichkeit« der Antisemiten ausgeht, davon, daß die »Beseitigung des Staats« das eigentliche Interesse der Antisemiten sei, statt gerade den antisemitischen Kampf gegen einen bestimmten Staat als das tiefste Einverständnis mit dem Prinzip des Staats – und als »Vorlauf« eines neuen – zu begreifen.

In einzelnen Artikeln geht Hannah Arendt so weit, den Faschismus in eine »antinationale Bewegung« umzudeuten (z. B. »The Seeds of a Fascist International«, in: »Jewish Frontier« 1945).

Der positive Bezug auf den Staat, der ihrer Totalitarismustheorie zugrunde liegt, zeigt sich jedoch vor allem, wenn die Autorin selbst rassistisch zu argumentieren beginnt: in den Kapiteln über den Imperialismus. Ganz im Geiste der Erfindung des Rassenbegriffs in der frühen Neuzeit bezeichnet sie jene afrikanischen Stämme als Rassen, »welchen alle eigenen geschichtlichen Erinnerungen und alle der Erinnerung werten Taten fehlen ... was sie auch physisch erschreckend und abstoßend machte, war die katastrophale Unterlegenheit oder Zugehörigkeit zur Natur, der sie keine menschliche Welt entgegensetzen konnten«. Die »Welt« fungiert gewissermaßen als humanisierter Begriff von Heideggers »Sein«. Und es entsteht sogar der Eindruck, als hätte die Weltlosigkeit der »wilden Stämme« den Imperialismus geradezu provoziert und recht eigentlich hervorgebracht. »Das Unwirkliche liegt darin, daß sie Menschen sind und doch der dem Menschen eigenen Realität ganz und gar ermangeln. Es ist diese mit ihrer Weltlosigkeit gegebene Unwirklichkeit der Eingeborenenstämme, die zu den furchtbar mörderischen Vernichtungen und zu der völligen Gesetzlosigkeit in Afrika verführt hat.«

Das ist exakt die Perspektive der Nordamerikaner auf die bereits beseitigten Indianderkulturen, der Blick der postkolonialen Metropole auf den Kolonialismus. Zugleich wird die Situation, in der die Staatenlosen angesichts des Nationalsozialismus leben, auf die staatenlosen Stammeskulturen projiziert, um letztlich darüber zu erstaunen, daß die Barbarei zurückgekehrt war. Hannah Arendt deutet zwar an, daß »eine globale, durchgängig verwebte zivilisatorische Welt Barbaren aus sich selbst heraus« produziert, reflektiert aber nicht den Begriff der Barbarei, so daß für sie die »Lebensumstände« der Rechtlosen unter totalitärer Herrschaft, »essentiell die gleichen sind wie die wilder Volksstämme oder außerhalb aller Zivilisation lebender Barbaren«. Die Barbarei mag zwar aus der Zivilisation hervorgehen, Arendts positiver Begriff von Zivilisation jedoch bleibt davon unberührt. Denn die Welt, von der aus Arendt die Weltlosigkeit konstatiert, die Realität, mit der sie die Unwirklichkeit ermißt, muß als das wahre Ganze festgehalten werden – so wie die Autorin zwar von einer globalen Tendenz der Durchsetzung totalitärer Herrschaft ausgeht, sie aber letztlich auf Nationalsozialismus und Stalinismus reduziert. Es ist die Trennung von falschem und wahrem Ganzsein, der sich die Totalitarismustheorie verdankt.

Politik gegen das Sein zum Tode

In *Vita Activa*, dem Buch, das Hannah Arendt in den fünfziger Jahren geschrieben hat, wird die Philosophie ausformuliert, die der Totalitarismusstudie zugrunde liegt. Zugleich aber ist es ihre Anknüpfung an Heideggers *Sein und Zeit*, ihr Versuch, dessen Philosophie vom Sein zum Tode in eine vom Sein zur Welt zu wenden. Was bei Heidegger als Alltäglichkeit, als Man und Gerede firmiert, artikuliert Arendt nun als Kritik der Arbeit, die den Menschen entmenschlicht und in ein »Animal laborans« verwandelt. Dabei konstatiert sie – analog zu Heideggers »Seinsvergessenheit« – die Krise der Arbeitsgesellschaft: Es handle sich um eine »Arbeitsgesellschaft ..., der die Arbeit ausgeht, die als eine Gesellschaft von Konsumenten nicht mehr genug Arbeit hat, um das Gleichgewicht zwischen Arbeit und Konsum herzustellen«.

Der Krise der Arbeitsgesellschaft und der Weltlosigkeit des Animal laborans empfiehlt Arendt als Möglichkeit des Ganzseinkönnens nicht das Sein zum Tode, sondern das »Herstellen« und das »Handeln«. In diesen Kategorien formuliert sie ihren philosophischen Gegenentwurf zu Heidegger ebenso wie zur totalitären Herrschaft, und unschwer läßt sich darin eine Art *Ontologie des New Deal* erkennen. Das Herstellen und sein Verhältnis zur Arbeit ist wie ein abstraktes Modell der keynesianischen Staatsintervention – als Bereitstellung von Infrastruktur und als Arbeitsbeschaffungsprogramm – nachgebildet; seine Gegenstände »werden gebraucht und nicht verbraucht ... ihre Haltbarkeit verleiht der Welt ... die Dauerhaftigkeit und Beständigkeit, ohne die sich das sterblich-unbeständige Wesen der Menschen auf der Erde nicht einzurichten wüßte; sie sind die eigentliche menschliche Heimat des Menschen«. Der Prozeß des Herstellens brauche darum im Unterschied zu dem der Arbeit, »nicht wiederholt zu werden«. Die gesamte Tätigkeit von »Homo faber« – Personifikation des Herstellens – bestehe darin, »Maßstäbe anzuwenden und Meßbarkeit jeglicher Art in das ›Chaos‹ zu tragen ...«. Mit diesem Chaos meint Arendt offenkundig das Marktgeschehen, denn der Maßstab des Herstellens stehe über dem des Geldes, ganz so wie die Geldpolitik sich im Keynesianismus über den Markt hinwegsetzt – Herstellen ist »deficit spending«: »Das Geld, das ja offensichtlich als eine Art von Maßstab für die Bewertung der Dinge im Austausch dient, ist natürlich selber eine Ware, bzw. ›Wert‹, und besitzt in keiner Weise die objektive Eigenständigkeit, die dem Maßstab (des Herstellens, G. S.) zukommt, der alles, womit er in Berührung kommt, prinzipiell übersteigt und überdauert ...«

Ist mit dem Herstellen die ökonomische Tätigkeit des Staats auf den ontologischen Begriff gebracht, so mit dem Handeln die politische. Ist jene durch die Figur des Handwerkers, des Homo faber, illustriert, so diese durch die griechische Polis. Statt die systematischen Eroberungszüge der historischen Polis aus dem Zwang zur Akkumulation von abstrakten Reichtum zu deuten, beschreibt Hannah Arendt sie wie den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten: Die Polis sollte »ein Tun ermöglichen, das bis dahin nur unter ungewöhnlichen und seltenen Umständen sich hatte realisieren können und um dessentwillen die Männer Haus und Hof und die Heimat hatten verlassen müssen, um in fernen Ländern das Außerordentliche zu vollbringen«.

Alle Bücher Hannah Arendts seit den *Ursprüngen der totalen Herrschaft* haben einen heimlichen ›realpolitischen‹ Bezugspunkt. Er liegt in jener vergangenen Periode, in der die Autorin Zuflucht in den Vereinigten Staaten fand. Über Franklin D. Roosevelt selbst und den Keynesianismus hat sie in etwa sowenig publiziert wie Heidegger über Hitler und den Faschismus – es handelt sich in beiden Fällen eher um unbewußte Referenzpunkte des Denkens. Allerdings meint man in Arendts Einschätzung von Nelson Rockefeller oder John F. Kennedy in mancher Hinsicht die Umrisse des legendären Präsidenten des New Deal zu erkennen – und in ihrer Polemik gegen Richard Nixon Roosevelts Negativ. In ihrem Buch *Über die Revolution* spricht sie zwar über die französische und die amerikanische Revolution, wenn sie jedoch die Gedanken Jeffersons interpretiert und den eigentlichen, aber gescheiterten Sinn des Rätesystems erläutert, so erscheint dies wie eine Idealisierung des New Deal in historischem Gewand oder in utopischer Perspektive. Von der Realisierung des Rätegedankens erhofft sich Hannah Arendt paradoxerweise die Durchsetzung einer veritablen »politischen Elite«, die jene Bevormundung durch den keynesianischen Staatseingriff und Roosevelts Idee vom »brain trust« bei weitem übertrifft: »Vielleicht würde eine solche im wahrsten Sinne des Wortes ›aristokratische‹ Staatsform dann nicht mehr zu dem Mittel der allgemeinen Wahlen greifen ... Nur wer an der Welt wirklich interessiert ist, sollte eine Stimme haben im Gang der Welt. Von der Politik ausgeschlossen zu sein brauchte keineswegs eine Schande zu bedeuten wie heute die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte; wenn diejenigen, die teilhaben, sich selbst selektiert haben, dann haben diejenigen, die ausgeschlossen sind, auch sich selbst ausgeschlossen.«

Bereits früh kritisierte Hannah Arendt jedoch den keynesianischen Wohlfahrtsstaat, soweit er der politischen Perspektive, die noch der Kampf gegen Hitler geboten hatte, verlustig ging. Sie sah darin das Projekt, »Handeln durch Herstellen zu ersetzen«, eine »Degradierung der Politik zu einem Mittel für die Erreichung eines höheren, jenseits des Politischen gelegenen Zwecks« – und zwar »der Produktivität und des Fortschritts der Gesellschaft«. So kommt das Handeln unter die Räder. Aber auch Homo faber wird geschlagen: Hannah Arendt prophezeit den »Sieg des Animal laborans« – und nimmt den Begriff wörtlich, wenn sie von »Gefahrensignalen« dafür spricht, »daß der Mensch sich anschicken könnte, sich in die Tiergattung zu verwandeln, von der er seit Darwin abzustammen meint« (*Vita activa*). Alles Seiende droht sich in die Funktion eines Prozesses zu verwandeln. »Damit verschwindet die letzte Spur von Handeln aus dem Tun der Menschen, nämlich die Triebfeder, die immerhin noch in den egoistischen Interessen am Werke ist. Was nun übrig bleibt, ist in der Tat eine ›Naturkraft‹.«

Hannah Arendt hütet sich, bei dieser Naturkraft vom »Sein« zu sprechen: Was sie düster prophezeit, ist aber nichts anderes als die Verwirklichung von Heideggers Spätphilosophie. Und woraus sie ihre Prophezeiungen schöpft, sind nicht zuletzt die Eindrücke, die sie in Deutschland nach 1945 empfangen und auf einzigartige Weise festgehalten hat: »Zweifellos arbeiten nirgendwo Menschen so hart und so lang wie in Deutschland ... auf den ersten Blick scheint ihre augenblickliche Betriebsamkeit den Eindruck zu nähren, Deutschland sei möglicherweise immer noch die gefährlichste europäische Nation ... Beobachtet man die Deutschen, wie sie geschäftig durch die Ruinen stolpern und ... wie sie es einem verübeln, wenn man sie an die Schreckenstaten erinnert, welche die ganze übrige Welt nicht loslassen, dann begreift man, daß die Geschäftigkeit zu ihrer Hauptwaffe bei der Abwehr der Wirklichkeit geworden ist« (*Besuch in Deutschland,* 1950).

Gescheiterte Umerziehung

Synchron zur amerikanischen Außenpolitik hatte Hannah Arendt in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre die Sowjetunion ins falsche Ganze der totalen Herrschaft einbezogen und ihrer Studie den letzten Teil hinzugefügt, worin sie vergeblich eine Identität von Stalins und Hitlers Regime herzustellen sucht – vergeblich, weil die Moskauer Prozesse auf der einen Seite, die Vernichtung der Juden auf der anderen, deren jeweilige Voraussetzungen konzis rekonstruiert werden, nicht ineinander aufgehen. Etwa zur selben Zeit und gleichfalls synchron mit den Bemühungen der USA um die Westintegration Deutschlands (der Marshall-Plan wurde damals als »globaler New Dealismus« bezeichnet) suchte Arendt den Kontakt zu Heidegger, mit dem sie 1933 jede Verbindung abgebrochen hatte. Und in gewissem Sinn kann *Vita activa* als Umerziehungsprogramm für Heidegger gelesen werden, worin die Möglichkeit des Daseins vom Sein zum Tode auf Herstellen und Handeln umgelenkt werden soll.

Hannah Arendt schickte Heidegger das Buch 1960 mit den Zeilen: »Wäre es zwischen uns je mit rechten Dingen zugegangen – ich meine zwischen, also weder Dich noch mich – , so hätte ich Dich gefragt, ob ich es Dir widmen darf ...« Darauf folgte ein fünfjähriges Schweigen im Briefwechsel – ehe Hannah Arendt mit einem Geburtstagsgruß den Kontakt erneut aufzunehmen suchte. Heidegger war offenkundig empört. Er hat ohne Zweifel die Umerziehung seiner Philosophie aus dem Buch herauslesen können. (Und was die Sache noch verschlimmerte: Sie wurde von einer Frau, ja seiner ehemaligen Studentin und Geliebten in Angriff genommen!) Wie die meisten Deutschen reagierte er nicht einmal auf ein solches Programm – hatte er doch seine eigene »Kehre« längst vollzogen. Diese Kehre führte ihn aber nicht zum Humanismus und zur Anerkennung des Politischen, sondern ganz im Gegenteil: Sie war die Abwendung von der Möglichkeit des Daseins, der Subjektivität, des Politischen. Heidegger wird vom Vordenker des Faschismus zum Nachdenker des Postfaschismus. Aus der »Last« der »Katastrophe Deutschlands« habe, wie er Arendt bereits vor Jahren mitgeteilt hatte, ein Druck ausgestrahlt, der ihn »noch zäher und freier aus der Sache denken ließ«. Die Wendung seiner

Philosophie diente Heidegger nicht allein dazu, sich jeder Frage nach der Schuld zu entziehen. An Arendt schrieb er, daß »das Schicksal der Juden und der Deutschen ja seine eigene Wahrheit hat, die unser historisches Rechnen nicht erreicht«. Die »Kehre, wo die Welt den Geist der Rache verwindet«, ist zugleich der Punkt, an dem Heidegger seine Philosophie auf den neuesten Stand des Kapitalverhältnisses bringt.

Aus dem Vernichtungskrieg des Nationalsozialismus geht in Heideggers Denken der Mensch »als Hirte des Seins« hervor, als bloße Funktion der Seinsgeschichte. Er ist hinfort nur mehr die gehorsame Antwort auf den Ruf des Seins. Hannah Arendt meinte, in dieser Wendung vom »Willen zu Macht« zur »neuen Gelassenheit«, zur »Heiterkeit des ›Seinlassens‹« und »paradoxen ›Willens zum Nichtwollen‹« drücke sich stimmungsmäßig »die Niederlage Deutschlands aus« (*Vom Leben des Geistes*). Sie selbst aber konnte diese Kehre nicht akzeptieren, da sie doch nach wie vor in der Demokratisierung von *Sein und Zeit*, in der Umstellung des Seins zum Tode auf das Herstellen und Handeln für die Demokratie, den Sinn ihrer Philosophie erblickte. So mußte sie, als sie die späten Werke Heideggers las, von dem schockiert sein, was zur selben Zeit Michel Foucault und Jacques Derrida zu faszinieren begann: daß der Mensch eben lediglich als eine Funktion des Seins zu begreifen wäre. Alle ihre Werke seit *Vita activa* können als Gegenentwurf zu dieser Spätphilosophie Heideggers und damit auch zum französischen Poststrukturalismus gelesen werden. Und so ist es fast schon eine Provokation, wenn Heidegger ihr die Suggestivfrage stellt: »Durch welche Höllen muß der Mensch noch hindurch, bis er erfährt, daß er nicht sich selbst macht?«

Aber drückte sich in dieser Gelassenheit, in der Heiterkeit des Seinlassens, statt der Niederlage nicht vielmehr der Sieg Deutschlands aus? – so kann heute gefragt werden. Und stellt sich bei der Beziehung von Arendt und Heidegger nicht eine ähnliche Frage, wie sie sich allmählich im Verhältnis zwischen Nato und Deutschland herauskristallisiert, nämlich wer hier wen integriert hat?

Bei den Briefen allerdings, die Heidegger an Arendt schreibt, kann von Gelassenheit durchweg keine Rede sein. 1950 heißt es, »die wachsende Bedrohung durch die Sowjets« zwinge »uns jetzt ... heller zu sehen, heller auch als jetzt der Westen sieht. Denn jetzt sind wir die unmittelbar Bedrohten. ... Ich mache mir auch darüber nichts vor, daß ich mit meinem Denken zu den Bedrohtesten gehöre, die zuerst ausgelöscht werden ...« In späteren Briefen aus den sechziger und siebziger Jahren wird unter dem alten Begriff der Seinsvergessenheit (»die sich heute bis ins Äußerste steigert«) die Bedrohung durch das »Informationszeitalter« – »die Macht des Wesens der Technik« – beschworen. Inmitten des Wirtschaftswunders und an dessen Ende triumphierend bleibt Heidegger damit bei seiner Sache: die Krise deutsch denkend. Ja, sein Denken ist nach wie vor im Kern faschistisch, denn wenn Heidegger gegen die »Macht des Wesens der Technik« im Namen des Seins auftritt, dann denkt er den Wert – aber gegen das Wertgesetz, so wie der NS-Staat das Kapital rettete, indem er das Wertgesetz sistierte. Denn schließlich ist die Rationalisierung durch die Technik, die Heidegger als das schlechte Abstrakte erscheint, die Ursache für die Krise der Verwertung, die der deutsche Denker gleichwohl als Augenblick der Rettung, als Ankunft des Seins herbeibeschwört.

Groß ist die Klage über die »Wirrnisse des Weltalters« – und eindeutig der gegenüber Hannah Arendt geäußerte Zweifel: »Ich glaube nicht daran, daß Amerika die Sache schafft.« In seiner ehemaligen Schülerin sieht er indessen die Möglichkeit, genau dort Einfluß zu gewinnen, damit die Sache doch geschafft werden könne: »Es wäre ein großartige und weittragende Sache, wenn der Übergang meines Denkens in die angelsächsische Sprachwelt durch Deinen überprüfenden Blick hindurch ginge und von ihm überwacht bliebe.«

Wird die Welt auch »immer düsterer«, ist Europa auch »nur noch ein Name«, Heidegger sieht dennoch wie ehedem »trotz gesteigerter äußerer Bedrohung in allem eine Ankunft« und bekennt sich bis zuletzt zum »Angriffscharakter« seiner Philosophie. Ungebrochen ist dabei der Bezug aufs Abendland und dessen Kern: Deutschland. Beide werden »weltgeschichtlich aus der Nähe zum Ursprung« begriffen. »Das ›Deutsche‹ ist nicht der Welt gesagt, damit sie am deutschen Wesen genese, sondern es ist den Deutschen gesagt, damit sie aus der geschickhaften Zugehörigkeit zu den Völkern mit diesen weltgeschichtlich werden.« Aber das ist nicht die Kinderhymne von Brecht, sondern nach wie vor das Deutschlandlied von Heidegger – denn »weltgeschichtlich« heißt »Nähe zum Ursprung«, und hier sind die Deutschen gefragt: »Die Heimat dieses geschichtlichen Wohnens ist die Nähe zum Sein.« Deutschland, Deutschland dem Sein am nächsten.

Die Kehre, die Heidegger vollzogen hat, bedeutet zwar eine Abwendung von der Subjektivität, von der Möglichkeit des Eingriffs durch den Staat, aber sie ändert nichts an der Nähe zum Nationalsozialismus. »Soll aber der Mensch noch einmal in die Nähe des Seins finden, dann muß er zuvor lernen, im Namenlosen zu existieren. ... Der Mensch muß, bevor er spricht, erst vom Sein sich wieder ansprechen lassen ...« (*Über den Humanismus*). Der Mensch ist zwar nicht mehr »der Herr des Seienden«, und er ist zum »Hirten des Seins« geworden, aber das »Da« kann ihn jederzeit wieder vor das Seiende als solches bringen, der Bedrohung ausliefern, dem Tod aussetzen, ins Nichts hineinhalten, so daß er abermals Seiendes vernichten muß, um das Sein zu retten. Das »Totsein«, das Heidegger einst im »Sein zum Tode« als Möglichkeit des Ganzseinkönnens beschworen hat, gehört nunmehr – nach der großen Vernichtung – zum »innersten Sein« der Menschen, die durch die Vernichtung zum Ganzen geworden sind. Vernichtung und Ganzseinkönnen sind damit für das Sein jederzeit

abrufbar: »Jedesmal, wenn das Sein in seinem Geschick an sich hält, ereignet sich jäh und unversehens Welt ... Das epochale Wesen des Seins ereignet das ekstatische Wesen des Da-Seins« (*Holzwege*). Es fällt heute nicht mehr schwer, hier bereits – also abermals »im Vorlauf« – den Jubel beim Fall der Berliner Mauer zu hören. Hannah Arendt hat ihn nicht gehört. Dabei hatte ihr Heidegger doch geschrieben: »Was ich mache? Immer das Selbe.«

Hannah Arendt, Martin Heidegger: *Briefe 1925 bis 1975 und andere Zeugnisse*. Aus den Nachlässen herausgegeben von Ursula Ludz. Verlag Klostermann, Frankfurt am Main 1998, 435 Seiten, 68 Mark (kartoniert), 88 Mark (Leinen)

Konkret 10/99, S. 65

Layla Dawson

Jenseits von Eden

Der neue Roman der amerikanischen Schriftstellerin Toni Morrison beschreibt, wie die historische Katastrophe der Sklaverei bis in die Gegenwart des schwarzen Amerika fortwirkt

Toni Morrisons Geschichten schleichen sich auf Pantherpfoten an. Sie umkreisen die Themen Rassismus und Unterdrückung, Mißtrauen und Gewalt, aber Morrison lullt ihre Leser mit ausladenden Beschreibungen ein, nur um sie dann mit schockartigen Statements zu überrumpeln. »Sie erschießen das weiße Mädchen zuerst.« Der Eingangssatz ihres neuen Romans *Paradies* läßt keinen Zweifel daran aufkommen, in welche Welt Morrison ihre Leser katapultiert. Ihre Geschichten kommen, wie die von James Baldwin, aus einem anderen Land. Und dieses andere Land ist das Negativbild der weißen Welt.

Um 1890 versuchen in die Freiheit entlassene Sklaven in einem Land Fuß zu fassen, das sie sich nicht zum Leben ausgewählt haben, das sie aber auch nicht mehr verlassen können. Da sie ohne jeden ökonomischen Rückhalt sind und nicht nur von den amerikanischen Weißen, sondern auch von den bessergestellten Schwarzen abgelehnt werden, geraten sie immer mehr in einen Zustand sowohl körperlicher wie seelischer Isolation. Zuerst gründen sie die Stadt Haven in Oklahoma. Doch als ihre Gemeinschaft dort an den Folgen der wirtschaftlichen Depression und des Zweiten Weltkriegs fast zugrunde geht, beschließt eine Gruppe heimgekehrter Soldaten, ihre Familien zu verpflanzen und einen neuen Anfang zu machen.

Die Regeln dieser Suche nach dem Paradies werden hauptsächlich von den Männern diktiert, und um ein Leben in Toleranz und brüderlicher Liebe geht es dabei nicht. Morrison entwirft kein Bild von den besseren Schwarzen, die, geläutert durch die Unterdrückung, sich schließlich als den Weißen überlegen erweisen. Von Menschen, die gewaltsam aus ihrer Heimat entführt wurden, die Sklaverei und Armut durchlitten und als Soldaten in Europa und Asien für eine politische Freiheit gekämpft haben, die ihnen in Amerika nie gewährt wurde, von solchen Menschen wird man kaum erwarten können, daß sie etwas anderes als eine von Paranoia besessene abgeschottete Gemeinschaft zustande bringen. Die unterdrückten schwarzen Männer finden es nicht widersinnig, daß sie ihre Frauen unterdrücken. Ob schwarz oder weiß, Männer sind die Stolpersteine für Frauen. Wenn ein Mann eine Pflichtehe eingeht, dann nicht, um ein erwartetes Kind oder den Ruf der Braut zu schützen, sondern um die Kontrolle über Stute und Füllen zu behalten. Indem die Männer ihre Nachkommenschaft sichern, hoffen sie gleichzeitig ihre Abschottung gegen das weiße und braune Amerika zu sichern. Die Verachtung, mit der die schwarzen Afroamerikaner all denen mit hellerer kaffeebrauner Farbe begegnen, spiegelt nur den weißen Rassismus in umgekehrter Form.

Die Gründerfamilien ziehen sich in sich selbst zurück, interessieren sich nicht für das politische Zeitgeschehen, wie etwa Martin Luther Kings Menschenrechtsbewegung oder die chaotischen Jahre der Kennedy-Brüder. In der kulturellen Wüste des mittleren Westens, in einer Stadt ohne Tankstelle, Motel und Gaststätte heiraten die Familien untereinander. Auf die Sklaverei folgt die Gruppenparanoia, auferlegt von den Männern der eigenen Gemeinschaft, die mehr und mehr davon überzeugt sind, daß alles »da draußen« böse ist und nur darauf wartet, sie umzubringen und ihre Frauen zu vergewaltigen. Eine Weltsicht aber, die auf Unwissen und Machtlosigkeit gründet, braucht einen Sündenbock, wenn die Dinge schiefzulaufen beginnen. Welche satanische Macht hat die Stadt Ruby mit einem Fluch überzogen, daß die Kinder eines Vietnamveteranen krank geboren werden, eine ganze Familie bei einem Autounfall stirbt, Geschlechtskrankheiten zunehmen, Bräute weglaufen und Brüder aufeinander losgehen?

Jedes Kapitel von *Paradies* ist nach einer Frau benannt. Frauen sind es, die die Geschichte in Gang setzen: Mavies, die ihre Babys erstickt, Gigi, die nach Ruby gekommen ist, um Mikey zu suchen, Seneca, Patricia, Consolata, Lone und schließlich Save-Marie. Männer ziehen die großen Linien, aber Frauen füllen die Umrisse aus. Wer Herr über sein eigenes Leben ist, hält das Leben für ein chronologisches Fortschreiten. Die meisten Frauen, so wie sie etwa die amerikanische Feministin Andrea Dworkin beschreibt, haben diese Illusion nicht. Und das spiegelt sich in Morrisons Erzählweise, in ihrem Hin- und Herspringen, den Rückblicken und den eingeschobenen Anekdoten. Die offizielle Version der Zeitgeschichte und ihre Interpretation liegen in den Händen der Herrschenden, doch die Machtlosen machen die Erfahrung von Unwägbarkeiten, von ständigen Rückschlägen oder plötzlichen Ereignissen, die ihre Lage ganz willkürlich verändern, wenn z. B. ein Hurrikan ein Haus vollständig zerstört oder ein Lotterielos den Jackpot knackt.

Frauen, die in einer verfallenen ehemaligen Klosterschule am Rande der Stadt Zuflucht gesucht haben, sind es denn auch, an denen die Männer von Ruby ihre Frustration auslassen. Jene sind körperlich schwach und nur ein kleines Häufchen, die perfekten Opfer also. Sie alle sind in ihrem früheren Leben bis an die Grenze des Aushaltbaren gedemütigt worden. Alle haben sie gute Gründe für ihre Flucht ins Versteck. Alle suchen nach einem eigenen Paradies. Und ihr Haus auf dem Land hat einen großen Vorteil: Es ist frei von männlicher Aura, »wie eine Schutzzone, in der es keine Jäger ... gab«. Was aber

Männer nicht vertragen können, ist eine Welt, in der sie keine Rolle spielen. Patricia, die Lehrerin der Stadt, kommt zu dem Schluß, daß »alles, was ihnen (den Männern, L. D.) angst macht, von Frauen kommen (muß)«.

Sklaverei und Rassismus erzeugen Schockwellen. Konzentrische Kreise, die sich vom Epizentrum der historischen Katastrophe immer weiter ausbreiten und nicht nur einen würdigen Umgang von Schwarzen und Weißen verhindert haben. Auch Frauenhaß und machohaftes Verhalten unter den Schwarzen selber gehören dazu. In ihrem Schreiben hält Morrison sich an kein Tabu. Die schwarze Hautfarbe macht aus einem Mörder noch keinen Heiligen, der Opferstatus spricht niemanden von seinem Verbrechen frei. Morrison ist (in einem Gespräch mit Fritz J. Raddatz) in ihrer Verurteilung sogar noch weiter gegangen: »Dieses Land wird zerrissen von barbarischer sozialer Ungerechtigkeit. Sie privatisieren das Land zu Tode – Schulen, Krankenhäuser, demnächst die Gefängnisse. Kommerz, Kommerz.« Ohne Sklaven wäre nie Baumwolle gepflückt worden, Detroit hätte keine Autos herstellen können, und es gäbe die amerikanische Musikindustrie nicht; und dennoch gilt: »Schwarze haben keine Nationalität in diesem Land. Wir sind Staatsbürger und Schwarze. Ich bin keine amerikanische Schriftstellerin.«

Toni Morrison: *Paradies*. Roman. Deutsch von Thomas Piltz, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1999, 495 Seiten, 45 Mark

Übersetzung aus dem Englischen: Christel Dormagen

Konkret 10/99, S. 66

Hartwig Vens

Groovin□ Volksmusik

Wie die arisierte Schlagerkultur der Na□ is und der □ verjudete□ Swing □ u gleichwertigen Objekten der neuesten deutschen Pc Nostalgie geworden sind

Seit gut zwei Jahren läuft im Abendprogramm der NDR Hamburg Welle 90,3 eine Radiosendung mit Musik der 30er und 40er Jahre unter dem Titel »Das gab's nur einmal«. Moderatoren der monatlich ausgestrahlten Serie sind NDR-Redakteur Gerd Spikermann und der Zeitzeuge und musikalische Experte Günter Discher. Aus dessen 20.000 Tonträger umfassender Sammlung spielt man Unterhaltungsmusik der damaligen Zeit: Swing, Tanzmusik, Schlager, Filmmelodien. Die Resonanz auf »Das gab's nur einmal« ist überaus positiv. Zahlreiche Anrufe und Zuschriften gingen in der Redaktion ein. Vielfach wurde die Klage geäußert, die präsentierte Musik sei auf dem heutigen Tonträgermarkt nicht mehr erhältlich.

Zur Beseitigung dieses Defizits wurde ein parallel zur Radiosendung laufendes Projekt gestartet. Im Frühjahr 1998 begann das kleine Hamburger Plattenlabel Ceraton mit einer CD-Serie unter dem Titel »Edition Günter Discher«. Die Auswahl des musikalischen Materials folgt der Radiosendung, auch setzt man auf eine »enge Werbepartnerschaft« mit dem NDR. Bislang erschienen in der Reihe sowohl Zusammenstellungen von Jazz-Größen wie Count Basie, Duke Ellington und Benny Goodman, aber auch von europäischen Swing- und Tanzmusikorchestern wie Teddy Stauffer, Nat Gonella, Heinz Wehner; daneben gibt's gesetztere Unterhaltung von Barnábas von Géczy, Lale Andersen, Rudi Schuricke oder Franz Grothe, Filmhits von Ufa-Stars wie Heinz Rühmann, Johannes Heesters oder Marika Rökk sowie exotische Importe wie die Lecuona Cuban Boys oder Tangokönig Juan Llossas. Auswahl und Konzeption jeder CD unterstehen Günter Discher höchstpersönlich. Die Tatsache, daß die künstlerische Leitung einer historischen CD-Serie einem Musikfan und -Plattensammler der vorgestellten Epoche untersteht, ist bislang beispiellos und wird vom Label entsprechend kräftig beworben. Als Identifikationsfigur gibt der Zeitzeuge dem Projekt die persönlich-authentische Note. Dies wird noch verstärkt durch das am Ende jeder CD enthaltene etwa fünfzehnminütige Interview mit Discher, der dort zu den Interpreten und Hintergründen der Musik Stellung nimmt und sein eigenes Erleben der Musik schildert. So erhält die nostalgische Reise in die Vergangenheit durch Kompetenz und Glaubwürdigkeit einer von Musik geprägten Lebensgeschichte eine große Verbindlichkeit.

Parallel zu Dischers Radiosendung, DJ-Aktivität und CD-Edition berichten die Medien von einem regelrechten Swingrevival, das in den USA und Großbritannien bereits weite Kreise zieht und inzwischen auch in Deutschland erhebliche Dimensionen angenommen hat. Das Popmagazin »Intro« verzeichnet einen »medialen Großerfolg des Revivals«. Clubs zwischen New York und San Francisco spielten Swing und Neo-Swing, man tanze wieder Lindy Hop und Jitterbug. Das »Zeitmagazin« konstatiert

am Ende einer sieben Seiten starken Reportage, der Trend habe Hamburg erreicht. Die Musik der neuen US-Swinger Cherry Poppin' Daddies, Big Rude Jake oder Brian Setzer gälten als kommendes Ding, und die Neo-Swingkids fühlten sich als Pop-Avantgarde. Für sie sei es »nur eine Frage der Zeit, klar, dann wird die ganze Berliner Republik endlich wieder Boogie-Woogie tanzen«. Ähnlich äußern sich Artikel in »Spiegel«, »Süddeutscher Zeitung« oder den Frauenmagazinen »Elle« und »Madame«. Erwähnt werden dabei stets die Arbeit des Hamburger Ceraton-Labels und des »ältesten DJs Deutschlands«, Günter Discher, der mit seinen Erfahrungen einen idealen Ankerpunkt für die Berichterstattung über das Swingrevival abgibt und ihr gleichsam die historisch-politische Tiefendimension verleiht.

Günter Discher gehörte zur Zeit des Nationalsozialismus zur sogenannten Hamburger Swingjugend, der ersten auf anglo-amerikanische Popmusik fixierten Jugendkultur in Deutschland. Die Musik, die das entscheidende Element für das Lebensgefühl dieser jugendlichen Zirkel bildete, war der Swing, die auf die Anforderungen einer immens wachsenden und sich ausdifferenzierenden Kulturindustrie zugeschnittene Spielart des Jazz in den 30er und 40er Jahren. Bereits in den zwanziger Jahren war der Jazz nach Deutschland gekommen und galt schnell als Symbol für Massenkultur, Amerikanismus und sexuelle Freizügigkeit. Diese Zeichen gesellschaftlicher Modernisierung wurden vom kulturkonservativen Establishment heftig attackiert. Der Jazz erhielt das Stigma der »schwarzen Schmach«, die deutsche Kulturnation fühlte sich durch die afroamerikanisch verwurzelte Musik gedemütigt. Nach dem 30. Januar 1933 kam es dann jedoch unerwarteterweise nicht zu einer Eliminierung des »Systemzeit«-Symbols Jazzmusik aus der deutschen Öffentlichkeit. Bis zum Ende des »Dritten Reiches« wurde kein einziges reichsweites Jazzverbot ausgesprochen, das längere Zeit durchgehalten worden wäre.

Die Gründe für die relative Jazztoleranz lagen zum einen in ökonomischen Zwängen: Durch langfristige Verträge gebunden, konnten die Schallplattenfirmen den Import von Jazzplatten nicht umstandslos aufkündigen. Zum anderen spielte die Popularität insbesondere des ab 1935 aufkommenden Swingstils eine entscheidende Rolle. Diese mitreißende, im Big-Band-Format gespielte, höchst standardisierte Musik hatte aus dem anfänglich vulgären, undisziplinierten Jazz die erste moderne Popmusik gemacht, was Massenzuspruch, industrielle Produktion und mediale Präsenz anbetraf. Auf diese

Musik konnte der von Goebbels gelenkte Propagandaapparat nicht verzichten, wollte er die Popularität des Regimes und die gute Laune der Bevölkerung erhalten. Auch war Swingmusik bei den Parteispitzen keineswegs so unbeliebt, wie dies den Anschein hatte. Goebbels selbst besaß eine ansehnliche Sammlung amerikanischer Unterhaltungsmusik, u. a. Schallplatten der jüdischen Komponisten George Gershwin und Irving Berlin. 1937 tanzten Goebbels und Göring auf dem Großen Presseball in Berlin zu den Klängen des berühmten britischen Swingorchesters von Jack Hylton.

Swing als erste wirkliche Popmusik – das schließt die Existenz einer an der Musik orientierten Jugendkultur ein. Für diese Jugendlichen wurde der Begriff »Swingjugend« von den nationalsozialistischen Polizei- und Ordnungsbehörden erfunden. Charakterisiert wird die Swingjugend u. a. in der Dissertation des Hamburger Juristen Hans-Herbert Krüger aus dem Jahre 1944, der sich unter dem Thema »Banden und Cliquenbildungen Hamburger Jugendlicher während des Krieges (1940 bis 1943)« auch mit einer Gruppe von »Swingkids« befaßte. Die Aussagen Krügers stimmen mit den Selbstbeschreibungen von Swingjugendlichen sowie mit den Befunden neuerer wissenschaftlicher Publikationen überein und sind, anders als viele andere Quellen, der retrospektiven Verklärung, ja Glorifizierung der Swingjugend unverdächtig.

Krüger beschreibt die Jugendlichen der von ihm untersuchten »Swing-Clique« als ausgeh- und trinkfreudig, sexuell freizügig, ohne jedes »Rassebewußtsein« (einige pflegten Liebesbeziehungen zu »jugendlichen Volljüdinnen«), als gegenüber der NS-Ideologie insgesamt resistent bis offen ablehnend. Typische Merkmale popmusikgeprägter Jugendkulturen finden sich insbesondere in der Beschreibung eines ausgeprägten und differenzierten Ensembles sozialer Zeichen. Für die Jungen nennt Krüger Anzüge englischen Fabrikats mit langen, sogenannten Glensheck-Jacketts, Halbschuhe mit Crepp-Sohlen, den sogenannten »Eden-Hat«, das Tragen eines Regenschirm bei jedem Wetter und sehr lange Haare. Bei den Mädchen sei vor allem die »besonders mondäne Aufmachung«, d. h. Make-up, Seidenstrümpfe, lange Hosen und Sonnenbrillen aufgefallen. In Gesten, Jargon, Kleidung, Haartracht, kurz im gesamten Habitus, manifestierte sich somit der spezifische, nur den »Eingeweihten« vorbehaltene und verständliche Code, der die Gruppe gegen das etablierte Normsystem abgrenzte.

Erkenntnisinteresse der Krügerschen Dissertation war die Feststellung »asozialer« und »rassisch« minderwertiger Vorprägungen der Cliquen-Mitglieder. Er kam zu dem Schluß, daß die Herausbildung der konstatierten »sozialen Dissidenz« mit allen Mitteln der staatlichen Fürsorge, Psychologie, Pädagogik etc. unterbunden werden müsse. In schweren Fällen müßten drakonische Strafen ausgesprochen werden. Dem Befund einer wachsenden Gefahr, die durch die Swingjugend für die öffentliche Ordnung entstehe, entsprachen verschiedene Berichte des Reichsjugendführers. In einem Bericht der Arbeitsgemeinschaft für Jugenderziehung vom 2. Februar 1943 ist von »ungehemmten sittlichen Exzessen« die Rede, bei denen die Jugendlichen »nach reichlichem Alkoholgenuß zu zweien, dreien und mehreren gleichzeitig oftmals in die Ehebetten der abwesenden Eltern« gingen, »wobei die beiden Partner durchaus nicht immer verschiedengeschlechtlich zu sein brauchten«. Hinzu kamen Gesten der politischen Provokation: »Im Timmendorferstrand tat einer der Swingboys ein übriges und bemalte sämtliche Bänke der Kurpromenade mit dem geistvollen □Heilt Hitler□.«

Hinsichtlich der Berichte über sexuelle Ausschweifung müssen gegen das Zeugnis der NS-Organe bzw. deren Zuarbeiter jedoch Vorbehalte geäußert werden: Die voyeuristische Empörung und Detailversessenheit der Autoren nährt den Verdacht, einige der sexuellen »Hemmungslosigkeiten« seien eher der sexuell frustrierten Phantasie der Observateure als der Realität geschuldet. Dies wiederum verweist auf das Merkmal, das der Historiker Detlev Peukert mit den Kategorien Klaus Theweleits als die fundamentale Differenz der Swingjugend gegenüber dem NS-System und vor allem dem Ideal des Hitlerjungen herausgestellt hat: Das Bild des hedonistischen, lebenslustigen, sexuell ungezwungenen Swingjugendlichen stand im krassen Gegensatz zum Ideal des soldatischen Mannes, dessen gedrillter »Körperpanzer« von Entbehrung und Versagung – insbesondere sexueller – Lust gezeichnet war. Dies bezog sich auf Individuum wie Kollektiv: hier die individualistischen, freiheitsliebenden, undisziplinierten Swingjugendlichen, da die nach dem Vorbild der marschierenden Kolonne, auf Führerprinzip und blinden Gehorsam geeichte HJ. Bereits vom 26. Januar 1942 datiert der berühmt gewordene, vielfach abgedruckte Brief von Himmler an Heydrich, in dem der Reichsführer fordert, daß »das ganze Übel radikal ausgerottet« werde. Die »Rädelsführer« seien in Konzentrationslager einzuweisen, müßten dort »Prügel bekommen« und mindestens zwei bis drei Jahre lang zum Arbeitsdienst gezwungen werden.

Günter Discher war einer dieser Swingjugendlichen und wurde aufgrund seines Lebenswandels 1942, im Alter von 17 Jahren, ins Jugend-KZ Moringen eingeliefert. Dort arbeitete er in einer unterirdischen Granatenfabrik. Nach Kriegsende wurde er zu 100 Prozent arbeitsunfähig eingestuft und war bis zu seiner Pensionierung als Leiter eines Hamburger Rechenzentrums tätig. Seitdem widmet er sich der historischen Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Er bereist KZ-Gedenkstätten und andere Tagungsorte, um dort vor allem jungen Leuten über seine Erfahrungen mit NS-Regime und Konzentrationslager zu berichten. Dabei bedient er sich stets eines Plattenspielers, um die Leidenschaft der Swingjugend akustisch zu illustrieren.

Besonderes Augenmerk dieser Aufklärungsarbeit galt den Jugendkonzentrationslagern, die bis in die achtziger Jahre nicht als KZ eingestuft worden waren. Die dort Inhaftierten erhielten dementsprechend keinerlei Entschädigung. Unter Mitwirkung Dischers entstanden die Ausstellung »Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben« über die Jugend-

Konzentrationslager Moringen und Uckermark sowie der Film »Der Versuch einer Berührung«, in dem eine Gruppe Berliner Punk-Jugendlicher mit Dischers Erfahrungen konfrontiert wird und diese u. a. in Moringen nachvollzieht. Trotz dieser aktiven Aufarbeitungspraxis interveniert Discher nicht gegen die Art, in der die nach ihm benannte Edition die Musik der 30er und 40er Jahre undifferenziert nebeneinanderstellt und als unpolitisch einstuft. Daß Benny Goodman als Jude und Duke Ellington als »Nigger« diffamiert, ihre Musik als entartet verboten und deren Besitz verfolgt wurde, auf der anderen Seite Ufa-Stars wie Marika Rökk und Johannes Heesters mit den Nazis kollaborierten, wird in diesen Veröffentlichungen geflissentlich übergangen. Ihre systemstabilisierende Funktion hatten die Ufa-Stars als Garanten und Repräsentanten eines »unpolitischen«, unbeschwerten, deintellektualisierten und ideologiefreien Unterhaltungsbereichs. Als Stars, Identifikationsfiguren, außeralltägliche Persönlichkeiten sorgten sie für »Freude und Glanz« (Siegfried Kracauer) im NS-Alltag, agierten als Figuren einer Scheinwelt, die aufrechtzuerhalten vor allem im Krieg wichtig war. Alle in der »Edition Günter Discher« vorgestellten Ufa-Stars, neben Heesters die damaligen Spitzenverdiener Marika Rökk, Hans Albers und Heinz Rühmann, erfüllten die ihnen zugewiesenen Aufgaben bis zum Ende des »Dritten Reiches« und bekanntlich darüber hinaus.

Aber auch einige der in der Edition vorgestellten Kapellmeister kooperierten bestens mit dem NS-Apparat. Der Ungar Barnábas von Géczy galt mit seinen streicherakzentuierten, süßlichen Interpretationen moderner Tanzmusik als »Paganini des Fünfuhrtees«, sein Orchester als Vorzeige-Ensemble der NS-Kultur auf dem Gebiet der leichten Muse. Géczy hatte bekanntgegeben, prinzipiell keine jüdischen Kompositionen zu spielen, er verkehrte mit Goebbels und Hitler und sorgte auf zahllosen Festen der Staats- und Parteiprominenz für Stimmung. Franz Grothe gilt als einer der renommiertesten Unterhaltungsmusikkomponisten der damaligen Zeit und schuf einige Prachtexemplare typischer Ablenkungs- und Durchhalte-Schlager: »Wenn ein junger Mann kommt«, »Auf den Flügeln bunter Träume« oder »Illusion«. Grothe und sein Partner Georg Haentzschel leiteten ab 1942 das von Goebbels persönlich in Auftrag gegebene Projekt des »Deutschen Tanz- und Unterhaltungsmusikorchesters« (DTU), ein höchstoffizielles staatliches Projekt, das das »Dritte Reich« auf dem Gebiet der leichten Muse auch nach dem »Endsieg« im In- und Ausland repräsentieren sollte. Die neueste CD der Edition Günter Discher präsentiert u. a. Oskar Joost, einen Kapellmeister, der bereits im April 1933 in die NSDAP eingetreten und in NS-Uniform aufgetreten war und der als Funktionär der Reichsmusikkammer die Vision eines »Deutschen Jazz« verfolgt hatte. In der von ihm angestrebten Position eines obersten Tanzmusik-Zensors beabsichtigte er vor allem die »Säuberung« der Musik von »jüdischen Einflüssen«. Die Einrichtung des Postens entpuppte sich jedoch als Luftschloß Joosts und wurde im Zuge kulturpolitischer Umgruppierungen verworfen.

Auch Ufa-Schlager bietet die Edition als musikalische Dokumente eines Zeitraums der deutschen Geschichte an, dessen politische und Lebensverhältnisse nicht bewertet, dessen Verbrechen nirgendwo erwähnt werden. Daß zwischen den Interpreten Welten lagen, daß die einen dem Regime dienten, die anderen als »rassisch minderwertig« verfemt wurden und ihre Musik verboten, wird dabei ausgeblendet. Die nostalgische Erinnerung an die Musik der »guten alten Zeit« soll ungetrübt von kritischer Reflexion stattfinden und richtet sich explizit an jene »ältere Generation«, die zu den Klängen der Durchhalteschlager an und hinter der Front die nationalsozialistische Kriegs- und Vernichtungspolitik vollstreckte.

Günter Dischers Doppelrolle als historisch-politischer Aufklärer und unpolitischer Swing-DJ ist schwer nachzuvollziehen. Er gibt das lebendige Relikt eines für Markt und Medien fruchtbaren Unterhaltungsphänomens ab, in dem sich das Interesse einiger Musikproduzenten mit der Faszination für jugendkulturelle Randerscheinungen der NS-Zeit mischen. Nicht umsonst erlebt das Thema Swingjugend in der letzten Zeit eine beachtliche öffentliche Aufmerksamkeit. Seit Anfang der achtziger Jahre erschienen zahlreiche Bücher, Artikel und Reportagen. Die Einschätzung, der heutige Ausstoß an Magisterarbeiten zur Swingjugend entspreche dem der siebziger Jahre zum kommunistischen Widerstand, ist vermutlich zutreffend. Die meisten (insbesondere filmischen) Beiträge bewegen sich jedoch auf populistischem Niedrigstniveau. So die unsägliche, unter Mithilfe Günter Dischers realisierte, Disney-Produktion »Swingkids«. So auch Margit Cenckis »Swingpfennig Deutschmark«, in dem eine krude, gefühlsästhetisch-undefinierbare Parallele zwischen Swingjugend und heutiger »Gegenkultur« von Hafenstraße bis Goldene Zitronen hergestellt wurde. Selbstverständlich unter Mitwirkung Dischers.

Eine andere, die Verflachung des historischen Interesses vermeidende, aber ungleich gefährlichere Herangehensweise wird am Beispiel eines Artikels in der »Frankfurter Rundschau« deutlich: Unter der Überschrift »Beiträge zur Volksmusik« sucht »FR«-Musikkritiker Hans-Jürgen Linke nach den verschütteten Wurzeln einer deutschen Volksmusik, die er nicht mit der volkstümlichen Musik eines Karl Moik verwechselt wissen will: »Deutsche Volksmusik ist – im Gegensatz zur irischen, griechischen, italienischen, portugiesischen, tschechischen und so fort – historisch und aktuell schwer belastet. ... Die Frage, was dermaleinst Eingang finden könnte in deutsche Volksmusik, kann ohne zumindest einen kleinen Exkurs durch die Ufa-Jahre und den deutschen Schlager der 30er und 40er Jahre ebenso wenig beantwortet werden wie ohne eine Würdigung der amerikanischen populären Musik nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Hamburger Label Ceraton hat hier eine wegweisende Editionsarbeit begonnen und mit Günter Discher einen wunderbaren Protagonisten gefunden. ... Discher äußert sich sehr offen zu der Frage, warum Rühmann und Albers, obwohl Säulen der Nazi-Ufa, auch bei der antifaschistischen Swingjugend durchaus populär waren. ... Und beim Hören erweist sich, daß die □Sentimental Journey□

mit Doris Day und dem Les Browne Orchestra oder Glenn Millers □In the Mood□ eigentlich inzwischen längst deutsche Volkslieder geworden sind.«

Die Teile der Konstruktion liegen offen: Aus den Elementen Schlager, Swing, Filmmelodien, wie sie Ceraton zusammenbringt, wird das aus nicht zusammengehörenden Bestandteilen erstellte, qua Gesamtkonzept aber vereinheitlichte Bild einer deutschen Volksmusik gefertigt, das nicht nur willkürlich, sondern vor allem Ergebnis einer Geschichtsklitterung ist. Die Berliner Republik braucht auch eine Unterhaltungstradition, aus der sich ihr nationales Selbstbewußtsein speisen kann. Diese Tradition auch trotz des Bruchs von 1945 und der langjährigen anglo-amerikanischen Popdominanz konstruieren zu können, darin liegt die Kunst von Musikkritikern wie Linke, der sich dabei des dankbaren Ceraton-Materials bedient. Das Verhalten der Swingjugendlichen besitzt für die Erfahrungen der popkulturell geprägten Gegenwartsgeneration ein großes Wiedererkennungs- und damit Identifikationspotential. Mit der Opfergruppe Swingjugend setzt es sich leichter auseinander als mit der namenlosen Anzahl so gänzlich unattraktiv ermordeter Juden. Swingjugend als gegenwärtiges Medienereignis arbeitet denn auch nicht nur der Konstruktion einer nationalen deutschen Unterhaltungstradition, sondern ebenso einer spezifischen Popularisierung der Historiographie des Nationalsozialismus zu.

Hartwig Vens ist freier Autor und lebt in Hamburg

Konkret 10/99, S. 69

Hartwig Vens

Melodie & Rhythmus

Public Enemy:There□s A Poison Going On. Pias

Die New Yorker HipHop-Formation Public Enemy (PE) steht seit mehr als zehn Jahren für eine popkulturelle Praxis, die innerhalb der Linken von jeher unhinterfragt positiv codiert war: Ihre Synthese aus aufpeitschenden Beats & Sounds, vor allem jedoch die mit Aktivisten-Gestus vorgetragenen Verse ihres Frontrappers Chuck D. versinnbildlichten und versandten Militanz, Agitation, Aufstand, Aufbruch, Rebellion, Stolz, Würde, Selbstermächtigung, kurz: das Gewinnen einer den Afroamerikanern permanent verweigerten Souveränität über Sprechen und Handeln, ohne sich mit dem Fetisch der »Repräsentation« zufriedenzugeben. Denn anders als viele HipHopper vor und nach ihnen thematisierten PE (und einige weitere Rap-acts) nicht lediglich Reichtum, Sex und Party. Sie stellten sich demonstrativ in die Tradition der militanten politischen »Schwarzen«-Bewegung der 60er und frühen 70er Jahre und rappten dezidiert über politische Forderungen und die soziale Realität der Ghettos.

Die Konfusion war groß, als Professor Griff, der »Informationsminister«, PE aufgrund massiv antisemitischer Äußerungen und einer daraufhin entfachten öffentlichen Debatte aus der Gruppe ausgeschlossen wurde. Schon seit längerem hatte die Formation wiederholt ihre Sympathien für die antisemitische Black-Muslim-Sekte Nation Of Islam bekundet. Die unreflektierte Militanz präsentierte sich aufgeladen mit den Insignien der 90er Jahre: Ethnisierung sozialer Differenzen und politischer Machtverhältnisse, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Die stets der Linken zugerechnete politische Praxis des Aufzeigens rassistischer Normalität immunisierte PE ebensowenig wie viele andere nominelle Linke dagegen, ihrerseits mit rassistischen Verschwörungstheorien, Metaphern und Andeutungen zu operieren.

Die musikalische Karriere PEs erhielt nach den epochalen Alben »It Takes A Nation Of Millions To Hold Us Back« und »Fear Of A Black Planet« eine mittelschwere Delle. Die Formation schien von der künstlerischen Entwicklung des HipHop überrollt, ihre Topics und Images galten als überholt; die vormaligen Erneuerer schienen veraltet. Daß ihr vor kurzem erschienenes Album »There's A Poison Going On« dennoch großes Aufsehen erregte, lag denn auch weniger an musikalisch Sensationellem als an einer mutmaßlichen Vermarktungsrevolution.

»How the pimps get fucked by the 'ho revolt« nannte es Chuck D. während der jährlichen Musik- und Technologie-Konferenz »Plug« in einer euphorischen Hymne auf das Internet und dessen Musikverbreitungsmöglichkeiten. Mehr noch als durch ihre musikalische Qualität reizte »There's A Poison Going On« die Pop-Öffentlichkeit durch die Tatsache, daß das Album bereits zwei Monate vor dem Tonträger-Release als Download-MP3-Datei über das Internet zu haben war. – Ein Affront gegen die Politik der Musikkonzerne und PEs ehemaliges Label Def Jam (Seagram-Gruppe).

»Poison« ist runtergekleidete, wenig spektakuläre Lakonik, ein illusions- und kunstloser Blick auf harsche 90er Realitäten. PEs Musik und ihre Themen treten jedoch zurück gegenüber einem neuerlich demonstrierten Antisemitismus, den nicht zuletzt die Rückkehr des »Informationsministers« Professor Griff bestätigt. Im Zentrum steht dabei der Abgesang »Swindler's Lust«, dessen »Problematik« eine Analyse von Qualität und Interessantheit des Albums und seiner medialen Inszenierung überflüssig macht, insofern er den reaktionären Aspekt an PE aktualisiert. Inhaltlich ein Angriff auf die Politik der »Big Six«, der sechs großen weltweit operierenden Musikkonzerne, enthält der Text multiple antisemitische Metaphern und Codierungen.

Die jüdische Organisation ADL (Anti-Defamation League) protestierte gegen Titel und Inhalt von »Swindlers Lust«. ADL-Direktor Abraham Foxman schrieb in einem Brief an »Atomic Pop«, Chuck D. beziehe sich in dem Song auf den alten antisemitischen Topos vom jüdisch dominierten Finanzkapital, auf »Bankgeschäft und das millionenfache Sterben von Menschen als Codeworte, um es so erscheinen zu lassen, als ob die Juden die Finanz- und verschiedene andere Industrien kontrollierten«. Der Satz »Laughin' all the way to the bank / Remember dem own the banks« verweise, so Foxman, auf die alte, in die Black Community eingebrachte »Ente« von der Kontrolle der Juden über Banken und Industrie.

Eine andere von Foxman kritisierte Zeile lautet: »Mo' dollars mo' cents for the Big Six / Another million led to bled claiming their innocence«. PE und deren Apologeten erklärten, es handele sich bei den Big Six natürlich um die sechs großen Musikkonzerne und mit den »millions« habe die Gruppe den Million Man March gemeint, auf dem sich Afro-Amerikaner (Frauen waren verboten) aus den gesamten USA, aufgerufen vom Nation-Of-Islam-Führer (und notorischen Antisemiten) Louis Farrakhan, auf die Straße begaben, um die bisherige Sündhaftigkeit ihres Lebenswandels kundzutun und Besserung zu geloben. Demgegenüber betonte Foxman, diese Art rassistischer Sprache sei aus den Reihen der Black Community, insbesondere von ebenjenem Farrakhan schon vielfach zu vernehmen gewesen.

Die neue Rockformation von Chuck D. und Professor Griff trägt den sinnigen Namen »Confrontation Camp«. Seit Jahren mit öffentlichen Antisemitismus-Vorwürfen konfrontiert, werden PE nicht müde, ihre antisemitischen Verschwörungstheorien und ihre demonstrative Ignoranz gegenüber dem Mißbrauch von Holocaust-Symbolen zum

Ausdruck zu bringen. Die Rücksichtslosigkeit, mit dem sie sich historisch aufgeladener Worte wie »Konzentrationslager«, »Sechs Millionen«, »Schindlers Liste« usw. zur Erstellung von Verballhornungen bedienen, ohne explizit den Sinn oder Zweck der »Wortspiele« zu vermitteln, ist kalkulierte, vorsätzlich plazierte antisemitische »Provokation«. Gerade die Ebene von Andeutungen, Zweideutigkeiten, Verballhornungen und Wortspielen macht die Hinterlist dieser Rhetorik aus. Nicht explizite, offen vorgetragene Hetzreden kann man PE vorhalten, lediglich wohlgesetzte, uneigentlich vorgetragene, hingeworfene Chiffren. Deren Ambivalenz erlaubt ihnen den Rückzug auf die Ebene des »eigentlich« Gemeinten bzw. gerade Nichtgemeinten. »I'm a wordsmith«, gab Chuck D. gegenüber den Vorwürfen launig zu Protokoll.

Solcher Ignoranz gegenüber politischen Mindeststandards entspricht die Rezeption von »Poison« in der Pop-Öffentlichkeit. Außer dem »Time Magazine« hat kaum ein Organ den antisemitischen Aspekt der aktuellen PE-Produktion aufgegriffen. Kein Wort darüber in den Artikeln von »Jungle World« und »Spex«. Diedrich Diederichsen nennt »Swindlers Lust« in der »Süddeutschen Zeitung« einen »ungut ambivalenten Titel« und widmet sich statt dessen dem Vorhaben, PE gegen ihre nationalistisch-rassistischen Verlautbarungen zu retten: Mit der Internet-Offensive und der Universalität ihrer körperbezogenen Codes hätten PEs »internationalistische Intuitionen praktisch über ihre nationalistischen Intentionen triumphiert«. Diederichsen benennt die von PE vermittelte habituelle Militanz und Dominanz als identifikatorisch übernommene Ausdrucksformen des globalen marginalisierten Mannes, mit denen dieser Selbstbewußtsein und Souveränität demonstrieren könne. Daß diese »Marginalisierten« die hier benannten nationalistischen, rassistischen, antisemitischen Botschaften meist genauso reproduzieren wie die rassifizierende Mehrheitssozietät und sie dabei oftmals noch radikalisieren, ist ein eigentlich zu alter Hut, um ihn hier noch einmal hervorzuholen; die Nation Of Islam ist dafür das beste Beispiel. Rassismus ist ebensowenig ein Privileg der hegemonialen Normalbelegschaft einer Gesellschaft – auch wenn hier sein Ursprung liegt – wie Antisemitismus. Dessen von PE perfide gestreute Botschaft dürfte in der gegenwärtigen historischen Situation wie der Rest ihrer reaktionären Intentionen auf fruchtbaren Boden fallen.

Konkret 10/99, S. 70

Georg Seeßlen

Deconstructing Kaddish

oder: Der Beginn einer langen Suche nach neuen Bildern und Bewertungen gegen die ikonographische Form des Vergessens

Das Deutschland der Neuen Mitte schreibt seine Geschichte nach hinten zurück; in ihrer offenkundig bewußtlosen Praxis der Gegenwart übermalt sie in einer endlosen Kette der symbolischen Aktionen die Vergangenheit und ihre Bilder. Und in diesem Prozeß der Übermalungen und Umdeutungen verlieren die Bilder ihre Eindeutigkeit, sie sprechen nun spiegelverkehrt. Aus einer Ikonographie der Schuld wird eine der Legitimation. Die Bilder des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen, einmal ikonographisch festgelegt und mythisch versteinert, die vordem Aussage und Verpflichtung waren, werden nun Instrument des »rewriting history«.

Aber in diesem Prozeß der Auflösung gibt es auch Chancen einer kritischen Neubestimmung. Die Bilderwelt, die uns zur Verfügung steht, von den didaktischen Ausstellungen über die Geschichtsbücher bis zum Lehrmaterial für die Schule, verlangt um so mehr nach einem neuen Leben, je schamloser die Übermalungen und Instrumentalisierungen werden. Denn tatsächlich haben wir diese Bilder schon stets als Mahnmale, als Übergeschichtliches verwendet. Weder als Ikonographie, also als ein nicht-diskursives System der vollständigen Sinn-Stiftung, noch als Element der schwarzen Pädagogik können diese Bilder noch funktionieren, zum Beispiel, wie Dienke Hondius, Mitarbeiterin der Gedenkstätte Anne-Frank-Stiftung in Amsterdam meint, »angesichts täglicher grausamer Fernsehbilder«, aber auch in einer Bilderwelt, in der es zum kulturellen Überleben gehört, den Bildern vorläufigen, fragmentarischen, inszenierten, unverbindlichen, indirekten Charakter zuzuweisen. Es kann nun weder im guten noch im bösen »heilige Bilder« mehr geben, und die Übermalungsaktionen der Neuen Mitte sind nur die durchsichtigste Strategie einer allgemeinen Profanierung. Die Diskussionen um das Mahnmal, der furchtbare Walser-Diskurs überdecken nur – aber was heißt in diesem Zusammenhang: »nur«? – eine sehr viel tiefergehende Problematik. Es gibt eine Krise des Bildes, eine Krise der visuellen Repräsentation der Wirklichkeit, die notwendig zu einer Krise der »historischen Wahrheit« führt. Nur allzu leicht fällt es der Neuen Rechten, in welchen Verkleidungen sie auch auftritt, die Bilderkrise für sich zu benutzen. Da die Übermaler der Neuen Mitte die Gewißheit der Bilder für sich requirieren und die Neue Rechte die Auflösung der Ikonographie, bleibt uns nichts, als der strategischen Profanierung eine aufklärerische Profanierung entgegenzusetzen. Das ist ein schmerzhafter und, wie man so sagt, »gefährlicher« Prozeß, nirgends gesichert.

Einige sehr unterschiedliche Ansätze, nur um zu beginnen: Christian Boltanski etwa bietet, fernab der festgelegten Ikonographie, in seinem die Shoa reflektierenden Fotowerk *Kaddish* nichts als Bilder, eingeteilt in vier Kapitel: »Menschlich« – Gesichter, Gruppen, kleines Glück, Selbstinszenierung, Pose, Familie, Ferien, vom Glück zum Schmerz, Unschärfe, erscheinende und verschwindende Bilder, nichts ist bedeutend oder rhetorisch an ihnen, nicht einmal die historische Zuordnung will uns ohne weiteres gelingen. Das Menschliche taucht wie aus Nebeln auf und verschwindet darin wieder. Der Tod greift in die Bilder des häuslichen Glücks. Motive tauchen immer wieder auf, das Kinderstrahlen unterm Weihnachtsbaum, Badeszenen, Hunde und Küchen, dann Suchbilder von Kriegswaisen, Bilder von Männern in Uniform, die sich mit ihren Familien präsentieren, die posieren in aller selbstgewissen Hilflosigkeit, der fröhliche SS-Mann, Kriegshochzeiten und Schreibstuben, Augenpaare, grob gerastert, ein Film der Blicke. »Sachlich« – die Objekte, die sorgfältig geordnete Beute des Mordens, das Übrigbleibende, Gebrauchsgegenstände, Bilder, Kleidung, Knöpfe, Schreibgeräte, Spuren des Lebens. Immer vereinzelter, immer zerstörter werden die Objekte. »Örtlich« – Häuser, Hütten, Wege, noch mehr verschwimmend. »Sterblich« – Leichen, die Gesichter, Gliedmaße, Verwundungen.

Dieses Oratorium in vier Sätzen, die Dokumentation einer Ausstellung, die Boltanski 1998 im Musée d'Art Moderne de la Ville in Paris, »erzählt« nicht, schon gar keine Geschichte von Opfern und Tätern, es zerlegt unseren Blick, erzeugt ein Grauen zweiten Grades: sehen, ohne zu wissen. Diese Bilder erklären sich nicht mehr selbst, werden durch keine »Legende« erklärt, sind nicht rhetorisch montiert. Es ist die Wiedergeburt des Blicks vor dem Bild.

Wir haben, was unsere Geschichte anbelangt, die Statistiken auf der einen Seite, das kaum Faßbare, aber doch Berechenbare des Schreckens, und auf der anderen Seite sind da Bilder, die wir uns in einer Kette der Bearbeitungen zum alles (und nichts) Bedeutenden konzentriert haben, immer wiederkehrende Bilder wie das des kleinen Jungen mit den schreckgeweiteten Augen, die Hände über dem Kopf erhoben, der im Ghetto abgeführt wird, die Massengräber, die Lagerarchitekturen. Aber wir haben dazu keine Erzählung, oder, genauer gesagt: Die Erzählung dafür liegt in einem Außerhalb, wie in einer Religion oder wie in einem Horrorfilm. Nun zersetzt sich diese Ikonographie wieder. Es ist nicht mehr möglich, die Bilder zugleich als Spiegel und Schlußpunkte zu verwenden. Während uns notwendig die Bilder unserer Gegenwart immer verdächtiger werden, verschwimmen auch die der Vergangenheit.

Können wir uns diese Emanzipation des Blickes, diese Profanierung »leisten«? Kann sich eine Gesellschaft, die sich das Projekt der Selbstverblendung so augenscheinlich zum großen Ziel gesetzt hat, eine strukturell »dumme« Gesellschaft,

dieser Gefahr aussetzen? Die Frage stellt sich gar nicht mehr; es gibt kein Subjekt mehr, das die Ikonographie bewahren könnte.

Die harte, diskursive Arbeit der Dekonstruktion unserer Ikonographie vom Holocaust unternimmt Cornelia Brink in ihrem Buch *Ikonen der Vernichtung*. Die Autorin setzt mit der Produktion der Bilder in der ersten Nachkriegszeit ein – und man kann schon sehr erschrocken sein, wie sich die Vorgänge von damals mit denen von heute im Kosovo verwandt zeigen, ohne daß dies zu einem wohlfeilen Relativismus führen könnte. Das »Scheitern der optischen Entnazifizierung«, von dem die Autorin spricht, führt uns direkt in die Problematik der Bildproduktion in der Geschichte selber. Denn jedes Bild wird von uns solange einer inneren Bearbeitung unterzogen, bis es mit der Struktur unserer Wahrnehmung, mit der Struktur des Mythos zur Deckung gebracht worden ist. Beides, die Skrupel und der Furor des historischen Augenblicks, die Dokumentation des Unglaublichen, die die ersten Produzenten der Bilder umtrieb, findet sich in allen späteren Bearbeitungen wieder.

Welche Folgen aber hat die Erkenntnis, daß zum einen die Bilder schon so viel Inszenierung enthielten und sie zum anderen unentwegt instrumentalisiert wurden? Was geschieht in dem »Abstand«, den wir da gewinnen? Die »Bilder des Grauens« sind durch ihren Gebrauch nicht bloß vernutzt. Sie sind bereits zum Schutzschild geworden. Deshalb schlägt Cornelia Brink zwei Bewegungen gegen die Transformationen der »Leichenbergästhetik« vor: die Neukommentierung der bekannten Bilder und die Suche nach neuen. Jener »Doppelcharakter der Fotografie«, von dem die Autorin spricht, – »auf Fakten bezogen einerseits, Assoziationsfelder eröffnend andrerseits« – führt bei unserem Blick zu einem nicht minder problematischen Widerspruch, nämlich dem zwischen Wissen und Empfindung. Nicht nur um die Wiedergewinnung des Historischen geht es dabei, sondern um die Möglichkeiten, in den Bildern das menschliche Subjekt (wieder) zu erkennen, von der Geste der Empörung zum Mit-Leiden zu kommen. Im Museum der Geschichte von Leningrad wurden drei Paßfotos einer Frau gefunden, vom Mai 1941, Mai 1942 und Oktober 1942. Der Hungerkrieg machte aus einer schönen jungen Frau in dieser kurzen Zeit eine Greisin. So ist der Mensch im Bild nicht »aufgehoben«, die Empfindung darf sich auf das Wissen berufen. Das Assoziationsfeld ist auf eine nicht-triviale Weise auf das Faktische zurückbezogen. Während wir uns bei so vielen »ikonographisierten« Bildern allzu leicht vorstellen können, man könnte sie ebensogut als Allegorien nach-inszeniert haben – möglicherweise verliert ja wirklich jedes Bild durch intensiven Gebrauch seinen faktischen Aspekt und betont seinen assoziativen Charakter – , sperrt sich in jenen Bildern, die die Autorin als »die neuen« bezeichnet, das Faktische gegen seine Auflösung. Um es in einem Satz zu sagen: Die Suche nach der Neubewertung der Bilder und die Suche nach neuen Bildern haben als gemeinsames Ziel zu verhindern, daß sich die Geschichte im Mythos aufhebt.

Einen radikaleren Blickwechsel als den in einem von Ahlrich Meyer herausgegebenen Fotoband kann man sich nicht vorstellen: Dreizehn Fotografen der NS-Propagandakompanien »dokumentieren« im Januar 1943 die Deportation der Juden in Marseille. »Neu« sind diese Bilder, weil die Wiedergabe des »Täterblicks« beinahe noch irritierender, ja »gefährlicher« ist als die Ikonographie des Opfers. Denn nur zum Teil offenbaren diese Fotografien ihren propagandistischen Auftrag, die Monumentalisierung der Wehrmacht und der SS, die Erniedrigung des Gegenübers, die Konstruktion eines zu leerenden Raumes, das Schauspiel der freudigen Kollaboration. Zum anderen geben sie wohl eine um einiges genauere Auskunft über die inneren Strukturen der Tat. Die Fotografien zum Beispiel, die vor der Razzia und Räumung des Hafenviertels aufgenommen wurden, sprechen eine deutliche Sprache: hier der stets beobachtende, ordnende, selektierende Blick der »Herrenmenschen«, dort das schmutzige Chaos, wo der Blick ganz buchstäblich trüb wird. Daher interessiert diesen fotografischen Blick offenkundig nicht mehr, das Gegenüber »menschlich« zu denunzieren. Wir sehen das Lachen der Kinder, die Angst der Menschen, das Leiden. Und gleichsam im fotografischen Gegenschuß die Gruppen der Besatzer, beobachtend, kalt. Was das Bild als Assoziation produziert, ist die Mitleidlosigkeit des Blicks.

Die Zerstörung der alten Stadtviertel von Marseille wird gezeigt als Schauspiel und technische Meisterleistung, zerlegt in Handlungen von Tat und Beobachtung. Immer wieder sehen wir zum einen die Selbstinszenierung von Wehrmacht und SS, jeder einzelne wiederholt der Kamera die große Tat: mit den in den Hüften gestemmten Händen, dem Sich-Recken und dem schamlosen Blick, der keine Grenze und keinen Widerspruch kennt. Der Blick dieser Kameras konstruiert die uniformierten Reihen der Besatzer stets als eine Art der »Mauer« zwischen dem Blick und der Welt der Opfer. Und zum anderen herrscht die Lust an der technischen Verstärkung des Blicks. Offiziere, die ihre Fotoapparate mit sich tragen, die kleinste Beutemaschine, Blicke auf Kameras und Zielfernrohre. Jedes militärische Zeremoniell, jeder rituelle Akt von Gewalt und Unterwerfung wird noch einmal über die Schultern von einem aufgenommen, der selber schon Bilder macht. »Der selbstreferentielle Charakter des Bildaufbaus führt über das Medium der Fotografie wie über ihren Gegenstandsbezug hinaus, nicht das Geschehen, sondern seine Abbildung rückt in den Vordergrund« (Meyer).

So wird die Frage nach Wissen und Empfindung in den Bildern noch einmal neu gestellt. Sie offenbaren nicht nur die Anlagen zu ihrem Gebrauch, in dem sie Teil dessen sind, was sie »dokumentieren«, ein in ihnen verborgenes Wissen (und ein geheimes Wissen ihrer Produzenten und »Modelle«), sondern verlangen auch nach neuen Instrumentarien und neuen Zielen der Analyse. Es gibt keine »richtigen« Bilder, es gibt nur die Möglichkeit des Blicks, sich zu entwickeln.

Christian Boltanski: *Kaddish.* Gina Kehayoff-Verlag, München 1998, 1.142 Abbildungen, 1.160 Seiten, 98 Mark

Cornelia Brink: *Ikonen der Vernichtung. Öffentlicher Gebrauch von Fotografien aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern nach 1945.* Akademie-Verlag, Berlin 1998, zahlreiche Abbildungen, 266 Seiten, 98 Mark

Ahlrich Meyer (Hg.):*Der Blick des Besatzers. Propagandaphotographie der Wehrmacht aus Marseille 1942-1944.* Edition Temmen, Bremen 1999, ca. 100 Abbildungen, 200 Seiten, 48 Mark

Konkret 10/99, S. 72

Marit Hofmann

filmtheater

Mein liebster Feind

Regie: Werner Herzog. Mit Klaus Kinski und Werner Herzog. Deutschland 1999 (Zephir Film), 95 Minuten, ab 7.10. im Kino

Kinski Paganini

Buch, Regie, Schnitt etc.: Klaus Kinski. Mit Klaus Kinski, Deborah Kinski, Nicolai Kinski. Italien/Frankreich 1989 (Verleih Carsten Frank), 82 Minuten, ab 7.10. im Kino

Soll denn alles umsonst gewesen sein? Ja, glaubt ihr denn, Klaus Kinski hätte all das nur so zum Spaß getan: Möbel demoliert, Produzenten vermöbelt, einem Kritiker, der ihn für eine »hervorragende« schauspielerische Leistung zu loben wagte, bei einem Essen heiße Kartoffeln ins Gesicht geschleudert, geschrien: »Ich war nicht hervorragend! Ich war monumental! Ich war epochal!«

Selbst Regisseur Werner Herzog, der nicht nur zum Zeugen und Opfer solcher Ausfälle auserwählt war, sondern Kinski auch zum Star seiner Filme erkor, hat im Grunde nichts begriffen. Gut, in seinem »meinem liebsten Feind« gewidmeten Dokumentarfilm verbeugt er sich durchaus devot vor dem Schauspieltalent (Talent? – Genie!) – die eingestreuten Filmszenen zeugen dabei allerdings weniger von der Brillanz des Schauspielers als von der mangelnden Distanz des Regisseurs und seiner Anfälligkeit für die Mystik leidender Seelen, siehe »Woyzeck«, »Nosferatu« etc. – , aber am Ende liefert auch er nur das, was »das Geschmeiß« sehen bzw. hören will: Tobsuchtsanfälle bei Dreharbeiten, rollende Augen, Schaum vorm Mund, wechselseitige Morddrohungen, vor allem: viel Geschrei. Was Herzog nicht wußte, ja, was der Genius selbst erst erfuhr, als er eines Tages in der Auslage einer Wiener Musikalienhandlung ein Bild jenes »ungewöhnlich aussehenden Mannes ..., wild und von Leidenschaft verwüstet« erblickte: »Ich hatte nicht gewußt, daß ich Paganini war.«

Immerhin: Die Ignoranz, mit der Herzog sich dieser Tatsache verweigerte und die ihm angetragene Regie für Kinskis letzten Film, »Kinski Paganini«, ablehnte, ließ den Erleuchteten seine »einzige magische Arbeit« in Eigenregie, mit Sohn und Geliebter in weiteren Hauptrollen, vollführen – und zwar ohne von Schauspielschulen verdorbene Berufsmimen, ohne »die sogenannten Maskenbildner« oder »so einen Wichser von Beleuchtungsdirektor(!)«, der das »Naturlicht von A-Z verhunzt«. Drehbuch? – Bullshit! »Die Struktur des Films ergab sich aus dem Instinkt: Noten. Noten der Musik ... Noten der Gefühle. Alles andere würde ich während des Drehens entscheiden.« Neider gab es natürlich genug, und so wurde nicht nur die Verwirklichung der Vision jahrzehntelang verhindert. Sämtliche Verleihe und Festivalveranstalter boykottierten aus reiner Böswilligkeit ihre Verbreitung – bis jetzt, endlich, genau 159 Jahre nach Paganinis Tod und acht Jahre nach dem Ableben seiner Reinkarnation, ein Privatmann sich bereit erklärte, beider Vermächtnis im Selbstverleih dem Publikum zugänglich zu machen.

Das Publikum sieht: Kinski monumental. Kinski mit langen schwarzen Haaren. Kinski mit Geige: im Konzertsaal, vor sexuell stimulierten Groupies, auf Blumenwiese, in venezianischer Gondel, bei Nacht mit schwarzem Zylinder, in der Dämmerung, blutend. Kinski ohne Geige: in Kutsche, mit Geliebter, mit Kind, im Leichenhemd. Kinski in der Kiste (vermutlich mit Geige). Das Publikum hört: zermürbendes Dauergefiedel. Das Publikum fühlt: Ohnmacht.

Kinski wollte den Kampf für seinen Film nicht aufgeben, bevor nicht die ganze Welt ihn sehen kann. Und wie dankt sie’s ihm nun? Ehrlich gesagt, hat mir der Irre aus den Edgar-Wallace-Filmen von allen seinen Rollen noch am besten gefallen. Paganini, verzeih, das Geschmeiß ist noch nicht so weit. Vielleicht in einem der nächsten Leben.

Konkret 10/99, S. 73

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Gesang männlicher Mittvierziger, die sich bei der Erstellung eines Eigenheimes übernahmen, bei der Ausübung einer Marktnische (Kapitalvermehrungsberatungsreisender) scheiterten und Zuflucht bei falschen Freunden wie Alkohol und Depression suchen – und nun will sich, weil sie das alles nicht mehr aushält, die Frau vom Hof machen (manchmal zu ihrer Mutter, manchmal zu »einem Neuen« ...)

Es bleibt die Wirkung beim Hebel
Es bleibt beim Knirschen der Kies
Es bleibt bei der Tasse der Henkel
Und bei Nudln al dente der Biß

Es bleibt bei der Tafel das Silber
Es bleiben die Nerven beim Schmerz
Und es bleibt der Koch der Kantine
Beim gedünsteten Rinderherz

Es bleibt bei der Wand die Tapete
Es bleibt beim Kratzer der Lack
Und es bleiben trotz phhtphht und phhtphht
Die Ratten an Bord vom Sack

Es bleibt der Sinn bei der Krise
Es bleibt beim Malocher der Boß
Und es bleiben im flotten Dreier
Beisammen Queue, Kugel und Stoß

Es bleibt beim Ismus das Ego
Es bleibt die Hoss bei der Bäss
Und es bleibt das lachende Auge
Beim die Hände ringenden Streß

Es bleibt der Quatsch bei der Sooße
Und der Sachzwang bei der Moral
Und es bleibt am Poppo des Kindes
Der Mutter Muttermal

Es bleibt der Gesang bei den Sfären
Es bleibt bei der Wanne der Rand
Es bleibt bei der Hand das Händi
Und es bleibt bei den Spuren der Sand
Es bleibt bei den Birken das Rauschen
Es bleibt das Odeur beim Skunk

Und Philatelia bleiben beim Tauschen
Und es bleibt das hic beim nunc

Es bleibt die Dose beim Stecker
Und es bleibt beim Schaum das Bier
Nur du du verfluchte Hure
Du willst nicht bleiben bei mir

Du willst nicht nur nicht bei mir bleiben
Du willst auch noch von mir weg
Wie der auf Reisen gehende Engel
Mit zwei Flügeln Handgepäck

Ich hab dich der Gosse entrissen
Und hab dich mores gelehrt
Und nun willst du du dämliche Scheide
Verlassen mich das Schwert

Doch dies wird dir nicht gelingen
Wer mir soo kommt der wundre sich nicht
Wenn ich ihn zur Aussprache bitte
Vor mein Kleinkalibergericht

Es tagt nachts im Hobbykeller
Oder tags auf dem Stoppelfeld
Und ob das Urteil dir recht ist
Sei dear anheimgestellt

Die zwei einzigen Fragen lauten
a) Bleibst du? b) Bleibst du nicht?
a) heißt Versöhnungsheia
b) heißt Daseinsverzicht

Ich rate dir gut zu bleiben
Weil sonst meine Liebe spricht
Zu dir mein Kleinkaliber
Und der spreche doch lieber nicht

(Oder muß er doch sprechen? Los, sags, du verfluchte
Hure, o verzeih, mein ein und alles, bleib doch bei mir)

*

Lieber Wolfgang Röhl! Dem letzten Absatz Ihrer Vierseitenreportage über die Dreharbeiten zu Otto Waalkes' fünften, seinen »Katastrophenfilm«, entnehme ich, daß mein Wirken, ja mein Seyn, dem Brachium zu subsumieren sei. Man kann, lieber Wolfgang, wie Zille einmal sagte, den Menschen mit einer nassen Wohnung erschlagen. Sie erledigen mich mit der

dem Rufmord blutsverwandten Vokabel »Brachialhumorist« – ad oculos Aberundabermillionen »Stern«-Lesern. Sie bräuchten meine süßen Siebensachen doch nur ma kurz zu überfliegen, um ganz gewiß zu sein, daß ich mit einer absolut filigranen Feder gassi gehe. Warum opfern Sie diese Evidenz Ihrem der Rücksichtslosigkeit personenbezogner Minen nicht nachstehenden Gäg, der durch die unmittelbar benachbarte Erwähnung »in (dem Drehbuch geschuldeten!; d.V.) Unterhosen« mich vollends zum Deppen macht. Der betreffende Drehtag, der 19. Juli, war Westberlins heißester Tag anno 99. Fragen Sie Karin Rocholl, die Bildbegleiterin Ihres Textes, wie ich mich mühte, ihr ein frisches Handtuch zu verschaffen gegen den strömenden Schweiß am Set, erinnern Sie, wie ich mein Mitgefühl ausdrückte gegenüber Ihrem falschen Eingekleidetsein (zuu dickes Jeanshemd), wie ich Ihnen aqua minerale reichte, w i e freundlich ich zu Ihnen war. Und Sie lohnen mirs? Soo. Wolfgang! Mindestens drei sachliche sledgehammer-mistakes stecken in Ihrer Reportage. Aaber – mach ich Gewese? Häng ich Sie gar hin? Nein, Wolfgang, ich vergebe Ihnen. Ich vergebe Ihnen nicht zuletzt im Namen von Thomas Osterkorn, Ihres Redaktionsvorgesetzten, der in der nämlichen Ausgabe, in der Sie mich mit Ihrem »Brachialhumorist« an den Spott verfüttern, jenen style de homme offenbart, der auch meiner ist. Wunderwunderschön sich absetzend von exhortativen Exzessen ala Manfred Bissingers »So nicht, Kanzler!«, schreibt er im Editorial, der Botschaft an die Leser, nicht seine Macht als Opinionleader mißbrauchend, sondern sanft wie der Elefant im Kreißsaal auftretend, über den Lordsiegelbewahrer Lassalles, Bebels und des ganzen nachfolgenden Nebels: »Mit dem Titel der vergangenen Woche wollten wir Bundeskanzler Gerhard Schröder nahe legen, die Sorgen seiner Wähler ernst zu nehmen. Die Modernisierung von Staat und Gesellschaft ist richtig und notwendig. Aber sie muß so erklärt und gestaltet werden, daß sie für die Mehrheit der Menschen gerecht erscheint – und nicht nur den Beifall der Wirtschaftsbosse findet.« Von Thomas lernen heißt, lieber Wolfgang, lieben lernen! Sie aber bitte ich, mich von dem mir zugefügten Makel zu reinigen. Lassen Sie uns übers »Wie« die nächsten Tage mal telefonieren.

P.S.: Wußten Sie, daß Steve Martin und Roman Polanski Otto schätzen?

Konkret 10/99, S. 74

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

In einer Anzeige zeichnet der Jeanshersteller Joker ein Charakterbild:

Ihre Firma haben Sie geerbt, in Ihre Ehe sind Sie gestolpert, und Ihr Hund ist Ihnen zugelaufen. Was soll's, solange Sie sich Ihre Hosen selbst aussuchen.

Das geht gegen den Bundeskanzler.

»Was ist Globalisierung?« Das Bundeswirtschaftsministerium läßt es in seinem Wirtschaftsbericht 1999 den Professor Lester Thurow vom Massachusetts Institute of Technology uns erklären:

Wer sich in jüngster Zeit ein Auto gekauft hat, wird wahrscheinlich feststellen, daß die Airbags seines Wagens durch einen Computerchip gesteuert werden. Das Accelerometer wurde in Boston erfunden. In Boston wird immer noch ein großer Teil der Accelerometer produziert, die jedoch anschließend zum Testen auf die Philippinen geschickt werden. Zur Verpackung werden sie von dort nach Taiwan reexportiert, von Taiwan wiederum nach Deutschland zur Installation in einen BMW, um dann von neuem exportiert zu werden: nach Brasilien, wo jemand den BMW seiner Tochter oder seinem Sohn zum Studienabschluß schenkt. Das ist globale Ökonomie.

Erfinden und, wenn's was Feines ist, produzieren tun's die Weißen. Als Puppen, die durch die Windschutzscheibe gehn, nimmt man Philippinos. Verpacken dürfen's die etwas gehobeneren Gelben. Den Gewinn machen dann wieder die Weißen, mit Geld, das die in ihrem Auftrag die Dritte Welt beherrschenden Cliquen ihren hungernden Landsleute abgepreßt haben. Das ist globale Ökonomie und freut die rot-grüne Bundesregierung von Herzen (oder welches Organ immer für entsprechende Gefühle zuständig ist).

So süß und ehrenvoll es gestern war, für das Vaterland zu sterben, so *dulce et decorum* ist es heute, für das deutsche Nachrichtenmagazin eines Wehrmachtsleutnants a.D. zu schreiben:

Wehrmacht und Krieg sind, wenngleich neuerdings ziemlich abgemagert, die letzten Heiligen Kühe in der langen Chronik deutscher Verdrängungskünste nach 1945.

Ob der genannten Künste höchste vielleicht darin besteht, beim Verfassen solcher Sätze zu verdrängen, daß der Verleger, der sie bestellt hat und bezahlen wird, ein hartnäckiger Antisemit ist? Und ob die neuerdings ziemlich abgemagerten Heiligen Kühe jene Rache der Metaphern darstellen, in der die Sprache reinen Tisch macht mit dem Verdränger? Was meinen Sie, Ralph Giordano?

Lang ist es noch nicht her, da hat der Historiker Götz Aly ein Kompliment gemacht:

Im übrigen ist es für den Zustand der offiziellen deutschen Geschichtswissenschaft natürlich auch kennzeichnend, daß eine solche Diskussion, wie sie über ein Jahr in KONKRET geführt worden ist, eben nur hier geführt werden kann. Die historischen Fachzeitschriften interessieren sich dafür nicht. Herzlichen Dank also an die Redakteure von KONKRET.

Die Diskussion hatte Susanne Heims und Götz Alys »Thesen zur Herrschaftsrationalität der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik« gegolten. Heute, kein Jahrzehnt später, macht Aly dem Augstein den Nolte:

In diesem Zusammenhang müssen auch die am Volkswohl orientierten Ideen zur Eigentumsverteilung gesehen werden, die ganz Europa beherrscht haben. So gingen die politischen Leitbegriffe des gemeinnützigen Raubes – in Rußland die »Sowjetisierung«, in Polen die »Polonisierung«, in der Tschechoslowakei die »Tschechisierung« – dem erst später entwickelten Schlagwort »Arisierung« um mehr als ein Jahrzehnt voraus.

Ein Leitbegriff des gemeinnützigen Raubes aber ging der »Arisierung« hinterher: die »Vermögenssteuer«.

Der deutsche Befehlshaber in Mazedonien (so etwas gibt es wieder), der General Helmut Harff, den der »Spiegel«, stramm stehend, einen

Haudegen vom alten Schlag

nennt, hat »während der Kosovo-Massaker« eine Frage gestellt:

Ist das Leben einer vergewaltigten, massakrierten Frau etwa weniger Wert als das eines Soldaten?

Selbst ein Haudegen vom alten Schlag auf den Kommißkopf weiß: daß eine von Scharping und seiner Propagandakompanie massakrierte Frau in neunundneunzig von hundert Fällen nicht tot ist, sondern ein Leben lebt, das es wert ist, geschützt zu werden.

Wieviel Mißgunst es gibt auf der Welt und speziell bei den Slawen, entdeckt die »Rheinische Post« am Fall der Raissa Gorbatschowa:

Die ehemalige First Lady wurde im Ausland stets voller Sympathie empfangen. In der Heimat dagegen ist sie vielen Landsleuten, die weniger mit gutem Aussehen, natürlicher Eleganz und Mitteln gesegnet sind, regelrecht verhaßt.

Das Aussehen kommt, das braucht in einer katholischen Zeitung nicht gesagt zu werden, vom lieben Gott, die Eleganz kommt von der Natur, nur woher die Mittel sind und wer die Gorbatschows, die doch auch nur einfache Kommunisten waren, damit in so wenigen Jahren so reich gesegnet hat, bleibt ein Rätsel, das die dummen Russen, die's nicht lösen können, einfach rasend machen muß.

Von dem Werk eines Hubertus Knabe, der im Auftrag des Beauftragten Gauck tätig ist, berichtet die »Tageszeitung«, in höherem Auftrag:

Knabe weist überzeugend nach,

und zwar so überzeugend, daß der Rezensent nachhelfen muß. Wäre Knabes Nachweis tatsächlich überzeugend, hätte er im Rezensenten nicht das Bedürfnis geweckt, dem Autor Beihilfe zu leisten. Der überzeugte Rezensent hätte sich mit einem »Knabe weist nach« begnügt. Das aber konnte er wirklich nicht, denn Knabes Nachweis besteht darin,

daß die Stasi-Arbeit in der BRD keinesfalls mit der üblichen Tätigkeit von Nachrichtendiensten verwechselt werden darf. Vielmehr ging es um politische Einflußnahme mit geheimdienstlichen Mitteln: Fälschungen, Desinformation, Plazierung von Einflußagenten.

Man darf gar nicht an die braven Leute vom Bundesnachrichtendienst denken – dies lesen und vor Entsetzen sich schütteln muß ihnen eines sein.

Von Javier Sotomayor, dem Hochspringer, meldet die »Frankfurter Allgemeine«:

Der 31jährige Kubaner, in dessen Urin Spuren von Urin gefunden worden waren ...

Also sowas ist bei unserem Rudi Altig nie vorgekommen.

Diesmal ist es der Christian Schmidt-Häuer, der in der »Zeit« auf Udo Lindenbergs Menschheitsfrage, wozu Kriege da sind, seine Antwort gibt:

Die Nato takelt ein Gespensterschiff auf. Das Kosovo ist abgebrannt. Seine Ruinen, hinter denen die täglich todbringende Feindschaft zweier Völker lauert, bieten so schnell keine menschlichen Behausungen mehr. Auf seinen Äckern, die von serbischer Artillerie und Nato-Bomben umgepflügt werden, kann vorerst nur noch Haß gedeihen. Allein Heckenschützen werden Feld und Flur fürs nächste Frühjahr bestellen.

Kriege sind dazu da, daß sie dem Leitartikler einen zweiten Bildungsweg weisen, auf dem er zum Dichter transzendiert. Wenn das kein Grund ist.

Da wir gerade bei der Vererbungslehre sind: Wer wissen will, was herauskommt, wenn man die »National-Zeitung« mit dem »Pflasterstrand« kreuzt, wenn man also ein halbes Dutzend Frankfurter Spontis in eine Redaktion propft, durch die noch das Odeur wabert, das der Judennasen-Zeichner vom »Völkischen Beobachter« dort hinterlassen hat, werfe beim Friseur, im Flugzeug oder wo sonst sie kostenlos ausliegt mal einen Blick in Springers Tageszeitung »Die Welt«. Die Kreuzung von braun und grün, von deutsch wollen und nicht können, trägt dort so allerliebste Früchtchen wie dieses:

Das Ehepaar begang Selbstmord.

Vor der Einführung der neuen Sprachregeln hatte es noch begingte geheißen. An anderer Stelle ruft das Blatt, das dem deutschen Volke dient, die nächste »Kulturrevolution« aus:

Cohn-Bendit fordert die »große Öffnung«

Dabei hat er sie schon, und ich weiß auch wo. Und so geht das von Seite zu Seite.